

Mehr Nachrichten
Jungen und
Selbstmord

Mittwoch, 15. Januar 1986 - D ***

Anzahl Springer Verlag AG, Post 10 08 54, 4900 Kessen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28)
204-1 / Anzeigenabteilung Leipzig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Pilschke ist an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 12 - 3. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr., Dänemark 8,75 kr., Frankreich 7,00 F., Griechenland 140 Dr.
Großbritannien 65 p., Italien 1500 L., Jugoslawien 375,00 Din., Luxemburg 230,00 fr.
Niederlande 2,20 fl., Norwegen 7,50 kr., Österreich 14,00 S., Portugal 115 Esc.
Schweiz 6,50 sfr., Schweden 2,00 skr., Spanien 170 Ptas., Kanarische Inseln 185 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Umwelt: Die Hersteller chemischer Wasch- und Pflegemittel in der Bundesrepublik haben sich bereit erklärt, freiwillig auf den Einsatz ökologisch bedenklicher Reinigungsmittel zu verzichten. (S. 10)

„Parkkralle“: Die von Autofahrern in Frankreich und Großbritannien gefürchtete Eisenkralle an den Rädern verbotswidrig abgestellter Fahrzeuge, die erst nach Zahlung der Strafe wieder entfernt wird, könnte es bald auch in der Bundesrepublik geben. Mehrere Städte, darunter München, haben im Rechtsausschuss des Bundestages einen entsprechenden Vorstoß unternommen, weil „Parkkralle“ immer häufiger ignoriert wurden. (S. 10)

Flugverkehr: Die US-Fluggesellschaft PanAm und die sowjetische Aeroflot nehmen am 27. April die vor vier Jahren unterbrochenen Linienflüge zwischen beiden Ländern wieder auf.

Westland-Affäre: Nach dem spektakulären Rücktritt des britischen Verteidigungsministers Heseltine befindet sich jetzt Handels- und Industrieminister Britten in der Schußlinie. In einer Sitzung des Unterhauses mußte sich Britten mehrmals für Versuche entschuldigen, die Abgeordneten irrezuführen. (S. 10)

Südjetten: Die schweren Kämpfe zwischen Rebellen und Regierungstruppen dauerten auch am Tag nach dem gescheiterten Putsch an. Die Landesgrenzen blieben geschlossen, Telefon- und Flugverbindungen unterbrochen. Nach unbestätigten Berichten aus Aden soll Präsident Ali Nasser Mohammed bei dem Putschversuch schwer verletzt worden sein. (S. 6)

Klage: Ein Vertreter der katholischen Kirche in Polen hat der Regierung vorgeworfen, die Kirchenpresse zu diskriminieren. Im Lande erschienen 2768 Zeitungen und Zeitschriften, aber nur 33 katholische, obwohl 90 Prozent der Polen Katholiken seien. Die Kirche erhalte nur 1,2 Prozent der verfügbaren Papiermenge. (S. 6)

Bosnier: Der Gesundheitszustand von Jelena Bonner, Frau des sowjetischen Regimekritikers Sacharow, wird nach einer Bypass-Operation am Herzen von ihren Ärzten in Boston als zufriedenstellend bezeichnet.

Jugoslawien: Vor einer „Kontinentalrevolution“ warnte der Bund der Kommunisten. Gegner des Regimes traten angesichts der Wirtschaftskrise „immer aggressiver“ auf und versuchten sogar, die „führende und revolutionäre Rolle“ Tito in Frage zu stellen. (S. 10)

Die Lehren aus Frankfurt

Theodor Eschenburg, der 81jährige Tübinger Staatsrechtler, nimmt in der WELT zu den sogenannten Streikparagrafen 116 Stellung. Eschenburg rückt die Übergriffe auf den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann aus der politischen Aktualität und bewertet die Rolle der Gewerkschaften. Sein Fazit: Die Agitation des DGB ist überzogen. (S. 3)

WIRTSCHAFT

Benzin: Die Preise sind wieder deutlich ins Rutschen gekommen. Esso, Shell, BP und Aral nahmen gestern die Benzin- und Superpreise mit sofortiger Wirkung um drei und die Dieselpreise um vier Pfennig zurück. (S. 11)

Haushalt: Der Bund hat sich 1985 um 2,5 Milliarden weniger verschuldet, als im Haushaltsplan vorgesehen. Insgesamt wurden 257,1 Milliarden DM ausgegeben. Die Neuverschuldung betrug 22,4 Milliarden DM. (S. 11)

Arbeitsmarkt: Um 200 000 oder 0,8 Prozent ist die Zahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik 1985 im Vergleich zum Vorjahr gestiegen, teilte das Statistische Bundesamt mit. Durchschnittlich hatten 25,5 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz.

Festnahme: Der Gründer der Mega-Petrol-Gesellschaft, Willner, der 1500 Kommunisten geprellt haben soll, ist an der deutsch-österreichischen Grenze festgenommen worden.

Börse: Nach kurzer Konsolidierung kam es bei lebhaften Umsätzen zu deutlichen Kursgewinnen am Aktienmarkt. WELT-Aktienindex 297,32 (291,87). Am Rentenmarkt überwiegt die Nachfrage, die Durchschnittsrendite ging leicht zurück. BHF-Rentenindex 105,173 (105,146). Performance-Index 100,229 (100,175). Dollar-Mittelkurs 2,4762 (2,4767) Mark. Goldpreis 341,00 (339,40) Dollar.

KULTUR

Donatello: Wenn es um die Ehrung eines großen Landmannes geht, war Florenz noch nie kleinlich gewesen. 1986 wird mit großem Aufwand unter dem Titel „Omaggio a Donatello - 1386-1986“ das Jahr des Meisters der Frührenaissance-Skulptur gefeiert. (S. 17)

Theater: Mit der Präsentation von Euripides' „Medea“ und Goethes „Stella“ in einem Doppelprogramm hat sich Alexander Lang vom „Deutschen Theater“ in Ost-Berlin erneut eines seiner Lieblingsstücke angenommen: des Kampfes der Geschlechter durch die Jahrhunderte. (S. 17)

SPORT

Schach: Der in der Schweiz lebende Viktor Kortschnoi hat beim Turnier in Wien die Führung übernommen. Ex-Weltmeister Karpow (UdSSR) ist Dritter.

Handball: Im Viertelfinale des IHF-Cups trifft Kiel auf Zvezdina (Jugoslawien). Großwallstadt spielt bei den Pokalsiegern gegen Trnava (Bulgarien). (S. 8)

AUS ALLER WELT

Waldsterben: In die Diskussion um den Anteil des Schalenwälders an den Waldschäden haben die bayerischen Jäger ein neues Argument gebracht: Undiszipinierte Skiläufer sind die eigentliche Ursache für die vom Wind angelegten Verfallschäden. (S. 18)

Bundesrepublik sollen 49 gut organisierte Banden am Werk sein - hat ein Erfinderepaar aus Schweden entwickelt. Mit einer unsichtbaren Signalfunktion können jetzt wertvolle Stücke unmissbar gekennzeichnet werden. (S. 18)

Kriminalität: Eine „Geheimwaffe“ gegen Teppichdiebe - in der

Wetter: Böig, abnehmender Niederschlag. Um 4 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Eine neue Agrarpolitik - Leitartikel von Hans-Jürgen Mahnke S. 2

Fernsehen: „Cortuga“ - Autor Edvin Marian präsentiert seine erste Arbeit im Westen S. 8

Südkorea: Seoul strebt den ersten olympischen Rekord an - Von Fred de la Trobe S. 3

Kirche: Die FDP geht auf die Katholiken zu - Brunnens Vorstoß in Aachen S. 10

Berlin: Der „Fall Antes“ sorgt auch an der CDU-Basis für Unbehagen S. 4

Kultur: Lokaltermin im Schloß - Seltene Handschriften im Kölner Theatermuseum S. 17

USA: Auf den Kronprinzen George Bush warten viele Rivalen - Von Dietrich Schulz S. 6

Baden-Baden: Zeitzeuge für Krieg und Frieden - Brenners Parkhotel - Von W. H. Rueb S. 18

Forum: Personalien und Leserbrief - an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 6

Taiwan: Landreform legte Grundlage für Industrialisierung - Ein WELT-Report S. I-VII

Grüne unterliegen in Karlsruhe. Geheimnisse bleiben geschützt

SPD sieht Minderheitenrechte vernachlässigt / Schily spricht von „Flurschaden“

DW, Karlsruhe

Die Bundestagsfraktion der Grünen ist in den Jahren 1984 und 1985 zu Recht nicht zu den Beratungen über die Staats der Nachrichtendienste hinzugezogen worden. Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat gestern die von den Grünen und ihrem Abgeordneten Hubert Kleinert (Marburg) eingereichten Verfassungsbeschwerden gegen die Hausaltsgesetze 1984 und 1985 als „teils unzulässig, teils unbegründet“ zurückgewiesen.

So habe die Bundesregierung nur dem Willen des Bundestages entsprochen, als sie die Wirtschaftspläne dem Parlament nicht zur Verfügung gestellt habe. Unzulässig sei auch der Antrag Kleinerts, mit dem er für die Grünen eine Beteiligung bei der Besetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums gefordert hatte. Einen Anspruch auf Wahl in ein zahlenmäßig begrenztes Organ des Bundestages gebe es nicht. Auch verleihe die Zugehörigkeit zu einer Fraktion keine weiteren Rechte auf Vertretung in jedem Gremium. In der Kommission stehen der CDU/CSU drei Sitze, der SPD zwei Sitze. Die Union hatte einen ihrer Sitze an die FDP abgetre-

ten, die Grünen waren leer ausgegangen.

Die weiteren Anträge hielten die Karlsruher Richter für unbegründet. Zwar habe der einzelne Abgeordnete ein Recht darauf, daß ihm grundsätzlich diejenigen Informationen nicht vorenthalten werden, die ihm eine sachverständige Beurteilung des Haushaltsplans ermöglichen. Nach der Verfassung sei es jedoch zulässig, die Haushaltsansätze geheimer Wirtschaftspläne von einem zu diesem Zweck eingesetzten Gremium vor der Verabschiedung des Gesamthaushaltes zu beraten. Dem Parlament bleibe vorbehalten, sich für einen Beratungsmodus solcher Haushaltsstellen zu entscheiden, der nach seiner Willkürfreiheit - Einschätzung des Geheimhaltungsinteresses hinreichend diene und zugleich den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie Rechnung trage.

In seiner von dem Urteil des sechsköpfigen Senats abweichenden Meinung erklärte Richter Ernst Gottfried Mahrenholz, daß der Zugang zu den parlamentarischen Beratungen für Mehrheit und Minderheit gleichermaßen gesichert sei. Sein Kollege Ernst Wolfgang Böckenförde stellte in einer weiteren abweichenden Meinung

fest, jeder Abgeordnete müsse das Recht haben, an den Verhandlungen und Entscheidungen des Bundestages mitzuwirken. Nur aus zwingenden Gründen könne hiervon abgewichen werden.

Der grüne Bundestagsabgeordnete Otto Schily nannte die Karlsruher Entscheidung eine „Niederlage für das Parlament“. Das Urteil könne einen „Flurschaden“ für die parlamentarische Demokratie anrichten und sei gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Geheimdienstskandale außerordentlich fragwürdig.

Dagegen erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Friedrich Voss, die „Grünen haben es sich selbst zuzuschreiben, daß sie bei der Beratung bestimmter sensibler Bereiche ausgeschlossen bleiben, nachdem aus ihren Reihen zu hören war, daß sie grundsätzlich gegen staatliche Geheimnisse sind“.

Kritisch äußerte sich der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Alfred Emmerlich über den Richterspruch. Er sagte, die Verfassungsrichter hätten gestern „keine Sternstunden“ erlebt. Das Urteil schätze „in bedenklicher Weise das Recht der parlamentarischen Minderheit gering“.

Strauß unzufrieden mit CSU-Ministern

Schlechte Koordination zwischen Bonn und München gerügt / Zimmermann im Kreuzfeuer

PETER SCHMALZ, München

Der SDI-Verhandlungsausschuss, mit dem Wirtschaftsmন্ত্রী Martin Bangemann in die USA reiste und mit dessen Inhalt der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß nicht einverstanden ist („Limousinenbeschluss“), hat zu neuen Konflikten innerhalb der Koalition geführt. Die Angelegenheit machte deutlich, daß Strauß offenbar noch immer keinen für ihn befriedigenden Abstimmungsmodus zwischen Bonn und München gefunden hat. Darüber war es bei der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth zu einem heftigen Wortwechsel zwischen dem CSU-Vorsitzenden und seinem Stellvertreter, Innenminister Friedrich Zimmermann, gekommen.

Strauß hatte den fünf CSU-Ministern (neben Zimmermann die Ressortchefs Dollinger, Klechle, Schneider und Warnke) vorgehalten, sie hätten im Dezember dem SDI-Beschluß, der auf ein allgemeines Technologie-

abkommen zielt und dem CSU-Vorsitzenden deshalb zu unkonkret erscheint, niemals zustimmen dürfen. Verärgert drohte Strauß, er werde, falls dies nochmals passiere, „öffentlich Krach machen“. Daraufhin warf Zimmermann seinem Parteichef vor, dieser treffe sich abends mit Bundeskanzler Kohl, informiere aber anschließend die Minister nicht: „Wir wissen dann nicht, was beschlossen wurde.“

Damit ist wieder ein Problem aufgetaucht, das die Koalition seit ihrer Gründung begleitet: Strauß, dem das von ihm angestrebte Aufsteigen unerreicht war, blieb als Regierungschef in München und versuchte die Parteiführung von Zimmermann aus, Einfluß auf die Regierungspolitik in Bonn zu nehmen. Zu diesem Zweck schuf er den „Jour fixe“, jeweils am ersten Montag eines Monats, zu dem die CSU-Bundesminister, Landesgruppenchef Theo Waigel und

CSU-Generalsekretär Gerold Tandler in die Staatskanzlei kommen.

Die Erfolge sind Strauß aber zu dürrig. „In der Staatskanzlei spielen die starken Männer, und in Bonn nicken sie zu allem, was Kohl sagt“, ärgerte sich ein Münchner CSU-Politiker über seine Parteifreunde im Bundeskabinett.

Partei-Vize Friedrich Zimmermann geriet dabei immer wieder ins Fadenkreuz der Kritik aus München. Gleich nach dem Wechsel der FDP zur Union hatte er sich den Zorn von Strauß zugezogen, als er dem von Kohl gewünschten und der FDP hilfreichen späten Neuwahltermin im März 1983 zustimmte. Dennoch hatte die Parteiführung von Zimmermann erwartet, daß er als der politisch Stärkste der Fünf und auf seinen Erfahrungsschatz aus der Zeit als CSU-Landesgruppenvorsitzender zurückgreifend die parteipolitische Koordination der CSU-Minister übernehmen. Dies aber sei nicht geschehen, heißt es in München.

Weicht Schirow dem Druck des Kreml?

Der bulgarische Staats- und Parteichef ist Gorbatschow ein Dorn im Auge

CARL GUSTAF STRÖM, Wien

In Bulgarien halten sich hartnäckig Gerüchte, wonach Partei- und Staatschef Todor Schirow beim bevorstehenden Kongreß der bulgarischen Kommunisten ganz oder teilweise zurücktreten könnte. Nach wie vor verfügt der Parteichef jedoch über einen starken Rückhalt sowohl in der KP als auch in der Bevölkerung. Allerdings hat Schirow einen mächtigen Gegner außerhalb der bulgarischen Grenzen: den neuen sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow.

Wann immer Gorbatschow und Schirow zusammenstießen, sprühten die Funken. Gorbatschow erschien 1984 erstmals in Sofia, um dem bulgarischen Parteichef die unmittelbar bevorstehende Reise nach Bonn zu verbieten. Schirow blieb auf seinen bereits gepackten Koffern sitzen. Ein zweiter Anlaß zu Verstimmungen zwischen Schirow und Gorbatschow ergab sich beim Besuch des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe in Bulgarien im März 1985.

Damals sagte Schirow in Gegenwart von Zeugen auf die Fragen Howes, warum die Wirtschaft Bulgariens so erfolgreich sei: „Weil wir Kolonien haben. Unsere erste Kolonie ist die Sowjetunion. Und unsere Rohstoffe, so wie Ihre Kolonien sie Ihnen gegeben haben. Und wir verkaufen sie zurück als Fertigprodukte - und beuten sie als Markt für unsere Exporte aus.“ Als diese Äußerung Schirows ins Moskauer bekannt wurde, löste sie bei den für Humor und Ironie besonders geachteten Sowjetführern und bei Gorbatschow persönlich einen Sturm der Entrüstung aus.

Die Retourenschüsse ließ nicht lange auf sich warten. Im Juni 1985 richtete der sowjetische Botschafter in Sofia, Grewkow, in einem Interview für die bulgarische Wochenzeitung „Poled“, scharfe Angriffe auf die Arbeiterschaft des Landes, die nicht genug Fleiß und Klassenbewußtsein an den Tag lege und sich lieber mit ihren privaten Gütern als mit der Produktion beschäftige. Grewkow rügte über-

dies die mangelhafte Qualität der von Bulgarien an die Sowjetunion gelieferten Waren. Dieses unübliche Hervortreten des sowjetischen Diplomaten in der bulgarischen Öffentlichkeit wurde als Warnschuß Gorbatschows gegen Schirow verstanden.

Als Schirow etwa um die gleiche Zeit bei Gorbatschow in Moskau vorsprach, mußte er sich gleichfalls Vorwürfe anhören. Bei der Verleihung des Lenin-Ordens an Schirow ließ sich Gorbatschow die Chance zu einer Kritik an den Bulgaren nicht entgehen: Die Beziehungen zwischen beiden Ländern seien zwar sehr eng, aber - so Gorbatschow - „die Realität und das Leben gestalten es nicht, daß wir auf unseren Lorbeeren ausruhen“. Offenbar ist Gorbatschow der Meinung, daß Schirow genau das in den letzten Jahren getan hat. Der dynamische, geschmeidige und geübte „Jung-Russe“ - und der alte, stets ein wenig zerkümmert und listig wie ein Fuchs wirkende Bulgar: Dieses Gespann paßt nicht zusammen.

Russen greifen zu Ersatz-Wodka

cgs, Wien

Die Anti-Alkoholkampagne des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow hat zu seltenen Resultaten geführt. So kam es in den letzten Tagen des vergangenen Jahres in der Nähe von Moskau zu einer Massenvergiftung zahlreicher Sowjetbürger durch Methylnalkohol. Die Arbeiter einer Fabrik hatten dort, wie die Regierungszentrale „Iswestija“ berichtet, die amtlich verordnete Beschränkung des Wodka-Verkaufs dadurch zu unterlaufen versucht, daß sie die in ihrem Werk lagernden Vorräte an gefährlichem Methylnalkohol selber tranken. Auch nahmen sie den „Ersatz-Wodka“ mit nach Hause und kredenzten ihn ihren Freunden und Angehörigen. Jetzt suchen die Behörden nach den Schuldigen.

Nicht nur der Methylnalkohol, dessen Genuß zu schweren gesundheitlichen Schäden bis zur Erblindung und Lähmung führen kann - auch Industrialkohol wird, wie die Moskauer Regierungszentrale berichtet, in

der Sowjetunion gerne als Ersatz für Wodka konsumiert. Die „Iswestija“ erhielt auf ihren Bericht über den Methylnalkohol zahlreiche Leserbriefe, in denen übereinstimmend geschrieben wird, daß es sich bei den Ereignissen in der Gegend von Moskau keineswegs um Einzelfälle handle. So schreibt die Leserin M. Iwanowa: „Ich habe einen 35jährigen Sohn, der Familienvater ist. Außerlich scheint alles in Ordnung, aber ich bemerke, daß er oft betrunken ist, wenn er von der Arbeit nach Hause kommt. Er arbeitet in der Abteilung für Mechanik, wo sie große Mengen von Industrialkohol erhalten können. Ich bin dafür, daß man die Maßnahmen zur Überwachung dieses gefährlichen Getränks verschärfen muß.“

Daß dieses „Getränk“ von sowjetischen Fabrikdirektoren sogar als Ansporn zur Planerfüllung eingesetzt wird, berichtet der „Iswestija“-Leser W. Turkow. Jeder Chef, so schreibt er, habe das Recht, eine bestimmte Menge Alkohol auszugeben. Was aber ge-

schehe? „Man muß z.B. einen besonderen eiglen Auftrag ausführen. Dann holt der Chef die Flasche mit dem Alkohol zur Stimulierung des Arbeiters hervor. Der Alkohol ist in gewisser Weise zu einer ‚Valuta‘ geworden. Er hat bei uns den Namen ‚Beschleuniger‘ erhalten.“ Für einen ehrenhaften Menschen sei es schwer, überhaupt noch zu Arbeit zu gehen, bemerkt Leser Turkow und fordert dann, man möge doch den Industrialkohol durch eine andere Flüssigkeit (die nicht trinkbar ist) ersetzen.

Eine Arbeiterin aus der Fabrik „Polykolor“ fordert ebenfalls, den Industrialkohol durch Aceton zu ersetzen - und der Arbeiter Sabolotski aus der Krower Werkzeugmaschinenfabrik bestätigt, daß auch in seinem Betrieb Industrialkohol in großen Mengen konsumiert werde. Sein Vorschlag: Anstelle von Alkohol sollte man Benzin verwenden. Andere Vorschläge laufen darauf hinaus, den Industrialkohol durch Methylalkohol zu ersetzen, um ihn so als gefährlich zu kennzeichnen.

DER KOMMENTAR

Datenschutz andersrum

MANFRED SCHELL

Die heißdiskutierte Frage, ob grüne Abgeordnete ein Risiko für die Sicherheitsinteressen des Staates darstellen, ist vom Bundesverfassungsgericht beantwortet worden: „Aus zwingenden Gründen“ sei es „hinzunehmen“, daß einzelne Fraktionen“ bei der Besetzung eines Parlamentsausschusses unberücksichtigt bleiben. Hier stellte es auch gleich klar: Die Grünen bieten keine Gewähr dafür, daß sie dieses Geheimhaltungsinteresse beachten. Deshalb wurde ihre Klage abgewiesen.

Das Urteil wird weitreichende Folgen haben, für die Geschäftsordnung des Parlaments, aber auch für die Rechte der Mehrheit gegenüber der Minderheit. Der Richterspruch stützt zweifellos die Rechte der Mehrheit, zwar nicht schrankenlos - sie können verdrängte Fraktionen (wohl auch einzelne verdächtige Abgeordnete einer unverdächtigten Fraktion?) nur aus „zwingenden Gründen“ von sicherheitsempfindlichen Ausschüssen fernhalten - aber: sie sind radikalen Minderheiten nicht mehr wehrlos aus-

geliefert. Die Grünen selbst haben die Grundaussagen dieses Urteils bestimmt. Sie haben weder ihr Verhältnis zur Gewalt noch zu staatlichen Organen, etwa dem Verfassungsschutz, geklärt. Aus ihren Reihen war sogar zu hören, daß sie „grundsätzlich gegen staatliche Geheimnisse“ seien. Die Verfassungsrichter haben diese Haltung berücksichtigt und einen Datenschutz andersrum dekretiert: Geheimnisse sind vor den Grünen zu schützen. Damit ist geklärt, daß die Grünen nicht nur eine unbequeme Partei sind, sondern auch eine Risiko-Gruppierung.

Nun stellt sich die Frage nach der Überprüfung neu. Eben erst hatte es Beschwerden wegen der Spranger-Auskunft über die Grünen gegeben. Karlsruhe hat ja Beweise über das Verhältnis der Grünen zum Gesetz akzeptiert. Daraus ergibt sich, daß trotz Mitgliedschaft im Bundestag eine Überprüfung extremistischer Bestrebungen „aus zwingenden Gründen“ nicht nur „hinzunehmen“ ist, sondern sogar geboten sein dürfte.

Finanzausgleich: Zeidler rügt Vertreter Bonns

HH, Karlsruhe

Gleich zu Beginn des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht über den Länder-Finanzausgleich hat Präsident Zeidler den Vertreter der Bundesregierung, Finanzstaatssekretär Voss, eine Rüge erteilt. Voss hatte in Karlsruhe erklärt, es gehe bei diesem Verfahren nicht um höhere Zuwendungen des Bundes an die Länder, sondern lediglich um eine Umverteilung der Länder-Finanzmasse, und „für diese Umverteilung bedarf es einer Verständigung unter den Ländern“. Zeidler griff diese Bemerkung unmittelbar mit dem Hinweis auf, der Bund verstehe seine Rolle offenbar so, daß die Länder das Gesetz machen und er (der Bund) „die Bürokratie zur Verfügung stellt“. Zeidler sieht nach eigenen Worten hier einen der kritischen Punkte des Verfahrens. Streitpunkt ist die Einbeziehung der niedersächsischen ÖL-Einnahmen. Seite 16: Hannover im Kreuzfeuer

Keine Erklärung des Bundestages zum Antisemitismus

p. p. Bonn

Der Bundestag wird nicht, wie es von SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel in Schreiben an die übrigen Fraktionsführungen angeregt worden ist, in einer gemeinsamen Erklärung die Ablehnung jeder Verharmlosung von Antisemitismus bekräftigen. Die Sozialdemokraten hatten die Äußerungen des CSU-Abgeordneten Fellner zu Wiedergutmachungsleistungen an jüdische Zwangsarbeiter zum Anlaß für ihren Vorstoß genommen und eine Passage aus der Rede des Bundespräsidenten zum 8. Mai 1985 ihrem Entschließungsvorschlag untergeordnet. Bei den übrigen Fraktionen stieß dieses Vorgehen gestern jedoch auf Widerstand. Für die CDU/CSU-Fraktion spielte dabei eine entscheidende Rolle, daß Fellner während einer Debatte über die Entschädigung von NS-Opfern morgen vor dem Plenum eine Art Entschuldigung aussprechen wird. Seite 4: Widerstand

Kabuler Soldaten desertierten

DW, Islamabad

Etwas 650 afghanische Soldaten und Milizionäre sind nach Berichten westlicher Diplomaten im vergangenen Monat desertiert und haben sich den Widerstandskämpfern angeschlossen. Zunächst sei eine etwa 400 Mann starke Milizeinheit in der Provinz Ghazni überlaufen und habe gemeinsam mit den Rebellen die afghanische Heeresbrigade belagert, zu deren Unterstützung sie entsandt worden war. Anschließend seien etwa 250 Soldaten der belagerten Regierungstruppen desertiert. In weiteren Berichten hieß es, im Dezember 1985 seien im Gebiet von Kandahar in Südafghanistan 20 sowjetische Soldaten hingerichtet worden, weil sie sich geweigert hätten, zusammen mit Kabuler Soldaten zu kämpfen.

Ministertreffen der EG verschoben

Co, Bonn

Die Westeuropäer schieben ihre Entscheidung über eine gemeinsame Haltung zum Wirtschaftsboykott der USA gegen Libyen vor sich her. Eine für den 21. Januar in Den Haag vorgesehene Beratung der EG-Außenminister zu diesem Thema ist um eine Woche verschoben worden, weil Griechenland und Portugal sich vor „keine Zeit“ hatten. Nun soll sich die zur Realisierung der Luxemburger EG-Reformen angesetzte Außenministerkonferenz am 27. Januar auch mit Libyen und dem Terrorismus befassen. Die Beratungen über das eigentliche Thema dieses Treffens drohen daran zu scheitern, daß Kopenhagen angesichts des Widerstandes in Dänemark kaum noch Chancen für eine Unterzeichnung sieht.

„Bleifreies Normalbenzin ist von hervorragender Qualität“

TÜV weist Düsseldorfer Verbraucherzentrale zurecht

ULRICH REITZ, Bonn

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen sorgte für vorübergehende Unsicherheit bei den Autofahrern. Gestützt auf eine Untersuchung des TÜV Rheinland verbreitete die Produktwächter die Meldung, das bleifreie Benzin sei eigentlich gar nicht bleifrei. Die Folge: Autofahrer, die sich auf den Umweltschutz besonnen haben und einen Wagen mit Katalysator benutzen, müßten möglicherweise mit Ärger bei der nächsten Abgassondierung rechnen. Denn schließlich nehme die Wirkung eines Abgasreinigers im Laufe der Jahre dann verstärkt ab, wenn er mit Blei-Benzin in Berührung komme.

Das TÜV-Dementi ließ nicht lange auf sich warten. Die Autoprüfer sahen sich fehlinterpretiert und stellten klar: „Bleifreies Normalbenzin aus deutschen Zapfsäulen ist von hervorragender Qualität“. Dies sei in Wahrheit, so TÜV-Rheinland-Sprecher Dieter Schneider gegenüber der WELT, das Ergebnis des Tests, den die Autoprüfer an 21 Tankstellen im Köln-Bonner Raum im Auftrag der

Verbraucherberater veranstalteten. Die Proben bleifreien Kraftstoffs enthielten nur zwischen vier und sieben Milligramm des Schwermetalls, weniger, als nach der DIN-Norm zulässig.

Den Schluß, den die Verbraucherzentrale aus dem TÜV-Test zog - möglicherweise sogar ein Ende der Steuervorteile - machte der TÜV nicht mit. Zwar könne die Entgiftungsleistung eines Katalysators im Laufe der Zeit auf bis zu 70 Prozent der ursprünglichen Kapazität absinken. „Trotzdem ist noch immer gesichert, daß die gesetzlich festgelegten Abgaswerte eingehalten werden“, so Schneider.

Die Düsseldorfer Verbraucherberater bezogen bei den angeblich zu erwartenden, weitgehenden Konsequenzen aus der Verunreinigung ausdrücklich auf den TÜV-Ingenieur, der die an den Zapfsäulen Proben nahm. Der jedoch hält sich aber in Schweigen, verweist auf die TÜV-Pressstelle. Und die sieht „keinen Anlaß zur Verunsicherung der Autofahrer“.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein Grollen aus der Ferne

Von Peter Schmalz

K eineswegs ungewohnt ist den CSU-Bundesministern das gegen sie ertönende Grollen ihres Parteivorsitzenden, wenn dieser einen Anlaß sieht, sich über den vermeintlich zu laschen Einsatz der fünf für eine lupenreine CSU-Politik der Bonner Regierung zu beklagen.

Viel Willen, sich dem Harmonie-Bedürfnis der Ministerrunde zu entziehen und notfalls mit bayerischer Faust auf den Bonner Kabinettsstisch zu schlagen, traute Strauß dem Quintett von Anfang an nicht zu. Deshalb wurde der allmonatliche Jour fixe geschaffen, zu dem Zimmermann, Dollinger, Schneider, Kiechle und Warnke regelmäßig in die bayerische Staatskanzlei kommen, um dort zu erfahren, was sie in Bonn während der vergangenen vier Wochen eigentlich hätten unternehmen sollen und was sie in den kommenden vier Wochen keineswegs unterlassen dürfen.

Die Praxis zeigt: Die fünf leben dann am angenehmsten, wenn sie weder in München dem Parteichef noch in Bonn im Kabinett widersprechen. Einziges Risiko dabei ist eben das gelegentliche Grollen aus der Staatskanzlei. An dieser Doppelstrategie dürfte sich in dieser Legislaturperiode nichts ändern, weil Strauß es im Wahlkampf kaum wagen wird, seine Minister öffentlich der Leichtgewichtigkeit oder gar der Untreue gegenüber den Parteiprinzipien zu beschuldigen. Seine neuerlichen Drohungen in Kreuth waren deshalb nicht mehr als eine neue Groll-Variante.

Aber auch in der nächsten Legislaturperiode wird sich nichts ändern, falls die Koalition die Wahlen gewinnt und Strauß sein „schönstes Amt der Welt“ in München behält. Solange er nicht der Bonner Ministerrunde angehört, wird er immer unzufrieden sein mit den Kabinetts-Kompromissen, die eine trickreiche FDP ohne besondere Erschwernisse durch die CDU gegen die aus München erhobenen Forderungen durchsetzt. Was aber wäre, wenn er selbst nach Bonn ginge? Zu Kompromissen müßte auch Strauß immer wieder bereit sein. Nur zum Grollen wäre dann kein Anlaß, denn wer grollt schon gern mit sich selbst?

Was alles floriert

Von Claus Dertinger

Die Statistikgläubigen wissen es nun ganz genau: 1,838 Billionen Mark, eine zehnstellige Zahl, ist das wert, was im letzten Jahr in der Bundesrepublik geschaffen worden ist, nämlich das Bruttoinlandsprodukt, das als der umfassendste Ausdruck der gesamtwirtschaftlichen Leistung gilt. Da ist alles statistisch Erfassbare drin, was Landwirtschaft, produzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr, was Dienstleistungsgewerbe und der Staat an Wertschöpfung erbracht haben und was schließlich in den privaten und staatlichen Verbrauch, in die Investitionen und in den sogenannten Außenbeitrag (Überschuß im Waren- und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland) fließt.

Diese Tausendachtundachtunddreißig Milliardenleistung, die sechsmal so hoch ist wie vor 25 Jahren, und wenn man die Geldentwertung herausrechnet, doppelt so hoch ist wie damals, gibt noch nicht einmal die volle Wahrheit wider. Da fehlen noch schätzungsweise 150 bis 200 flote Milliarden aus der Schattenwirtschaft, die etwa eine Million Menschen beschäftigt, legal wie bei der Nachbarschaftshilfe am Bau, aber vor allem illegal. Auch das ist ein Teil unserer Wirtschaftsleistung, und wenn nicht alles täuscht, sogar ein recht konjunkturenbuster, der sich besonders dynamisch entfaltet und dem Fiskus jährlich mehr als 50 Milliarden vorenthält. So gut es ist, daß es eine Statistik gibt: Man sollte sie nicht genauer nehmen als sie sein kann.

Auch die schönen Wachstumsraten, wie sie die Statistiker ausrechnen und an denen die Wirtschaftspolitiker ihren Erfolg messen, müssen relativiert werden, wenn sie wirklich etwas über die Wohlstandsmehrung des einzelnen aussagen sollen. Es ist eben ein Unterschied, ob ein Land mit schrumpfender Bevölkerung wie die Bundesrepublik oder ein Land mit zunehmender Einwohnerzahl ein 3- bis 3,5prozentiges Wirtschaftswachstum produziert, was das bei uns für 1986 prognostiziert ist. Da kommt, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, in der Bundesrepublik noch gut und gerne reichlich ein halber Prozentpunkt mehr Wachstum heraus. Und damit sind die Deutschen Spitze unter den Industrieländern.

Eine Tafel für Lohr

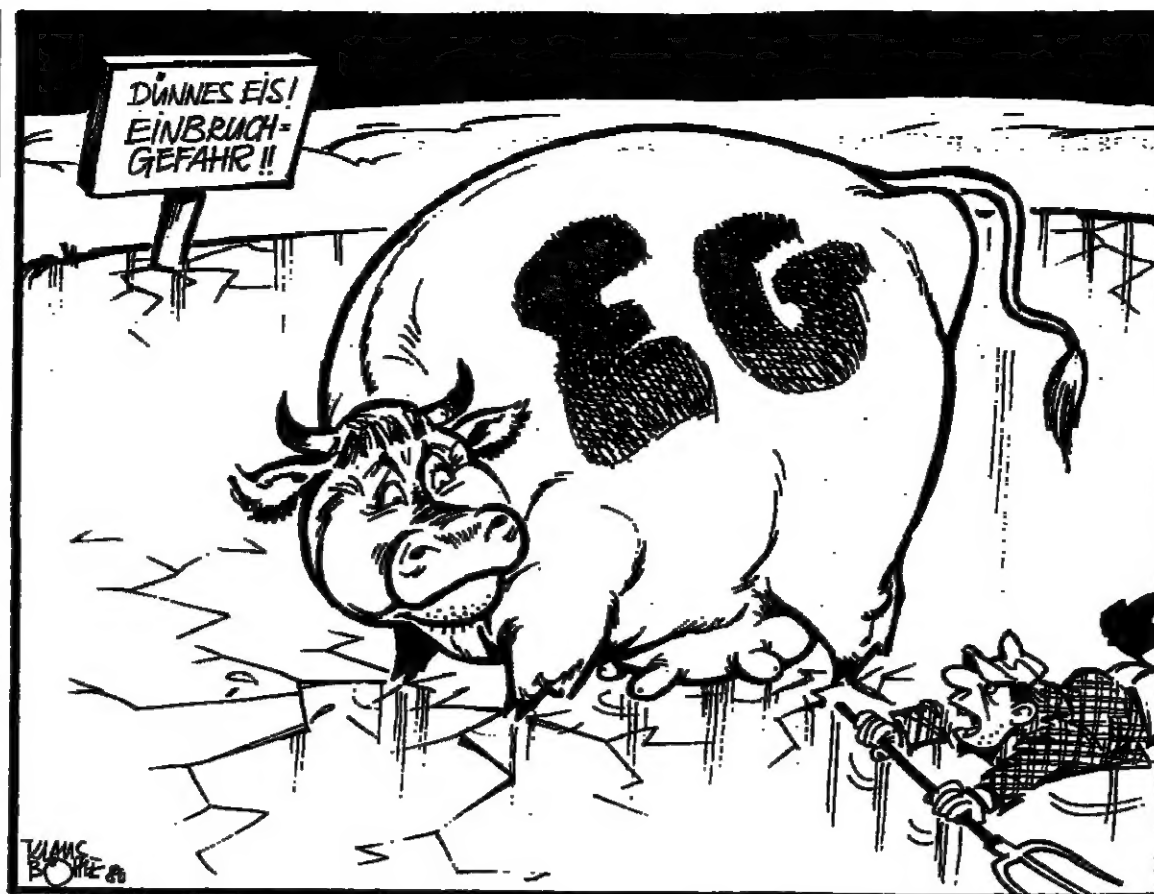
Von Carl Gustaf Ströhm

Jugoslawien und Österreich sind wegen einer historischen Reminiszenz in Konflikt geraten: Die jugoslawische Nachrichtenagentur Tanjug wirft dem Donau-Nachbarn die „Ehrung eines Kriegsverbrechers“ vor. Anlaß dafür ist eine schlichte Gedenktafel zum 50. Jahrestag der Gründung der österreichischen Luftstreitkräfte, die vor ein paar Tagen in der Wiener Landesverteidigungs-Akademie enthüllt wurde. Auf der Tafel steht: „Schöpfer und Kommandant der österreichischen Luftstreitkräfte war Generalmajor Alexander Lohr, 20. Mai 1885 – 26. Februar 1947“.

Nun wurde Lohr nach dem Anschluß Österreichs in die deutsche Luftwaffe übernommen, war in der ersten Phase des Zweiten Weltkrieges Kommandeur einer Luftflotte, die 1941 Belgrad bombardierte – und später Befehlshaber der Heeresgruppe E (Balkan und Griechenland). Lohr führte zu Kriegsende die deutschen Truppen aus dem Südosten in geordnetem Rückzug bis an die österreichische Grenze, wo die meisten in britische Gefangenschaft gerieten. Der Generaloberst selbst aber blieb bei dem Rest und begab sich aus diesem Verantwortungsbewußtsein in die Hände seiner erbitterten Feinde: der jugoslawischen Partisanen unter Tito. In Belgrad wurde er als Kriegsverbrecher erschossen. Ein Gnadengesuch stellte er nicht.

Man fragt sich, welche Motive hinter der Aufregung der Jugoslawen stehen. 40 Jahre nach Kriegsende war es möglich, daß der deutsche Bundeskanzler bei seinem Besuch in Belgrad am deutschen Gefallenendenkmal einen Kranz niederlegt. Warum sollten dann österreichische Flieger nicht des Begründers ihrer Truppe gedenken? Sollte man Lohr zur „Unperson“ erklären, der vom Typus und Verhalten alles andere als ein Nationalsozialist, sondern ein eher k. u. k. österreichischer Offizier war (seine Mutter war überdies Russin – was in die damalige Rassenideologie gar nicht hineinpaßte)?

In einer Zeit, da man sogar innerhalb Jugoslawiens darüber diskutiert, ob nicht auch die inneren Bürgerkriegsgegner ein Denkmal verdienen, sollte für Lohr wie für viele andere ein Mindestmaß an Respekt gelten. Und zur tagespolitischen Auseinandersetzung eignen sich die lange Toten auch nicht.



Das Eis dünner

KLAUS BÖHLE

Eine neue Agrarpolitik

Von Hans-Jürgen Mahnke

Gesucht wird ein neues Huhn, das goldene Eier legt. Das alte macht's nicht mehr. Sprich: Über höhere, staatlich garantierte Preise läßt sich kein Einkommenszuwachs der Landwirtschaft mehr erzielen. Doch das Umdenken fällt schwer.

Ohne das Wort Reformen zu benutzen, hat die Bundesregierung bereits die Konsequenzen gezogen. Sie hat die direkten Zahlungen an die Bauern, die Steuererleichterungen und die Zuschüsse für die Sozialversicherungen in den vergangenen Jahren kräftig aufgestockt. Wenn dies so weitergeht, dann fehlt dafür nur noch die Weihe der Europäischen Gemeinschaft – der Kurswechsel weg von der Preis-Politik wäre dann eine große Grundsatzerklärung über die Bühne gegangen.

Das neue Huhn soll auch offiziell den Namen „neuer Weg in der Agrarpolitik“ erhalten. Aber so einfach geht es nicht: Deswegen will die Bundesregierung auf ihrer heutigen Kabinettsitzung noch nicht ihre künftige Haltung festlegen, obwohl dies wiederholt angekündigt wurde.

In der Diagnose sind sich alle einig: Die Agrar-Überschüsse müssen beseitigt, neue Überschüsse verhindert werden. Angesichts von nahezu 20 Millionen Tonnen Getreide, mehr als einer Million Tonnen Butter und 750 000 Tonnen Rindfleisch, die in den Lagerhäusern der Gemeinschaft herumliegen, mag dies als pure Selbstverständlichkeit erscheinen. Nur für die Landwirtschaft bedeutet dies einen totalen Bruch mit bisherigen Gegebenheiten.

Aus unterschiedlichen Gründen – vom Kampf gegen den Hunger bis hin zur Autarkie – wurden die Bauern, was natürlich auch in ihrem eigenen Interesse lag, zu einer immer höheren Produktion gedrängt. Die Kuh als unformiger Fleischkloß, dem immer mehr Milch abgezapft werden konnte, war jahrelang das Sinnbild des Fortschritts; die Menge des eingesetzten Kunstdüngers und der Bestand an landwirtschaftlichen Maschinen ein Gradmesser für den Entwicklungsstand eines ganzen Wirtschaftszweiges. Und jetzt wird schlicht gefragt: Wie kann die Erzeugung dem Verbrauch angepaßt werden? Wobei es doch eigentlich stets so sein sollte.

Auf freien Märkten erfolgt der Ausgleich über den Preis – mit allen Konsequenzen, Gewinn und Verlust, für den Hersteller oder Ware. Für wichtige landwirtschaftliche Erzeugnisse aber wurde der Preis, übrigens nicht erst seit Gründung der EG, an der

Einkommensentwicklung der Bauern ausgerichtet. Allerdings stachelten die steigenden Preise die Produktion an – und sie dämpften den Konsum. Nur spielt in diesem Falle das Marktgewicht keine Rolle, weil der Staat die Überschüsse aufkauft.

Relativ „problemlos“ funktionierte dies noch, solange die Folgen dieser Politik Dritten aufgebürdet werden konnten; indem die Europäische Gemeinschaft, früher ein Importeur von Nahrungsmitteln, die Einfuhren verhinderte. Damals konnten die Preise leicht heraufgesetzt werden. Allerdings bahnte sich bereits vor mehr als einer Dekade die Wende an, als die EG immer mehr Überschüsse produzierte. Für die Verwaltung dieser Überschüsse mußte die Gemeinschaft im vergangenen Jahr 48 Milliarden Mark – zwei Drittel ihrer Mittel – ausgeben.

Mehr noch: Um einen Liter Milch zu „bewältigen“, der über den Verbrauch hinaus gemolken wird, muß die EG 68 Pfennig aufwenden; fast auf den Pfennig genau das Geld, das der Bauer von seiner Molke erhält. Würde der Staat diesen Betrag dem Bauer überweisen als „Lohn“ dafür, daß dieser seine Produktion einstellt, dann stünde der Landwirt sich besser, weil er keine Betriebskosten hätte.

Daher dreht sich jetzt ein großer Teil der Diskussion darum, wie den Landwirten die Aufgabe oder die Verringerung der Produktion schmackhaft gemacht werden kann. Es wird über eine Vorruhestandsregelung



Mehr ernten, weniger verdienen: deutsche Bauern

ebenso gesprochen wie über die Stilllegung von Flächen zugunsten des Umweltschutzes. Vorgeschlagen wird zudem die verstärkte Förderung von Erzeugnissen, die bisher nicht im Übermaß hergestellt werden, wie zum Beispiel Futterbohnen. Auch die Züchtung von Pflanzen für Biosprit ist im Gespräch. Daneben wird die Aufgabe der Bauern für die Erhaltung der Kulturlandschaft herausgehoben, damit könnten höhere Ausgleichsbeträge für die benachteiligten Gebiete und Zuschüsse für die Sozialversicherung gerechtfertigt werden.

Der Streit in der Bundesrepublik geht in erster Linie darum, ob diese Maßnahmen immer mehr die Preise als Mittel der Einkommenspolitik ersetzen oder ergänzen sollen – ein grundsätzlicher Konflikt. Wer, wie die Mehrheit des Bundesrates, in den neuen Maßnahmen einen Ersatz sieht, und eine stärker marktorientierte Ausrichtung der Agrarpolitik zum Abbau der Überschüsse fordert, macht letztlich die staatliche Förderung des Einzelbetriebes von der Höhe seiner Produktion unabhängig. In diesem Sinne wurden jetzt die Zuschüsse zur Altersversicherung der Landwirte erstmals sozial gestaffelt.

Wer jedoch eine aktive oder – wie es heißt – kostenorientierte Preispolitik propagiert (selbst wenn sie erst möglich sein sollte, wenn die Produktion von Überschüssen beseitigt ist), primiert weiterhin die Produktion; hilft also den größeren Betrieben mehr als den kleinen. Historisch überwiegt im Süden der Bundesrepublik die kleinbetriebliche Struktur, im Norden gibt es dagegen mehr größere Höfe, was unterschiedliche Interessenlagen in diesem Konflikt erklärt.

Für Landwirtschaftsminister Kiechle bleibt eine kostendeckende Preispolitik das Kernstück, andere Maßnahmen sollen hinzukommen. Dies ist teuer. Zum einen werden die Verbraucher, zum anderen die Steuerzahler zur Kasse gebeten. Wäre es nicht sinnvoller, die direkten Zahlungen oder die Zuschüsse für die Sozialversicherung zu forcieren und die lenkende Funktion der Preise zumindest durch ein Einfrieren zu verstärken, um die Überschüsse zu drücken? Zwei Hühner im Stall sind zwar besser als eins, aber sie fressen auch mehr.

Machten Bonner Beamte drei Minister zu Marionetten?

Enthüllungen eines ehemaligen Staatssekretärs / Von Dankwart Guratzsch

Die Enthüllungen, mit denen der frühere Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Günter Hartkopf (FDP), in der vergangenen Woche an die Öffentlichkeit trat, werden außer den Politikern auch die Wirtschafts- und Umweltverbände und zweifellos auch die Verwaltungs-Wissenschaftler noch beschäftigen. Denn sie berühren Grundfragen des Staatsverständnisses. Auf der Arbeitstagung des Beamtendebates in Bad Kissingen hatte Hartkopf vor Vorgängen berichtet (WELT vom 10. Januar), über die, wie er sagte, bisher „der wohlwollende Schleier des Schweigens ausgebreitet“ gewesen sei. Der alleinige Grund, sie nun offenzulegen, sei ein Forschungsprojekt, durch das sie ohnehin in Kürze publik werden würden.

Diese geheimnisvollen Vorgänge, in die Hartkopf und eine nicht näher bezeichnete Gruppe „hoher Beamter in wichtigen Ressorts“ verwickelt waren, haben die demokratische Staatsordnung, versteht man Hartkopf richtig, minde-

stens partiell außer Kraft gesetzt. Offiziell eingesetzte Organe und gewählte Politiker wurden, so der frühere Staatssekretär, zu einem „Schattendasein“ verurteilt. Die Materie, um die es dabei ging, war der Umweltschutz, der zu jener Zeit – Anfang der siebziger Jahre – noch keine „Lobby“ besaß. Die Beamten, die „das Buch über die Grenzen des Wachstums nicht nur gelesen, sondern auch verstanden hatten“ (Hartkopf), beschlossen, „eine solche potente Gegenspieler“ zu schaffen.

● Sie gründeten die Arbeitsgemeinschaft für Umweltschutz als ein „neutrales Forum...“ in welchem alle Umweltbegeisterten und alle Umweltschützer an einen Tisch gebracht wurden.

● Sie initiierten den Zusammenschluß der Bürgerinitiativen zum Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

● Sie „erfanden“ den „Denktank“ des Sachverständigen-Rates für Umweltschutz und setzten ihn zielgerichtet ein.

● Und sie stellten für all das Organisationshilfen und Finanzmittel bereit.

Darüber hinaus bedienten sich diese Beamten noch so manchen Kunstgriffen diskreter Regie. Wenn es darauf ankam, organisierten sie im Vorfeld entscheidender Sitzungen „den Teilnehmerkreis so um, daß eine beachtliche Umweltstreitmacht den Wirtschaftsbossen gegenübergestellt wurde“.

Die Wirtschaft habe so „bei vielen Einzelaktionen die Erfahrung machen müssen, daß sie der Verwaltung unterlegen“ sei. Auch die Justiz wurde eingebunden. So hätten Beamte „bei schwierigen Umweltproblemen, die wegen politischen Widerstandes nicht befriedigend geregelt werden konnten“, mit einer „Fülle substantieller Fachartikel“ Urteile vorbereitet.

Die Politiker wurden in die Zange genommen: durch „viele Umweltverbände“, die von Beamten geleitet wurden und werden und von denen Hartkopf sagt: „Eine Mitgliedschaft von vier Millionen

IM GESPRÄCH Ali Nasser Mohammed

Schüsse in Aden

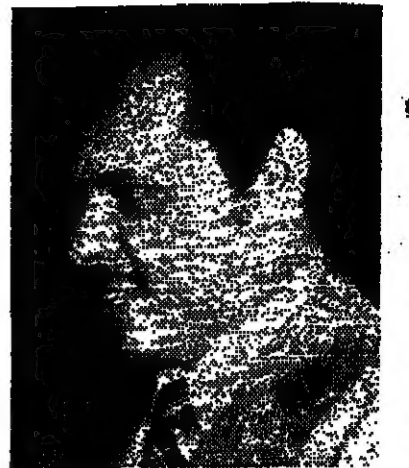
Von Peter M. Ranke

Ob die Sowjets es hinnehmen werden, daß Präsident Ali Nasser Mohammed ihre treuesten Gefolgsgelute im Südjemen ausgeschaltet hat? Wegen Hochverrats ließ der Präsident am Montag alte Rivalen hinrichten, den Ex-Präsidenten Abdul Fattah Ismail und den früheren Verteidigungsminister Ali Antar. Der erste schloß 1979 den Freundschaftspakt mit Moskau und modelte eine frühere „Befreiungsfront“ in eine kommunistische Partei um. Der zweite ließ Moskaus Stützpunkte ausbauen und schickte seine arabischen Soldaten zum Kampf nach Äthiopien.

Seit Jahren fürchtet der Krimi, der Südjemen unter Ali Nasser Mohammed könne seiner Kontrolle entgleiten. Daher schickte er voriges Jahr „seinen Mann“ Abdul Fattah Ismail aus dem Exil nach Aden zurück, doch gegen den gewiegten Taktiker im Präsidentenpalast hatte dieser keine Chance. Denn Ali Nasser Mohammed (48) betreibt eine populäre Politik. Er pflegt auf Parteiversammlungen das direkte Gespräch mit dem Volk, scheut auch keine Beschwerde bei den sowjetischen Verbündeten. So protestierte er, als vollautomatisierte sowjetische Trawler und Verarbeitungsschiffe vor der südjemenitischen Küste das Meer leerfischten.

Ali Nasser Mohammed ist Bauernsohn. Er ist ein Mann des Südens, während sein Rivale Abdul Fattah Ismail aus dem Nordjemen kam und bei den Stämmen des Südens keinen Anklang fand.

Als Lehrer und Guerilla der „Befreiungsfront“ gegen englische Truppen und Sultans-Polizei absolvierte Ali Nasser Mohammed eine vorbildliche Parteikarriere. Sie führte ihn über Zentralkomitee und Gouverneursposten nach der Unabhängigkeit 1967 in die Ämter des Verteidigungsministers und Regierungschefs. 1980 wurde er Staatspräsident, wie meist im Südjemen nach Intrigen und blutigen Machtkämpfen. Die



Verwundet, aber (noch) nicht gestürzt: der südjemenitische Herrscher Ali Nasser Mohammed

FOTO: AFP

spärlichen Meldungen, die gestern aus Aden kamen, besagen, er sei nun selbst vorgestern bei den Kämpfen verwundet worden.

Anders als der erschossene Ex-Verteidigungsminister Ali Antar wurde Ali Nasser Mohammed nicht in der Sowjetunion ausgebildet, er war dort nur 1982 einmal zu einem Staatsbesuch. Als er im Krimi um höhere Entwicklungshilfe bat, bekam er die bursche Antwort: Holt euch doch das Geld bei den Öl-Arabern! Das tat dann der Mann aus Aden. Er normalisierte die Beziehungen zu den Golfstaaten, wo die Volksrepublik Südjemen als eine Basis des KGB und (auch deutscher) Terroristen verschrien war.

Nach der Ausschaltung der Moskau-Fraktion in Aden wird der Präsident, sollte er den zur Zeit wütenden Machtkampf siegreich überleben, die Sowjets zu beruhigen suchen, wenn sie ihn innerseits in Ruhe lassen und nicht etwa mit eigenen Truppen ihren Stützpunkt Aden mit Wurf und Flugplatz „schützen“.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG

Die schreibt zum Honecker Neujahrsgesamter

— Zum Jahresanfang äußert sich in den deutsch-deutschen Beziehungen ein erstaunlicher Grenzüberstreifen der Optimismus. Erich Honecker sprach gestern auf dem Neujahrsgesamter von einer „sehr guten Perspektive“, was für den sonst so zurückhaltenden SED-Chef ein großes Wort bedeutet. Helmut Kohl verspricht, was bei ihm weniger selten ist... Was zählt, sind die konkreten Fortschritte. Daran mangelt es noch, und nur daran werden Honecker und Kohl am Jahresende gemessen werden.

Südbader Nachrichten

Die meinen zum Bruttoinlandsprodukt:

Tragende Säule des Aufschwungs war wieder die Exportwirtschaft, deren Verkaufserfolge sogar zu einem neuen Rekordüberschuß im Außenhandel führten. Doch dieses glänzende Ergebnis sollte nicht über die Risiken hinwegtäuschen, mit denen die deutschen Exporteure in diesem Jahr zu rechnen haben. Der hohe Kurs des US-Dollars zur D-Mark, der den Unternehmen kräftig verkaufen half, ist inzwischen deutlich gesunken.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Das Bonner Blatt geht auf die CDU in Nordrhein-Westfalen ein

Eine Kampfabstimmung zwischen Kurt Biedenkopf und Dieter Pätzsch zu vermeiden kann für die CDU in NRW nur wünschenswert sein... Den Zusammenschluß der beiden Landesverbände Rheinland und

Nordwest-Zeitung

Das Oldenburger Blatt kommentiert die SDI-Differenzen im Kabinett:

Die Koalition sollte in ihrer Gesamtheit aus dem gegenwärtigen SDI-Fingerhaken die Schlussfolgerung ziehen, daß keine Kompromisse immer noch besser als jene sind, die von den drei Bonner Koalitionspartnern ständig unterschiedlich interpretiert werden können, was die Regierung nicht gerade glaubwürdiger macht. Auf Dauer kann sich keine Koalition gewollte Mißverständnisse dieser Art erlauben.

LA LIBRE BELGIQUE

Die Brüsseler Zeitung findet die West- und Ostdeutschen sehr marktwirtschaftlich

Der Rücktritt des britischen Verteidigungsministers Michael Heseltine hat nichts zur Klärung der Zukunft der jetzt von Amerikanern und Europäern umworbenen britischen Firma beigetragen... Die Affäre wird immer komplizierter. Sikorsky hat gedroht, sich aus der ganzen Angelegenheit zurückzuziehen... Die Art und Weise, mit der die Geschichte von Westland, einer Firma von verhältnismäßig geringer Bedeutung, plötzlich an die vorderste Linie der politischen Welt und der Geschäftskreise rückten, ist seltsam.

„Der DGB malt eine Gefahr an die Wand, die nicht existiert“

Professor Theodor Eschenburg, seit den vierziger Jahren Politikwissenschaftler in Tübingen, wurde für die Bundesrepublik zur Autorität in verfassungspolitischen Fragen. Oft wurde der heute 81jährige emeritierte Wissenschaftler als „liberaler Wächter demokratischer Institutionen“ gewürdigt. Armin Beck befragte Eschenburg zu den heftigen aktuellen Auseinandersetzungen um den sogenannten Streik-Paragrafen.

WELT: Die alte Riege der Gewerkschafter, die noch das Staatsstragen- über das Klassenkämpferische stellte, tritt ab. Sieht ein Mann wie Steinkühler sich noch als Hüter der parlamentarischen Demokratie oder nur noch als Interessenvertreter der Arbeiterklasse?

Eschenburg: Die Frage ist so nicht richtig. Die Gewerkschaften sind Interessenverbände wie zahllose andere auch.

WELT: Auch Interessenverbände müssen die Spielregeln der parlamentarischen Demokratie einhalten.

Eschenburg: Ja, und was die Gewerkschaften betrifft, so stehen sie – im Gegensatz zu den Grünen – im Prinzip auch auf der Grundlage des parlamentarischen Systems. Aber die Gewerkschaften billigen, ja praktizieren sogar Streiks gegen den Gesetzgeber.

WELT: Die Gewerkschaften haben immer eine gewisse Sonderstellung in unserem Staat beansprucht. Sehen Sie die Zeit gekommen, gegen diese Sonderstellung anzugehen?

Eschenburg: Die Gewerkschaften unterscheiden sich, wenn wir die Kirchen ausnehmen, von allen anderen Interessenverbänden dadurch, daß sie zu einer Fülle von aktuellen politischen Fragen, die außerhalb des unmittelbaren Interesses des Arbeitnehmers liegen, Stellung nehmen. Das, was die Kirchen Öffentlichkeitsarbeit nennen, das praktizieren die Gewerkschaften. Früher war das anders, weil es in der Weimarer Zeit parteipolitisierte Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften, liberale Gewerkschaften und die sozialistischen Gewerkschaften gab.

Die Alliierten forderten politische Neutralität

Heute haben wir eine Einheitsgewerkschaft. Dieser Einheitsgewerkschaft haben zur Zeit ihrer Gründung die Alliierten die politische Neutralität vorgeschrieben. Dies wurde in den Satzungen mit dem Wort „Unabhängigkeit“ verklausuliert, obgleich die beiden Begriffe keineswegs identisch sind. Trotz dieser scheinbaren Einschränkung haben die Gewerkschaften ihre parteipolitische Orientierung weitgehend behalten. Das wäre auch niemals zu unterbinden gewesen. Die traditionelle Bindung war zu stark.

WELT: Ein Flugblatt der IG Metall, in dem es heißt: „Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten, diese Regierung will sie ausbluten“, zieht eine Parallele zwischen Nazis und der jetzigen Regierung. Zeigt sich hier eine Vergrößerung der politischen Sitten?

Eschenburg: Mit der Nazi-Vergangenheit in Verbindung mit der Gegenwart operieren nicht allein die Gewerkschaften. Ich brauche nicht zu sagen, daß das falsch und demagogisch ist. Der Ausdruck „demagogisch“ ist dafür noch zu milde.

WELT: Steht die DGB-Spitze unter dem Druck der Basis?

Eschenburg: Ich glaube das nicht. Es ist natürlich eine gewisse Radikalisierung der Basis eingetreten. Darauf nimmt auch die Führung Rücksicht. Die Führung führt ja nicht nur, sie kalkuliert aber selbstverständlich die Stimmung mit ein.

WELT: Sie sehen also keine Radikalisierung von oben?

Eschenburg: Daran glaube ich nicht.

WELT: Wenn man zum Beispiel Reden von Steinkühler hört...

Eschenburg: Franz Steinkühler war immer eine Sonderfigur. Wir werden ihn mit dem verstorbenen IG-Druck-Führer Leonhard Mahlein vergleichen müssen. Steinkühler ist ein sehr gewandter Redner, aber er erliegt auch dieser Gewandtheit.

WELT: Ist durch den Vorfall in Frankfurt eine neue Qualität in der Auseinandersetzung der Tarifpartner entstanden?

Eschenburg: Man darf nicht generalisieren. Im Grunde wurde der Vorfall in Gewerkschaftskreisen einmütig verurteilt.

WELT: Die Schläge gegen Wallmann bleiben aber ein Faktum.

Eschenburg: Ja, wobei man sich überlegen muß: Ist es der Anfang einer in die Breite gehenden Entwicklung oder ist es, sagen wir mal, ein momentaner Ekzels. Ich neige zu der zweiten Vorstellung.

WELT: Die „spontanen“ Aktionen häufen sich: Bei der Rede Bange-manns in Stuttgart, bei Tarifverhandlungen...

Eschenburg: Tumulte hat es auch schon in der Zeit nach 1945 beziehungsweise nach 1949 gegeben. Bei einem Thema, wie es die Diskussion um den Paragraphen 116 ist, sind Tumulte nie ganz ausgeschlossen, zumal daran sehr starke Organisationen interessiert oder gegeninteressiert sind. Dabei ist es Sache der Versammlungsführer, Tumulte zu vermeiden. Ich will es an einem Beispiel verdeutlichen: Bei einem Besuch von Lübke in der Bonner Universität mußte der damalige Bundespräsident durch ein enges Studenten-Spallier. Einer riß Lübke die Brille ab, und der Tumult war da. Dieser Zwischenfall erregte damals die Gemüter sehr stark. Ich meine, das war damals lediglich ein Fehler der Polizei. Überall dort, wo Redner, ob Regierungsvertreter oder andere in eine Versammlung marschieren, muß das Spallier möglichst breit sein.

WELT: Wallmann wollte auf einer internen Versammlung des DGB sprechen. Das heißt, der Veranstalter war für die Sicherheit und den Ablauf verantwortlich.

Eschenburg: Wo Erregung ist und Personen einer anderen politischen Richtung sprechen, sollten die Redner durch einen gesicherten Eingang geführt und nicht einem Spießrutenlauf durch die Menge ausgesetzt werden. Diese Lehre muß nach dem Frankfurter Vorfall gezogen werden.

WELT: Sie glauben also nicht, daß die Emotionen absichtlich geschürt worden sind?

Eschenburg: Sie sind angeheizt worden durch die Stimmung als solche. Auch durch die eine oder andere Rede. Aber, daß in Frankfurt die Führung eine Verschwörung vorbereitet hat, vermute ich nicht. Das zeigt auch die später abgegebene Erklärung des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit.

WELT: Könnte das nicht eine gewisse Dramaturgie sein? Drängt sich da nicht ein Vergleich zur Weimarer Republik auf?

Eschenburg: In der Weimarer Zeit hat es natürlich viel häufiger Tumulte gegeben. Nicht so sehr bei den Gewerkschaften. Damals war es aber auch nicht üblich, zum Beispiel bei der Sozialistischen Gewerkschaft,



Wächter über demokratische Spielregeln: Theodor Eschenburg
FOTO: HORST TAPPE

Repräsentanten der Opposition oder der Regierung als Redner einzuladen. Das ist eigentlich erst eine Erscheinung nach 1949. In Parteiveranstaltungen gab es sehr häufig Tumulte und Handgreiflichkeiten. Ein Fall, daß der Redner selber geschlagen wurde, fällt mir nicht ein. Anders liegt der Fall bei den Privatarmeen, SA, SS, Stahlhelm und Rotfrontkämpfer, die gegen Ende der Weimarer Zeit eine immer größere Rolle spielten.

Versammlungsfreiheit soll gesichert werden

Wir sollten alles tun, um die Versammlungsfreiheit in unserer Demokratie zu erhalten. Eine Versammlung durch Tumulte auflösen, widerspricht der Meinungsfreiheit. Die Versammlungsfreiheit sollte nicht nur durch die Polizei im Interesse der allgemeinen Sicherheit erhalten werden, sondern auch durch Versammlungsdisciplin. Aber, wir dürfen nicht vergessen, daß die Meinungsfreiheit ein Grundrecht gegenüber dem Staat, nicht gegenüber einzelnen Verbänden oder Organisationen ist.

WELT: Die Regierungskoalition will jetzt den Streikrecht-Paragraphen 116 ändern. Halten Sie das für den notwendigen Beginn eines Abbaus der gewerkschaftlichen Sonderstellung?

Eschenburg: Ich finde das viel zu hart gesagt. Einschränkung der Sonderstellung. Es handelt sich hier ja doch eigentlich im Grunde um ein Sonderrecht, das begrenzt wird. Darum halte ich ja auch die Agitation der Gewerkschaften wegen des Paragraphen 116 für viel zu übertrieben. Der DGB malt hier eine Gefahr an die Wand, die gar nicht existiert. Im Grunde geht es ja nur um eine gewisse Äquivalenz der beiden Tarifpartner.

WELT: Ist ein Streik wegen des Paragraphen 116 rechtlich haltbar? Eschenburg: Nein. Meines Erachtens ergibt sich das aus der Koalitionsfreiheit und dem daraus entstandenen Streikrecht. Demnach sind nur Aktionen gegen den jeweiligen Arbeitgeber und Tarifpartner erlaubt. Dieses Problem ist ja nicht neu. Das hatten wir bei der Mitbestimmung auch schon. Weil damals das Mitbestimmungsrecht nicht schnell genug kam, drohte der DGB mit Streik. Er kam nur nicht zustande, weil der Gesetzgebungsprozess bereits eingesetzt hatte. Demals galt ebenso wie heute, der Streik muß die unmittelbaren Arbeitsbedingungen beinhalten, im direkten

Kampf gegen den Tarifpartner, aber nicht gegen den Gesetzgeber.

WELT: Sehen Sie eine Gefahr für die Gewerkschaftsbewegung, wenn die jetzigen Planungen für die Umgestaltung des 116 verwirklicht werden?

Eschenburg: Eine Gefahr nicht, aber eine Begrenzung ist da. Sonst wäre das Gesetz ja gar nicht notwendig. Es handelt sich doch um das Problem der Gleichgewichtigkeit der Tarifpartner in Streikauseinandersetzungen.

WELT: Wurde das Prinzip der Gleichgewichtigkeit bei den vergangenen Streiks durch Schwerpunktsstreiks unterlaufen?

Eschenburg: Unterlaufen hat sie es nicht. Sie hat von einem Recht – oder sagen wir einmal von einem Vakuum – Gebrauch gemacht. Und dieses Vakuum will jetzt diese Regierung auffüllen.

WELT: Es ist eigentlich kein Vakuum. Die Rechtsprechung steht auf Seiten der Gewerkschaften. Es ist ein unklarer formuliertes Gesetz.

Eschenburg: Na gut. Dafür habe ich Vakuum gesagt. Es war ja nicht ausdrücklich verboten. Es war auch nicht ausdrücklich erlaubt. Sie hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, und das ist für gutes Recht.

WELT: Nimmt der DGB eine kleine Gesetzesänderung zum Anlaß, um einen Großangriff gegen die ungeliebte Regierung zu starten?

Eschenburg: Das scheint mir reichlich übertrieben zu sein. Aber das ist eine alte Weisheit: Wenn jemandem ein Vorrecht genommen wird, dann wehrt er sich mit aller Gewalt dagegen. Man denke nur an die Einführung des Allgemeinen Wahlrechtes im Jahre 1918. Damals wurden die abstrusen Argumente von den Nutznießern des Klassenwahlrechts vorgebracht.

WELT: Der DGB hat mit dem Gang nach Karlsruhe gedroht, falls die Bundesregierung die jetzige Form des Paragraphen 116 ändert. Halten Sie diese Androhung für verfassungswidrig?

Eschenburg: Nein. Das Recht ergibt sich doch aus der Gleichheit der Tarifpartner. Der Weg über die kleinen Betriebe zur Bekämpfung der Aussperrung, ist doch erst später gefunden worden. Diese Form der Streikführung hat den Gesetz- und den Verfassungsgesetzgebern 1945 nicht vorgeschwebt. Also kann das Verfassungsrecht hier auch nicht eingeschränkt werden. Dennoch rechne ich mit einer solchen Klage. Ich gebe ihr aber wenig Chancen.

Seoul strebt den ersten olympischen Rekord an

Wohl selten waren alle Sportstätten schon mehr als zwei Jahre vor den Olympischen Spielen fertig. Seoul schafft es und ist stolz darauf. Denn für Südkorea soll Olympia '88 auch ein Meilenstein im Wettbewerb mit dem verfeindeten Norden sein.

Von FRED de LA TROBE

Jeden Monat einmal vollzieht sich für 20 Minuten in Seoul das gleiche Ritual. Die Luftschuttsirenen heulen, und der hektische Verkehr kommt völlig zum Stehen. Millionen Menschen verschwinden in Sekunden aus dem Straßenbild, verlieren sich in Unterständen und unterirdischen Passagen. Eine unheimliche Stille legt sich über die Stadt, bis der Spuk bei der Entwarnung verfliegt.

Die Übung erinnert an die bedrohte Lage Seouls, denn es liegt nur knapp 40 Kilometer von der Demarkationslinie entfernt, die Südkorea vom kommunistischen Norden trennt. Zwei Riesenarmeen stehen sich dort auf engstem Raum feindlich gegenüber. Trotz der nahen Gefahr setzt Seoul auf eine bessere Zukunft. Südkoreas Hauptstadt zieht alle Register, um sich rundum ein modernes Gesicht zu geben und die Vorbereitungen für die Olympischen Sommerspiele 1988 in Rekordzeit abzuschließen.

Im nationalen Sportkomplex am Südostrand Seouls dröhnen die Bulldozer und Preßluftschlämmer. Die hektischen Anstrengungen gelten dem Aufbau der olympischen Anlagen für die Schwimmer, Turner, Radsportler, Fechter und Gewichtheber, des olympischen Dorfs und Pressenzentrums. Vier Kilometer weiter westlich liegt der Sportkomplex am Han-Fluß, der das schon 1984 fertiggestellte Olympia-Stadion mit 100 000 Sitzplätzen beherbergt. Andere Anlagen, deren Bau zügig vorankommt, sind die Einrichtungen für die Ruder-, Kanu- und Reitwettbewerbe in Vororten der Hauptstadt.

Alle Vorbereitungen und Bauten werden im April, fünf Monate vor Beginn der Asiatischen Wettspiele und mehr als zwei Jahre vor den Olympischen Spielen abgeschlossen sein, freut sich Seouls Bürgermeister Yum Bo-hyun. „Ich glaube, das hat bisher noch keine Stadt fertiggebracht“, die zum Gastgeber für diese großen Sportereignisse berufen war. Südkorea sieht die beiden Veranstaltungen als Chance, sein Image als rückständiges Land abzuschütteln. Die nach Japan zweitgrößte Wirtschaftsmacht in Ostasien hofft auch, Punkte im ständigen Wettstreit mit Nordkorea sammeln zu können.

Die Veranstalter rechnen damit, daß die Sowjetunion und andere osteuropäische Staaten die Spiele 1988 nicht boykottieren werden. Für die zwei Wochen der Spiele von Mitte September bis Anfang Oktober 1988 rechnet das Olympische Komitee Südkoreas mit rund 300 000 ausländischen Besuchern. Zu den 54 Hotels erster Klasse in Seoul werden noch 13 neue Luxushotels gebaut. Andere Unterkünfte sind in der Stadt. Hotels zweiter Klasse, Gasthäuser im koreanischen Stil, neue Appartement-Blocks, Universitäts-Heime und Zimmer in Privathäusern.

Mit dem Abschluß der U-Bahn-Bauten – im Oktober 1985 wurde die letzte von vier Linien eröffnet – sieht die Stadtverwaltung auch den Verkehrsproblemen gefaßter entgegen. Das U-Bahn-Netz von 117 Kilometern und 102 Stationen, das täglich fünf Millionen Fahrgäste befördert, kann, wurde in einer Weltrekordzeit von anderthalb Monaten je Kilometer fertiggestellt. Bürgermeister Yum und seine Mannschaft entschlossen sich auch zu anderen Profilierungsversuchen, um der Stadt eine ansehnliche Fassade zu geben: Sie ordneten die Anpflanzung von 95 000 Bäumen entlang der Hauptverkehrsrueten an, den Ersatz von 18 000 alten Straßenlaternen durch moderne, helle Natriumleuchten und die Instandsetzung von 295 Kilometern verschlissener Bürgersteige.

Die 600 Jahre alte Metropole Südkoreas platzt heute aus allen Nähten und hat mit den typischen Problemen zu kämpfen: Wohnungsmangel, Verkehrschaos, Luftverschmutzung, Ostasiens dynamischste Stadt zählte 1950, kurz vor Ausbruch des Koreakrieges, eine Million Einwohner. Heute sind es fast zehn Millionen. Damit rangiert Seoul an siebter Stelle unter den größten Städten der Welt. Ein Viertel der südkoreanischen Bevölkerung lebt hier.

In den Jahren 1950/51 rollte die Woge des Krieges viermal über Seoul hinweg und ließ eine graue Trümmerschlucht zurück, in der kaum noch ein Gebäude auftraf. Elend und Hunger regierten, Hunderttausende hausteten auf Brettern und Blechbuden. Die Wunden des Krieges lagen noch bis in die sechziger Jahre hinein offen.

Drei Jahrzehnte nach dem Koreakrieg bietet sich dem Besucher ein

ganz anderes Bild, das von der erstaunlichen Erfolgsstory des „Landes der Morgenstille“ und seiner Hauptstadt zeugt. Stahl und Glas moderner Bürohochhäuser, Regierungsgebäude und Hotelriesen, bis zu 80 Stockwerke hoch, formen die Skyline der Metropole. Die Berghänge in den Außenbezirken sind von Slums gerodet und mit wuchtigen Appartement-Blocks überzogen. Auf Betonträgern durchqueren Autobahnen doppelt übereinander die Stadt. Das Angebot der Warenhäuser und Geschäfte läßt wenig Wünsche offen.

Trotz dieses unwalzenden Wandels Seouls und der sich rasant industrialisierenden Gesellschaft lebt aber die geschichtlich gebundene Identität des Volkes fort. Symbolen des Althergebrachten gleich, finden sich inmitten von Wolkenkratzen oder Einkaufszentren buddhistische Tempel, zierliche Pagoden oder buntemalte Paläste – insgesamt gibt es noch sechs Palastanlagen in der Stadt – mit ausgedehnten geheimen Gärten und anmutigen Pavillons.

Das Leben in der Residenz des königlichen Korea seit Beginn der Yidynastie Ende des 14. Jahrhunderts – Seoul bedeutet schlicht „Hauptstadt“ – pulsierte damals noch gemächlich in den wenigen Quadratmetern ebenen Landes zwischen der Bergkette ringsum und dem Fluß Han. Dies friedliche Tal war von einer Mauer und acht breiten, doppelstöckigen Toren umgeben. Fünf davon stehen heute noch. In der verstärkten Gesellschaft lebt aber auch die alte Denkmart noch fort. Es gibt noch deutliche soziale Abstufungen, eine rangbewußte Oberschicht stützt sich auf Bildung und Zugehörigkeit zur Offiziers- oder Beamtenklasse.

Der hohe Stellenwert des Lernens ist ein Eckpfeiler des konfuzianischen Glaubens geblieben. So erklärt sich auch die Ballung höherer Lehranstalten in Seoul – 15 Universitäten, darunter die renommiertesten im Land und 26 Colleges. Mehr als ein Drittel aller südkoreanischen Studenten besuchen die Hochschulen in der Hauptstadt. Neben dem starken konfuzianischen und buddhistischen Einfluß auf das geistige Leben sind die christlichen Einwirkungen auf das Weltbild der Südkoreaner maßgebend als in allen anderen asiatischen Ländern mit Ausnahme der Philippinen. Knapp ein Viertel der Bevölkerung sind Christen, die allein in Seoul über 5000 Kirchen verfügen – mehr noch als die rund 4000 Teehäuser und Cafés der Stadt. (SAD)



Bei den Asien-Spielen '84 und Olympia '88 im Blickpunkt: Seouls Sportzentrum mit Hauptstadion
FOTO: DPA

Dresdner Bank EXTRA-SPAREN

Ihr Sparkonto mit dem attraktiven Zins

4 1/4% fest für 1 Jahr

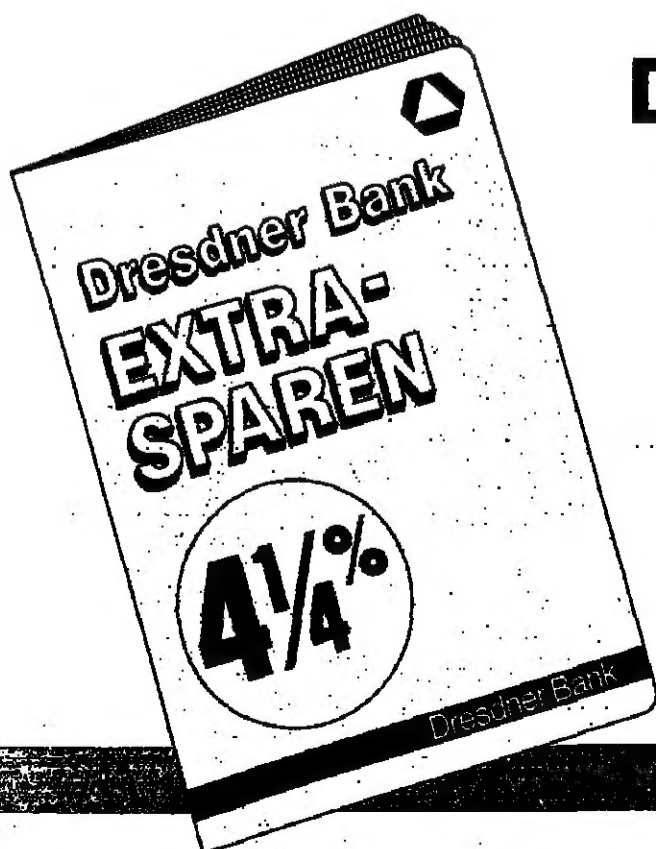
– wenn Sie in dieser Zeit über das Guthaben nicht verfügen.

Ein EXTRA-SPARKONTO können Sie ab DM 5.000 bei jeder Dresdner Bank-Geschäftsstelle eröffnen.

Sie können aber auch Ihren Anlagebetrag auf das Postgirokonto 9779-603 der Dresdner Bank beim Postgiroamt Frankfurt am Main oder auf das Konto 89 991 335 00 bei der Dresdner Bank AG Frankfurt (BLZ 500 800 00) einzahlen.

Dabei geben Sie bitte das Stichwort „EXTRA-SPAREN“ sowie Ihren Namen und die Adresse an. Unsere Bestätigung erhalten Sie dann umgehend. Ihr Guthaben wird vom Tage des Eingangs für 1 Jahr mit 4 1/4% verzinst.

Oder rufen Sie unter dem Stichwort „EXTRA-SPAREN“ die nächste Dresdner Bank-Geschäftsstelle an; Sie können sich auch unter 069/263 3303 an Frau Werner oder 069/263 3221 an Herrn Zimmermann wenden.



Glötz und Bahr erinnern die SPD an Abgrenzung gegen Kommunisten

PETER PHILIPPS, Bonn
Zwei führende Sozialdemokraten haben sich im Vorfeld der beginnenden Bundestags-Wahlauseinandersetzung um Abgrenzung bemüht: gegen den Verdacht einer „ideologischen Koexistenz“ mit den Kommunisten, aber auch gegen den Verdacht des „Antiamerikanismus“. In der Theorie-Zeitschrift „Neue Gesellschaft“ hat sich Bundesgeschäftsführer Peter Glötz dabei eines umfangreichen „Plädoyers für eine offensive Außenpolitik im Wahlkampf“ bedient, während einer seiner Vorgänger, Egon Bahr, zurückgriff auf „Erinnerung an die Zwangsvereinigung von SPD und KPD vor 40 Jahren“.

Wie immer bei Glötz spürt man die dialektische Schulung – so bei seiner Feststellung: „Antiamerikanismus ist ein verächtliches Ressentiment“, mit dem jedoch die Linke nichts zu tun habe. Schon mit der „Hetze deutscher Konservativer gegen ‚Negermusik‘“ habe vielmehr auf der anderen Seite des politischen Spektrums das Ressentiment seine Urstände gefeiert.

Drei Basis-Sätze

„Die Linke kann“, so die offensive Glötz-These, als Grundlage für den Wahlkampf, nach West-Integration und Ost-Politik „eine dritte große Auseinandersetzung um die deutsche Außenpolitik“ sein, die entscheiden, wenn die drei Basis-Sätze einer realistischen Außenpolitik berücksichtigt werden: Erstens ist die Bundesrepublik Deutschland politisch, geistig, kulturell und kulturell ein Staat des Westens und operiert im Bündnis. Sie ist gleichzeitig eine wichtige europäische Macht, die als geteiltes Land eine Brückenfunktion zu Osteuropa wahrnehmen muß. Die Bundesrepublik gehört zum Westen und ist gleichzeitig eine Garantmacht der Kultur Mitteleuropas.“

Umgesetzt in politisches Handeln bedeute dies „zweitens, daß das Stre-

ben nach außenpolitischer Entspannung zwischen Ost und West kein Versuch ist, ideologische Konvergenz zwischen demokratischem Sozialismus und Kommunismus oder dem politischen System der parlamentarischen Demokratie und des realen Sozialismus herzustellen“. Außerdem müsse die Linke ihrer „alten Versuchung zum machtvollen Romantismus widerstehen“. Ein „linker Patriotismus“ sei mehrheitsfähig, ein „linker Nationalismus“ eine „machtvorne Illusion“. Und ohne etwa Lafontaine zu erwähnen, stellt Glötz fest: „Der Versuch, aus dem westlichen Bündnis oder auch nur aus seiner militärischen Integration auszuschneiden oder gar die Idee einer Neutralisierung bedeuteten eine gefährliche Verunsicherung Westeuropas.“

Als dritten Basis-Satz sozialdemokratischer Orientierung nennt der Vordenker: „Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur Sowjetunion und den anderen Staaten des Warschauer Vertrags dürfen nicht von der verhängnisvollen geistigen Tradition des Antikommunismus bestimmt werden.“ Und: „Mit der politischen Kultur des Westens ist die innere Ordnung der kommunistischen Staaten auch in der nachstalinistischen Ära unvereinbar. Der dogmatische und bürokratische Sozialismus der östlichen Hemisphäre hat keinerlei Anziehungskraft.“

So weit und so klar. Aber dann geht auch schon gleich wieder der Hang mit Glötz durch, auf dem semantischen Hochseil zu balancieren: Diese nicht vorhandene Anziehungskraft „aber entzieht der propagandistischen Gleichsetzung von Faschismus, Stalinismus und nach-stalinistischem Sozialismus die moralische Berechtigung“. Die „Wiederbelebung der Totalitarismus-These“, wendet er sich direkt an seinen Gegner Geißler, „ist deswegen empirisch unsinnig“.

und gleichzeitig friedensgefährdend“. Mit seinem „Konzept der Reideologisierung der Außenpolitik“ verfolge die CDU-Generalsekretär eine „fundamentalistische Linie“ nach dem Vorbild Wicherns und Bischofs Kettlers, wolle aber zugleich auch „den tiefen Zwiespalt im Unionslager überdecken“. Daß der Ost-West-Konflikt sowohl Hegemonial- als auch Wertekonflikt sei, „hat in seinem machtvollen Weltbild keinen Platz“. Glötz „Geißlers außenpolitische Kampfansage“, nämlich „die SPD als antiamerikanisch und damit wertvergesen und antwestlich zu kennzeichnen“, sollte die SPD „ohne jedes Zurückweichen annehmen“.

Wider Irrlehren

Egon Bahr geht in eine ähnliche Offensive und zitiert den SPD-Parteirat von 1971: „Das kommunistische System der DDR ist auch heute keine annehmbare Alternative zu einer freiheitlichen Ordnung. Die Sozialdemokratie bekennt sich erneut zu der Aufgabe, diese Ordnung kompromisslos gegen alle kommunistischen Irrlehren zu verteidigen.“

Für den engsten ostpolitischen Berater Brandts ist der Anlaß für derartige Klarstellungen der Jahrestag der Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der damaligen sowjetischen Zone zur SED, die im April vor 40 Jahren auf dem sogenannten Vereinigungsparteitag von Pöck und Grote wohl besiegelt wurde. Mit sehr vielen persönlichen Erinnerungen des damals jungen Berliner Journalisten Bahr gewürzt ist dieser Rückblick, in dem auch steht: „Die ideologische Abgrenzung gegenüber Sozialdemokraten ist gewissermaßen ein Teil der SED, der angeblich ein und nicht von solchen Sozialdemokraten in der Bundesrepublik übersehen werden darf, die sich heute von Kommunisten umworben finden.“

Verhaftung von Becker war harter Schlag für RAF

WERNER KAHL, Bonn
Bei der Fahndung nach Mitgliedern und Unterstützern der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) ist den Sicherheitsbehörden offenbar ein tiefer Einblick in die terroristische Szene gelungen, als bisher angenommen wurde. Im Zusammenhang mit der Verhaftung der steckbrieflich gesuchten 31-jährigen Annelie Becker in Hannover – dort waren außerdem drei weitere Personen festgenommen worden – wurde bei Anschlußfahndungen im Großraum Frankfurt die 35-jährige Freundin Annelie Beckers gefaßt.

Der Verdacht, Kontakte zur RAF zu unterhalten, richtet sich ferner gegen weitere Personen. Einzelheiten dazu wurden in Frankfurt gestern von den zuständigen Behörden nicht bekanntgegeben.

Mit den neuen Erkenntnissen der Fahnder aus den Zugriffen in Hannover und Frankfurt sind in der Struktur der RAF noch deutlicher vier Ebenen erkennbar, von denen zwei Gruppen Anschläge verüben:

● Die Mitglieder des sogenannten Kommandos. Sie leben nur im Untergrund, sind grundsätzlich bewaffnet und unternehmen „militärische“ Aktionen, die auch die Tötung von Menschen einschließen. Zu dem „harten Kern“ werden diejenigen RAF-Mitglieder gerechnet, die mit Haftbefehlen international gesucht werden.

● Zur zweiten Ebene gehören nach Ansicht der Behörden die „illegalen Militanten“. RAF-Mitglieder, die überwiegend in der Legalität, das heißt nicht im Untergrund, leben. In strategischer Abstimmung mit dem Kommando haben sie die Aufgabe, „militante“, vornehmlich auf Sachbeschädigung gerichtete Sprengstoffanschläge zu verüben. Im Bereich der Logistik beschaffen sie konspirative Wohnungen, versorgen Depots und spähen Lebensgewohnheiten potentieller Opfer aus.

Die übrigen Ebenen umfassen die inhaftierten Gefangenen sowie die „legale Umfeld“, Helfer, die Häftlinge betreuen, politische Agitation betreiben und Materialien beschaffen. Das Umfeld kommt jedoch auch für eigene, spontane Anschläge in Betracht.

Welche Rolle die am Montag festgenommene 31-jährige Annelie Becker spielte, wollen die Sicherheitsbehörden jetzt herausfinden. Nach der Definition der Generalbundesanwaltschaft gehörte sie zum 1994 rekrutierten Zugang des RAF-Untergrundkommandos. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß ihr im Rahmen einer neuen RAF-Konzeption eine Funktion zwischen dem Untergrund und den „illegalen Militanten“, dem Kommando und vorgeschalteten Unterstützern, zugewiesen war. Wollte sie ebenfalls „aussteigen“, oder sollte sie neue Operationsräume in Nord- und Westdeutschland erkunden?

Die im Zusammenhang mit der Verhaftung Annelie Beckers festgenommene Frankfurter Freundin ist nach Feststellungen der Behörden eine „typische Legale“. Sie ist polizeilich im Stadtteil Sachsenhausen gemeldet und war offenbar ausgewählt worden. Die Rolle von Frau Becker nach deren Anschluß an die illegale RAF in der legalen Rhein-Main-Szene zu übernehmen.

Bereits im Vorjahr hatte die RAF im Bereich der „illegalen Militanten“ starke Einbußen erlitten. Es gab Festnahmen in Süddeutschland und entartete Bandenverstecke in Offenbach und Tübingen. Der untergetauchte Martin Thiel aus Saarbrücken stellte sich im Dezember 1985. Dazu kommen jetzt die Zugriffe in Niedersachsen und Hessen. Die Auswertung der sichergestellten Materialien dürfte weitere Aufschlüsse über die terroristische Szene geben.

Zu wenig Deutsche wollen promovieren

DW, Bonn
Zu wenig Studenten entscheiden sich nach dem ersten Studienabschluß heute für eine Promotion. Vor allem in den Geistes-, aber auch in den Wirtschaftswissenschaften werden die elf Prozent pro Absolventenjahrgang, die der Wissenschaftsrat für notwendig hält, deutlich unterschritten. Darauf weist eine im Auftrag des Bonner Bildungsministeriums erstellte Studie hin, die gestern in Bonn mit Vertretern der Wissenschaftsorganisationen erstmals diskutiert wurde. Beklagt werden in der Studie vor allem unzureichende Förderungsprogramme und fehlende Arbeits- oder Teilzeitarbeitsplätze an den Hochschulen. Anstatt der jetzt nach den Nachwuchsförderungsgesetzen der Länder zu erwartenden 1000 müßten mindestens 4000 Doktoranden in die Förderung aufgenommen werden. Indirekt wird in der Studie auch Kritik an der unzureichenden Hilfestellung durch die Professoren geübt. Nur ein Viertel der Doktoranden hat einmal wöchentlich mit seinem „Doktorvater“ Kontakt.

Noch im ersten Halbjahr rechnet der Münchner Medienexperte auch mit einer Münchner Lokal-Frequenz für einen privaten Fernsehsender. Dafür signalisierte SAT 1 sein Interesse. Nach den bisherigen Überlegungen könnte er ein Rahmenprogramm liefern, während einer der beiden im Münchner Kabelnetz sendenden Anbieter den regionalen und lokalen Programmbereich abdecken würde.

Der „Fall Antes“ sorgt auch an der CDU-Basis für Unbehagen

Berliner SPD-Opposition: Warum hat Diepgen kein Disziplinarverfahren eingeleitet?

DIETER DOSE, Berlin
Berlins Regierender Bürgermeister und CDU-Chef Eberhard Diepgen bläst der Wind ins Gesicht. Zehn Monate nach seinem großen Wahlsieg vom 10. März 1985 und nach insgesamt sehr erfolgreicher zweijähriger Arbeit des von ihm geführten CDU/FDP-Senats fährt die SPD-Opposition morgen im Berliner Abgeordnetenhaus schweres Geschütz auf: große Anfrage „über Wahrnehmung der Amtspflichten durch den Regierenden Bürgermeister aus Anlaß des Korruptionskandals Antes“.

Der „Fall Antes“ – seit Monaten Lieferant für skandalträchtige Schlagzeilen. Wolfgang Antes (41), ehemaliger Baustadtrat und CDU-Kreisvorsitzender im City-Bezirk Charlottenburg, zu dem zum Beispiel der Kurfürstendamm gehört, sitzt seit dem 4. November in Untersuchungshaft. Gleich drei Haftbefehle sind mittlerweile gegen den Kommunalpolitiker vollstreckt worden. Dringenden Verdacht der Bestechlichkeit, versuchte Erpressung und Vorteilsnahme wirft die Staatsanwaltschaft dem früheren Stadtrat vor, der erst Wochen nach der Festnahme sein Mandat als CDU-Bezirksvorstand niedergelegt hat. Als Baustadtrat war Antes schon im Frühjahr nicht wiedergewählt worden – die Affäre um ihn war bereits in Bewegung geraten.

Für einen „Teilkomplex“ der Beschuldigungen gegen ihn hat die Staatsanwaltschaft drei Tage vor der parlamentarischen Debatte Anklage erhoben: Bis Ende März arbeitete er gegen insgesamt 23 weitere Personen – vier davon befinden sich in Haft, vier weitere wurde nach Ablegung von Geständnissen Haftverschonung gewährt – wird ermittelt. Ein „illustrer Kreis“ Anwälte, Makler, Bordellbesitzer.

Mindestens 500 000 Mark soll Antes während seiner Amtszeit an Bestechungsgeldern kassiert haben. Zum Beispiel 50 000 Mark dafür, daß er einem Bordellbesitzer die Anmietung des „Café Europa“ in der Berliner Spitzengasse an der Gedächtniskirche vermittelte.

Noch höher war das „Trinkgeld“, das Antes (Monatseinkommen: 8000 Mark) von dem Berliner Rechtsanwalt Christoph Schmidt-Salzmann vereinbarte: 180 000 Mark, um dem zum Besitz eines bestimmten Grundstückes zu verhelfen. In der Kanzlei

befehls heißt es, daß Antes von Putsch für dieses „Geschäft“ fünf Millionen Mark erhalten sollte.

Aufgezeichnet wurden die Christdemokraten durch eine Äußerung des Putsch-vertretenden Staatsanwaltes Rudolf Bossi, daß möglicherweise eine Million der fünf Millionen Mark für die CDU-Partei bestimmt wurde. Dafür aber besteht nach den Erkenntnissen der Ermittlungsbehörde nicht der geringste Verdacht. „Munition“ für die Attacke gegen Diepgen glaubt die SPD genug zu besitzen. Denn prominente CDU-Politiker, Bürgermeister Heinrich Lummer und Fraktionsvorsitzender Dankward Buwitt, haben den Kontakt zwischen Autobändler Putsch und Antes hergestellt.



Wolfgang Antes FOTO: DPA

Der Juristen fand die Kripo einen Brief an den „lieben Wolfgang“ (Antes), in dem der Anwalt die Gegenleistung für die schon bezahlte Summe, den Vertrag und die Baugenehmigung für das Grundstück, annahm.

Zum größten Coup, den Antes landen wollte, kam es nicht. Dem wuppertaler Autobändler Otto Putsch, zur Zeit in Haft, soll er Hilfe beim Erwerb von 2000 landeseigenen Wohnungen zum Schleuderpreis von insgesamt acht Millionen Mark versprochen haben. Tatsächlich wird der Wert der begehrten Altbauwohnungen auf das Sechsfache bis Zehnfache geschätzt. In der Begründung des Haft-

befehls heißt es, daß Antes von Putsch für dieses „Geschäft“ fünf Millionen Mark erhalten sollte.

Aufgezeichnet wurden die Christdemokraten durch eine Äußerung des Putsch-vertretenden Staatsanwaltes Rudolf Bossi, daß möglicherweise eine Million der fünf Millionen Mark für die CDU-Partei bestimmt wurde. Dafür aber besteht nach den Erkenntnissen der Ermittlungsbehörde nicht der geringste Verdacht. „Munition“ für die Attacke gegen Diepgen glaubt die SPD genug zu besitzen. Denn prominente CDU-Politiker, Bürgermeister Heinrich Lummer und Fraktionsvorsitzender Dankward Buwitt, haben den Kontakt zwischen Autobändler Putsch und Antes hergestellt.

Wer nicht dient, sondern sich selbst bedient, fliegt raus“, erklärte Diepgen am 22. November 1985 auf dem CDU-Landesparteitag. Jetzt hält ihm die SPD vor: „Der Senat versucht sich aus der Verantwortung zu stehlen, indem er Antes für ein schwarzes Schaf in einer Herde unschuldiger Lämmer ausliefert.“ In der Tat wundert man sich auch an der CDU-Basis, warum die CDU-Führung in Sachen Antes den Kopf in den Sand steckte und die Initiative einer Sonderkommission der Kripo und der Justiz überließ.

Der SPD-Vorwurf, während des Wahlkampfes 1985 ein Disziplinarverfahren gegen Antes, damals noch Baustadtrat, „totgeschwiegen“ zu haben, wird von dem Berliner CDU-Generalsekretär Claus Landowski energisch zurückgewiesen – „gegen Vorgänge wie den Fall Antes ist keine Partei gefeiert“. Die Frage des nicht eingeleiteten Disziplinarverfahrens aber wird im Parlament eine besondere Rolle spielen. Diepgen ist als Regierender Bürgermeister oberster Disziplinarvorgesetzter der zwölf Bezirksbürgermeister und 87 Stadträte.

Streithofen stellt Forderungen an die CDU

DW, Werl
Die CDU muß sich die Auffassung des Leiters des Gesellschaftswissenschaftlichen Instituts Walberberg, Heinrich Basilius Streithofen, überlegen, ob sie für katholische Christen „identifikationsfähige Führungspersönlichkeiten“ bieten könne, wenn sie weiterhin von den Katholiken unterstützt werden wolle. Der Heilsauftrag der Kirche liege „noch vor jeder konkreten politischen Aussage“, erklärte der Dominikanerpatre Streithofen bei einer Männerseelsorgetagung des Erzbistums Paderborn in Werl. Nach gesellschaftspolitisch „allgemein zugänglichem Wissen“ werde nicht primär die Kirche befragt, sondern Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. „Wenn Offenbarung überhaupt einen Sinn haben soll, darf sie sich nicht mit Erkenntnissen begnügen, die jedem zu Gebote stehen“, sagte Streithofen.

Die Kirchen müßten das sagen, was der Mensch nur der Offenbarung Gottes verdanke. Die Zwiespältigkeit menschlicher Existenz könne von keinem Politiker aufgehoben werden. Wer dies für sich beanspruche, erkläre er, sei ein „religiös-politischer Demagoge“. Der Friede könne „nur der oberste Grundwert sein“. Er müsse der Verwirklichung einer gerechten Freiheitsordnung dienen und sei mehr als die Abwesenheit von Krieg.

Münchens „Ätherkrieg“ beendet

Landesmedienzentrale legte Ordnungsrahmen für die 29 privaten Anbieter fest

PETER SCHMALZ, München
Der Münchner „Ätherkrieg“, der im vergangenen Jahr für Schlagzeilen sorgte, nachdem unter den privaten Hörfunkanbietern ein Streit ausgebrochen war, der bis zu den höchsten bayerischen Gerichten getragen wurde, gehört der Vergangenheit an. Zum Jahresbeginn haben sich 29 Programmanbieter über die Aufteilung der ihnen auf vier Privat-Frequenzen zustehenden Sendeleistungen geeinigt, wobei auf drei bereits vorhandenen Kanälen schon seit dem 1. Januar nach dem neuen Schema gesendet wird, während der vierte Kanal bis spätestens April zugeschaltet wird.

Grundlage für den Münchner Ätherfrieden lieferte eine Satzung, die kürzlich von der bayerischen Landesmedienzentrale, dem öffentlichen rechtlichen Dach der neuen Medien in Bayern, ausgearbeitet wurde. In dieser Neuregelung sieht Wolf-Dieter Ring, der Geschäftsführer der Landesmedienzentrale, einen bislang einmaligen Ordnungsrahmen, der auch bundesweit von grundsätzlichen Interesse sei: „Ähnliches gibt es noch nirgends.“

Schwerpunkte gesetzt

Anders als in Rheinland-Pfalz, wo 216 Anbieter auf eine landesweite Frequenz gepfercht wurden, und anders als in Niedersachsen, wo nur eine Anbietergemeinschaft berücksichtigt wurde, sollten in Bayern von vornherein möglichst viele Programmgestalter am neuen Privatkopf teilhaben. Als Problem aber erwies

sich, die Interessenten so auf die seit vergangenen Jahr verfügbaren Kanäle zu verteilen, daß jeweils rund um die Uhr ein in sich stimmiges und – wie die Experten sagen – „durchdringbares“ Programm entsteht. „Sonst“, so Ring zur WELT, „haben die Neuen keine Chance gegen die Konkurrenz der bisherigen öffentlich-rechtlichen Sender.“

Die Lösung dafür glaubt Ring nun mit der neuen Satzung gefunden zu haben, die lockere und von den nunmehr 29 Anbietern weitgehend akzeptierte Programmschwerpunkte für jede Frequenz vorgibt. Danach liefert ein Kanal „Lokale (auf das Verbreitungsgebiet bezogene) Information und Unterhaltung“, die nächste Frequenz „Unterhaltung, Bildung und Unterhaltung (Vollprogramm) mit nationalem und internationalem Charakter für alle Altersgruppen“, der dritte Sender liefert „jugendspezifische Informationen und moderne Unterhaltungsmusik“, während der vierte, noch nicht zugeschaltete Kanal „auf Bayern und Deutschland bezogene Unterhaltung, Bildung und Unterhaltung und Angebote für besondere Zielgruppen“ bieten soll.

Die Definitionen seien, so Ring, absichtlich auslegungsfähig formuliert: „Wir wollen das Schema nicht starr handhaben.“ Ring glaubt, damit den Anbietern für den Medien-Neubeginn eine bessere Hilfe zu geben als durch ein starres Lizenzsystem. „Wir haben im vergangenen Jahr erkennen können, daß die Anbieter für dieses neue Terrain eine gestaltende Vorgabe brauchen, damit sie auch mit ihrer Konkurrenzsituation untereinander fertig werden und zu dem Ergebnis kommen, das sie alle wünschen, wozu sie aber alleine nicht in der Lage sind.“ Die Satzung verpflichtet die verschiedenen Anbieter jeder Frequenz zudem auf Grundlage des programminhaltlichen Schwerpunkts zu einer Zusammenarbeit in „programmunterstützender, inhaltlicher und finanzieller Hinsicht“.

Untergrenzen festgelegt

Zugleich werden Untergrenzen für die jedem Anbieter einzuräumenden Sendeleistungen festgelegt. Danach muß er im Schnitt täglich mindestens zwei Stunden auf Sendung gehen können, die Sendeleistungen für einzelne Programmenteile „soll grundsätzlich 30 Minuten nicht unterschreiten“.

Der Satzung mißt Ring einen vorläufigen Charakter bei, ihre Praktikabilität soll in diesem Jahr in der Münchner Privatfunk-Praxis geprüft werden. Entsprechend wurde ihre Dauer auf sechs Monate mit einer zweimaligen Verlängerungsmöglichkeit um je drei Monate begrenzt.

Noch im ersten Halbjahr rechnet der Münchner Medienexperte auch mit einer Münchner Lokal-Frequenz für einen privaten Fernsehsender. Dafür signalisierte SAT 1 sein Interesse. Nach den bisherigen Überlegungen könnte er ein Rahmenprogramm liefern, während einer der beiden im Münchner Kabelnetz sendenden Anbieter den regionalen und lokalen Programmbereich abdecken würde.

Winterstein will Bericht vorlegen

DW, Wiesbaden

Der hessische Innenminister Horst Winterstein (SPD) will den Untersuchungsausschuß seines Sonderbeauftragten Günther Erkel zum Fall des von einem Wasserwerfer der Polizei getöteten Frankfurter Demonstranten Günter Sare am 22. Januar dem Innenausschuß des Landtags vorlegen. Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Der hessische Innenminister Horst Winterstein (SPD) will den Untersuchungsausschuß seines Sonderbeauftragten Günther Erkel zum Fall des von einem Wasserwerfer der Polizei getöteten Frankfurter Demonstranten Günter Sare am 22. Januar dem Innenausschuß des Landtags vorlegen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Unmittelbar nach der Sitzung dieses Gremiums soll er veröffentlicht werden. In Wiesbaden war mit einer Bekanntgabe des Berichts am 16. Januar gerechnet worden. CDU und Grüne im Hessischen Landtag wollen für den Fall, daß Erkel Bericht keine lückenlose Aufklärung bringt, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß verlangen.

Burt traf mit Neusel zusammen

dpa, Bonn

Der US-Botschafter in Bonn, Richard Burt, hat gestern mit Innenstaatssekretär Hans Neusel Fragen der Terrorismusbekämpfung im Zusammenhang mit den jüngsten Terroranschlägen auf die Flughäfen in Rom und Wien erörtert. In dem Gespräch wurden auch die Vorstellungen Washingtons über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und die Haltung gegenüber Libyen angesprochen. Ursprünglich wollte Burt mit Innenminister Zimmermann zusammentreffen. Die Begegnung mußte aber verschoben werden, weil Zimmermann an einer plötzlichen Magen- und Darmverstimmung erkrankte.

Der US-Botschafter in Bonn, Richard Burt, hat gestern mit Innenstaatssekretär Hans Neusel Fragen der Terrorismusbekämpfung im Zusammenhang mit den jüngsten Terroranschlägen auf die Flughäfen in Rom und Wien erörtert. In dem Gespräch wurden auch die Vorstellungen Washingtons über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und die Haltung gegenüber Libyen angesprochen. Ursprünglich wollte Burt mit Innenminister Zimmermann zusammentreffen.

Die Begegnung mußte aber verschoben werden, weil Zimmermann an einer plötzlichen Magen- und Darmverstimmung erkrankte.

Ursprünglich wollte Burt mit Innenminister Zimmermann zusammentreffen.

Die Begegnung mußte aber verschoben werden, weil Zimmermann an einer plötzlichen Magen- und Darmverstimmung erkrankte.

Ursprünglich wollte Burt mit Innenminister Zimmermann zusammentreffen.

Die Begegnung mußte aber verschoben werden, weil Zimmermann an einer plötzlichen Magen- und Darmverstimmung erkrankte.

Ursprünglich wollte Burt mit Innenminister Zimmermann zusammentreffen.

Die Begegnung mußte aber verschoben werden, weil Zimmermann an einer plötzlichen Magen- und Darmverstimmung erkrankte.

Ursprünglich wollte Burt mit Innenminister Zimmermann zusammentreffen.

Die Begegnung mußte aber verschoben werden, weil Zimmermann an einer plötzlichen Magen- und Darmverstimmung erkrankte.

Ursprünglich wollte Burt mit Innenminister Zimmermann zusammentreffen.

Die Begegnung mußte aber verschoben werden, weil Zimmermann an einer plötzlichen Magen- und Darmverstimmung erkrankte.

Ursprünglich wollte Burt mit Innenminister Zimmermann zusammentreffen.

Die Begegnung mußte aber verschoben werden, weil Zimmermann an einer plötzlichen Magen- und Darmverstimmung erkrankte.

Ursprünglich wollte Burt mit Innenminister Zimmermann zusammentreffen.

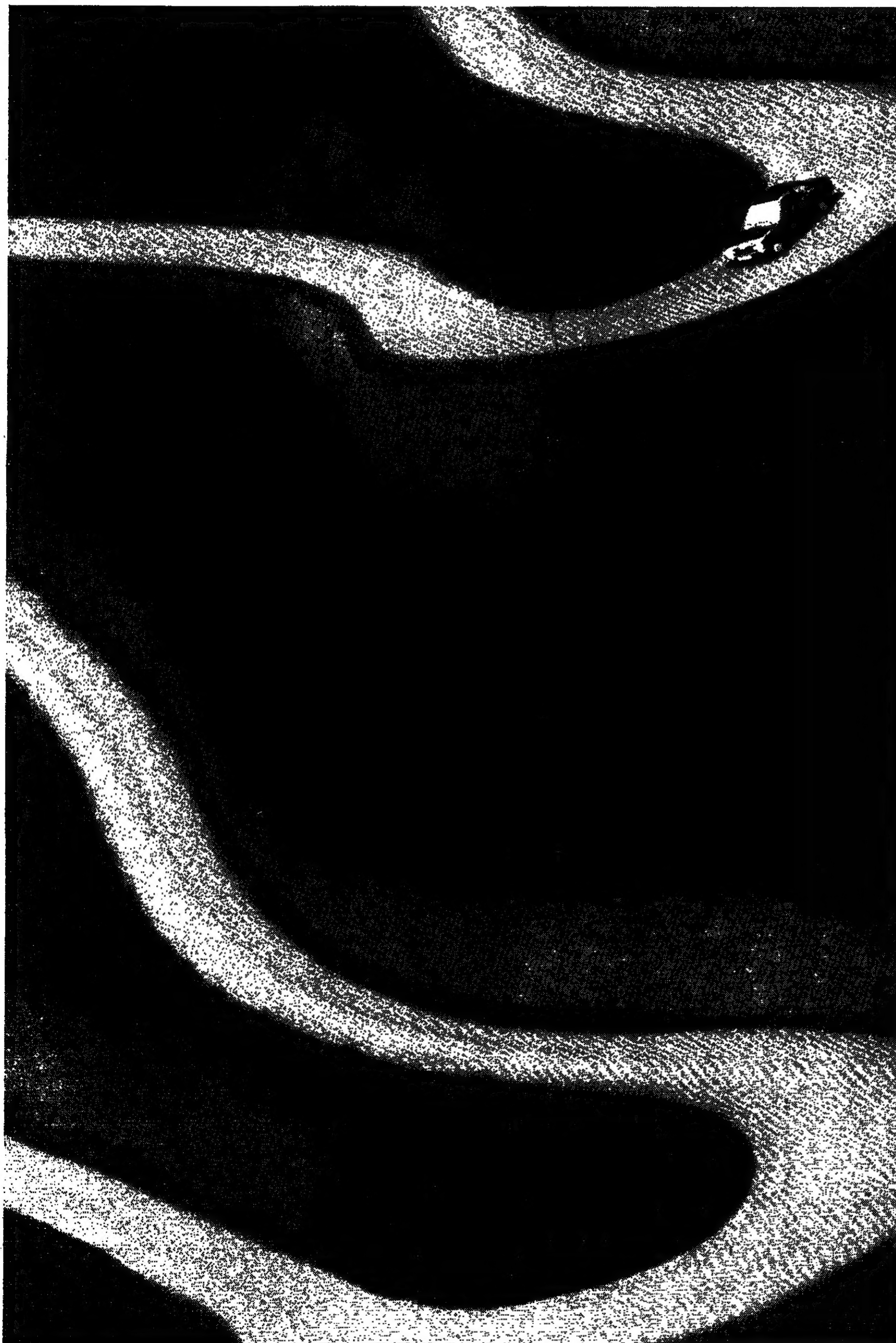
Die Begegnung mußte aber verschoben werden, weil Zimmermann an einer plötzlichen Magen- und Darmverstimmung erkrankte.

Ursprünglich wollte Burt mit Innenminister Zimmermann zusammentreffen.

Die Begegnung mußte aber verschoben werden, weil Zimmermann an einer plötzlichen Magen- und Darmverst

ch an
agen

BMW Bremssystem in extremem Härtetest das beste.



BMW: Mehr Sicherheit durch mehr Qualität.

Die Bremssysteme von Automobilen haben heute allgemein einen hohen Standard erreicht – trotzdem gibt es noch immer erhebliche qualitative Unterschiede. Und die zeigen sich besonders in kritischen Situationen wie z.B. bei Dauerbelastung während extremer Bergabfahrten oder bei Notbremsungen mit voller Beladung.

Daß in solchen Situationen Automobile an ihre Grenzen kommen können, zeigen Tests. Ein Beispiel: 9 Automobile – darunter auch ein BMW 325i – mußten vor kurzem am »Schicksalsberg aller Bremsen«, dem 2758 m hohen Stülfser Joch, ihre Bremsqualitäten unter Beweis stellen. In einem Härtetest der Automobil-Zeitschrift *auto motor und sport* (20/85) wurden die Fahrzeuge auf einer Strecke von 18 km mit 1.200 m Höhenunterschied und 48 Kehren zum Teil aus Geschwindigkeiten bis zu 100 km/h abgebremst.

Der Kommentar der Fachjournalisten am Ende des Vergleichs, bei dem es bei einigen Teilnehmern sogar zum Totalausfall des gesamten Bremssystems kam: »Der BMW ist eindeutig der Beste beim Examen am Stülfser Joch.«

Die Überlegenheit des 325i bei der Bremsicherheit ist ein überzeugender Beweis für das beispielhafte Qualitätsniveau jedes BMW. Basis dafür sind der hohe technische Aufwand und die extremen Anforderungen bei Entwicklung, Konstruktion und Fertigung.

Auch beim Einsatz des Anti-Blockier-Systems wird im übrigen deutlich, mit welcher Konsequenz BMW Fahrer vom Qualitäts- und Sicherheits-Vorsprung profitieren: Über 50% aller BMW Modelle besitzen dieses Optimum an Bremsicherheit bereits serienmäßig, bei den anderen ist es ab 2 l Hubraum auf Wunsch erhältlich.

Steigen Sie um zu BMW. So sicher ist Ihnen Freude am Fahren nirgendwo sonst.

BMW in Stg. • 20900 27

BMW – aus Freude am Fahren



Lubbers für EG-Initiative gegen den Terror

HELMUT HETZEL, Den Haag

Mit einem ganzen Bündel von Vorschlägen und Initiativen will die konservativ-liberale Haager Regierung, die seit dem 1. Januar turnusgemäß den EG-Vorsitz innehat, der Gemeinschaft und damit auch der internationalen Politik neue Impulse geben. Ein Regierungssprecher zur WELT: „Geplant sind Vorschläge für einen einheitlichen europäischen Wirtschaftsraum, wie er von Seiten der Industrie seit langem gefordert wird.“

Außerdem sind, so der Sprecher, weitere Projekte der Hochtechnologie geplant, eine Initiative zu einem EG-weiten Tempo-Limit und die Forderung nach einer neuen Gatt-Runde. Schließlich soll eine Anti-Terror-Initiative dazu beitragen, die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich zu verbessern.

Einen Teil der genannten Punkte will Außenminister Hans van den Broek morgen mit seiner Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg der Öffentlichkeit vorstellen. Premierminister Lubbers indes will sich für eine europäische Anti-Terrorismus-Initiative einsetzen.

Dieses Engagement in Sachen Terrorismusbekämpfung wird nach Ansicht politischer Beobachter auch innenpolitische Wirkung zeigen und kann das ohnehin hohe Ansehen Lubbers bei der Bevölkerung nur noch stärken. Für ihn und seine Partei, den „Christendemokratischen Appell“ (CDA), könnte das bei den im Mai anstehenden Parlamentswahlen sogar wahlentscheidend sein.

Zwar führt Lubbers, jüngst von der Inlandsprezesse zum „Politiker des Jahres“ gekürt, nach den meisten Umfragergebnissen die Beliebtheitskala bei den holländischen Politikern souverän an. Doch sagen alle Demoskopien, der liberalen Regierungspartner, der Partei für Freiheit und Demokratie (VVD), große Verluste voraus. Sie könnten die Fortsetzung der Koalition in Frage stellen.

Aber nicht nur die EG-Präsidenschaft, die für Lubbers zeitlich so günstig in den jetzt beginnenden Wahlkampf fällt, ist für die Koalition wichtig. Bedeutender scheint in diesem Zusammenhang zu sein, daß die oppositionellen Sozialdemokraten – wie Umfragen zeigen – mit Joop den Uyl bei der Wahl ihres Spitzenkandidaten auf das falsche Pferd gesetzt haben. Wird damit der Wählerrechtlich erlaubt, verbessern sich für die Koalition die Aussichten, ihre Mehrheit erfolgreich zu verteidigen.

Kreml für mehr Handel mit Tokio

Schewardnadse Besuch soll das Verhältnis entkrampfen / Dennoch Kritik aus Moskau

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Der sowjetische Außenminister Schewardnadse wird heute in Tokio erwartet. Er kommt zu einem Zeitpunkt, da es um das bilaterale Verhältnis nicht zum besten bestellt ist. Da gibt es den Zankapfel Kurilen, die umstrittenen Verhandlungen über japanische Fischereikonzessionen in der 200-Seemeilen-Wirtschaftszone, die jüngste Distanzierung der KP Japans von Moskau auf ihrem letzten Parteitag mit entsprechender Programmänderung, um nur einige der Barrieren zu nennen.

Die Sowjetunion ihrerseits in ihrem Bemühen um das Zustandekommen einer asiatischen Sicherheitskonferenz schlägt seit Monaten eine immer schärfere Tonart gegenüber Japan an, wirft dem Land vor, es lasse sich vor den „Kriegswagen“ der USA spannen. Hand in Hand mit diesen Kampagnen gegen die regierenden Kreise Japans werden von sowjetischer Seite Parallelen zur Bundesrepublik aufgezeigt.

So schrieb die Armeezeitung „Krasnaja Swesda“ in einem Vergleich zwischen Tokio und Bonn, in Japan seien „revanchistische Ten-

denzen nicht nur in der Politik oder der Ideologie, sondern auch direkt in der militärischen Sphäre“ festzustellen.

Trotz dieser Ausfälle und Scharmutzel versucht der Kreml dennoch mit dem Besuch Schewardnadses den Dialog wieder zu beleben. Die Absicht der Kremlherren trotz dieser kühlen Atmosphäre liegt in einer Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen mit Tokio, die im wesentlichen zu Lasten Westeuropas und Nordamerikas gehen soll.

Der stellvertretende Außenminister Michail Kapiza sagte auf einer Pressekonferenz in Moskau, daß die Sowjetunion ständig nach Wegen suche, um die Beziehungen zu Japan zu verbessern. Sie sei der Auffassung, daß es sowohl hinsichtlich des politischen Dialogs als auch der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen große Reserven dafür gebe.

Bereits vor dem Besuch des sowjetischen Außenministers wurde der erste Köder ausgelegt. So hat sich die Vereinigung der neuzeitlichen japanischen Papierproduzenten mit der All Soviet Lumber Export Corporation auf einen Zehn-Jahres-Vertrag gee-

nigt, der Holzlieferungen im Gesamtvolumen von mehr als 500 Millionen Dollar vorsieht. Was eine Verdoppelung des bisherigen Volumens bedeutet. Innerhalb dieses Vertrages wird Japan Holzbearbeitungsmaschinen im Wert von rund 100 Millionen Dollar in die Sowjetunion liefern.

Was ins Auge sticht, sind die Konditionen: Denn diese Maschinen werden in harter Währung und nicht in Form späterer Holzlieferungen bezahlt werden. Doch das Kalkül scheint weiter zu reichen, als diese Holzlieferungen vermuten lassen.

Geht es Moskau doch insbesondere darum, die Japaner zur Beteiligung an der Erschließung der Öl- und Gasvorkommen auf Sachalin zu gewinnen. Seit über zehn Jahren spukt dieser Plan in den Köpfen der Zuständigen, doch die sowjetische Besetzung Afghanistans und andere Ereignisse brachten ihn immer wieder zu Fall.

Die Aufhebung des Verbots der Vergabe langfristiger japanischer Kredite an die Sowjetunion spricht dafür, daß der Plan doch noch realisiert werden könnte. Das Verbot war nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan verfügt worden.

Schlappe für Moskau in Südjemen

Kämpfe nach gescheitertem Putschversuch / Machtkampf um innenpolitischen Kurs

PETER M. RANKE, Kairo

Die Kämpfe zwischen verfeindeten Armee-Einheiten und kommunistischen Hafenstädten in der südjemenitischen Hafenstadt Aden dauerten gestern an. Panzer und Schnellboote griffen an. Die Gebäude der britischen und italienischen Botschaft sollen schwer beschädigt sein. Die im Flottenstützpunkt der Sowjets liegenden Kriegsschiffe und das Hauptquartier der Sowjets auf dem Flugplatz Chornakoschar haben höchste Alarmbereitschaft. Es besteht die Gefahr, daß die Sowjets eingreifen. Der Zivilflughafen ist gesperrt.

Der mißgünstige Staatsstreich hat einen jahrelangen Machtkampf vorläufig entschieden. Nach unbestätigten Berichten soll Präsident Ali Nasser Mohammed entweder schwer oder gar tödlich verletzt worden sein. Verlierer bei dem Machtkampf ist der frühere Staatspräsident Abdul Fattah Ismail, der als Mann Moskaus im Südjemen galt und hingerichtet wurde. Mit ihm wurden seine Mitverschwörer Ali Antar, ein früherer Verteidigungsminister, sowie die Minister El Bedh und Ali Schahi Hadi

erschossen. Hadi war Chef der Kontrollkommission der marxistischen Staatspartei. Nach Ansicht politischer Beobachter kann der Staatsstreich nur mit Kenntnis der Sowjets in Aden unternommen worden sein. Sein Scheitern wird daher als Niederlage der Moskauer Fraktion in Regierung und Partei gewertet.

Der hingerichtete Abdul Fattah Ismail war 1980 entmacht und nach Bulgarien und später in die Sowjetunion abgeschoben worden. Von seiner Rückkehr im vergangenen Jahr erhofften sich die Sowjets eine stärkere Bindung der Partei und des Präsidenten an Moskau. Denn der Präsident nutzte die im Lande herrschende antisowjetische Stimmung zur Stärkung seiner politischen Stellung und zeigte Unabhängigkeits-Tendenzen, die nicht ins sowjetische Konzept passen.

Nachdem Präsident Ali Nasser Mohammed den aus Sofia zurückgekommenen Ex-Sicherheitschef, den in Moskau ausgebildeten Muehsin Scharghali, im Herbst 1982 hingerichtet ließ, waren die Sowjets zum erstenmal aufs höchste alarmiert. Sie

fürchteten, ihr wichtiges Stützpunktland in Nahost und am Horn von Afrika wolle sich ihrer Kontrolle entziehen. Daher schickte sie im März 1983 Marine-Befehlshaber Admiral Gorskow zur Untersuchung, doch lehnte Präsident Ali Nasser Mohammed die geforderten Benutzungsrechte für den neuen Hafen Mukalla ab, obwohl damals schon der Freundschaftspakt mit Moskau bestand.

Letztlich hat Ali Nasser Mohammed die Forderung daraus gezogen, daß Moskau dem Südjemen außer Waffen nichts bieten kann. Er schloß Frieden mit dem provokativen Fürstentum Oman und mobilisierte beträchtliche Entwicklungsgelder bei den Ostaaten am Golf, vor allem in Kuwait und Saudi-Arabien.

Der Präsident will und kann den Machtkreis der Sowjetunion nicht verlassen, aber sicherlich will er den sowjetischen Einfluß verringern und größere Bewegungsfreiheit erreichen, vor allem für seine Vereinigungspolitik mit Nordjemen. Doch das geht den Sowjets schon zu weit. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Siebenbürgen

„In Budapest fragt man wieder nach Siebenbürgen“, WELT vom 4. Dezember

Sehr geehrter Herr Ströhm,

Siebenbürgen, wo meine Vorfahren seit dem 14. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkriegs politisch und kulturell aktiv mitgewirkt haben, war tausend Jahre lang fester Bestandteil des Ungarntums. Ungarn war im 14. Jahrhundert, zur Zeit des Königs Matthias Corvinus völkisch, politisch und wirtschaftlich so groß wie das damalige Frankreich oder England. Heute besteht nur noch ein Fünftel davon.

Mit der Schlacht von Mohacs gegen die Türken 1526 beginnt der Untergang Ungarns als eines Bollwerks Westeuropas. Ungarn wird dreigeteilt; der größte Teil bis 1686 von den Türken besetzt. Der westliche Teil steht unter Habsburg. Im Osten entwickelt sich das selbständige Siebenbürgen. Durch diese Selbständigkeit wird Siebenbürgen zum Erhalter und Bewahrer des Ungarntums.

Die Rumänen von heute – Ceausescu – treiben den ärgsten Stalinismus im Ostblock mit all seinen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Folgen. Jahrhundertalte Schöpfungen der Ungarn und der Siebenbürger Sachsen werden systematisch zerstört. Die Sprache unterdrückt, die Menschenrechte eliminiert. Wenn die Ungarn, meine Vorfahren, auch nur eine dieser Methoden je angewandt hätten, würde heute kein einziges Rumäne mehr in Siebenbürgen leben. Im Gegenteil: Die über die Karpaten einwandernden Rumänen haben sich dort – gerade wegen der Toleranz meiner Vorfahren – durch Jahrhunderte kontinuierlich vermehrt.

Ich habe mich oft gefragt, ob die Habsburger die geopolitische Aufgabe des Ungarntums im Rahmen der Karpaten je verstanden oder auch nur halbwegs erfüllt haben. Hat Europa überhaupt je aus seiner Geschichte gelernt?

Gabor Kolozsai, Frankfurt

Schamgefühl

„Wahrheit dem, der unverschämten vom Hosenloch geschrien wird...“, Gedächtniswort von A. J. J. J.

Beim Lesen dieses sehr informativen Artikels bin ich Herrn Professor Lüth insbesondere dafür dankbar, daß er auf die „Subkultur des Krankenhauses“ eingeht. Denn auch mir „verriet niemand vorher“, was mich kürzlich auf der Chirurgischen Frauenstation, 3. Klasse, 3-Bett-Zimmer, eines kleinen modernen Krankenhauses erwartete: 18-jährige Jungen übernehmen die Intimpflege von Frauen als Teil ihrer Pflegerausbildung!

Ich fühle mich völlig überfordert von dieser Situation. Als ich mich dann, als „Betroffener“, dagegen zur Wehr setzte, wurde mir erklärt, in der ganzen Bundesrepublik sei es heute „normal“, daß auch Männer die Intimpflege von Frauen übernehmen.

Wenn heute „alle Menschen gleich sind“, das Schamgefühl zwischen den Geschlechtern einer altmodischen Erziehung angelastet wird, wenn nun endlich auch Mädchen in die Bergwerke dürfen, ist es da nicht recht und billig, daß auch endlich Männer in den Krankenhäusern Frauen abwaschen dürfen?

Waren die Krankenhäuser früher nicht humaner, als es eine Selbstverständlichkeit war, daß für die Intimzone der Männer Männer eingesetzt wurden und für die Intimzone der Frauen Frauen? Vielleicht ist hier sogar von den Feministinnen wieder eine Rück-Wende zu erhoffen, die sich neu in den Felsen der dankenswerterweise markierten über den „Hebammerich“?

H. Gathmann, Soest

Große Aufgabe

„Reizt leben die Bundesregierung“, WELT vom 8. Januar

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer beißt schon die Hand, die ihm (reichlich) das Futter reicht?

Die Minister Zimmermann und Engelhard haben die Beamtenschaft sowie den öffentlichen Dienst in Bad Kissingen einhellig hofiert.

Amthilfe und/oder Wahlhilfe? Eine verpaßte Chance, würde ich meinen.

Die Hinführung zur Eigenbeteiligung der privilegierten Alimentenbesitzer an ihrer eigenen Alterssicherung wäre eine historische Tat gewesen, die es den folgenden Generationen erleichtert hätte, Finanzprobleme, die sich gerade in diesem Punkt ergeben werden, zu lösen.

Die eigentlichen Steuerzahler werden ohnehin immer weniger, wogegen diejenigen, die aus dem Steuerbeutel ernährt werden, ob nun als Beamte, Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, Arbeitslose oder Sozialhilfefempfänger, immer mehr werden.

Die Schere zwischen der letztgenannten Klientel und denen, die keine Lobby haben und von (für sich selbst erwirtschafteten) Sozialrenten leben oder werden leben müssen, klappt immer weiter auseinander und ist durch nichts gerechtfertigt, zumal sich unsere gehätschelten Staats-Verdiener ohne jede Gegenleistung niemals Sorgen um ihren Arbeitsplatz machen müßten.

Sich um diese soziale Unausgewogenheit unseres jedenfalls nach dem Grundgesetz gleichen Systems zu bekümmern, dies wäre eine wahrhaftige, fast väterländische Aufgabe für die um ihre Daseinsberechtigung ringenden Gewerkschaften.

Mit freundlichen Grüßen
K.-D. Tintelnot, Hamburg

Wie gehabt

Man erinnert sich: Von skrupellosen Demagogen aufgehetzte Arbeiter. Rein politisch motivierte (wilde) Streiks. Psychoterror gegen einzelne (Mahnwachen). Schlägertrupps gegen Andersdenkende in Versammlungen.

Rückblick auf das Jahr 1932?

Nein, Ausblick auf das Jahr 1986!

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Belau, Bonn 2

Der Vierte

„Zwischen Wasser und Havel ein Gotteshaus zum Anschauen“, WELT vom 24. Dezember

Sehr geehrte Damen und Herren, mit großem Interesse las ich den Artikel von Hans-R. Karutz.

Leider hat sich am Anfang des zweiten Drittels des Aufsatzes ein Fehler eingeschlichen, der nicht unkorrigiert bleiben kann. Der Erbauer des Gotteshauses, der Sohn von Königin Luise, war Friedrich Wilhelm IV. und nicht Friedrich Wilhelm VI.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Friedrich Wilhelm von Preussen, Bremen 33

Wort des Tages

„In welchen seligen Zustand versetzt uns die Treue. Sie gibt dem vorübergehenden Menschenleben eine himmlische Gewißheit, sie macht das Hauptkapital unseres Reichtums aus.“

Johann Wolfgang von Goethe (1749-1832)

Personalien

EHRUNGEN

Für ihr langjähriges Engagement für die UNO, insbesondere als Botschafterin des guten Willens für das Kinderhilfswerk UNICEF, verleiht die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen der schwedischen Schauspielerin Liv Ullmann die Dag-Hammarskjöld-Ehrenmedaille. Die Zeremonie findet am 2. Februar in Berlin statt. Die Laudatio hält der SPD-Vorsitzende Willy Brandt.

*

Professor Erich Heintel (73), einer der bedeutendsten Philosophen Österreichs, erhält die Ehrendoktorwürde des Fachbereichs Theologie der Universität Hamburg. In der Laudatio der Hamburger Theologen auf Heintel heißt es u. a., er führe die Auseinandersetzung mit der Religionskritik „in argumentativer Überzeugungskraft“ und fördere auf außergewöhnliche Weise „eine denkende Abneigung des christlichen Glaubens“. Zu seinen Hauptarbeiten gehören Werke über Nietzsche (1939) und Hegel (1958), eine „Einführung in die Sprachphilosophie“ (1972) und ein „Grundriß der Dialektik“ (1983).

GEBURTSTAGE

Der Mannheimer Politikwissenschaftler Professor Rudolf Wildemann wird heute 65 Jahre alt. Wildemann, der dreimal Rektor der Universität Mannheim war, ist insbesondere mit seiner jahrelangen Wahlberichterstattung für das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) hervorgetreten. Der Wissenschaftler, Direktor des Instituts für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim, hatte nach dem Studium von Volkswirtschaft, Soziologie und Geschichte und Jahren als Journalist und Behördenmitarbeiter 1959 seine wissenschaftliche Laufbahn als Assistent und später als Privatdozent an der Universität Köln begonnen. Seit 1964 lehrt er als ordentlicher Professor für politische Wissenschaft in Mannheim.

*

In dem Werk „Persönlichkeiten Europas“ wurde der Philosoph und Theologe Aloys Goergen vor zehn Jahren als „einer der universellsten Geister des deutschen Katholizismus“ vorgestellt. Jetzt feiert der ehemalige Präsident der Akademie der bildenden Künste in München seinen 75. Geburtstag. Das Wirken des Jubilars galt dem Ziel einer geistig-geistlichen Gemeinschaft, die Liturgie und christliches Engagement nicht als Tradition, sondern als Lebensaufgabe akzeptiert. Sein Einsatz für eine Studienreform, die den Studenten durch praxisbezogene Ausbildung bessere Berufschancen sichert, wurde in den siebziger Jahren mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes erster Klasse gewürdigt. Weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus bekannt wurde Aloys Goergen durch sein Modell der „Integrierten Gemeinde“ auf der Basis christlicher Vorbilder in Urfeld am Walchensee.

Kurz vor Vollendung des 80. Lebensjahres ist die Alterspräsidentin des Marburger Stadtparlaments, Annemarie Stadtmann, in Marburg gestorben. Die seit 1973 in der CDU tätige dienstälteste Marburger Kommunalpolitikerin gehörte der Stadtverordnetenversammlung oder dem Magistrat seit 1956 ununterbrochen an. Sie war u. a. mit der Freiherr-vom-Stein-Plakette des Landes Hessen, dem Bundesverdienstkreuz erster Klasse, der Goldenen Ehrenmedaille der Stadt Marburg und dem Ehrenbrief des Landes ausgezeichnet worden.

Auf den Kronprinzen Bush warten viele Rivalen

DIETRICH SCHULZ, Washington

George Bush sonnt sich im Augenblick in der Rolle des Kronprinzen, in der Rolle des Politikers, den die Republikanische Partei als den nächsten Anwärter auf die Präsidentschaftskandidatur für die Wahl im Jahre 1988 favorisiert. Der Vizepräsident erfreut sich zudem des vollen Vertrauens des Präsidenten. Aber er weiß, daß ihm eine Nominierung nicht unangefochten in den Schoß fallen wird. Zu viele Konkurrenten stehen bereit, ihm das Erbe Ronald Reagans streitig zu machen.

Der jetzt 61 Jahre alte Politiker scheint denn auch entschlossen, nichts dem Zufall zu überlassen. Schon jetzt scharf er Leute um sich, die den Ruf von besonders guten Wahlkampfstrategen haben. Eine Schattenorganisation ist im Entstehen, die, sobald George Bush das Zeichen gibt, all das in die Wege leiten kann, was heutzutage für einen Präsidentschaftswahlkampf notwendig ist: das Sammeln von Spenden, der Aufbau von lokalen Werbeorganisationen in allen 50 Bundesstaaten.

Zu den Schwächen von Bush gehörte es von jeher, daß ihm das Odi-

um anhaftete, zu sehr dem „Eastern Establishment“ verschworen zu sein. Wer vom Parteikonvent der „Grand Old Party“ zum Präsidentschaftskandidaten nominiert werden will, braucht die Unterstützung der republikanischen Hochburgen im amerikanischen Westen, muß vom Stamm der konservativen Republikaner im amerikanischen Süden zumindest geduldet werden. So ist es kein Wunder, daß man George Bush schon jetzt häufig dabei beobachten kann, wie er vor protestantischen Fundamentalisten, vor erzkonservativen Gruppen aller Art, Verbeugungen macht.

In den Meinungsumfragen liegt Bush stets weit vor allen Konkurrenten in der eigenen Partei, der von Sprungmacht oft 20 bis 30 Prozentpunkte aus. An zweiter Stelle liegt der New Yorker Kongreßabgeordnete Jack Kemp, der sich als Populist gibt und dem jugendlichen Image nachempfunden, das einst John F. Kennedy, ein Demokrat, so erfolgreich verbreiten konnte.

An Mitbewerbern gibt es weiter: Robert Dole, der seine Position als Mehrheitsführer im US-Senat als Plattform für einen erneuten Anlauf

auf die Präsidentschaftskandidatur nutzbar zu machen hofft; Howard Baker, Doles Vorgänger im Senat, der jetzt als Privatmann seine Kandidatur betreibt; Lewis Lehrman, der beim letzten Mal die Wahl zum Gouverneur von New York knapp verfehlte.

Wieder ins Spiel gekommen ist auch der Name des früheren NATO-Oberbefehlshabers und ehemaligen Außenministers Alexander Haig. Ganz wider seinen Willen kam vor kurzem auch Außenminister George Shultz mit auf die Liste der potentiellen Präsidentschaftsbewerber. Und dann gibt es im Hintergrund den Fernseh-Evangelisten Pat Robertson. Sein Fernsehnetz erreicht sieben Millionen Haushalte.

Bei der demokratischen Opposition nimmt Senator Gary Hart (nach dem Verzicht Edward Kennedys derzeit die Position des Spitzenreiters ein. Er verkündete vor kurzem, daß er sich im November dieses Jahres nicht mehr zur Wiederwahl in seinem Heimatstaat Colorado bewerben werde. Das bedeutet, daß der 49-jährige Politiker, der im Wahljahr 1984 gegen Walter Mondale bedeutende Überraschungserfolge erringen konnte, in

den nächsten zweieinhalb Jahren alle seine Kräfte auf das erneute Ringen um die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei konzentrieren könnte. Noch hat er sich nicht erklärt, und es gibt Leute, die bezweifeln, daß sich das „Gary-Hart-Wunder“ von 1984 wiederholen läßt. Ihm fehlen vor allem die Geldgeber (aus dem letzten Wahlkampf schleppte er noch Schulden von mehr als drei Millionen Dollar mit sich).

Mitbewerber bei den Demokraten (alle unerklärt) sind: Mario Cuomo, der populäre Gouverneur des Bundesstaates New York; Richard Gephardt, aus Missouri stammend, ein Jungtürke unter den Kongreßabgeordneten seiner Partei; Senator Joseph Biden, ein hochintelligenter Politiker, dessen Schwäche es ist, aus dem winzigen Bundesstaat Delaware zu kommen; Senator Bill Bradley, ein Ex-Basketballspieler der Spitzenklasse aus New Jersey, der sich als Befürworter einer vernünftigen Steuer- und Haushaltspolitik einen Namen gemacht hat; schließlich die arbeitss gewordenen Gouverneure Charles Robb (Virginia) und Bruce Babbitt (Arizona). (SAD)

Prof. Eta Harich-Schneider, MA

* 16. 11. 1894 † 10. 1. 1986

Trägerin des Österreichischen Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst

des Großen Verdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland und

des Ordens der Kostbaren Krone des Japanischen Kaiserhauses

Im Namen aller Verwandten, Freunde und Schüler

Dina und Gerhard Haerendel

Am Mühlbach 13, 8046 Garching

Beisetzung 20. 1. 1986 um 13.30 Uhr auf dem Hietzinger Friedhof in Wien, Halle 2.

Vorher findet um 8.00 Uhr ein Requiem in der Kirche St. Josef in Wien VII, Bernhardgasse 22 statt.

Nach langer, schwerer Krankheit verschied am 9. Januar 1986 im Alter von 69 Jahren unser früherer Mitarbeiter

Günther Höke

Fast 3 Jahrzehnte war er mit nimmermüder Energie im Außendienst für uns tätig, als er im Januar 1984 in den wohlverdienten Ruhestand trat. Er hatte wesentlichen Anteil am Aufbau und an der Entwicklung unseres Unternehmens. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Geschäftsleitung und Belegschaft

MORTON THIOKOL GmbH
Geschäftsbereich WIKOLIN POLYMER
Südweststraße 17, 2800 Bremen 21

Am Sonntag, dem 12. Januar 1986, starb in München im 79. Lebensjahr

Professor Dr. phil., Dr. h. c.

Ludwig Biermann

Emeritierter Wissenschaftlicher Mitglied des Max-Planck-Instituts für Physik und Astrophysik

Mit Ludwig Biermann verliert die Max-Planck-Gesellschaft einen Forscher und Lehrer von hohem internationalen Rang. Er gehört zu den großen Astrophysikern unserer Zeit. Mit seinen bedeutenden wissenschaftlichen Leistungen, zu denen die Entdeckung des Sonnenwindes in der Ausrichtung der Kometenschweife zählt, hat Ludwig Biermann der Astrophysik in unserer Gesellschaft ihren Platz und ihren Rang gegeben.

Der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft hat Ludwig Biermann fast vier Jahrzehnte angehört. 1951 wurde er zum wissenschaftlichen Mitglied des Max-Planck-Instituts für Physik berufen und 1958 zum Direktor des Instituts für Astrophysik am Max-Planck-Institut für Physik und Astrophysik bestellt, das er bis zu seiner Emeritierung im Jahre 1975 leitete.

Die Max-Planck-Gesellschaft nimmt in Trauer und Dankbarkeit Abschied von Ludwig Biermann.

Heinz A. Staab

Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.

München, den 14. Januar 1986
Residenzstraße 1a

Die Beisetzung findet am Donnerstag, dem 16. Januar 1986, um 13.00 Uhr auf dem Nordfriedhof in München statt.

RANK XEROX

**Das erfolgreichste System intelligenter Vernetzung
ist das menschliche Gehirn.**



Rank Xerox 1986:
Eine neue Generation intelligenter Büro-Systeme. Spitzen-Technologie, die beispielhaft ist:
- Xerox 6085 Profi, der geniale „elektronische Schreibtisch“ mit einfachster Bedienung.
- Xerox 4045, der kompakte, flüsternde Laser-Drucker für das Büro.
Intelligente Investitionen in die Zukunft Ihres Unternehmens.
Rank Xerox setzt neue Maßstäbe. Intelligenz mit System.

**Xerox macht das Prinzip intelligenter Vernetzung
zur Grundlage erfolgreicher Büro-Systeme.**

Team Xerox. Durch Qualität überzeugen.

Auf dem schnellsten Weg nach Hamburg oder München. Alle Stunde.



Weil gute Verbindungen nun mal das berufliche Fortkommen erheblich erleichtern, bemühen wir uns, das innerdeutsche Flugangebot für den Geschäftsreisenden so optimal wie möglich zu gestalten.

Durch häufige Flugverbindungen, kurze Intervalle und eine Flugplangestaltung, die versucht, Ihren Terminproblemen Rechnung zu tragen. So gibt es beispielsweise auf den Strecken Frankfurt–Ham-

burg und Frankfurt–München einen regelrechten Stundentakt. Das heißt im Klartext, alle 60 Minuten einen Flug. Hin und zurück. Auf anderen Strecken bietet Lufthansa einen 2-Stunden-Takt.

Und auf den weniger frequentierten Flügen sind die Abflugzeiten so gelegt, daß Sie bequem morgens hin- und abends wieder zurückfliegen können. So sind Sie rechtzeitig wieder zu Hause.



Lufthansa

Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa Agentur.

SED-Presse erwähnt den Begriff Mauer

dpa, Berlin

Ein Interview mit dem amerikanischen Kongressabgeordneten Thomas P. Lantos über seinen Eindruck nach einem Aufenthalt in der DDR und einem Gespräch mit DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker ist gestern in „DDR-Zeitungen“ abgedruckt worden, obwohl in dem Artikel der Begriff „Mauer“ gewählt wird. Überlicherweise umschreibt die „DDR-Presse“ die 1961 errichtete Mauer mit „Grenzmarkierung“. Nur in Interviews mit ausländischen Politikern wurde auch in der Vergangenheit der im Westen übliche Begriff verwandt.

In dem jetzt von der Nachrichtenagentur wiedergegebenen Interview werden Eindrücke des US-Politikers nach seinem Gespräch in Ost-Berlin geschildert. Unter der Überschrift „Es war ein ausgezeichnetes Gespräch“ heißt es unter anderem, daß von der US-Delegation gegenüber Honecker die Frage aufgeworfen worden sei, ob im Zusammenhang mit der 750-Jahr-Feier Berlins, die im Ost- und Westteil der Stadt 1987 getrennt begangen wird, die Mauer abgebaut werden könnte. „Darauf habe der Staatsratsvorsitzende geantwortet, die Mauer werde beseitigt, wenn die Bedingungen, die zu ihrem Bau führten, beseitigt sind“.

Außerdem kündigte Lantos in dem Interview an, daß „ein Land die Beziehungen zur DDR“ voranzubringen wünsche.

Papst reist nicht nach Kuba

KNA, Bonn

Papst Johannes Paul II. wird Kuba während seiner nächsten Lateinamerikareise im Juli keinen Besuch abstaten. Mit diesem Dementi widersprach der Vatikan verschiedenen Zeitungsmeldungen. Kubas Staatschef Fidel Castro hatte den Papst wiederholt zu einer Visite auf die „Zuckerinsel“ eingeladen. Es sei aber möglich, so hieß es im Vatikan weiter, daß Johannes Paul II. eine andere Karibik-Insel, zum Beispiel Jamaika, besuchen werde. Der Papst selbst hat mehrfach, unter anderem auch während seines letzten Aufenthaltes in Südamerika den Wunsch geäußert, Castro und die Kirche auf Kuba zu besuchen.

Minister Brittan mußte vor dem Unterhaus eine Lüge eingestehen

Labour-Chef Kinnock fordert Rücktritt / Aktionärsversammlung bei Westland veragt

gta/DW, London

Die Krise im Kabinett von Premierministerin Margaret Thatcher hat sich weiter verschärft. Nach dem Rücktritt von Verteidigungsminister Heseltine wegen seiner Parteinahme für eine europäische Lösung beim Hubschrauber-Hersteller Westland ist nun Handels- und Industrieminister Leon Brittan in die Schußlinien geraten. Im Unterhaus mußte er sich in der Nacht zum Dienstag nicht weniger als sechsmal dafür entschuldigen, daß er in der Debatte am Nachmittag versucht hatte, das Parlament irrezuführen.

Eine Frage seines ehemaligen Kabinettskollegen Heseltine brachte Brittan in arge Verlegenheit. Der frühere Verteidigungsminister wollte wissen, ob die Regierung einen Brief von British Aerospace, dem führenden Unternehmen des europäischen Konsortiums, das sich an Westland beteiligen will, erhalten habe. Brittan hatte diese Frage zunächst verneint. Am Abend erklärte er dann, daß er davon gewußt habe, aber den Inhalt des Schreibens nicht kenne.

Der Brief blieb unveröffentlicht, doch wurden in der Presse Spekulationen angestellt, wonach sich das Schreiben mit einem Treffen befaßt.

In dem der Industrieminister Vertreter von Aerospace gedrängt haben soll, sich aus dem europäischen Konsortium zurückzuziehen.

Vor den Angeordneten begründete Brittan sein Verhalten damit, daß der Brief als „privat und strikt vertraulich“ eingestuft worden sei und er deshalb auch dessen Existenz nicht habe bestätigen können. In der Zwischenzeit sei die Regierung vom Aufsichtsratsvorsitzenden der Aerospace, Sir Austin Pearce, dazu ermächtigt worden.

Während die Opposition mit Labour-Chef Neil Kinnock an der Spitze nach dem Rücktritt Brittans rief, fragte sich die Mehrheit der konservativen Fraktion, warum es Frau Thatcher zugelassen habe, daß einer ihrer loyalsten Minister dermaßen ungeschützt ins „offene Messer“ laufen konnte. Sie saß während der Debatte unmittelbar neben ihm und hätte ihn leicht instruieren können. Doch die Premierministerin schwieg. Das kann sie heute nicht mehr, wenn – von der Opposition gefordert – der gesamte Westland-Komplex im Unterhaus debattiert wird.

Trotz der zunehmenden Kritik wird der Minister aber höchstwahrscheinlich im Amt bleiben. Denn ein

weiterer Rücktritt eines Kabinettsmitglieds in so kurzer Zeit würde die Zweifel am politischen Führungsstil von Premierministerin Thatcher nur vergrößern. Ihre Popularität ist durch die Westland-Affäre deutlich gesunken. Eine Umfrage des Harris-Instituts ergab: drei von vier Briten sind der Ansicht, ihr Führungsstil werde der Premierministerin bei den spätestens 1988 stattfindenden Wahlen schaden.

Der Vorstand von Westland hatte die für gestern geplante außerordentliche Aktionärsversammlung, auf der über eine amerikanische oder europäische Lösung entschieden werden sollte, kurzfristig auf Freitag verschoben. Westland-Präsident Sir John Cuckney begründete den Beschluß mit Raumproblemen.

In Londoner Börsenkreisen wurde allerdings die Ansicht vertreten, die Verschiebung solle eine Abstimmungsbeteiligung des unbekannten Käufers von neun Prozent der Westland-Aktien ermöglichen, die dieser erst am Montag erworben hatte. Bei dem Käufer handelt es sich nach Meinung der Börsenfachleute um einen Anhänger der amerikanischen Lösung.

Schadstoff in Waschmitteln wird verringert

DW, Bonn

Vier Verbände der chemischen Industrie haben zugesagt, auf die Verwendung der umweltbelastenden Stoffe APEO (Alkylphenolethoxylate) in Waschmitteln und anderen Produkten freiwillig zu verzichten. Die Umstellung auf harmlosere Stoffe soll bis Jahresende erfolgen, heißt es in einer gestern dem Bundesinnenministerium überreichten entsprechenden Erklärung. Der Parlamentarische Staatssekretär des Ministeriums, Carl-Dieter Spranger (CSU), sprach von einem eindrucksvollen Beweis, wie Umweltverbesserung sehr schnell und unbürokratisch durch freiwillige Kooperation erreicht werden könne.

Die Verzichtserklärung wurde von den Industrieverbänden Körperpflege und Waschmittel sowie Putz- und Pflegemittel, von der Fachvereinigung Industriereiniger im Verband der Chemischen Industrie und vom Verband der Textil- und Lederhilfsmittel, Gerbstoff- und Waschschlammindustrie gegeben.

APEO ist die Sammelbezeichnung für mehrere Einzelstoffe. Sie sind nach Angaben des Innenministeriums in zahlreichen Wasch- und Reinigungsmitteln für Haushalt, Gewerbe und Industrie enthalten, um einen guten Reinigungseffekt zu erzielen. In der Umwelt seien sie allerdings unerwünscht, weil bei ihrem biologischen Abbau in Kläranlagen oder Gewässern vorübergehend Stoffe entstehen, die für Fische giftiger seien als APEO selbst. Im vergangenen Jahr wurden in der Bundesrepublik Deutschland rund 17 000 Tonnen Alkylphenolethoxylate verwendet. Davon gelangten etwa 12 000 Tonnen ins Abwasser.

Staatssekretär Spranger wertete den freiwilligen Verzicht von APEO als deutlichen Schritt zu einem vorzuziehenden Gewissensschutz. Er verwies darauf, daß die am 8. Januar vom Kabinett beschlossene Verschärfung des Waschmittelschadstoffgesetzes Spielraum für freiwillige Selbstverpflichtungen der Industrie enthalte. Er sei zuversichtlich, daß in Zukunft von diesen Möglichkeiten verstärkt Gebrauch gemacht und die Industrie auch weiterhin aus eigener Initiative ihrer Verantwortung für die Umwelt gerecht werde.

DGB und SPD umwerben die Sozialausschüsse

Zwei Gewerkschafter verhängen Attacke gegen Wallmann

DW, Frankfurt/Bonn

Die Diskussion um die Angriffe gegen den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann beim Neujahrsempfang des DGB in seiner Stadt ist nach einem Fernsehauftritt zweier aus dem Zwischenfall beteiligter Personen neu entfacht worden. Die beiden Gewerkschaftsmitglieder (IG Metall und IG Druck) hatten in einer Sendung des Hessischen Rundfunks die Attacken gegen Wallmann gerechtfertigt. Der Vorsitzende der Vertrauensleute-Konferenz eines Frankfurter Metall-Unternehmens, Michael Köster, sagte, der Oberbürgermeister sei weder geschlagen noch getreten worden. Der Vorfall sei im übrigen mit dem Gedränge beim Winterschlusverkauf zu vergleichen.

Der Sender registrierte eine Flut von Protesten. Mehrere Dutzend Zuschauer kritisierten den Auftritt der beiden Gewerkschafter, die in vorderster Front der Proteste gegen Wallmann standen. Eine Sprecherin des DGB-Kreises Frankfurt distanzierte sich von den Aussagen.

Hatten bei den tätlichen Angriffen auf den hessischen CDU-Vorsitzenden und Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann auch Kommunisten die Hände im Spiel? Das jedenfalls sagt der stellvertretende Frankfurter Kreisvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Roland Noll. Er will unter den Angeklagten fünf bis sechs Personen aus dem „Bereich SDAP/Trotzkisten“ erkannt haben, die, wie er erklärte, „nicht in die Gewerkschaft gehörten“. Demgegenüber bestätigte der Bezirksleiter Frankfurt der IG Metall, Hans Pleitgen, unter den Schlägern hätten sich drei Gewerkschaftsmitglieder befunden, „die wir kennen“.

Kontakte in Königswinter

Eine zunehmende Aggressivität von Jungkommunisten aus der Jugendorganisation SDAJ hatte die Frankfurter Polizei bereits bei den Krawallen vor und nach dem Tod des Frankfurter Demonstranten Günter Sare festgestellt.

Der DGB, der sich gestern abends von jeglicher Gewaltanwendung distanzierte, hofft im Streit um die Neufassung des Paragraphen 116 (Arbeitsförderungsgebot) weiter auf die Unterstützung durch die CDU-Sozialausschüsse. Der DGB-Vorsitzende

Breit schloß auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf nicht aus, daß das für Freitag mit der Führung der Sozialausschüsse in Königswinter geplante Treffen „fruchtbar und erfolgreich“ sein könnte. Er sehe Chancen, „den schon bisher deutlich gewordenen Widerstand in der CDA beeinflussen zu können“. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach (CDU) sagte der Union Stimmenverluste in der Arbeitnehmerchaft für den Fall voraus, daß das Gesetz verabschiedet werde.

Vorwurf gegen Fehrenbach

Gegen Fehrenbach wurde von dem CDU-Bundestagsabgeordneten Christian Lenzner der Vorwurf des parteischädigenden Verhaltens erhoben. Lenzner in der „Bild“-Zeitung: Fehrenbach hat seinen Parteifreund Blum sogar als Totengräber der CDU-Arbeitnehmer in den Betrieben bezeichnet. Das ist die Sprache des Hasses, die weit über Fehrenbachs Recht auf eigene Meinungsäußerung hinausgeht.“ Ein Parteiausschluß Fehrenbachs wurde sowohl vom CDU-Vorsitzenden Kohl als auch vom Generalsekretär Geißler abgelehnt.

Ähnlich wie der DGB wandte sich auch die SPD direkt an die CDU-Sozialausschüsse. Vorstandssprecher Clement schrieb: „Die Sozialausschüsse werden sich ihrer Herkunft erinnern: Auch über Ahlen hinaus fühlen sie sich dem Erbe der christlichen Arbeiterbewegung verpflichtet. Das darf heute nicht koalitionsspezifischen Erwägungen geopfert werden.“ Im nordrhein-westfälischen Ahlen hatte die CDU der britischen Zone ein Programm verabschiedet, das sich weitgehend an sozialistischen Vorstellungen orientierte. Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hatte nicht von ungefähr den Auftakt zum Wahlkampf '87 im Dezember in Ahlen gegeben.

Von der CDU ist die DGB-Spitze aufgefordert worden, gegen die Gewalttäter von Frankfurt satzungsgemäß einzuschreiten. Der Gewerkschaftsvorsitzende Breit versicherte, künftig sollten Gewalttätigkeiten durch eine bessere Kontrolle bei Veranstaltungen verhindert werden. „Solche Vorgänge können nur vermieden werden, wenn der Zugang und der Ordnungsdienst noch etwas strenger gehandhabt werden.“

Hannover soll weniger Geld bekommen

In Karlsruhe streiten die Bundesländer über die Neuordnung des Finanzangebots

HEINZ HECK, Karlsruhe

Regierungschefs und Minister aus zehn Bundesländern haben in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht über eine Neuordnung des Finanzangebots von Bund und Ländern gestern ihre Grundhaltungen markiert. Dabei wurden auch gravierende Meinungsunterschiede innerhalb der SPD wie der unionsrechten Länder deutlich. Alle Länder außer Niedersachsen fordern die volle Berücksichtigung der Einnahmen aus dem Föderalismus aus der Öl- und Gasgewinnung in den Finanzangeboten. Das gilt neben den sechs antragstellenden Ländern auch für Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, die bei der Einführung ebenfalls hochrangig vertreten waren.

Rund neunzig Prozent der Föderaleinnahmen oder mehr als zwei Milliarden Mark fließen derzeit nur nach Hannover. Angerechnet wird seit diesem Jahr aber nur die Hälfte (in den vergangenen drei Jahren so nur ein Drittel). Das führt nach Darstellung des nordrhein-westfälischen Finanzministers Posser (SPD), dessen Regierung als erste 1983 nach Karlsruhe gegangen war, zu großen Konsequenzen, bei denen Niedersachsen in mehrfacher Hinsicht profitiere, während NRW, aber auch andere Länder wie Bremen, gleich mehrfach benachteiligt würden.

Der These Posser, der Neuordnung des Finanzangebots auch den Finanzbedarf jedes Landes (speziell Sonderlasten für die deutsche Steinkohle) zugrunde zu legen, widersprachen nicht nur die Vertreter Baden-Württembergs und Bayerns, Minister Palm (CDU) und Staatssekretär Meyer (CSU), sondern auch der hessische Finanzminister Krollmann

(SPD). Meyer kontierte, dies bedinge in letzter Konsequenz eine gegenseitige Ausgabenkontrolle der Länder und untergrabe die Finanzautonomie und damit einen Eckpfeiler ihrer Eigenständigkeit.

In diese Richtung argumentierte auch der niedersächsische Finanzminister Ritz (CDU). Er erklärte, jedes Bundesland könne dann mit seinen Sonderlasten aufwarten. Um eine Präzedenzwirkung des Bund-Länder-Kompromisses über die teilweise Anrechnung der Förderzinsentnahmen auf den Finanzgleichgewicht von vornherein auszuschließen, zitierte Ritz seinen Ministerpräsidenten Albrecht mit einer Bemerkung von 1982, wonach sich Niedersachsen damals nicht aus rechtlichen Gründen zur Zustimmung bereit gefunden habe, sondern „um den Kompromiß mehrheitsfähig zu machen“.

Privatversichert - damit man ganz sicher sein kann.

Sicherheit wird bei der privaten Krankenversicherung groß geschrieben. Die gewählten Versicherungsleistungen sind in einem Vertrag genau beschrieben. Da weiß man, woran man ist.

Die zu zahlenden Versicherungsbeiträge richten sich nach den gewählten Tarifen und werden jährlich daraufhin geprüft, ob sie für die Bezahlung der Leistungen sicher ausreichen. Das heißt, man zahlt immer den richtigen Preis.

Für die höheren Leistungen bei fortschreitendem Lebensalter werden rechtzeitig Finanzmittel zurückgestellt. Und gut angelegt, versteht sich. Das dient der Sicherheit im Alter. Und über alle wichtigen Geschäfte eines privaten Krankenversicherungsunternehmens wacht eine staatliche Aufsichtsbehörde. Insbesondere über die finanzielle Sicherheit des Unternehmens.

Die Fortschrittlichkeit, die Flexibilität und die Leistungsfähigkeit des privaten Krankenversicherungsschutzes werden überall zunehmend anerkannt. Immer mehr Menschen kommen zur privaten Krankenversicherung.

Damit Sie mehr erfahren: Bitte Broschüre anfordern (kostenlos). - Verband der privaten Krankenversicherung e.V., Postfach 5110 40, 5000 Köln 51. Informationen erhalten Sie auch über Bildschirmtext *201 77#.

Die privaten Krankenversicherungen
Praktizierter Fortschritt



Kiechle gegen Preissenkungen

dpa, Schwarzenbek

Eine „staatliche verordnete massive Preissenkungspolitik“ lehnt Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU) ab. Auf einem Kreisbauerntag in Schwarzenbek (Kreis Herzogtum Lauenburg) sagte Kiechle, Preissenkungen seien keine akzeptable Alternative, weil sie Märkte nicht in Ordnung brächen und den wirtschaftlichen Ausverkauf der Landwirtschaft bewirkten. Seine Politik sei darauf ausgerichtet, daß die Landwirtschaft soviel Einkommen wie möglich über die Preise erwirtschaften. Für bestimmte Bereiche sollten direkte Einkommenshilfen dazu kommen. Der Bundeslandwirtschaftsminister erinnerte in seiner Rede daran, daß Bonn trotz notwendiger Sparmaßnahmen der deutschen Landwirtschaft bedeutende finanzielle Unterstützung gewährt habe, um die derzeit unbefriedigende Einkommenssituation zu überbrücken. Die etwa 100 Teilnehmer des Kreis-Bauerntages hatten den Minister teilweise mit Pfaffen und Kuh-Rufen und Transparenten wie „Ignaz Kiechle dick und rund - die Höfe sind nicht mehr gesund“ empfangen.

FDP geht auf die Katholiken zu

GERNOT FACIUS, Bonn

Wenn Thomas Dehler, der Erzbischof von Köln, auf den politischen Katholizismus zu sprechen kam, sprühten Funken. Das Kontrast sei verblüffend, so sagte Dehler, der Katholik, einmal im protestantischen Hamburg. Und den damaligen Würzburger Bischof Julius Döpfner schalt er im Mai 1983 in Frankfurt einen Geistlichen, den Christus aus der Kirche gewiesen hätte, wie einst die Wechsler aus dem Tempel. Ein Sturm der Entrüstung ging daraufhin durch die katholischen Verbände. Daß die ohnehin schon spärlichen Beziehungen zwischen FDP und katholischer Kirche auf den Stand eines „Nichtverhältnisses“ sanken, hat seine Ursache mit in Dehlers überschäumender Rhetorik.

Es ist nicht ohne Witz, daß sich ausgerechnet aus Dehlers bayerischer Heimat ein FDP-Präsident aufgemacht hat, das Klima zwischen Kirche und Freien Demokraten zu verbessern. Manfred Brunner, Landesvorsitzender der Partei und auf Bundesebene für „Kontakte“ zu den Kirchen zuständig, traf kürzlich mit dem Aachener Bischof Klaus Hemmerle zusammen. Hemmerle ist Gastgeber des Katholikentages in diesem Jahr und steht dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken als geistlicher Berater besonders nahe. Brunner informierte den Bischof über den FDP-Wunsch, sich an dem Treffen der ka-

Verteidigung verstärkt

„Wartime Host Nation Support“-Kräfte in Dienst gestellt

cr, Köln

Im Beisein von Verteidigungsminister Manfred Wörner und des amerikanischen Botschafters Richard Burt hat gestern der Inspekteur des Heeres, Hans-Henning von Sandt, das erste Unterstützungskommando „Wartime Host Nation Support“ (WHNS) der Bundeswehr unterstellt. Damit ist die erste Stufe des strategisch bedeutungsvollen Abkommens realisiert worden.

Mit der offiziellen Dienststellung des ersten von sechs Unterstützungskommandos werde nicht nur die schnelle Verstärkung der NATO-Verbände in der Bundesrepublik Deutschland verbessert, sondern auch die Durchhaltefähigkeit erhöht und somit die Abschreckung und Vornehmung glaubwürdiger gemacht, betonte Minister Wörner in Köln. Das im April 1982 unterzeichnete deutsch-amerikanische Abkommen sieht eine Unterstützung der nach Europa herangeführten US-Streitkräfte durch 93 000 Reservisten der Bundeswehr vor.

Aufgabe der WHNS-Truppenteile - die auch im Kriegsfall unter deutscher Befehlsgewalt verbleiben - ist es, vor allem die Logistik für sechs zusätzlich herangeführte amerikanische Heeresdivisionen und Luftwaffenkräfte sicherzustellen. Die Ausrüstung und Waffen für diese Verbände werden in den Niederlanden, Belgien und insbesondere im Westen der Bundesrepublik Deutschland gelagert. Dadurch werden die aus den Vereinigten Staaten kommenden Reservisten in die Lage versetzt, bereits in Krisen innerhalb von zehn Tagen in der Bundesrepublik stationierten vier Divisionen und fliegenden Staffeln zu verstärken.

In Friedenszeiten wird die WHNS-Organisation durch 1050 Soldaten und 760 Zivilisten betrieben. Die Mehrzahl der Einheiten indes wird erst in Spannungszeiten durch mobilisierte Reservisten aktiviert. Die Kosten dieses in der NATO einmaligen Programms werden von der amerikanischen Administration und der Bundesregierung gemeinsam getragen.

In den Schubladen der Parteizentrale verschwunden war, meldete sich der Bonner Moraltheologe Professor Franz Böckle mit einem vernichtenden Urteil über die FDP zu Wort. Böckle hielt die Freien Demokraten wegen ihrer Einstellung zu Ehe und Familie für Katholiken „am unwählbarsten“. Der Theologe stürzte sich an dem FDP-Plädoyer für „alternative Formen des Zusammenlebens“. Der damalige FDP-Generalsekretär Günther Verheugen hatte mit einer Erklärung Aufsehen erregt, daß für die Freien Demokraten die Ehe keine grundsätzliche Voraussetzung für die Familie sei; ein Standpunkt, der von der Partei nicht korrigiert wurde. Was Böckle 1980 anführte - „Das Grundgesetz hat doch unbestreitbar mit der besonderen Schutzbestimmung von Ehe und Familie ein Leitbild für das Zusammenleben festgeschrieben“ - gilt auch heute noch für die Auseinandersetzung zwischen der Kirche und ihren Gruppierungen und dem politisch organisierten Liberalismus.

Daran dürfte denn auch die von Brunner gewünschte „Klimaverbesserung“ scheitern: Die FDP ist schon wegen des herannahenden Bundestagswahlkampfes nicht in der Lage, ihr „Substanz“ zu opfern. Zur FDP-Substanz gehört nun mal die 316-„Liberalisierung“ und die Diskussion „alternativer Lebensformen“.

Unter fünf Prozent

J. Seh. (Paris) - Frankreichs Wirtschaftsminister Bérégovoy kann zufrieden sein. Sein Versprechen, die Inflationsrate auf unter fünf Prozent zu drücken, wurde 1985 erfüllt. Mit 4,7 Prozent war sie die niedrigste seit 18 Jahren. Gegenüber der Bundesrepublik schrumpfte die Differenz von 4,7 auf 2,9 Punkte.

Das ist zwar noch beträchtlich. Aber in den letzten sechs Monaten entsprach der französische Preisanstieg auf ein Jahr hochgerechnet mit nur 2,5 Prozent doch schon weitgehend dem deutschen Inflationsanstieg. Im Dezember war der Lebenshaltungskostenindex sogar praktisch unverändert geblieben (plus 0,1 Prozent). Eine derartige Stabilisierungstendenz hat es in Frankreich wohl noch niemals gegeben.

Allerdings ist dies nicht nur der sozialistischen Stabilisierungspolitik (Überwindung der Lohn-Preis-Spirale) zu verdanken. Frankreich profitierte auch von der Dollar-Baisse, die eine beträchtliche Verbilligung der Importe zur Folge hatte. Nicht zuletzt aber ist zu bedenken, daß immer noch etwas mehr als die Hälfte der vom Index erfaßten Preise der beherrschenden Kontrolle unterliegen. So wurden die Tarifverträge auf die Zeit nach den Wahlen verschoben.

Aber das gehört in Frankreich zum Wahlkampf, genauso wie der

Entlassungsstopp, der von der letzten Regierung praktiziert worden war. Wenn also die Linke an der (zum Teil geerbten) Arbeitslosigkeit scheitern sollte, so könnten der Rechten, wenn sie wieder an die Macht käme, vor allem die Preise zu schaffen machen.

Verzögerung

Ha. (Brüssel) - Sozusagen post festum diskutierte das Europaparlament gestern über das Weißbuch der Brüsseler Kommission zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes. Das im Juni vorgelegte Dokument - es enthält etwa 300 konkrete Vorschläge zur Beseitigung der materiellen, technischen und steuerlichen Handelsbarrieren - ist nämlich in seiner politischen Grundausrichtung bereits Anfang Dezember von den Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft akzeptiert worden. Die Straßburger Abgeordneten kamen erst jetzt dazu, sich zu dem Papier zu äußern, weil sich ihre Ausschlüsse äußerst schwer taten, eine Stellungnahme abzugeben. Offenbar hat nicht nur europäischer Tatendrang, sondern auch der Einfluß der Lobbyisten zu dieser Verzögerung beigetragen. Mit der Revision der Römischen Verträge werden die Mitspracherechte des Parlaments etwas größer werden. Man kann nur hoffen, daß das Beschlußfassungsverfahren der EG dadurch nicht noch komplizierter und zeitraubender wird als bisher.

HAUSHALT 1985 / Ausgaben stiegen um 2,1 Prozent, blieben aber unter dem Ansatz

Spielraum für Steuersenkungen zu schaffen ist wichtigste Aufgabe

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn
Mit dem Haushalt 1985 konnte die Bundesregierung einen weiteren Schritt auf dem langen Weg zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und dem beharrlich verfolgten Ziel der Absenkung der Staatsquote zurücklegen. Allerdings bleibt für Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, wie er in Bonn betonte, die wichtigste finanzpolitische Aufgabe der Zukunft, den Spielraum für nachhaltige Steuersenkungen oder eine Verbesserung der Steuerstruktur zu schaffen. So könne die Vollbeschäftigung allmählich wieder erreicht werden.

Der Bundeshaushalt 1985 schließt mit Ausgaben von 257,1 Milliarden und Einnahmen von 234,4 Milliarden ab. Die Ausgaben sind damit um 2,1 Prozent gegenüber 1984 gestiegen; sie blieben damit um 2,2 Milliarden Mark unter dem ursprünglichen Ansatz. Die Nettokreditaufnahme blieb mit 22,4 Milliarden sogar um 2,6 Milliarden unter der Ermächtigung.

Das Ergebnis von 1985 liegt damit, so Stoltenberg, auf der Linie, die Ende 1983 von der Bundesregierung eingeschlagen wurde. Nach seiner Ansicht hat der überhöhte Anstieg der Bundesausgaben in den 70er Jahren um durchschnittlich neun Prozent maßgeblich zu einer untragbaren Neuverschuldung sowie steigenden Inflationsraten und Zinsen beigetragen. Dieser falsche Kurs der Finanzpolitik verschärfte die Wirtschaftskrise der Jahre 1980 bis 1982 und trug zum starken Ansteigen der Arbeitslosigkeit bei.

Nach Meinung Stoltenbergs werden die positiven Auswirkungen der neuen Finanzpolitik immer stärker sichtbar. Der Aufschwung stehe nunmehr im vierten Jahr. Er dürfe sich

an Steuern von Einkommen und niedrigeren von Umsatz haben. Dies müsse, so Stoltenberg, bei den nächsten Verhandlungen über die Steuerreform zwischen Bund und Ländern berücksichtigt werden.

Der Fehlbetrag des Bundes bei den Steuereinnahmen habe nur durch höhere Verwaltungseinnahmen (plus 1,7 Milliarden Mark) und einen um 0,4 auf 12,9 Milliarden Mark gestiegenen Bundesbankgewinn ausgeglichen werden können. Seit 1982 sei der Bundesbankgewinn um 2,4 Milliarden Mark bei einem Konsolidierungserfolg von insgesamt 14,8 Milliarden Mark gestiegen, hielt Stoltenberg seinen Kritikern entgegen.

Für 1986 sei ein ähnlicher Haushaltsverlauf zu erwarten. Auch in diesem Jahr bleibe die gleiche strenge Ausgabenzielpolitik gewahrt, um die Neuverschuldung wieder unter dem Planansatz zu halten. Wenn die Kreditaufnahme 1986 mit 23,7 Milliarden etwas höher liege, gehe dies vor allem auf die Steuerreform und auf die zusätzlichen Mittel für die EG von 4,5 Milliarden zurück.

Ein Haushaltsrisiko sieht Stoltenberg in der Beanspruchung des Bundes aus Bürgerschaft und Gewählungen. Im vergangenen Jahr wurde der Rahmen von 2,75 Milliarden Mark mit 2,69 Milliarden nahezu ausgeschöpft. 1986 wurden, da wichtige Umschuldungsverhandlungen noch nicht abgeschlossen sind, vorsorglich drei Milliarden eingestellt.

IMMOBILIENMARKT

Bei leichter Belebung der Umsätze bleiben Preise stabil

tr, Hamburg
Konstante Immobilienpreise bei leichter Umsatzbelebung hat der Ring Deutscher Makler (RDM), Hamburg, in diesem Jahr für die Bundesrepublik vorausgesagt.

Eine Marktuntersuchung habe ergeben, daß in der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Städte gleichbleibende Immobilienpreise erwartet werden dürften, nachdem im Verlauf des Jahres 1985 noch Preismäßigungen zwischen 1,2 und 4,5 Prozent registriert worden seien, teilte der Verband am Dienstag in Hamburg mit. Der RDM begründete diese Marktbeurteilung mit den „anhaltend günstigen Finanzierungskonditionen“, die der Nachfrage Impulse geben könnten.

Außerdem stiegen die Realeinkommen wieder und der Immobilienmarkt habe derzeit ein „verünftiges Preisniveau“. Auch dürfe sich das durch die Kaufzurückhaltung der vergangenen Jahre angesetzte durchschnittliche Eigenkapital der Interessenten marktabstimmend bemerkbar machen.

Angebotsengpässe würden nicht erwartet, teilte der Verband mit. Die Mieten für freifinanzierte Neubauwohnungen im Erstbezug würden auch in diesem Jahr nachgeben. Der Abwärtstrend habe sich aber schon im vergangenen mit minus 2,75 Prozent im Vergleich zu minus fünf Prozent im 1983 und minus 4,3 Prozent im 1984 verlangsamt.

Bei Einfamilienhäusern hat sich den Angaben zufolge im letzten Quartal 1985 im Vergleich zur Jahresende 1984/85 noch einmal ein Preisrückgang um etwas über vier Prozent ergeben. Damit weise der Preisabschwung gegenüber den Vorjahren (fünf Prozent) eine Verlangsamung auf. 1986 würden die Preise nach Ermittlungen des RDM überwiegend konstant bleiben.

Weniger günstig wird die Entwicklung auf dem Markt der Eigentumswohnungen gesehen. Die Hälfte der Marktbeobachter erwarte weiter nachgebende Preise. Betroffen von Preisrücknahmen seien sowohl norddeutsche als auch süddeutsche Städte.

Die Grundstückspreise für Einfamilienhäuser hätten sich im Schnitt der deutschen Städte um knapp vier Prozent auf 300 DM je Quadratmeter erhöht. Es lasse sich aber kein einheitlicher Trend feststellen. So stünden die Preisrücknahmen von über 20 Prozent in den Städten Bremen, Kiel und Bremerhaven kräftige Preisrückgänge von mehr als 15 Prozent in Nürnberg und Karlsruhe gegenüber.

Am teuersten seien derartige Bauplätze wie schon seit Jahren mit 700 bis 800 DM in Stuttgart, der „Hauptstadt der Hauslebau“. Auch München und Wiesbaden wiesen mit bis zu 600 DM Spitzenforderungen für Bauplätze auf. In Bremerhaven würden dagegen lediglich 80 DM pro Quadratmeter verlangt.

Die EG und Eureka

Von RUDOLF SCHEID

Der Autor Prof. Dr. Rudolf Scheid ist Präsident des ZVEI.

Die europäischen Binnenmärkte sind zu klein, um die Vorteile der neuen Technologien wirtschaftlich zur Geltung bringen zu können. Folgerichtig leitet die EG-Kommission einen wichtigen Teil der Legitimation ihrer Aktivitäten zur Wirtschaft und Technologiepolitik in Gebieten aus dem Auftrag ab, die „europäische Dimension“ in der Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Sie ist darin bisher nur begrenzt erfolgreich.

Vor allem auf dem Gebiet der Industriepolitik scheiterte sie an der Unvereinbarkeit der ordnungspolitischen Standpunkte. Zu technologischer Wirtschaftlichkeit kam sie erst im Gefolge der Ölpreiskrisen. Auf diesem Gebiet hat sich die europäische Zusammenarbeit erstmals an einem definierten Aufgabenspektrum nachweisbar bewährt.

Dieser Rückblick ist nicht nur in Hinblick auf die Fragestellung wichtig, ob die europäischen Forschungs- und Kooperationsinitiativen Eureka im Ansatz richtig ist, er erlaubt auch weitere Rückschlüsse auf die bisher nur unzureichend erörterte Frage, wie Eureka und die EG-Technologiepolitik zueinander passen.

Versteht man unter Eureka den breit angelegten Versuch, europäische Unternehmen zur Zusammenarbeit bei industriellen Großprojekten im „vorwettbewerblichen Raum“ zu bewegen, dann unterscheidet sich diese Initiative gegenüber der EG-Technologiepolitik vor allem dadurch, daß sie stärker projektbezogen und über die EG-Grenzen hinaus operiert. Ein weiterer Unterschied liegt in der Finanzierung. Die EG-Technologiepolitik wird vor allem aus den Haushaltsmitteln der EG-Kommission bestritten. Eureka ist dagegen nur mit überwiegender Finanzierung der Unternehmen vorstellbar.

Bereits die ersten Diskussionen haben gezeigt, daß in der Finanzierungsfrage weit mehr Konfliktstoff liegt als die Eureka-Enthusiasten vermuten. Die Fragestellung lautet verkürzt: Welche Mittel hat Eureka, um Kooperationen anzuregen? Hierzu ist noch nichts Verlässliches bekannt geworden. Einige Absichtserklärungen liegen zwar vor. Aber selbst die ansonsten europäischen Gemeinschaftsprojekte sehr zugelegte Bundesregierung zeigt sich gegenüber den weitgehenden französischen Forderungen zurückhaltend.

Aber selbst wenn es beim Finanzierungsthema in den nächsten Jahren vorangehen sollte - und dafür spricht einiges - ist damit noch nicht sichergestellt, daß es zur angestrebten Zusammenarbeit kommen wird. Ein Hauptgrund für diese Skepsis liegt darin, daß industrielle Kooperationsinteressen vor allem auf den Gebieten der Hochtechnologie andere Bestimmungsgründe haben als staatliches Geld. Unternehmen, die im in-

ternationalen Wettbewerb mit Aussicht auf Erfolg kooperieren wollen, müssen sich weltweit nach geeigneten Kooperationspartnern umsehen. Werden sie daran gehindert, etwa durch subtile staatliche Einflüsse zugunsten erwünschter Eureka-Projekte, dann droht unabsehbarer Schaden. Sie sind also nicht so frei in der Wahl ihrer Kooperationspartner, wie manche Politiker sich das vorstellen. Auch die geplante finanzielle Privilegierung von Eureka-Projekten - etwa zum Ausgleich der Nachteile, die aus dem Verzicht auf freie Partnerwahl folgen - ist problematisch.

Eureka wird zwar auch anderen Ländern zugänglich sein, aber den Schwerpunkt in der Kooperation von Unternehmen aus EG-Ländern haben. Dennoch wird Eureka kaum eine Alternative zur „europäischen Dimension“ im Rahmen eines tatsächlich gemeinsamen Marktes werden, allenfalls mag es - früher als sonst zu erwarten - zu spektakulären Infrastrukturprojekten kommen.

Dagegen mag man einwenden, darauf komme es bei Eureka auch gar nicht an. Dann aber ist zu fragen, ob die Forschungspolitik der EG-Kommission, die von diesem Ziel geleitet sein muß, von Eureka tangiert wird oder nicht. Nur wenn man die staatliche Finanzierung im Rahmen von Eureka auf ein Minimum reduzieren könnte, würden Konflikte mit der Finanzierung der EG-Forschungspolitik vermieden.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die EG-Kommission von der politischen Dynamik des Eureka-Projektes überrascht wurde. Jedenfalls ist anders nicht zu erklären, warum nicht von Anfang an versucht wurde, Eureka in die europäische Technologiepolitik zu integrieren. Zu weitgehenden Vermutungen verleitet die große Eile, die vor allem von Frankreich in diese Entwicklung hineingebracht wurde. Sicher gibt es gute Gründe dafür, weshalb ein Projekt dieser Dimension schon publizistisch gehandelt worden ist, bevor es Konturen angenommen hatte. Der plausibelste ist wohl das Interesse der sozialistischen französischen Regierung, Frankreich vor den Wahlen als technologische Führungsmacht erscheinen zu lassen. Verstärkt ist unter dieser Vermutung auch das eifrige Engagement der sozialistischen Parteien Europas für das Projekt. Dabei mag auch eine Rolle spielen, daß Eureka antipodisch zu SDI aufgebaut werden kann. Dies alles ist als Vermutung plausibel und man wäre geneigt, die Abfolge für schlüssig zu halten, gäbe es da nicht den so erfahrenen deutschen Außenminister, dem es gewiß nicht schwerfällt, diese einfachen Überlegungen zu durchschauen. Solange er über diese offensichtlichen Zusammenhänge hinwegsieht, muß es bessere Argumente für Eureka geben als die bisher vorgebrachten.

AUF EIN WORT



„In meinen Brüsseler Jahren habe ich oft die Finanzminister als Hemmschuh der europäischen Integration erfahren. Manchmal war es wie beim Mikado: Wer sich zuerst bewegt, hat verloren. Oder die Minister standen an einer Weggabelung und entschieden, beide Wege zu gehen.“

P. J. Lardinois, von 1973 bis 1977 Mitglied der EG-Kommission und seither Vorstandsvorsitzender der Rabobank Nederland, Utrecht.

FOTO: ARNOLD M. GRIMMANN

HANDEL

Metro-Prozesse gehen weiter

hg, Bonn

Die Prozesse, die die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) gegen das SB-Großhandelsunternehmen Metro führt, werden weitergehen, obwohl die Düsseldorf-Anwälte der HDE ihr Mandat niedergelegt haben. Das teilte HDE-Hauptgeschäftsführer Günther Wassmann gestern der WELT auf Anfrage mit. Die Hauptgemeinschaft habe eine andere Düsseldorf-Kanzlei als „Leitkanzlei“ gefunden; die ursprünglichen Klageschriften behielten ihre Gültigkeit. Für die gestern vor dem Bochumer Landgericht angesetzte Verhandlung sei ein Hamburger Rechtsanwalt eingesprungen.

Zur Niederlegung des Mandats war es gekommen, als sich herausstellte, daß die Anwaltskanzlei Bruckhaus, Krefeld, Winkhaus & Lieberknecht in Düsseldorf vor Jahren die Firma Hamel vertreten hatte, die mit einem Drittel an der Metro beteiligt ist. Hamel hatte gegen die Prozessvertretung Bedenken erhoben, die die Anwälte zwar nicht geteilt hätten, aber doch mit Rücksicht auf die subjektive Sicht des betreffenden Metro-Gesellschafters und um eine Belastung und Verzögerung des Rechtsstreits zu vermeiden“ zu ihrem Entschluß veranlaßt hätten. Wie es heißt, habe auch die Anwaltskammer Bedenken geäußert.

Die Metro muß sich in einer Serie von Prozessen gegen den Vorwurf verteidigen, in großem Umfang Einzelhandel zu betreiben.

BENZIN

Bis zu vier Pfennig billiger

dpa/VWD/AP, Hamburg

Vergaserkraftstoffe und Diesel werden bundesweit billiger. Nach Angaben der Mineralölgesellschaften Esso, BP, Shell und Aral werden die Tankstellenpreise für verbleitetes und unverbleitetes Benzin und Super mit sofortiger Wirkung um 3 Pfennig zu rückgenommen. Diesel wird um 4 Pfennig billiger. Texaco hat sich diesem Schritt bisher noch nicht angeschlossen. Am Wochenende war es bereits zu regionalen Preisrücknahmen gekommen.

Begründet wird die Maßnahme übereinstimmend mit den gesunkenen Ölpreisen auf den Weltmärkten. Ebenso habe das Nachgeben des Dollarkurses zu den Preisrücknahmen beigetragen. Durch die neuen Ermäßigungen sei ein Preisniveau für Kraftstoffe erreicht wie zuletzt im September 1985. Am 10. September war mit einem durchschnittlichen Literpreis von 134,5 Pfennig für Normalbenzin an Selbstbedienungspumpen der tiefste Preisstand des Jahres erreicht worden. Dieser Durchschnittspreis betrage jetzt rund 125 Pfennig. Seit dem letzten Höchststand im Oktober 1985 seien die Preise inzwischen um rund 10 Pfennig.

Nach einer Untersuchung des ADAC ist auch in den europäischen Nachbarländern der Spritpreis gesunken. Gegenüber Januar 1984 liege gegenwärtig in Frankreich und Österreich um durchschnittlich 10 Pfennig und in der Schweiz um 4 Pfennig pro Liter niedriger.

DEUTSCHER STÄDTETAG / Glaubenskrieg um Privatisierung öffentlicher Aufgaben

Überwiegend positive Erfahrungen

BERNHARD NITSCHKE, Bonn

Die Privatisierung städtischer Dienstleistungen wird überall da, wo sie auf nummehr bereits 48 Aufgabenfeldern verwirklicht wurde, „nahezu ausschließlich positiv“ bewertet. Mit einer „Orientierungshilfe“ für die Kommunen weist der Deutsche Städtetag auf diesen Umstand hin, betont aber auch, daß „ein qualifizierter Bestand an Dienstleistungen für den Bürger in städtischer Hand verbleiben muß.“

Der Präsident des Deutschen Städtetages und Frankfurter Oberbürgermeister, Walter Wallmann, unterstrich in Bonn anläßlich der Vorstellung des neuen Bandes mit dem Titel „Möglichkeiten und Grenzen der Privatisierung öffentlicher Aufgaben“, daß die Städte-Dachorganisation sich beim Pro und Contra in der Diskussion strikt neutral verhalte. Zunehmend hätten ideologisierte Standpunkte den unbefangenen Zu-

gang zum Thema erschwert, ließ der Städtetag dazu mitteilen. Deshalb wird vom Städtetag auch darauf hingewiesen, daß Privatisierung entgegen landläufiger Meinung „regelmäßig nicht“ zu Personalabbau führe.

Die vom Deutschen Städtetag an die Gemeinden mitgelieferte „Fallstudie“ enthält Beispiele, bei denen sich eine Privatisierung völlig ausschließt, wie auf dem Sektor Museen, wo bei kostendeckender Arbeit kommunale Sammlungen zwischen 20 DM und 80 DM Eintrittsgelder nehmen müßten. Ähnlich verhält es sich bei den Theatern, weshalb hier nur Hilfstätigkeiten wie zum Beispiel Theaterwerkstätten als privatisierungsfähig eingeschätzt werden.

Nachdem gewerbliche Träger zunehmend Interesse an der Errichtung und Bereitstellung von Einrichtungen im stationären Bereich der Altenhilfe zeigen, macht der Städtetag hier seine Bedenken geltend, da sich der

öffentlich-rechtliche Anspruch des Hilfeempfängers auf Sozialhilfe auch im Heimbereich gegen den Sozialleistungsträger richtet. Die Gefahr, daß neue Einrichtungen zu einer „Übersorgung“ führen.

Auf dem Sektor Schlachthöfe weist der Städtetag darauf hin, daß von den 400 vorhandenen bereits eine ganze Anzahl privatisiert wurde (privat: Lübeck, GmbH; Köln), daß aber dennoch viele Dauerlasten wie Veterinäraufsicht oder Schuldendienst für die vom privaten Betreiber nicht mehr benötigten Gebäude bei der Gemeinde verblieben.

Fast einschränkungsfrei werden die Privatisierungsmöglichkeiten für die Vergabe von Schreibarbeiten, Übertragung von Küchen, Wäschereiarbeiten, Fortbildungsmassnahmen für Bedienstete, Wartung von Verkehrsmitteln oder Parks und „abtrennbare Teile öffentlicher Bäder“ wie Sauna und Massagen geschildert.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

BGH-Urteil: Keine Höhe bei Bürgschaftserklärung

Karlsruhe (dpa/VWD) - Eine Bürgschaftserklärung gegenüber einer Bank oder Sparkasse muß nicht in ihrer Höhe definiert sein. Nach einer gestern veröffentlichten Entscheidung des Bundesgerichtshofes (BGH) ist es zur Wahrung der Schriftform auch nicht erforderlich, daß auf die unbegrenzte Höhe der Bürgschaft ausdrücklich hingewiesen wird. Nach der Entscheidung der Karlsruher Richter ist die Schuld des Bürgen bestimmt genug bezeichnet, wenn er nach der von ihm unterschriebenen Urkunde für die bestehenden und künftigen Ansprüche gegenüber dem Hauptschuldner einzutreten versprochen hat. (AZ: IX ZR 40/85 vom 7. November 1985)

Hypobank-Gerüchte

Frankfurt (cd.) - Es brodelte weiter in der Gerichtshalle. Gestern hatten die Botschafter wieder die Bayerische Hypotheken- und Wechselbank am Wicket, deren Kurs um 42 DM auf 694 DM sprang. Die Allianz AG, so das Gerücht, wolle ihre 20prozentige Beteiligung an der Hypobank durch Kauf des bei der Dresdner Bank liegenden Hypobank-Paketes aufstocken und diesem Institut dann alle Finanzgeschäfte des Versicherungskonzerns, der bereits im Vertrieb mit der Hypobank kooperiert, übertragen. Die Dresdner Bank nimmt zu diesen Gerüchten keine Stellung, die Allianz bezeichnet die Gerüchte lediglich als neue Variante von Börsenversionen.

Umweltschutzmarkt

Düsseldorf (dpa/VWD) - Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit hat sich nach Angaben des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung in der Bundesrepublik ein eigener Markt für Umweltschutz gebildet. 1983 seien in der Bundesrepublik rund 20 Mrd. DM oder 1,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für den Umweltschutz ausgegeben worden, sagte der Leiter der Ifo-Forschungsgruppe Umweltökonomie, Rolf-Ulrich Sprenger, in Düsseldorf. Die Nachfrage aus dem Ausland habe vermutlich mehr als drei Mrd. DM betragen. Mit etwa 170 000 Arbeitnehmern seien vor allem mittelständische Unternehmen auf dem Umweltschutzmarkt tätig.

Geringere Auslastung

Bonn (hg) - Die Nachfrage nach Bauleistungen ist im Dezember allgemein zurückgegangen. Nach Mitteilung des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes ist die Zahl der Beschäftigten in mehr als der Hälfte der Betriebe weiter reduziert worden,

so daß Ende Dezember 186 000 arbeitssuchende Bauarbeiter und 73 000 Kurzarbeiter registriert wurden. Geht es nach der Auslastungsgrad der Kapazitäten, im Hochbau ging es von 47 auf 48 und im Tiefbau von 49 auf 45 Prozent zurück.

Rindfleischverkäufe

Brüssel (Ha.) - Mit drastischen Preisnachlässen versucht die EG-Kommission erneut ihre Rindfleischverträge (730 000 Tonnen) außerhalb der Zwölfereingemeinschaft loszuwerden. Der Abgabepreis für eingelagerte Rindfleisch wurde nach Konsultation des zuständigen Verwaltungsausschusses von 2400 Ecu (rund 5280 DM) je Tonne auf 2050 Ecu (rund 4510 DM) gesenkt. Dadurch hofft die EG-Behörde Kunden auf dem Weltmarkt zu finden, während ähnliche Sonderverkäufe im September und November von vornherein für die Sowjetunion geplant waren (zusammen 250 000 Tonnen) scheint Moskau diesmal nicht interessiert zu sein. Trotz der Preisabschläge konnte der „Rindfleischberg“ (unter anderem wegen der Beschränkung der Milchproduktion in der EG) kaum abgetragen werden.

Fusionswelle beschleunigt

Berlin (dpa/VWD) - Die Zahl der Unternehmenszusammenschlüsse in der Bundesrepublik hat im vergangenen Jahr kräftig zugenommen. Mit 709 (Vorjahr: 675) Fusionen wurde auch das Rekordergebnis des Jahres 1980 mit 635 vollzogenen Zusammenschlüssen übertroffen. Im Bundeskartellamt in Berlin verweist man darauf, daß die höhere Zahl von Fusionen nicht immer eine Verstärkung der Konzentration bedeute. Allerdings habe sich die Größe der Unternehmenszusammenschlüsse erhöht, insbesondere die Umsätze der Übernahmekandidaten hätten zugenommen. So stieg auch die Zahl der angemeldeten Vorhaben um 28 Prozent.

Neue Bankenliquidität

Frankfurt (VWD) - Die Deutsche Bundesbank gewährt der Kreditwirtschaft eine neue, zeitlich befristete Liquiditätshilfe. Wie die Bundesbank gestern auf Anfrage mitteilte, sei bei der Ausschreibung eines Zinsenders mit einem Mindestbeteiligungssatz von 4,5 Prozent insgesamt 13,4 Mrd. DM Gebote eingegangen, von denen 11,1 Mrd. DM zum Zins von 4,5 Prozent zugeteilt wurden. Die Laufzeit der neuen Wertpapierpensionen reicht vom 15. Januar bis 13. Februar (29 Tage). Mit der Gutschrift werden gleichzeitig 11,7 Mrd. DM auslaufende Wertpapierpensionen fällig, die vor 35 Tagen zum Zins von 4,6 Prozent zugeteilt worden waren.

DARMSTADT

Der zentrale Tagungsort · Stadt des Jugendstils

Mitten in Deutschland zwischen Rhein, Main und Neckar

Künstlerkolonie aus der Jugendzeit, 5 Museen, Theater, Ausstellungen

6 Tagungsstätten, 200 bis 1400 Plätze

Hervorragende Verkehrserschließung

durch Straße, Schiene und Flughafen Rhein-Main (Frankfurt)

Jugendstil-Wochenende:

3 ÜF und Gutscheinheft ab DM 130,-

INFO: Verkehrsamt, Luisenplatz 5, 6100 Darmstadt, Tel. 06151/132780-3

MARITIM

Hotel Darmstadt

nur 15 Min. v. Frank. Flughafen + 20 Min. v. Messeplätzen, 300 Zim., Restaurant, Bar, Sauna, Tennisplatz, Kegelbahn, Tagungs- u. Konferenzräume

Phonatele 105 - 6100 Darmstadt
Tel. 06151/80041 - Telefax 419535

Parkhaus-Hotel

Familie Günter Koch

Hotel mit allem Komfort, ruhige Lage direkt neben dem Luisenpark, 140 Zim., Restaurant mit Dachgarten, 4 Konferenzräume für 100 Personen, eigenes Parkdeck

Gratzenstraße 31, Tel. 06151/26100
Telefax 418434

Hotel Prinz Heinrich

Darmstadt - Bleicherstr. 48 - ☎ 06151/82888

Grüenweg Am Schwanenbach 12-16 ☎ 06151/82888 - Telefax 418275

140 Zim., alle im Doppelbett, TV, Konferenzraum, Sauna, Tagungsraum

Ez. v. DM 75,- bis - DM 130,- / 135,-
inklusive Frühstück

Hotel Weinmichel

Ringhotel Darmstadt

Schwanenbachstr. 12 ☎ 06151/28222

75 Zim., 75 Zim. + Appartements mit Bad/Dusche/WC, Telefon, Minibar, Radio, TV, Lift, Wäscherei, rust. Taverna, eigene Weinbrennerei

Über 100 Jahre im Familienbesitz

ZINNKRAT

Neue Gesellschaft vorgesehen

dpa/VWD, London
Der Internationale Zinnrat (IZR), dem 22 Produzenten- und Verbraucherländer angehören, ist gestern in London zu einer viertägigen Sitzung zusammengetreten, um über den letzten Plan zur Beilegung der Zinnkrise zu beraten. Vorgesehen ist die Gründung einer „neuen Gesellschaft“ (Newco) mit einem Kapital von 270 Mill. Pfund (966 Mill. DM). Sie soll die bisher nicht eingehaltenen vertraglichen Abnahme, Kauf- und Kreditverpflichtungen gegenüber den Banken und den Händlern der Londoner Metallbörse sowie die Zinnreserven des IZR übernehmen und über mehrere Jahre abwickeln.
Die Erzeuger- und Verbraucherländer sollen sich an dem Kapital der Newco mit jeweils 100 Mill. Pfund beteiligen; die Zinnhändler mit 20 Mill., die Gläubigerbanken mit 50 Mill. Pfund. Der Rettungsplan wurde

Anzeige

Sichere Orientierung kann man abonnieren.

Bitte: 

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.
Bitte liefern Sie mir vom nächsten Erscheinungstermin an bis auf weiteres **DIE WELT** zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage, anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen).

Vorname/Nachname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Stadt: _____
Beruf: _____
Virt./Tel.: _____
Datum: _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 30.
Unterschrift: _____ 01-482

von Standard Chartered und der Gerald-Metals-Gruppe ausgearbeitet.
Die britische Regierung will die Newco möglicherweise mit einem Kredit über 90 Mill. Pfund unterstützen. Die Standard Chartered hat dem Vernehmen nach einen Überbrückungskredit von 150 Mill. Pfund angeboten. Sie fordert dafür jedoch von der britischen Regierung die Garantie für die finanzielle Beteiligung der EG-Staaten. Die Bundesrepublik, Frankreich und die Niederlande hatten das bislang abgelehnt.

Verursacht wurde die Zinnkrise durch ein weltweites Überangebot und das Vordringen von Ersatzstoffen. Die Londoner Metallbörse hatte den Zinnhandel am 24. Oktober 1985 eingestellt, nachdem dem Rat die Finanzmittel zu Markteinterventionen ausgegangen waren. Über eine Wiederaufnahme des Geschäfts soll am 20. Januar entschieden werden.

NIEDERLANDE / Noch sind 13 Prozent arbeitslos, doch der Trend kehrt sich um - Bauwirtschaft hinkt hinterher

Aufschwung setzt sich auch in diesem Jahr fort

HELMUT HETZEL, Den Haag
Preisstabilität, langsam sinkende Arbeitslosenzahlen, ein reales Wirtschaftswachstum zwischen zwei und drei Prozent, eine allmählich einsetzende Belebung und Zunahme der inländischen Konsumgüternachfrage sowie ein Wachstum bei den Investitionen von real etwa sechs Prozent und weiterhin anhaltend gute Exportmöglichkeiten - das sind die wichtigsten niederländischen Konjunkturdaten für 1986. Die Zentralbank in Amsterdam, das Den Haager Wirtschaftsministerium, der Verband niederländischer Unternehmer (VNO) und die deutsch-niederländische Handelskammer in Den Haag stimmen in ihren Prognosen für die kommenden zwölf Monate nahezu überein.

So betrug die Inflationsrate in Holland 1985 lediglich 2,3 Prozent und soll 1986 nach den jetzt vorliegenden Prognosen noch auf 1,7 Prozent zurückgehen. Trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit (13,2 Prozent) hat sich der Trend am Arbeitsmarkt jedoch

umgekehrt. Die Zahl der Erwerbslosen fiel von 820 000 (Ende 1984) auf 60 000 auf jetzt 760 000 (Ende 1985).

„Hier ist man verhalten optimistisch“, charakterisiert Petra Vries von der deutsch-niederländischen Handelskammer in Den Haag die Stimmung im Land. Auch bei der Kammer geht man davon aus, daß der private Verbrauch im jetzt begonnene Jahr langsam aber stetig steigen wird und sich zu einer weiteren wichtigen Konjunkturstütze für die holländische Wirtschaft entwickeln kann. Dem bilateralen Handel zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden, zweitwichtigster der Bundesrepublik (Volumen 1985 rund 100 Mrd. DM), werden für dieses Jahr erneut gute Entwicklungschancen eingeräumt. Gleiches gelte auch für die Exportchancen der Holländer im gesamten EG-Bereich. Schwieriger werde es für die holländischen Exporteure dage-

gen, ihre Position auf dem japanischen und amerikanischen Markt zu behaupten oder gar auszubauen. Dies sei vor allem auf das abgeschwächte Welthandelsvolumen sowie auf die derzeitige Dollar/Gulden-Parität zurückzuführen. Dennoch wird ein reales Wachstum der niederländischen Exporte um vier Prozent für durchwegs realistisch gehalten.

„Insgesamt positiv“, so beurteilt auch der Unternehmensverband (CNO) die Wirtschaftsentwicklung für 1986. „Obwohl“, so CNO-Sprecher J. A. M. Klaver, „auch einige Wölken am sonst blauen Konjunkturmilieu zu sehen sind.“ So sei neben den florierenden Branchen Metall, Chemie und Elektronik die Bauindustrie noch immer nicht in Schwung gekommen und zeichne sich für 1987 im Haager Staatsbüchse ein Einnahmeloos aus sinkenden Erdgasverkäufen in Höhe von umgerechnet rund sechs Milliarden DM ab. Eine Lohn- und Gehaltswelle als Resultat

der bevorstehenden Tarifverhandlungen zeichne sich dagegen nicht ab.

Alles in allem wird der wirtschaftliche Aufschwung in Holland also auch 1986 weiter anhalten. Der Staatssekretär im Haager Wirtschaftsministerium, F. Rutten, sieht sogar gute Voraussetzungen für ein reales holländisches Wirtschaftswachstum von durchschnittlich drei Prozent in den kommenden vier Jahren. Etwas dämpfend auf die momentanen durchaus vorhandenen Investitionsbereitschaft holländischer Unternehmen dagegen dürften die für Mai angesetzten Parlamentswahlen wirken. Denn bisher läßt sich trotz der zahlreichen Umfragen noch immer nicht deutlich absehen, ob die derzeit in Den Haag amtierende christlich-liberale Koalition von den Wählern erneut bestätigt werden wird und sich somit dem wirtschaftspolitischen Sanierungskurs von Finanzminister Onno Ruding auch in der zweiten Hälfte dieses Jahres fortsetzen lassen wird.

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

BIZ-Tagung

Basel (VWD) - Die internationale monetäre Situation, die Lage auf den Devisenmärkten und die Zinstrends standen im Mittelpunkt der ersten Routinesitzung der Notenbankchefs der wichtigsten Industrieländer in diesem Jahr am Sitz der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Dies teilte Bundesbankpräsident Pöhl als Vorsitzender des Zehnclubs ohne weitere Einzelheiten mit. Zu hören war nur, daß einige Zentralbanker sich besorgt zu dem Zinsanstieg in den USA in der vergangenen Zeit geäußert hätten. Auch habe es enttäuschte Stimmen zu den steigenden Zinsen in Großbritannien, Italien und Japan gegeben.

Mehrheit erworben

Malland (AP) - Die „Libyan Arab Investments Bank“ hat mit 70 Prozent eine Mehrheitsbeteiligung an der italienischen Ölgesellschaft Tamol erworben. Dies teilte Tamol gestern mit. Das Unternehmen betreibt in Italien rund 850 Tankstellen und eine Raffinerie. Die libysche Bank erwarb den 70-Prozent-Anteil durch Zeichnung einer Kapitalerhöhung. Eine Beteiligung von 20 Prozent an Tamol

hält die Sasea in Genf, zehn Prozent befinden sich unter der Kontrolle des libanesischen Geschäftsmannes Roger Tamzar. Die libysche Bank ist einer der größten Aktionäre des Automobilherstellers Fiat.

Brüter aus Netz

Paris (dpa/VWD) - Der größte schnelle Brüter der Welt, der „Superphenix“ in Creys-Malville bei Lyon, ist gestern an das Stromnetz angeschlossen worden, teilte die Gesellschaft Electricité de France in Paris mit. Der „Superphenix“, an dem auch die deutsche Stromwirtschaft beteiligt ist, soll seine Höchstleistung von 1300 Megawatt Mitte dieses Jahres erreichen. Seit September 1985 wurde er „angeheizt“.

Verkauf an Manager

London (dpa/VWD) - Der britische Großkonzern Cadbury Schweppes will seinen Bereich Nahrungsmittel in Großbritannien, Irland und Frankreich (350 Mill. Pfund Umsatz 1984) an eine Gruppe eigener Manager verkaufen. Der geplante Verkaufspreis beträgt mehr als 80 Mill. Pfund (286 Mill. DM). Dabei will die britische Gesellschaft bekannte Tee-, Kaffee-,

Marmeladen- und andere Nahrungsmittelmarken abstoßen. Das Unternehmen will sich auf das Süßwaren- und Erfrischungsgetränk-Geschäft konzentrieren.

Tokio läßt weitere Bank zu

Tokio (VWD) - Das Finanzministerium in Tokio hat der Citicredit Bank Overseas Investment Corp., die Zulassung zum „Trust Business“ in Japan per Mitte Februar erteilt - als viertem ausländischen Institut. Bisher erhielten Morgan Trust Bank, Japan Bankers Trust Co und Manhattan Trust Banking Co (Japan) diese Genehmigung.

Treffen am Wochenende

London (dpa/VWD) - Die Finanzminister und Notenbankchefs der fünf größten Industrienationen - USA, Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich und Japan - werden am Wochenende in London hinter verschlossenen Türen über Weltwirtschafts- und Weltwirtschaftsprobleme diskutieren. Es handelt sich um ein reines Routine-treffen. Ein Abschlusssommuniqué wird nicht erwartet.

Exportkredite: OECD senkt Mindestzinsen

J. Sch. Paris

Die französische Regierung verstärkt ihre Zinssenkungspolitik bei den Exportkrediten mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft vor allem in den Ostblockstaaten und in den Opec-Ländern zu verbessern, die von dem OECD-Konsensus über die Mindestsätze für staatliche subventionierte Kredite betroffen sind. Diese Sätze betragen ab heute 10,95 Prozent für Kredite von zwei bis fünf Jahren und 11,30 Prozent für solche von fünf bis sechzehn Jahren.

Obwohl sie jetzt um 1,95 Punkte erniedrigt worden sind, übersteigen sie immer noch den Basiszins der französischen Banken von 10,80 Prozent. Der Spielraum zu den Mindestzinsen soll aber stärker als bisher genutzt werden. Nur noch dann, wenn die französischen Zinssätze nicht unter die OECD-Limits zu drücken sind, wird die staatliche Außenhandelsbank subventionierte Kredite bereitstellen. Davon ausgenommen bleiben die Exportkredite an „relativ arme“ und an „mittlere“ Länder. Hier liegt der Mindestzins mit 8,80 (bisher 9,85) Prozent bzw. je nach Laufzeit mit 9,85 (10,70) und 10,15 (11,20) Prozent unter den französischen Marktzinsen.

BAT / Der Tabak- und Mischkonzern vermindert seine Einzelhandelsaktivitäten in den USA um rund 50 Prozent

Finanz- und Dienstleistungsbereich im Vormarsch

WILHELM FURLER, London
Der britische Tabak- und Mischkonzern BAT Industries, der Umsatz nach 1985: 15,3 Mrd. Pfund oder 54,6 Mrd. DM zweitgrößtes Unternehmen in Großbritannien, wird sich von der Hälfte seiner amerikanischen Einzelhandelsaktivitäten trennen. Das bestätigte ein Sprecher von BAT gegenüber der WELT. Der geplante Verkauf von vier amerikanischen Einzelhandelsketten (Gimbels, Koh's, Frederick und Nelson und Crescent) mit zusammen 83 Warenhäusern und Filialen für rund 600 Mill. Dollar (knapp 1,5 Mrd. DM) entspricht der jüngsten Unternehmenspolitik von BAT.

Sie lautet, dem Einzelhandelsbereich nur die wirklich erstklassigen Objekte mit gutem Potential für organisches Wachstum zu belassen, und dafür den Finanz- und Dienstlei-

stungsbereich mit dem Schwerpunkt Versicherungen auszubauen. So hat BAT Anfang 1984 nach einem Übernahmegefecht mit der Allianz die britische Versicherungsgruppe Eagle Star Holdings gekauft. Genau ein Jahr später übernahm BAT auch den britischen Lebensversicherer Hambro Life Assurance.

Damit steuert der Versicherungsgeschäft heute mehr als zehn Prozent zum Konzernumsatz bei. Man kann mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß BAT zumindest einen Teil des Erlöses aus dem amerikanischen Einzelhandelskettenverkauf dafür verwenden wird, in den USA die auf dem Finanzsektor basierenden Interessen mit dem Kauf eines entsprechenden Objekts auszuweiten. Branchenkenner gehen davon aus, daß es sich um die Versiche-

rungsbranche handeln dürfte, obwohl das amerikanische Versicherungsgeschäft extrem schwierig geworden ist.

Nach Angaben von BAT haben die zum Verkauf stehenden Einzelhandelsobjekte nicht oder nur kaum zum Gewinn beigetragen. Der Gewinn aus den amerikanischen Einzelhandelsaktivitäten von BAT (1984 rund 150 Mill. Dollar) stammt nahezu ausschließlich von den fünf weiteren Einzelhandelsketten Saks Fifth Avenue, Marshall Field's Ivey's, Breuners und Thimbles mit zusammen 175 Warenhäusern und Filialen. Sie zählen zu den Marktführern mit gutem Wachstumspotential.

Die Verkaufsentscheidung trage dazu bei, einem gefährlichen Gigantismus vorzubeugen. Aus diesem Grund hat sich BAT im vergangenen

Jahr auch von den Tochtergesellschaften British American Cosmetics (weltweit), International Stores (britisches Nahrungsmittel-Einzelhandelsunternehmen) und Mardon Packaging (britisch-kanadisches Verpackungsunternehmen) getrennt. Die Industrie-Holding Grovewood Securities folgt.

Am deutschen Markt, wo BAT mit der Zigarettent- und Tabakerstellung (BAT Cigaretten-Fabriken), dem Warenhausgeschäft (knapp über 50 Prozent Beteiligung an Horden) und der Wohnungsausstattung (Hyper, Pegulan) sowie der Plastikteile-Herstellung für die Autoindustrie (Pegulan) vertreten ist, bestehen dem BAT-Sprecher zufolge keine Verkaufabsichten. Die Horden-Beteiligung ist erst 1984 auf knapp über 50 Prozent aufgestockt worden.

ARBEITSMARKT / Umfrage der EG-Kommission

Besseres Beschäftigungsklima

Ha. Brüssel

Das Wirtschaftswachstum in der EG schlägt sich allmählich auch in einem besseren Beschäftigungsklima nieder. Die Mehrheit der industriellen Unternehmer sieht zwar - wie aus der jüngsten Umfrage der Brüsseler Kommission hervorgeht - noch keine Veranlassung, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen, doch geht der Widerstand gegen Personalaufstockungen offenbar deutlich zurück.

Im Juli 1985 betrug der Saldo zwischen positiven und negativen Antworten (auf die Frage nach der Einstellung neuer Mitarbeiter) noch minus 20 Punkte. Die letzte Sondierung (von Oktober) zeigte nur noch einen Minussaldo von 15 Punkten. Die EG-Kommission sieht dadurch ihre Erwartung bestätigt, daß 1986 mit einer leichten Verringerung der Arbeitslosigkeit zu rechnen ist.

Außerdem spiegelt die EG-Umfrage recht unterschiedliche Trends in den einzelnen Mitgliedsstaaten wider: die Kommission unterscheidet

zwischen drei verschiedenen Ländergruppen. Am günstigsten sind die Erwartungen in Holland (plus acht), Irland (plus sieben), in der Bundesrepublik (plus zwei) und Dänemark (plus minus null). In der Bundesrepublik und in Irland hat sich die Zahl der befragten Industriellen, die eine Zunahme ihrer Beschäftigung vorzusehen, erstmals deutlich erhöht.

Dagegen dürfte in einer zweiten Gruppe, zu der Belgien, Luxemburg und Großbritannien zählen, die Zahl der Beschäftigten nach den Erwartungen der Unternehmer mehr oder weniger konstant bleiben. In Frankreich und Italien dagegen überwiegt der Pessimismus.

Die Voraussagen über eine Beschäftigungszunahme bezogen sich vor allem auf die Erwartung neuer Arbeitsplätze im Bereich der Ausrüstungsindustrie. Besonders „einstellungswillig“ zeigten sich die Elektrobranche und die Fabrikation von Präzisionsmechanik.

ÄGYPTEN / Auslandsverschuldung bedroht Wirtschaft

Bevölkerung hilft dem Staat

AFP, Kairo

Die Auslandsverschuldung bedroht die ägyptische Wirtschaft. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat die zivilen und militärischen Kredite zusammen im Juni letzten Jahres auf 31 Mrd. Dollar geschätzt. Offiziell ägyptische Regierungsstellen sprechen von rund 24 Mrd. Dollar. Die Berechnungen weichen voneinander ab, weil nicht der gleiche Wechselkurs Dollar/Ägyptisches Pfund herangezogen wird.

Um die Last zu erleichtern, hat die Regierung nun die Bevölkerung um Hilfe gebeten. Das heißt: Die Ägypter sollen spenden, um die leeren Devisenkassen des Staates zu füllen. Die auf Initiative von Ministerpräsident Ali Loutfi im November gestartete Kampagne hat außerdem zum Ziel, der Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer starken Einfuhrbeschränkung bewusst zu machen. Die von der Bevölkerung geleisteten Spenden werden von der Ägyptischen Nationalbank (NBE) entgegengenommen und auf vier Konten blockiert. Wie NBE-Präsident Abdel Monem Rouchdi jetzt präzisiert, werden die Spendenbeiträge auf diesen Konten ausschließlich auf Anweisung von Präsident Hosni Mubarak und nur zu den angegebenen Zwecken verwendet.

Die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes wurden im ganzen Land aufgefordert, ein Tageseinkommen für diese Kampagne zur Verfügung zu stellen. Von offiziellen Kreisen wurde dazu erklärt, es handele

le sich hier ausschließlich um „freiwillige“ Beiträge. Den angesprochenen Beamten und Staatsangestellten dürfte es jedoch schwer fallen, sich der Beteiligung an dieser Aktion zu entziehen. Nach den Angaben der ägyptischen Presse spendete der Regierungschef bereits 2000 Ägyptische Pfund (2380 Dollar nach dem offiziellen Kurs). Auch andere Minister und hohe Beamte trugen ihr Scherflein bei. Von der Nationalbank von Ägypten wurden bisher jedoch noch keinerlei Angaben über die seit Beginn der Kampagne erfolgten Einzahlungen veröffentlicht.

Aber nicht nur die Landesbevölkerung selbst soll sich am Abbau der Schuldenlasten des Staates beteiligen. Von der ägyptischen Regierung wurden kürzlich „Delegationen“ ins Ausland geschickt, um die in den einzelnen Ländern tätigen Ägypter aufzufordern, ebenfalls ihren Beitrag zu leisten. Diese Zahlungen sind willkommen, da sie in Devisen erfolgen. Rund drei Millionen Ägypter sind als Gastarbeiter im Ausland tätig. Ihre Unterstützung könnte Ägypten kurzfristig erhebliche Hilfe bringen. Inzwischen hat sich diese „Hilfskampagne“ nach zögerndem Anlauf auf das ganze Land und praktisch alle Bevölkerungsgruppen ausgeweitet. So beschloss jetzt die beiden bekanntesten Fußballmannschaften National und Zamalek am 14. Februar ein Freundschaftsspiel durchzuführen. Der Ertrag wird an die National Bank of Egypt überwiesen.

NAMEN

Wiltried Fräß, Vorstandsmitglied der Thyssen Stahl AG, Duisburg, wird heute 60 Jahre alt.

Margarete Underberg, Seniorchefin der Underberg KG, Rheinfelden, ist am 11. Januar, kurz nach Vollendung ihres 73. Lebensjahres, verstorben.

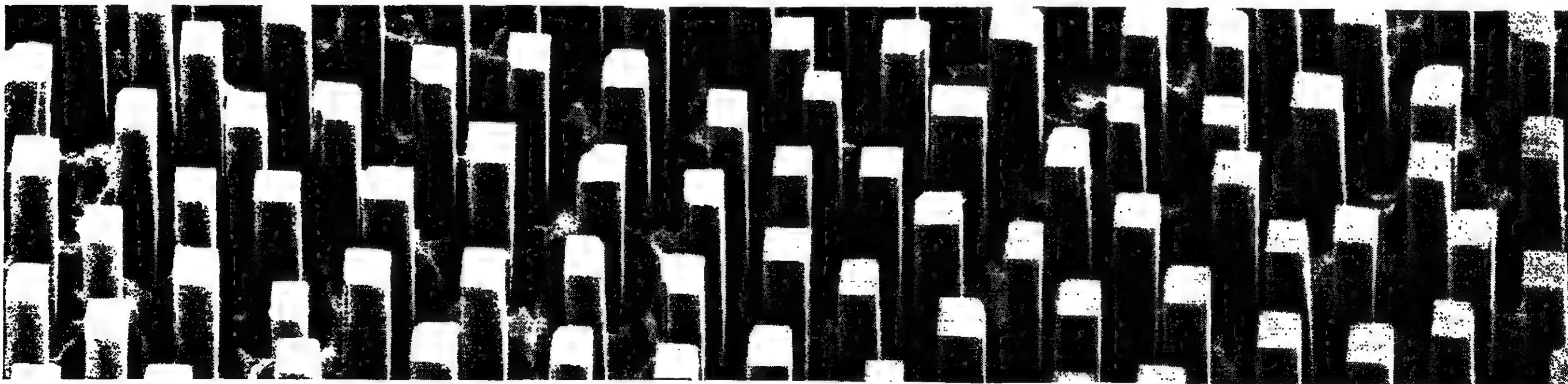
Dr. Bernd Kimm wurde zum Vorstandsmitglied der Volkswohl-Bund Versicherungen (Sach und Leben), Dortmund/Berlin, bestellt.

Hermann Josef Hoes wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Gerling-Konzern Zentrale Verwaltungs AG, Köln, bestellt.

Richard Jacob, Vorstandssprecher der Union AG für Versicherungen (Nordstern-Gruppe), Hamburg, trat mit dem Jahresende in den Ruhestand. Nachfolger wurde Dr. Reiner Kürten, zuvor stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender.

Helms Höhn, Vorsitzender des Vorstandes der Brenntag AG, Mülheim, ist zum Jahresende 1985 nach 25jähriger Tätigkeit wegen Erreichens der Altersgrenze ausgeschieden. Er bleibt dem Unternehmen weiterhin in beratender Funktion verbunden.

Werkstoff-Forschung im Weltraum



Wir experimentieren im Raumlabor

Moderne Technik erfordert zunehmend Werkstoffe, die höchsten Beanspruchungen standhalten müssen: in der Energietechnik, der Luft- und Raumfahrt, im Investitionsgüterbereich. Steigende Anforderungen an diese Materialien zwingen die Forschung zu unkonventionellen Methoden. Der neueste Weg: Erfor-

schung, Entwicklung und Herstellung neuartiger Legierungen und Verbundwerkstoffe unter Weltraumbedingungen. Also im schwerelos Raum wie im SpaceLab an Bord der Raumfähre Challenger. In der erfolgreich durchgeführten ersten deutschen SpaceLab-Mission D 1 war M.A.N. mit speziellen Experimenten da-

bei, um die Erzeugung faserverstärkter Metalle für Turbinenschaufeln zu testen. Das Bild zeigt den Querschnitt einer solchen Legierung - die Molybdän- Fasern sorgen für die notwendige Festigkeit bei höchsten Temperaturen. Das herausgelöste Grundmaterial der Werkstoffprobe besteht aus einer Nickel-Aluminium-

Legierung. Die Versuchsergebnisse liefern Erkenntnisse zur Verbesserung von Fertigungsprozessen auf der Erde und weisen den Weg zur Herstellung hochwertiger Werkstoffe im Weltraum. Wichtige Experimente für den Einstieg ins nächste Jahrtausend durch Forschung von M.A.N. Neue Technologie.

M.A.N.
Leistung, die überzeugt

STUTTGARTER BANK / Geschäftsvolumen ausgeweitet

Der Bonus wird gestrichen

Die Kapitalerhöhung stieß zwar nicht ins Haus, doch wurde man voraussichtlich noch im Frühjahr dieses Jahres Genußschäufel mit attraktiven Bedingungen anbieten. Diese Ankündigung macht die Stuttgarter Bank AG, Stuttgart, die zu den größten deutschen Volksbanken zählt und eine der wenigen Aktiengesellschaften unter ihnen ist. Im übrigen wird für das Geschäftsjahr 1985 wiederum die „Standarddividende“ von neun Prozent in Aussicht gestellt. Im Vorjahr war zusätzlich ein Bonus von zwei Prozent gezahlt worden.

Die Stuttgarter Bank, deren Aktienkapital von 45 Mill. DM zu gut einem Viertel bei Zentralinstituten des Genossenschaftssektors liegt und zu den restlichen drei Vierteln sich in Streubesitz bei etwa 11.500 Aktionären befindet, geht gleichwohl davon aus, daß sich ihre Ergebnisrechnung in 1985 ähnlich gut wie im Jahr davor gestalten hat. Man erwarte einen Zinssaldo, der leicht über dem Vorjahreswert liege, obwohl sich die Zinsspanne weiter von 2,8 auf 2,65 Prozent eingengt habe. Durch die Auswei-

tung des Geschäftsvolumens sei der Spannenverlust überkompensiert worden. Erhöht habe sich auch der Provisionsüberschuss, doch nahm auch der Verwaltungsaufwand zu, so daß das Betriebsergebnis auf Vorjahresniveau liegen werde.

Die Bilanzsumme der Stuttgarter Bank hat sich im abgelaufenen Jahr um drei Prozent auf 2,8 Mrd. DM vergrößert. Ausgesprochen lebhaft verlief das Darlehensgeschäft, wobei die Neuzusagen um 30 Prozent und die Inanspruchnahmen um acht Prozent zunahmen. Im Passivbereich gab es bei den Spareinlagen, die um 13 Prozent auf 791 Mill. DM anstiegen, den mit Abstand höchsten Zuwachs seit Jahren. Das gesamte Sparaufkommen wuchs um fünf Prozent auf 1,2 Mrd. DM. Aus den Termingeldern sind knapp 85 Mill. DM in den Renten- und Aktienmarkt geflossen, was zu einer Abnahme der Termingeld-Position um vier Prozent auf 442 Mill. DM führte. Entsprechend der unveränderten starken Exporttätigkeit der baden-württembergischen Unternehmen habe sich das Auslandsgeschäft der Bank gut entwickelt.

ZANDERS FEINPAPIERE / Stabil hohe Nachfrage

Nochmals Dividenden-Zulage

J. GEHLHOFF, Düsseldorf: Bei voller Kapazitätsauslastung und anhaltend starker, „zeitweilig nicht voll zu befriedigender“ Nachfrage hat die Zanders Feinpapiere AG, Bergisch Gladbach, ihren Umsatz 1985 um weitere 8,4 (14,7) Prozent auf 908 Mill. DM erhöht. Als Resultat aus Umsatzplus, Rationalisierungsinvestitionen und gesunkenen Rohstoffpreisen habe sich der Ertrag erneuert und „deutlich“ verbessert. Dies erlaube eine weitere Erhöhung der für 1984 auf 6 (5) DM aufgestockten Dividende, die bereits voll für das im September 1985 zum Kurs von 160 DM auf 80 (80) Mill. DM vergrößerte Aktienkapital gilt.

Der internationale Papiermarkt hat sich nach Zanders-Urteil nach dem Boomjahr 1984 auf hohem Nachfrage-niveau konsolidiert. Diese positive Entwicklung werde sich aus heutiger Sicht auch 1986 fortsetzen und günstige Absatzchancen für das „welt-

weit im Qualitätstrend liegende Produktspektrum“ der Firma bieten. Im Berichtsjahr blieb der 1984 noch durch Lagerabbau geförderte Gesamtumsatz von Zanders mit 244 (200) stabil, erhöhte sich aber durch Sortimentsbereinigung in den Hauptsorten „erheblich“. Der Export war am Umsatz mit 47,3 (48,3) Prozent und am Absatz mit 44,7 (45,7) Prozent beteiligt. Die Investitionen wurden diesem ersten Rückblick zufolge auf ca. 80 (48) Mill. DM stark vergrößert. Ihr Schwerpunkt lag im Hauptwerk Gornsmühle (Bergisch Gladbach) und hier bei Kapazitätserweiterungen.

Die Beschäftigtenzahl wurde nochmals auf nun 3938 (3820) Mitarbeiter aufgestockt. Mit 201 Lehrlingen liege man weiterhin an der Spitze der Branche. Bei höherem Personalbestand (Abbau von Überstunden) und stabilem Gesamtumsatz habe sich die Produktivität pro Arbeitsstunde weiter verbessert.

DBV / Die Versicherung blickt optimistisch in die Zukunft

Beitragssenkung erfolgreich

Wb. Wiesbaden: Die DBV + Partner Versicherungen, Wiesbaden, rechnen sich für 1985 „gute Geschäftsergebnisse“ für alle sieben Gesellschaften der Gruppe aus. Dazu haben die weiter gestiegenen Kapitalerträge ebenso beigetragen wie das geringe Ausmaß der Kostensteigerungen. Das Wachstum der Beitragseinnahmen um gut drei Prozent auf 1,5 (1,45) Mrd. DM ist weniger beeindruckend ausgefallen. Das wird auf zwei Sondereinflüsse zurückgeführt: Bei einem „sehr großen“ Gruppenvertrag der Risiko-Lebensversicherung gingen die Beiträge 1985 leicht zurück, in der Krankenversicherung sorgten Beitragssenkungen zur Jahreswende 1984/85 zunächst einmal für Einnahmeverluste.

Für die beiden Krankenversicherer - einer für den öffentlichen Dienst, der andere für die Privatkundschaft -

hat sich die Senkung dennoch gelohnt. Ihr Neugeschäft wurde um ein Drittel gesteigert, die Beiträge nahmen per saldo doch noch um 1,3 Prozent auf 427 Mill. DM zu.

Fast 60 Prozent der Beitragseinnahmen der Gruppe werden von den beiden Lebensversicherern erzielt. Ihr Aufkommen stieg 1985 um gut sechs Prozent auf 877 (825) Mill. DM. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle und Rückkäufe nahmen im gleichen Tempo auf 348 (338) Mill. DM zu. Neben den Direktgutschriften sollen 415 Mill. DM für die Beitragsrückerstattung eingesetzt werden.

Die beiden Sachversicherer der Gruppe und die Rechtsschutzversicherung haben ihre Beitragseinnahmen um sieben Prozent auf 197 Mill. DM ausgeweitet. Bei einem günstigen Schadenverlauf als 1984 haben sich die Ergebnisse weiter verbessert.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Stahlhändler-Kooperation

Düsseldorf (J.G.) - Unter der Firma „Stahlpartner Einkaufs-GmbH, Saarbrücken“ haben 13 mittelständische Stahlhändlerfirmen aus Süddeutschland eine neue (Einkaufs-) Kooperationsgesellschaft gegründet und zum Handelsregister angemeldet. Mit zunächst regionaler Begrenzung auf Süddeutschland wollen sie das Vakuum füllen, das Mitte 1985 durch den Zusammenbruch der Düsseldorfer Stahlring GmbH (bundesweit 37 Gesellschaften) entstand. Der neue Zusammenschluß repräsentiert mit einem Lagerabsatz von jährlich 100.000 Tonnen Profil- und 70.000 Tonnen Flachstahl etwa 40 Prozent vom Volumen des alten Stahlrings.

Schritt nach vorn

Frankfurt (dpa/VWD) - Von einem großen Schritt nach vorn im Geschäftsjahr 1985 berichtet die Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt. Danach nahm die Bilanzsumme um 15 Prozent auf 25,7 Mrd. DM zu. Das Grundkapital erhöhte sich um mehr als ein Viertel auf 817,9 Mill. DM. Die Neuzusagen im mittel- und langfristigen Kreditgeschäft wiesen eine Steigerungsrate von 36 Prozent auf. Um 62 Prozent nahm die Zahl der Kreditzusagen aus dem hauseigenen Sonderkreditprogramm zu. Insgesamt stiegen die mittel- und langfristigen Ausleihungen um 7 Prozent auf 18,9 Mrd. DM.

Stabile Strompreise

Hannover (W.A.) - Die Preussenelektra AG, Hannover, will versuchen, auch 1986 die Strompreise stabil zu halten. Dank des Einsatzes der kostengünstigen Kernenergie seien bereits in den vergangenen drei Jahren die Strompreise unverändert ge-

blieben. 1985 habe der Anteil der Kernenergie an der Stromversorgung 70,7 Prozent erreicht. Abgesetzt wurden 1985 von dem Unternehmen im eigenen Versorgungsbereich mit 47,1 Mrd. kWh Strom 2 Mrd. kWh mehr als im Vorjahr. Dieser erhöhte Stromabsatz bedeute eine Verbrauchssteigerung um 4,4 Prozent gegenüber 1984. Darüber hinaus wurden 2,8 Mrd. kWh Strom an benachbarte Versorgungsunternehmen geliefert, so daß die gesamte Stromabgabe im vergangenen Jahr 49,9 (1984: 48,5) Mrd. kWh betrug.

Ergebnis niedriger

Duisburg (dpa/VWD) - Bei dem Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungskonzern Franz Haniel & Cie GmbH, Duisburg, haben sich alle Unternehmensbereiche positiv entwickelt, heißt es in einem ersten Überblick. Der Umsatz im Konzern mit seinen rund 16.000 Beschäftigten sei allerdings durch den gesunkenen Dollarkurs 1985 negativ beeinflusst worden. Demgegenüber hätten die europäischen Unternehmensbereiche des Konzerns um 900 Mill. DM zugelegt, womit der Gesamtumsatz auf 12,5 (13,6) Mrd. DM zurückgegangen sei. Auch das Ergebnis liege etwas niedriger als 1984 (177 Mill. DM).

Rekord-Neugeschäft

Hamburg (dpa/VWD) - Das Fondsvermögen der fünf Publikumsfonds der Hansa Invest, Hamburg, stieg Ende 1985 auf 1,27 (1984: 0,92) Mrd. DM. Die Gesellschaft wird nach eigenen Angaben 115 (78) Mill. DM an Erträgen ausschütten. Das rege Interesse der Investmentanleger habe Hansa Invest 1985 mit netto 354,7 (174,7) Mill. DM das bisher beste Neugeschäft beschert.

GRENZBACH MASCHINENBAU / Hohe Investitionen in neue Technologien

Spezialist für Transport-Systeme

DANKWARD SEITZ, München: Der Umsatz hätte im vergangenen Jahr um einiges höher ausfallen können, meint Rudolf Grenzbach, Inhaber der Grenzbach Maschinenbau GmbH in Asbach-Bäumenheim, wenn er nur die dafür notwendigen Ingenieure gehabt hätte. Statt dessen müßten einige Abteilungen, obwohl genügend Aufträge im Haus waren, im Frühjahr sogar Kurzarbeit einlegen. Und neue Kunden kann das mittelständische Spezialunternehmen für Transport- und Handlingsysteme sowie Verpackungslinien unter anderem für die Glas-, Holz-, Kunststoff- und Metallindustrie schon gar nicht mehr aufnehmen.

Händeringend sucht Grenzbach nach 20 bis 30 Ingenieuren, vor allem für die Elektronikentwicklung. „Auf dem Markt sind sie nur schwer zu finden, denn wer will schon gerne in die bayerisch-schwäbische Provinz, wenn entsprechende Stellen auch in Augsburg oder München angeboten werden?“ So wäre denn ohne erhebliche Überstunden der 310 „hochmotivierten und hochqualifizierten“ Mitarbeiter das derzeitige Auftragspensum, das weit ins laufende Jahr hineinreicht, nicht zu schaffen.

Stark im Export

Deswegen aber an der Klagemauer zu stehen, liegt Grenzbach fern. Vielmehr erfüllt es den Firmenchef mit sichtlichem Stolz, daß sein Familienunternehmen sich längst im internationalen Wettbewerb Geltung verschafft hat und bei Floatglas-Transportanlagen weltweit sogar die Nummer eins ist. Etwa 60 Prozent des Umsatzes 1985 von rund 45 (41 nach 80) Mill. DM kamen aus dem Export. Aufgeteilt nach Marktberreichen ent-

fallen etwa 53 Prozent auf Glas, 27 Prozent auf Holz, zehn Prozent auf Metall und weitere zehn Prozent auf Elektronik. Fast alle renommierten deutschen Autohersteller und Metallverarbeiter gehören zum Kundenkreis.

An Wachstum hat es dem vor 25 Jahren aus einer Dorfschmiede und einem Landmaschinenhandel mit damals 15 Mitarbeitern und einem Umsatz von etwa einer Mill. DM nie gefehlt. Zunächst baute man Transport- und Handlingsysteme für Käse- und Molkereien. Dieses Programm wurde später verkauft, um sich der Möbel- und Holzindustrie und ab 1974 auch der Glasindustrie zuwenden zu können. Die maßgeschneiderten Anlagen für Kunden brachten 1970 bereits bei 168 Mitarbeitern einen Umsatz von 8,6 Mill. DM und 1980 rund 18,5 Mill. DM (213 Beschäftigte).

Unverändert hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung (fünf Prozent vom Umsatz) sollen die künftige Expansion sichern. Bis 1988 wird ein Umsatzvolumen von 50 bis 55 Mill. DM angepeilt. Dabei will Grenzbach vor allem die Aktivitäten auf dem Elektro-, Elektronik- und Steuerungsbereich ausweiten, um so zu einer verbesserten und ausgefeilten Prozessautomation zu kommen. Den ersten Schritt hat das innovationsfreudige Unternehmen bereits mit der Entwicklung eines Roboters getan, der vor allem in der Glas- und Metallindustrie neue Märkte eröffnet. Zudem wird jetzt mit einem Investitionsaufwand von 6,4 Mill. DM für diese Bereiche ein neues Werk gebaut, in dem ab August rund 60 neue Mitarbeiter tätig sein sollen.

All dies kann, wie Grenzbach versichert, weitgehend aus eigener

Kraft bewältigt werden. Für 1984 wurde ein Cash-flow von gut 3,5 Mill. DM ausgewiesen. Bei einer Bilanzsumme von 18,3 Mill. DM (konsolidiert) entfielen 6,4 Mill. DM auf Eigenkapital, davon rund 1,6 Mill. DM an Rückstellungen. Die Umsatzrendite liege „deutlich über dem Branchendurchschnitt“, schätzungsweise dürften es etwa vier Prozent nach Steuern sein.

Kooperationen

Neben neuen Produkten peilt Grenzbach auch verstärkt neue regionale Märkte an. Mit China stehen die Schwaben bereits seit längerem in Verbindung. Über Lieferungen und eine Lizenzvergabe befindet man sich bereits in „Endverhandlungen“. Schwerpunkte im Ausland bilden neben den europäischen Ländern die USA, wo ebenfalls Kooperationsgespräche geführt werden. Den bisher größten Auslandsauftrag wickelte Grenzbach im vergangenen Jahr mit der „DDR“ ab, der ein Volumen von 32 Mill. DM - davon 26 Mill. DM an Eigenleistungen - hatte.

Kooperationen und Beteiligungen sind für Rudolf Grenzbach dabei mehr eine Möglichkeit, das Unternehmen nicht zu schnell zu groß werden zu lassen. Unter diesem Aspekt wurde bereits vor zwei Jahren eine Vertriebskooperation mit dem Anlagenbauer Meiner in Porta Westfalica für die Maschinenprogramme der Holz- und Möbelindustrie geschlossen. Und Anfang November 1985 erwarb man eine 25prozentige Beteiligung an der Düsseldorfer Techno Glas Engineering GmbH, womit die Basis in der Sparte Flachglas verstärkt werden soll.

WELLA-HV

Kapitalerhöhung wurde genehmigt

adl. Darmstadt

Mit voller Zustimmung segneten die Aktionäre der Wella AG, Darmstadt, auf der außerordentlichen Hauptversammlung die Vorschläge der Verwaltung ab. Schließlich bot der Vorstand ein Bonbon in Gestalt einer Kapitalerhöhung um 10 Mill. DM (davon 2,26 Mill. DM Vorzugsaktien) auf 122 Mill. DM. Bei dem Bezugsrecht 12:1 pari ergibt sich beim derzeitigen Kurs für die Vorzugsaktien ein Bezugsrechtswert von gut 55 DM. Gleichzeitig stimmten die Aktionäre 8 Mill. DM bedingtem Kapital zur Begebung einer Optionsanleihe ebenso zu wie der Umwandlung von Stammaktien im Nennwert von 7 Mill. DM in Vorzugsaktien. Damit soll, so betonte Wella-Vorstandsvorsitzender Karl Heinz Krutzki, den (Familien-)Stammaktionären die Möglichkeit geboten werden, im Fall von Erbschaft oder Vermögenssteuerzahlungen liquide zu sein. „Falls es dazu kommt“, würden diese Aktien aber nicht über die Börse plazierte.

Im übrigen stellte Krutzki wieder eine Dividende von 9 DM in Aussicht. Bei der AG liege der 1985er Umsatz rund 10 Prozent über dem Vorjahreswert (485 Mill. DM), der Gewinn (im Vorjahr 20 Mill. DM Jahresüberschuß) sei um etwa 20 Prozent gestiegen. Auch für dieses Jahr äußerte sich Krutzki optimistisch. Die neuen Mittel will Wella zur Finanzierung der „stillen“ Wachstums nutzen, dabei nannte Krutzki neue Fabriken in Malaysia, China, Japan, Skandinavien und Südamerika sowie Erweiterungen in Deutschland. Über ein Gemeinschaftsunternehmen mit der Henry Maria Betrix GmbH will Wella das Engagement im Körperpflegebereich verstärken.

AGRAREXPORT

EG-Partner sind die besten Kunden

ib. Berlin

Der deutsche Agrarexport floriert. Im vergangenen Jahr lieferte die Bundesrepublik Nahrungsmittel im Wert von 25,2 Mrd. DM (ohne Kaffee, Tabak und Holz) ins Ausland, vier Prozent mehr als im Vorjahr. Das erklärte der Geschäftsführer der Zentralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), Helmut Fahrmech, anlässlich der Grünen Woche, die vom 24. Januar bis 2. Februar in Berlin stattfindet.

Überdurchschnittliche Steigerungsraten wurden dabei nach Nordamerika, in den Fernen Osten und in die westeuropäischen Industrieländer mit jeweils zwölf Prozent erzielt. Beste Kunden bleiben die EG-Partner, die etwa zwei Drittel der deutschen Ausfuhren abnehmen. Rückgänge gab es im Nahrungsmittel-export in den Ostblock und den Nahen Osten.

Insgesamt werden nach Fahrmechs Angaben etwa 15 Prozent der deutschen Agrarproduktion exportiert. Auch für das laufende Jahr rechnet die Branche wieder mit positiven Ergebnissen.

Den Erfolg der deutschen Agrarwirtschaft auf den Auslandsmärkten führt die CMA auf die Sortimentsbreite und -tiefe des Angebots, die Flexibilität der Anbieter und vor allem auf die hohe Qualität der deutschen Produkte zurück. Aus diesem Grund wird auch die Beibehaltung der lebensmittelrechtlichen Reinheitsgebote gefordert. Weiter gestiegen ist 1985 der Agrarimport. Er nahm um 6,9 Prozent auf etwa 51,1 Mrd. DM zu und liegt damit doppelt so hoch wie die deutschen Nahrungsmittelausfuhren.

Central Money Desk:
Zugriff auf nationale
und internationale
Geld- und Devisenmärkte
sichert Flexibilität und Kreativität.

Helaba Frankfurt.



Der Central Money Desk bündelt alle markt gängigen kurzfristigen Kredit- und Anlageprodukte.

Als Finanzchef oder Disponent erhalten Sie vom Central Money Desk der Helaba Frankfurt „aus einer Hand“ alle markt gängigen kurzfristigen Handelsprodukte. Vom Domestik- und Euro-Barschuss sowie Tages- und Termingeldanlagen über Akzeptkredite und Privatkonten bis hin zu Devisen in allen Handelswährungen.

Ein Tisch, der die Märkte Frankfurt, London, Luxemburg und New York für Sie miteinander verbindet.

Über unsere Auslandsstützpunkte sind wir an wichtigen Finanzplätzen vertreten. Der Central Money Desk gibt eine umfassende Information über die nationalen und internationalen Märkte. Solche Transparenz sichert Ihnen schnelles und flexibles Handeln.



Im Zentrum des internationalen Wettbewerbs: Helaba Frankfurt.

Das bringt Ihnen Kostenvorteile und Zeitersparnis.

Von einem Gesprächspartner erhalten Sie die gesamte Leistungspalette der nationalen und internationalen Märkte.

Erstklassiges Rating und starke Stellung im Markt gestalten das Angebot der Bank attraktiv. Die Helaba Frankfurt steht Ihnen mit allen Ressourcen eines großen und leistungsstarken Emissionshauses zur Verfügung.

Nicht nur eine neue Organisation, sondern eine neue Philosophie.

Ihr Gesprächspartner am Central Money Desk der Helaba Frankfurt ist fest im Markt verankert. Seine wichtigste Aufgabe ist Ihre Beratung. Für den Kunden sucht er kostengünstige Problemlösungen, verknüpft Individualität und Leistung mit dem Standing und der Organisation einer großen Bank. Unser Ziel ist Qualität des Services und der Produkte.

Helaba Frankfurt
Hessische Landesbank - Girozentrale

Der Standort verpflichtet zu Leistung.

Der Standort in der Frankfurter City, eine Eigenkapitalausstattung von rd. 1,3 Mrd. DM sowie über 68 Mrd. DM Geschäftsvolumen, mehr als 50 Mrd. DM Kreditvolumen und über 27 Mrd. DM Gesamtumlauf eigener Wertpapiere kennzeichnen die Leistungsfähigkeit der Helaba Frankfurt.

Hessische Landesbank

-Girozentrale-

Junghofstraße 18-26

6000 Frankfurt 1

Niederlassungen in

Darmstadt und Kassel

Auslandsstützpunkte in London,

Luxemburg und New York

DW. - Am Dienstag setzten die meisten Standardwerte leicht über dem festen Vortagsniveau ein. Auf dieser Basis kam es unverzüglich zu neuen Käufen. Auslaufenden Gewinnmitnahmen und einer nahezu abgeschlossenen Abwicklung der auf dem Optionsmarkt resul-

Favorisiert waren ausdrittwirtschaftlich Siemens. Die hervorragende Situation des Elektrokonzerns hat sich nach Ansicht vieler Marktbeobachter – besonders in Anbetracht der anhaltend hohen Aktienkurse – in den Erwartungen anderer bundesdeutscher Blue Chips – bisher nur sehr unzureichend in der Kursentwicklung widerspiegeln lassen. Befestigt auch die jüngsten Kurssteigerungen, die zugleich konnten Bankaktien, voran Bayern Hypo, die in den letzten Tagen am meisten unter dem Eindruck des Gläubiger- und Pensionsmarktes gelitten hatten. Pfeiler aus Maschinenbauern. Nach schwachem Beginn insgesamt, wurde die Kursentwicklung durch den Parbennschöpfung. Hier wird die Bayer-Kapitalgeber zunehmend positiver beurteilt. Bei Wagnis, die letzten Kurssteigerungen in den letzten Kursteilung in den Bereich knapp unter 400 DM heraus.

Frankfurt: Flachglas notierten um 20 DM fester. Ebenfalls um 20 DM sogenannten Braun AG und Riedel der 70er Jahre. Die Aktienkurse waren 31 DM und Buderus 9 DM. Mainkraft verminderten sich um 25 DM.

Düsseldorf: AEG Kabel erzielten um 20 DM. Die Befestigten sich um 10 DM und Kochs Adorf verbesserten sich um 7 DM. Dyerhoff St. Hien um 6 DM, Wittenberg um 10 DM und Colonia um 15 DM.

Hamburg: Belorsdorf wurden mit plus 2 DM und Phoenix Gummi mit plus 5 DM gehandelt. Überwiegend wurden die Aktienkurse konnten sich mit plus 0,50 DM gut behaupten. Holsten Brauerei gaben um 1 DM nach.

Köln: Die Aktienkurse konnten 8 DM zulegen. Petermann verbesserten sich

3 DM. Berg Bank und Herzig Orenstein blieben unter 4,80 DM.

München: Aigner DM an, Audi AG und Flachglas verlor Gewinn wurden um 2 DM fester. Wyding und Tuchten sich jeweils um

Stuttgart: Daimler DM und Mercedes Württemberg, Calsonic, ZSEL mußten 5 DM WMF St. verloren und Schiele waren mäßig.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex:
WELT-Umsatzindex:

tierenden Verkäufe stehen immer
ve Kauforders aus dem In- und
allem von institutionellen Anle-
über, so daß die Erwartungen an
nächsten Tagen nach oben zeig-
tendenz gerichtet sind.

Op unter 400 DM um 3 DM, Berg Bank und Herlitz Orenstein büßten Ebenfalls um 20 ner Elektro 4,80 D

München: Aigner AG und Riedel Glasgesellschaft geändert Buderus 9 DM. veränderten sich um Gewinn von 20 DM

G Kabel erhöh-
t, DAT befestig-
t und Kochs Ad-
ressen um 7 DM.

teilen um 6 DM, 10 DM und Colosersdorf wurden zu SEL mußten 5 DM und Mercedes Württemberg. Cat sich um 17 DM. Ge WMF St. verloren

Nachbörse: fest

M 10a.Hochz.*4=11,44	10a	104G	F 10
M 10b.Hochz.*4=11,44	10b	104G	F 10

ABN	578-94472
BASF	774-81-8813
Bayer	281-67-84
Bayer, Hypo	640-40-48
Bayer, Wolk	950-67-50
BMW	635-80-5-36
Commerzbank	349-57-49
Conti Gummi	180-5-65-4
Daimler	1340-1495
Dr. Baum	879-91-77-4
Dresdner Bank	465-75-65

mann, Berliner	DVB	267-75-67-
St. um je 1 DM	GHH	254-40-54-
7 DM und Berl-	Harpenr	341-2-1-41,
M ein	Hoersch	200-3-89-5
	Hoesch	196-5-9-65
	Hofmann	577-7-7-806
	Hofmann	329-1-5-80

er zogen um 2
tiegen um 6 DM
rbuchten einen
I und Gehe wa-

Linde 680-7-75-8
 Luftkissen St. 265-7-3-45
 Luftkissen VA 265-7-4-47
 Informationscenter 295-6-25-9
 MAN 243-7-3-41
 Mercedes-H. 1260-70-60
 Mercedes 400-7-11-01

es um 19 DM.
tum befestigten
he legten 3 DM
DM abgeben und
250 DM. Kolb

Siemens	753-475-6400
Thyssen	1800-90-88-55
Veeco	290-301-3000
VEW	1438-38-3
VW	546-54-88-20
Phillips	525-28-28

297.32 (291.87)	Rayol D.™	160.3-0.5-0
8857 (6260)	Unifuser™	348.9-9-500
	DM-Toast: In 1980 DM	

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Fortlaufende Notierungen und Umsätze																			
Dissektor				Frankfurt				Hamburg				München				Akten-Umsätze			
14.1.	13.1.	14.1.	13.1.	13.1.	13.1.	14.1.	14.1.	14.1.	14.1.	13.1.	14.1.	13.1.	14.1.	Dissektor	14.1.	14.1.			
ABG	374-81-0.52	330	774-81-10-12	330.5	15573	37-16-07-15	371	44569	318-5-0-15	330	34470	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.	14.1.			
Admiral	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Bayer, Hagen	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Bayer, Hagen	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Commerbank	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	14.1.			
Dissektor	374-81-0.52	376	23357	279-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	23-81-74.26	279.5	23367	Dissektor	14.1.	14.1.	1			

Inland

[illegible]

Ausland

[illegible]

szertifikát

[illegible]

WAB 6.5
Vz. 6.5

[illegible]

14
72
15

[illegible]

Rate

105.46	105.51	105.56	105.61	105.66	105.71	105.76	105.81	105.86	105.91	105.96	106.01	106.06	106.11	106.16	106.21	106.26	106.31	106.36	106.41	106.46	106.51	106.56	106.61	106.66	106.71	106.76	106.81	106.86	106.91	106.96	107.01	107.06	107.11	107.16	107.21	107.26	107.31	107.36	107.41	107.46	107.51	107.56	107.61	107.66	107.71	107.76	107.81	107.86	107.91	107.96	108.01	108.06	108.11	108.16	108.21	108.26	108.31	108.36	108.41	108.46	108.51	108.56	108.61	108.66	108.71	108.76	108.81	108.86	108.91	108.96	109.01	109.06	109.11	109.16	109.21	109.26	109.31	109.36	109.41	109.46	109.51	109.56	109.61	109.66	109.71	109.76	109.81	109.86	109.91	109.96	110.01	110.06	110.11	110.16	110.21	110.26	110.31	110.36	110.41	110.46	110.51	110.56	110.61	110.66	110.71	110.76	110.81	110.86	110.91	110.96	111.01	111.06	111.11	111.16	111.21	111.26	111.31	111.36	111.41	111.46	111.51	111.56	111.61	111.66	111.71	111.76	111.81	111.86	111.91	111.96	112.01	112.06	112.11	112.16	112.21	112.26	112.31	112.36	112.41	112.46	112.51	112.56	112.61	112.66	112.71	112.76	112.81	112.86	112.91	112.96	113.01	113.06	113.11	113.16	113.21	113.26	113.31	113.36	113.41	113.46	113.51	113.56	113.61	113.66	113.71	113.76	113.81	113.86	113.91	113.96	114.01	114.06	114.11	114.16	114.21	114.26	114.31	114.36	114.41	114.46	114.51	114.56	114.61	114.66	114.71	114.76	114.81	114.86	114.91	114.96	115.01	115.06	115.11	115.16	115.21	115.26	115.31	115.36	115.41	115.46	115.51	115.56	115.61	115.66	115.71	115.76	115.81	115.86	115.91	115.96	116.01	116.06	116.11	116.16	116.21	116.26	116.31	116.36	116.41	116.46	116.51	116.56	116.61	116.66	116.71	116.76	116.81	116.86	116.91	116.96	117.01	117.06	117.11	117.16	117.21	117.26	117.31	117.36	117.41	117.46	117.51	117.56	117.61	117.66	117.71	117.76	117.81	117.86	117.91	117.96	118.01	118.06	118.11	118.16	118.21	118.26	118.31	118.36	118.41	118.46	118.51	118.56	118.61	118.66	118.71	118.76	118.81	118.86	118.91	118.96	119.01	119.06	119.11	119.16	119.21	119.26	119.31	119.36	119.41	119.46	119.51	119.56	119.61	119.66	119.71	119.76	119.81	119.86	119.91	119.96	120.01	120.06	120.11	120.16	120.21	120.26	120.31	120.36	120.41	120.46	120.51	120.56	120.61	120.66	120.71	120.76	120.81	120.86	120.91	120.96	121.01	121.06	121.11	121.16	121.21	121.26	121.31	121.36	121.41	121.46	121.51	121.56	121.61	121.66	121.71	121.76	121.81	121.86	121.91	121.96	122.01	122.06	122.11	122.16	122.21	122.26	122.31	122.36	122.41	122.46	122.51	122.56	122.61	122.66	122.71	122.76	122.81	122.86	122.91	122.96	123.01	123.06	123.11	123.16	123.21	123.26	123.31	123.36	123.41	123.46	123.51	123.56	123.61	123.66	123.71	123.76	123.81	123.86	123.91	123.96	124.01	124.06	124.11	124.16	124.21	124.26	124.31	124.36	124.41	124.46	124.51	124.56	124.61	124.66	124.71	124.76	124.81	124.86	124.91	124.96	125.01	125.06	125.11	125.16	125.21	125.26	125.31	125.36	125.41	125.46	125.51	125.56	125.61	125.66	125.71	125.76	125.81	125.86	125.91	125.96	126.01	126.06	126.11	126.16	126.21	126.26	126.31	126.36	126.41	126.46	126.51	126.56	126.61	126.66	126.71	126.76	126.81	126.86	126.91	126.96	127.01	127.06	127.11	127.16	127.21	127.26	127.31	127.36	127.41	127.46	127.51	127.56	127.61	127.66	127.71	127.76	127.81	127.86	127.91	127.96	128.01	128.06	128.11	128.16	128.21	128.26	128.31	128.36	128.41	128.46	128.51	128.56	128.61	128.66	128.71	128.76	128.81	128.86	128.91	128.96	129.01	129.06	129.11	129.16	129.21	129.26	129.31	129.36	129.41	129.46	129.51	129.56	129.61	129.66	129.71	129.76	129.81	129.86	129.91	129.96	130.01	130.06	130.11	130.16	130.21	130.26	130.31	130.36	130.41	130.46	130.51	130.56	130.61	130.66	130.71	130.76	130.81	130.86	130.91	130.96	131.01	131.06	131.11	131.16	131.21	131.26	131.31	131.36	131.41	131.46	131.51	131.56	131.61	131.66	131.71	131.76	131.81	131.86	131.91	131.96	132.01	132.06	132.11	132.16	132.21	132.26	132.31	132.36	132.41	132.46	132.51	132.56	132.61	132.66	132.71	132.76	132.81	132.86	132.91	132.96	133.01	133.06	133.11	133.16	133.21	133.26	133.31	133.36	133.41	133.46	133.51	133.56	133.61	133.66	133.71	133.76	133.81	133.86	133.91	133.96	134.01	134.06	134.11	134.16	134.21	134.26	134.31	134.36	134.41	134.46	134.51	134.56	134.61	134.66	134.71	134.76	134.81	134.86	134.91	134.96	135.01	135.06	135.11	135.16	135.21	135.26	135.31	135.36	135.41	135.46	135.51	135.56	135.61	135.66	135.71	135.76	135.81	135.86	135.91	135.96	136.01	136.06	136.11	136.16	136.21	136.26	136.31	136.36	136.41	136.46	136.51	136.56	136.61	136.66	136.71	136.76	136.81	136.86	136.91	136.96	137.01	137.06	137.11	137.16	137.21	137.26	137.31	137.36	137.41	137.46	137.51	137.56	137.61	137.66	137.71	137.76	137.81	137.86	137.91	137.96	138.01	138.06	138.11	138.16	138.21	138.26	138.31	138.36	138.41	138.46	138.51	138.56	138.61	138.66	138.71	138.76	138.81	138.86	138.91	138.96	139.01	139.06	139.11	139.16	139.21	139.26	139.31	139.36	139.41	139.46	139.51	139.56	139.61	139.66	139.71	139.76	139.81	139.86	139.91	139.96	140.01	140.06	140.11	140.16	140.21	140.26	140.31	140.36	140.41	140.46	140.51	140.56	140.61	140.66	140.71	140.76	140.81	140.86	140.91	140.96	141.01	141.06	141.11	141.16	141.21	141.26	141.31	141.36	141.41	141.46	141.51	141.56	141.61	141.66	141.71	141.76	141.81	141.86	141.91	141.96	142.01	142.06	142.11	142.16	142.21	142.26	142.31	142.36	142.41	142.46	142.51	142.56	142.61	142.66	142.71	142.76	142.81	142.86	142.91	142.96	143.01	143.06	143.11	143.16	143.21	143.26	143.31	143.36	143.41	143.46	143.51	143.56	143.61	143.66	143.71	143.76	143.81	143.86	143.91	143.96	144.01	144.06	144.11	144.16	144.21	144.26	144.31	144.36	144.41	144.46	144.51	144.56	144.61	144.66	144.71	144.76	144.81	144.86	144.91	144.96	145.01	145.06	145.11	145.16	145.21	145.26	145.31	145.36	145.41	145.46	145.51	145.56	145.61	145.66	145.71	145.76	145.81	145.86	145.91	145.96	146.01	146.06	146.11	146.16	146.21	146.26	146.31	146.36	146.41	146.46	146.51	146.56	146.61	146.66	146.71	146.76	146.81	146.86	146.91	146.96	147.01	147.06	147.11	147.16	147.21	147.26	147.31	147.36	147.41	147.46	147.51	147.56	147.61	147.66	147.71	147.76	147.81	147.86	147.91	147.96	148.01	148.06	148.11	148.16	148.21	148.26	148.31	148.36	148.41	148.46	148.51	148.56	148.61	148.66	148.71	148.76	148.81	148.86	148.91	148.96	149.01	149.06	149.11	149.16	149.21	149.26	149.31	149.36	149.41	149.46	149.51	149.56	149.61	149.66	149.71	149.76	149.81	149.86	149.91	149.96	150.01	150.06	150.11	150.16	150.21	150.26	150.31	150.36	150.41	150.46	150.51	150.56	150.61	150.66	150.71	150.76	150.81	150.86	150.91	150.96	151.01	151.06	151.11	151.16	151.21	151.26	151.31	151.36	151.41	151.46	151.51	151.56	151.61	151.66	151.71	151.76	151.81	151.86	151.91	151.96	152.01	152.06	152.11	152.16	152.21	152.26	152.31	152.36	152.41	152.46	152.51	152.56	152.61	152.66	152.71	152.76	152.81	152.86	152.91	152.96	153.01	153.06	153.11	153.16	153.21	153.26	153.31	153.36	153.41	153.46	153.51	153.56	153.61	153.66	153.71	153.76	153.81	153.86	153.91	153.96	154.01	154.06	154.11	154.16	154.21	154.26	154.31	154.36	154.41	154.46	154.51	154.56	154.61	154.66	154.71	154.76	154.81	154.86	154.91	154.96	155.01	155.06	155.11	155.16	155.21	155.26	155.31	155.36	155.41	155.46	155.51	155.56	155.61	155.66	155.71	155.76	155.81	155.86	155.91	155.96	156.01	156.06	156.11	156.16	156.21	156.26	156.31	156.36	156.41	156.46	156.51	156.56	156.61	156.66	156.71	156.76	156.81	156.86	156.91	156.96	157.01	157.06	157.11	157.16	157.21	157.26	157.31	157.36	157.41	157.46	157.51	157.56	157.61	157.66	157.71	157.76	157.81	157.86	157.91	157.96	158.01	158.06	158.11	158.16	158.21	158.26	158.31	158.36	158.41	158.46	158.51	158.56	158.61	158.66	158.71	158.76	158.81	158.86	158.91	158.96	159.01	159.06	159.11	159.16	159.21	159.26	159.31	159.36	159.41	159.46	159.51	159.56	159.61	159.66	159.71	159.76	159.81	159.86	159.91	159.96	160.01	160.06	160.11	160.16	160.21	160.26	160.31	160.36	160.41	160.46	160.51	160.56	160.61	160.66	160.71	160.76	160.81	160.86	160.91	160.96	161.01	161.06	161.11	161.16	161.21	161.26	161.31	161.36	161.41	161.46	161.51	161.56	161.61	161.66	161
--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	--------	-----

Wing A3	147
Wheel 3	620
Wing 7E	180

[illegible]

Paris

[illegible]

245; 2507A; 7-1901
2507G; 70-2101

<p> Warenwerte: 804,00 (707,87); Maschinenbau: 199,65 (194,94); Automobilindustrie: 163,22 (160,93); Banken: 42,52 (42,07); Warenhandel: 142,10 (135,42); Bauwirtschaft: 486,46 (480,19); Chemische Industrie: 142,99 (139,77); Versicherung: 165,52 (162,50); Zahlungsmittel: 103 (101,74). </p>	
<h2>Kursgerinnen:</h2>	
<p> Europa 200,00 +0,00 +1,14% Germany 200,00 +0,00 +1,14% France 200,00 +0,00 +1,14% Italy 200,00 +0,00 +1,14% Spain 200,00 +0,00 +1,14% UK 200,00 +0,00 +1,14% US 200,00 +0,00 +1,14% Japan 200,00 +0,00 +1,14% China 200,00 +0,00 +1,14% India 200,00 +0,00 +1,14% South Africa 200,00 +0,00 +1,14% Latin America 200,00 +0,00 +1,14% Asia 200,00 +0,00 +1,14% Australia 200,00 +0,00 +1,14% New Zealand 200,00 +0,00 +1,14% South Korea 200,00 +0,00 +1,14% Taiwan 200,00 +0,00 +1,14% Hong Kong 200,00 +0,00 +1,14% Singapore 200,00 +0,00 +1,14% Malaysia 200,00 +0,00 +1,14% Indonesia 200,00 +0,00 +1,14% Philippines 200,00 +0,00 +1,14% Thailand 200,00 +0,00 +1,14% Vietnam 200,00 +0,00 +1,14% Myanmar 200,00 +0,00 +1,14% Burma 200,00 +0,00 +1,14% Cambodia 200,00 +0,00 +1,14% Laos 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,14% Senegal 200,00 +0,00 +1,14% Gambia 200,00 +0,00 +1,14% Guinea 200,00 +0,00 +1,14% Sierra Leone 200,00 +0,00 +1,14% Liberia 200,00 +0,00 +1,14% Ivory Coast 200,00 +0,00 +1,14% Ghana 200,00 +0,00 +1,1</p>	

2.	19.6	1
ch	160.5	-
Plat. Fold	21.5	2

Phosphorus	9.16	9.86
Chlorine	6.85	6.17
Carbon	4.5	4.65
Hydrogen	1.0	1.0
Fluorine	4.8	6.70
Calcium	14.4	56.5
Iron	10.0	81.0
Cr. Fe	627	658
Aluminum	10.0	10.7
Silica	17.1	12.7
Sulfur	10.0	10.7
Vanadium	37.5G	37.5G
Chromium	48G	47
Phosphorus	96.1	97.5
Carbon	10.0	10.0
Hydrogen	10.0	10.0
Fluorine	10.0	10.0
Calcium	12.0	12.0
Iron	12.0	12.0
Cr. Fe	12.0	12.0
Aluminum	12.0	12.0
Silica	12.0	12.0
Sulfur	12.0	12.0
Vanadium	12.0	12.0
Chromium	12.0	12.0
Phosphorus	12.0	12.0
Carbon	12.0	12.0
Hydrogen	12.0	12.0
Fluorine	12.0	12.0
Calcium	12.0	12.0
Iron	12.0	12.0
Cr. Fe	12.0	12.0
Aluminum	12.0	12.0
Silica	12.0	12.0
Sulfur	12.0	12.0
Vanadium	12.0	12.0
Chromium	12.0	12.0
Phosphorus	12.0	12.0
Carbon	12.0	12.0
Hydrogen	12.0	12.0
Fluorine	12.0	12.0
Calcium	12.0	12.0
Iron	12.0	12.0
Cr. Fe	12.0	12.0
Aluminum	12.0	12.0
Silica	12.0	12.0
Sulfur	12.0	12.0
Vanadium	12.0	12.0
Chromium	12.0	12.0
Phosphorus	12.0	12.0
Carbon	12.0	12.0
Hydrogen	12.0	12.0
Fluorine	12.0	12.0
Calcium	12.0	12.0
Iron	12.0	12.0
Cr. Fe	12.0	12.0
Aluminum	12.0	12.0
Silica	12.0	12.0
Sulfur	12.0	12.0

	14.1.8	12
	25	22
7	7,625	7,1

[illegible]

Open Japan markets

[illegible][illegible]

Der Russe Ivan Opium

H.S. - Dissident sein ist doch was Tolles. Das scheinen einige Produzenten und Musiker der Pop-Branche zu meinen. Sie erfinden „Lebensläufe“ über manche Künstler, daß die Schwärze kracht. Zum Beispiel „Ivan Opium“. Sein Vater sei nach Taschkent strafversetzt worden, er selbst habe als sowjetisches Wunderkind die Musik zu den bekannten Filmen „Wäre ich doch ein Russe“, „Bin ich ein Russe“ und „Ich bin ein Russe“ geschrieben, fabulieren die Texter der JARO-Plattenfirma für die LP „Made in Hongkong“.

Dortselbst, im kapitalistischen Souppfuhl, habe Ivan Opium sein Vaterland wegen seiner jetzigen Frau verraten. Und jetzt werde er durch „einige empörte Bayern“ verfolgt, die sich darüber entsetzen, daß Exilrussen bereits im deutschen TV auftreten würden.

Auf einer anderen Welt reiten die sechs Burschen von „Three Mustaphas three“. Mit stillbrechendem türkischen Fes auf dem Kopf und treuerherzigem Lächeln verkünden sie, sie seien gläubige Kommunisten aus dem erstalinistischen Al-

banien - und brachten gleichzeitig den ersten Underground-Ethno-Rock-Jazz aus dem sonst völlig verschlossenen Land der Skipteren auf westliche Bühnen.

Holla, holla, ruft da der Sprachkundige - was singen die Burschen da bloß immer auf serbisch, kommen die womöglich doch aus Jugoslawien und suchen hier eine Dummengemeinde? Erfolg hätten sie damit ja: Das Programm des renommierten New Jazz Festival in Moers druckte letztes Jahr die Legende ebenso ab wie das Buch „Rock-Session“ des Rowohl-Verlages. Bei der „Opium“-Produktion liegt der Zweifel an der Echtheit der Exilanten-Story auf dem Cover. Die auf der Plattenhülle abgedruckten kyrillischen Buchstaben ergeben keineswegs einen Wortsinn.

Die Musik der „Oberexoten aus dem Kommunismus“ ist übrigens hörens- und originell. Warum, so fragt sich der Beobachter, muß so dick aufgetragen werden? Ein Exilanten-Leben ist kein Zuckerlecken. Es sollte nicht zur werbetreibenden Verwirrung verkommen. Sonst darf man sich nicht wundern, wenn beispielsweise Marius Müller-Westernhagen den musikalischen Trugschluß zieht, den Übergesiedelten aus der „DDR“ gehe es ja so gut...

„Medea“ und „Stella“ unter A. Lang in Ost-Berlin

Triumph mit Schrecken

Alexander Lang, Schauspieler und hervorragender Regisseur im Ensemble des „Deutschen Theaters“ in Ost-Berlin, hat Weitefreuden im Sinne. Er koppelt aus der Welt der Dramatik jeweils solche Hervorbringungen, die sich mit dem Kampf der Geschlechter durch die Jahrhunderte befassen. Im Doppelprogramm ließ er schon Christian Dietrich Grabbe „Herzog Theodor von Gothland“ an einem Abend mit Goethes „Iphigenie“ spielen.

Diesmal zeigt er, vor der Pause, des Euripides „Medea“, nach der Pause Goethes „Stella“. Geplant ist als Abschluß der ephemerischen Thematik mit einem dritten Teil der Inszenierungstrilogie von der langwierigen Unterdrückung der Frau in der Menschengeschichte, von ihrem Aufstieg, ihren Siegen und Niederlagen in den jeweils sehr unterschiedlichen, gesellschaftlichen Verhältnissen: Strindbergs „Totenhaus“. Im ganzen ist das sicher eine der weitgreifendsten und ehrgeizigsten Unternehmungen an einer deutschsprachigen Bühne.

Lang bearbeitet seine jeweiligen Belegstücke selber. Ob die Kopplung schneller unzusammenhängender Dramatik, ob ihre Zwangsläufigkeit einleuchtend wirkt, ist zu bezweifeln. Aber der Wurf, der Aufwand, der große Griff über die Jahrhunderte hinweg ist er sicher.

Man hält am zweiten Abend der Beweislegung von der gesellschaftlichen Entwicklung und Unterdrückung der Frau. Lang läßt, jetzt vor der Pause, die mehr als 2000 Jahre alte „Medea“ auf kleiner, sozusagen ständig überhitzter Flamme in zwei Spielstunden abkochen.

Medea, in Notwehr gegen ihren abtrünnigen Gatten Jason, mordet die eigenen Kinder. Eine verlassene Frau triumphiert mit letzter Schrecklichkeit auf. Sie setzt sich mit schier grausamer Radikalität zur Wehr.

Das alte, große Schauerdrama einer zutiefst beleidigten Frauennatur findet statt in einer neonbelichteten Höhle. Das schier expressionistisch verkürzte Bühnenbild stammt von Volker Pihler. Medea, gespielt mit wunderbaren variablen Tönen des Leidens und der Rache, wird von Katja Paryla, ständig im Hochstolz, erschreckend und oft in gewagter Stillierung dargestellt.

Sie zagt wimmernd. Sie treibt äußerste Ausdruckskraft. Sie stöhnt, während sie Klassisches spricht, rhythmisch. Sie zeigt ihren Kraftakt mütterlicher Selbsterstörung grandios vor. Ihretwegen allein lohnt es, den langen Doppelabend zu erleben.

Die Kohorte der Männer (Dieter Montag, Christian Grahoff, Alexander Lang selber und Maximilian Löser) variieren die männlichen Positionen ebenfalls in jeweils bedeutender Stille. Oft sprechen sie wie verbal Rasende. Dann skandieren sie den großen Text, oder sie parodieren frech unsere Vorstellungen von der antiken Tragödie. Dieser Teil des Doppelprogramms ist, wenn auch stilistisch vorsätzlich absonderlich, sicher gelungen.

Goethes „Stella“ (die Fassung von 1775, in der Fernando sich mit seinen beiden Frauen zur offenen, seligen Bigamie entschließt) - Goethe wird in Alexander Langs extremer Regie fast zu einer absurden Posse. Das wehmütige Stück einer schmerzlichen aufklärten Dreierbeziehung gerät immer wieder (und offenbar beabsichtigt) in einen Sturm des Publikumsgelächters. Im Possenschnitt haben die unter schmerzlicher Herzensqual gebrüllten ihren Auftritt.

Fernando muß, fast unerträglich, den Macho herauskehren. Roman Kaminaki stellt wie ein eifriger Hahn unter seinen Weibern. Er stößt im Tanzschritt seinen Text hervor. Er wälzt sich am Boden. Er treibt zum Ende, sich zwischen den beiden Weibern seines leeren Herzens gleichzeitig entscheidend, reine Bodengymnastik. Goethes Doppelende wird nur noch gehöhnt und verulkt. Das Parkett jubelt vor Vergnügen. Ob dem Dichter damit Gerechtigkeit geschieht - das bleibt durchaus zu fragen.

Auch die Frauen selber haben alle ihren komischen Tick. Sie rasen durch ihren Text. Sie ergeben sich gymnastischen Exerzitien. Margit Reindol und Gudrun Ritter sollen offenbar in ihrem Zweikampf um den gleichen Mann zusehends nur als Marionetten ihrer hochgestellten Gefühle demunziert werden.

Sie entledigen sich dieser Aufgabe (wenn sie ihnen wirklich so gestellt wird) wie die perfekten Puppen alter, längst vermoderter Gefühle. Sie tun es artistisch perfekt. Aber wozu und zu welchem Ende - das muß sich der Zuschauer denn doch kopfschüttelnd fragen.

Alexander Lang ist einer der stilischsten Inszenatoren des heutigen Theaters. Ob er nicht doch auf einem Holzwege sei mit seiner groß entworfenen Frauen-Trilogie der Leidenschaft, bleibt zweifelhaft. Trotzdem: stimmungsvoller Beifall im alten, wunderschön restaurierten Reinhardt-Theater. FRIEDRICH LUFT

Nächste Aufführung: 18. Jan., Kartendirektion 030/27110.

Neue Platte: Wolfgang Schlütters „Swing Revival“

Session für König Artus

Swing der 30er-40er Jahre“ nennt der Hamburger Vibraphonist Wolfgang Schlütter sein und seiner Combo neues Album „Swing Revival“ mit zehn Titeln (Koala P 11/RS 941 331). Es wurde eine durchgehend hervorragende Session - mit Einschränkungen. Obwohl man nicht so recht weiß, was denn da eigentlich störend anders ist als jene Swing-Musik, die einst über den großen Teich zu uns kam.

Der Evergreen „Avalon“ zum Beispiel, Hommage auf Sagenkönig Artus, macht es deutlich. Nach einer Vibraphon-Einleitung à la Lionel Hampton wird es mit dem Thema klänglich auf einmal typisch „deutsch“. Klingt da etwa ein Akkordeon mit? Nein, aber Tonart und Arrangement bringen, wie auch in anderen Titeln, einen Sound hervor, der besonders im dichten Zusammenspiel tanzmusikalisch wirkt. Wer die Gruppe live gehört hat, weiß, daß sie wohl anders, jazzmäßiger spielen kann.

Wer allerdings ohnehin mehr an

Improvisation seine Freude hat, wenn arrangierte Passagen nur lästiges Beiwerk sind, kann leicht darüber hinwegsehen und sein ungetrübtes Vergnügen an der Platte haben.

Stefan von Dobrzenski (Klarinette), Horst Mühlbradt (Piano) und besonders Schlütter sind wahre Meister der jazzigen Improvisation, der melodios-swingenden Stegreifkomposition. So ist „Misty“, das herrliche Solo-Stück Schlütters, schon allein den Preis der Platte wert.

Wer den Vergleich zwischen Schlütters vergnüglicher Musik und dem amerikanischen Vorbild trotzdem nachvollziehen möchte, sollte „Together Again“ (RCA/NL 39 304 TIS) mit dem Goodman Quartett (gleiche Besetzung ohne Baß) daneben anhören, möglichst abwechselnd. Auch der „King of Swing“ konnte 1964 seine Musik mit den alten Weggefährten nicht mehr so unbefangenen leichtfüßig vortragen, wie einst zur Zeit des berühmten Carnegie-Hall-Konzerts im Jahre 1938.

GERHARD KLUSMEIER

Florenz feiert den 600. Geburtstag des Bildhauers Donatello mit umfangreichen Ausstellungen

Ein Faustkämpfer an der Paradiespforte

Als im vergangenen Jahr Florenz zur „Europäischen Hauptstadt der Kultur“ ausgerufen wurde, meinten manche Florentiner, das hätte man sich sparen können: Florenz sei schon immer eine Hauptstadt der Kultur gewesen. Recht hatten sie. Ein aktuelles Ereignis beweist es: 1986 ist das Jahr des Donatello. „Omaggio a Donatello - 1386-1986“ (Huldigung für Donatello) heißt es etwas tönend. Aber wenn es um die Ehrung eines großen Landmannes geht, waren die Florentiner noch nie kleinlich. Und bei Donatello hat jede Hymne ihre Berechtigung.

Donatello war kein Übergang, kein Vorläufer, er war sofort das absolute Genie, die Vollendung, in jedem seiner Werke, so verschieden sie auch in Material und Konzeption sind. Er hat keinen Stil, weil er alle Stile beherrschte und in jedem Werk einen neuen schuf. Im Nationalmuseum Bargello, einem der größten und bedeutendsten Italiens und seit seiner Gründung 1861 in einem Patrizierpalast aus dem 13. Jh. untergebracht, der später Sitz des Gerichts, des Polizeichefs und des Gefängnisses war, wird im riesigen „Salone di Donatello“ der vorhandene Bestand an Werken des Meisters gezeigt. Er wurde neu geordnet und erschließt mit didaktischer, audiovisiver Unterstützung das künstlerische Schaffen und das Schicksal seiner Werke.

In einer Zeit, in der viele Stadtverwaltungen und Museen miteinander wetteifern, um aufwendige, oft nur lokalpatriotische Sonderschauen mit brillantem Feuerwerk an Promotion und Vermarktung zu veranstalten und vorhandene Bestände oft nicht genügend gewürdigt oder gar vernachlässigt werden (diese Kritik kam kürzlich aus der Generaldirektion der italienischen Museen in Rom), hat sich Florenz in traditionell toskanischer Nüchternheit eine Kombination privater, regionaler und städtischer Initiativen einfallen lassen. Das meiste Geld kam, wie es sich gehört, von einer örtlichen Bank. Der Direktor wurde auch nicht müde, zu versichern, daß sein Institut in allwährender Mäzenatenmanner der Medici-Fürsten agiere, die ja auch als Bankiers begonnen hätten.

Man konzentriert sich darauf, das Vorhandene besser präsent und einsehbar zu machen. Das gute Dutzend an museumseigenen Donatello-Werken wird einprägsam zur Schau gestellt. Das didaktische Material, einschließlich eines Dokumentarfilms, erläutert die Etappen und Orte, an denen der Künstler tätig war (außer Florenz in Padua, Siena, Rom, Venedig).

Eine Florentiner Werkstatt restaurierte die Büste des Niccolò di Uzzano. Der heilige Georg erhielt endlich seine originale Predella zurück, auf der der Kampf gegen den Drachen abgebildet ist. Gleich zur Eröffnung des Festjahres wartete der englische Donatello- und Renaissance-Experte John Pope-Hennessy in einem Vortrag mit einer kleinen Sensation auf.

Er schrieb die Kleinbronze „Der Faustkämpfer“ endgültig Donatello zu. Eid weiterer Vortrag im Mai von Professor Luciano Bellosi von der Universität Siena wird sich mit der künstlerischen Aktivität des jungen Donatello befassen.

Weitere bedeutende Skulpturen Donatellos im Bargello sind die beiden David-Figuren, die erste aus Marmor, die zweite aus Bronze (die erste nackte Figur der Renaissance). Der Künstler, in Florenz geboren und 1468 dort auch gestorben, hieß eigentlich Donato di Niccolò di Betto Bardi. Er war ein Schüler des Bildhauers, Goldschmieds und Architekten Lorenzo Ghiberti, der die „Pforten des Paradieses“ an der Taufkapelle des Doms in Florenz schuf, an deren Gestaltung Donatello übrigens bei den Feinarbeiten mitwirkte.

Bald errang der Schüler selbst großen Ruhm als Meister mit Werken wie dem ersten David, dem heiligen Georg, der Reiterstatue des Söldnerführers Gattamelata vor dem Dom in Padua, den Reliefs von den Wundern des Antonius von Padua und einem Kreuzifix, beide in der Basilika.

Donatello arbeitete in Stein, Marmor, Holz und Bronze. Er war der erste, der Kleinbronzen für Liebhaber schuf. Eine Reise nach Rom hatte ihn nachhaltig klassisch beeinflusst. Er war der letzte Domhüttensteinmetz. Und doch wandte er sich später wieder der Gotik zu, die er schon überwunden hatte. Aber seine letzten Werke waren von überschweblicher Ausdruckskraft, wie die Bronzekanzeln in S. Lorenzo zu Florenz.

Leicht lassen sich die Werke bei Rundgängen und -fahrten besichtigen, die sich verstreut in der Stadt finden, im Dom, im Dom-Museum, in San Lorenzo, oder auch anderswo in der Toskana, beispielsweise in Siena und Prato.

Parallel zur Ausstellung im Bargello wurde die große Gipskopienammlung im Staatlichen Kunstinstitut von Florenz neu geordnet und wieder eröffnet. In dieser Sammlung existieren 2119 Gipskopien von den wichtigsten Skulpturen der Renaissance. Auch das Werk Donatellos ist fast vollständig vertreten. Viele dieser Kopien stammen aus dem vorigen Jahrhundert, als man 1867 (das Geburtsjahr des Künstlers war immer umstritten) ebenfalls ein Donatello-Jahr feierte - die Halbjahrtausendfeier. Damals ließ man auch Kopien von Werken kommen, die in anderen Museen zu sehen sind.

In dieser „Gipsothek“, wie sie auch genannt wird, kann man fast die gesamte Plastik der Renaissance gesammelt auf sich wirken lassen - auch hier wird informiert mit didaktischen Erläuterungen. Außerdem wird die Technik der Herstellung von Gipsabdrücken an praktischen Beispielen vorgeführt. (Bis 31. Mai; Kataloge: Bargello 25 000 Lire, im Buchhandel, S.P.E.S., 30 000 Lire; Gipsothek: 20 000 Lire, im Buchhandel 25 000 Lire)

JÜRGEN VORDEMANN



Die erste nackte Figur der Renaissance: Der bronzene David des Donatello, eine der bedeutendsten Skulpturen des Bildhauers, aus der Florentiner Ausstellung. FOTO: JÜRGEN VORDEMANN

Seltene Handschriften im Kölner Theatrumuseum

Lokaltermin im Schloß

Nun bin ich ausgenutzt, habe Geld und Gesundheit zugesetzt, um auf solche eine gemeine Weise fortgeschickt zu werden. Ich bin in der größten Verzweiflung und weiß gar nicht, was ich anfangen, wie ich von hier fortkommen werde. Habe doch auf Benefiz und Gegen gerechnet und nun Schulden. O wäre ich doch niemals hierher gekommen und in Preßburg geblieben. Was soll ich jetzt tun? klagt die Operettensängerin Therese Mitter ihrem Agenten 1881 in einem Brief, der seit kurzer Zeit leicht zu finden ist, denn die umfangreiche Autographensammlung des Theatrumuseums Kölns ist jetzt katalogisiert worden.

Im Rahmen der Erschließung autographischer Bestände in Bibliotheken und Archiven fördert die Deutsche Forschungsgemeinschaft dieses Projekt für vier Jahre. 15 000 Titel - erfaßt von drei Mitarbeiterinnen - liegen nun alphabetisch geordnet in idyllischer Umgebung im Theatrumuseum des Instituts für Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft der Universität Köln bereit.

Es ist in dem aus dem 18. Jahrhundert stammenden „Schloß Wahn“ untergebracht. Kompliziert wird der Name ist auch sein Status: Als unselbständige Abteilung des Universitätsinstituts dient es der Lehre und gleicht eher einer akademischen Studiensammlung als einem konventionellen Museum.

Auch ist es - aufgrund fehlender finanzieller Unterstützung - nicht die breite Öffentlichkeit, die hier Eintritt findet, sondern man muß sich auf Wissenschaftler beschränken. Für die Forscher erweist sich die Autographensammlung allerdings als eine Fundgrube.

Hier findet man Einzelbriefe, die bis in das 18. Jahrhundert zurückreichen, vielfältige Bestände aus dem 19. Jahrhundert und eine lückenlose Dokumentation seit der Jahrhundertwende. Rollenbücher, Regieaufzeichnungen, Verträge und Briefe aus gut zwei Jahrhunderten erhellen die Theatergeschichte, lassen kulturhistorische Bezüge hervortreten.

Denn nicht nur wer Rang und Namen hatte, ist hier gesammelt, auch die Unbekannten der Theaterwelt, festgefahrene auf kleinen Provinzbühnen - wie jene Therese Mitter - kommen mit ihren Sorgen und Nöten zu Wort, lassen Facetten dieser vergänglich und schwer faßbaren Kunst gegenwärtig werden.

Nur noch der Rangordnung des Alphabets unterworfen sind hier die zahlreichen Namenlosen in der Nähe Kaiser Wilhelms I., der am 15. März 1876 an Botho von Hülsen, Generalintendant der Königlich Preussischen Schauspieler in Berlin, zur Erstaufführung von „Tristan und Isolde“ schrieb: „Ich muß Sie sehr entschuldigen, die erste Aufführung von Wagners Oper nicht Dienstag, sondern Donnerstag anzusetzen. Denn am Vorabend des 22ten fünf Stunden in der Oper zu sitzen und anderen Tags die Fatiguen desselben aufzunehmen, ist mir nicht möglich am 80ten Geburtstag!“

Einige Schränke weiter verhandelt Willy Birgel mit Heinz Dietrich Kenter um freie Termine, diskutiert Will Quadflieg die Übersetzungen der „Antigone“ oder bittet Karl Valentin den Luftschiffbauer Hugo Eckener, ihm sein „schönes neues Luftschiff LZ 130“ nur auf einige Tage auszuliehen - zu Reklamezwecken. Abholen wollte er es mit einigen Freunden. Der Gebetene zeigt sich einverstanden und rät humorvoll: „Sie werden es am besten in einer Pappschachtel transportieren, die Sie sich selbst besorgen müssen. Die Maße dieser Schachtel müssen sein etwa 250:50:50 m (nicht cm).“

Dennoch: Die Dokumentationskraft dieser zahlreichen Autographen will man im Theatrumuseum nicht überbewerten. Sie sind schließlich nur ein Teilstück der noch unbearbeiteten Sammlungen, die u. a. Bühnenmodelle, Masken, Kritiken, Graphiken und vieles mehr umfassen. Die Katalogisierung der Handschriften ist immerhin ein Eckstein in dem noch zu errichtenden Gebäude der Deutschen Theatergeschichte.

HANNE-LORE HEILMANN

Darmstadt: Monteverdis „Krönung der Poppea“

Römische Herrlichkeit

Der Tanz auf dem Vulkan des Neron-Imperiums, den der 74-jährige Claudio Monteverdi komponierte, jedes ebenso eigentümliche wie einzigartige Werk. In dem ungezügelter Leidenschaft, Ehrgeiz, Intrige und Verbrechen die immer wiederkehrenden Variationen des selben Themas - der Macht des Eros - sind, wird immer ein Buch mit sieben Siegeln bleiben. Auch für die „Krönung der Poppea“ hat Monteverdi keine ausgeschriebene Partitur hinterlassen.

Vor 16 Jahren bereits hatte Nicolaus Harnoncourt für Darmstadt eine Einrichtungs der „Poppea“ vorgelegt, bei der er das moderne Instrumentarium im Geiste der Entstehungszeit des Werkes einsetzt und den Gesangspartien musikalisch schlagende Begleitstimmen zuordnet. Die seinerzeit noch für die Beibehaltung in der Orangerie hergestellte Fassung hat jetzt Erich Wächter, der Dirigent der Neuinszenierung, vervollständigt. Die erweiterte Version schwebt in neutralem Glanz und ist wohl auch ein wenig - ganz gewiß nicht im Sinne von Harnoncourt - zum Bildungsgut domestiziert.

Dem Stile concitato, der Bewegtheit und Leidenschaftlichkeit bei deklamatorischer Präzision verlangt, zeigen sich Erich Wächter und die Darmstädter Musiker in Bezug auf Qualität und Homogenität durchaus gewachsen. Doch gegen Ende geriet manche Szene zu beschaulich (Senecas Abschied von seinen Schülern).

HEINZ LUDWIG

KULTURNOTIZEN

Madeleine Renand und Jean-Louis Barrault wurden gemeinsam zu Vorsitzenden der 11. Verleihung der französischen César-Filmpreise ernannt, die am 22. Februar in Paris stattfinden.

Der schwedischsprachige Finne Jörn Donner hat für seinen jüngsten Roman „Far och son“ (Vater und Sohn), den höchsten finnischen Literaturpreis, den mit 100 000 Finnmark dotierten „Finlandiapriest“, erhalten.

Rund 6000 ausländische Studenten und damit eine Verdoppelung der gegenwärtigen Zahl erwartet China bis 1990.

„Delamare und Deutschland“, die Ausstellung in Münchens Staatsgalerie moderner Kunst (s. WELT v. 19. 10.), wird noch bis 19. Januar zu sehen sein.

Eine Lubitsch-Retrospektive mit siebzehn Filmen zeigt das Pariser Goethe-Institut bis zum 4. Februar.

JOURNAL

Neuer „Zahlenspiegel“ über Deutschland

ly, Berlin
Der für die deutschlandpolitische Bildungsarbeit in und außerhalb von Schulen bestimmte „Zahlenspiegel Bundesrepublik Deutschland/Deutsche Demokratische Republik - Ein Vergleich“ des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen liegt jetzt in einer neu gestalteten und um 20 auf 130 Seiten erweiterten Ausgabe vor. Seit 1970 wurden fast vier Millionen Exemplare des „Zahlenspiegels“ gedruckt. Neu hinzugekommen ist der Abschnitt „Streitkräfte und militärische Bündnisse“, erweitert wurden die Abschnitte „Wirtschaft und Finanzen“ sowie „Innerdeutsche Beziehungen“.

Inventionen zum Thema Musik und Sprache

DW, Berlin
Die Akademie der Künste, das Berliner Künstlerprogramm des DAAD und die Technische Universität Berlin widmen sich in ihrem zweiten gemeinsamen Festival „Inventionen / Sprachen der Künste“ vom 26. Februar bis zum 9. März dem Thema „Musik und Sprache“. Zum Thema aufgeführt werden sollen Werke von Nono, Kagel, Berio, Cage, Stockhausen und Humel. Auch soll Boris Blachers elektronische Komposition „Ariadne“ in einer neuen Realisation vorgestellt werden.

Buchkultur im Gutenberg-Museum

P. Jo. Mainz
Es ist ein Zwittler, aber ein sympathischer. Der Band „Buchkultur in Mainz“ versteht sich einerseits als eine - vorzüglich illustrierte - Geschichte der Schrift, des Druckes und der Buchkunst bis an die Schwelle des 20. Jahrhunderts. Andererseits ist es ein anregender Führer durch das Gutenberg-Museum, auf dessen Bestände, die permanent zu sehen sind, er sich stützt. So spannt sich der Bogen von mesopotamischen Rollsiegel (2. Jahrtausend v. Chr.) und anderen orientalischen Schriftzeugnissen über die Inkunabeln bis zu Gelegenheitsdrucken wie Exlibris, Einladungskarten oder Zigarettenbildern (Verlag von Zabern, Mainz, 208 S. mit zahlr. Abb., 39,90 Mark).

Eine Gesellschaft für Allan Pettersson

DW, Berlin
Einer der großen Unbekannten der klassischen Musik-Moderne, der schwedische Komponist Allan Pettersson (1911-1980), soll nun postum promoviert werden. Das jedenfalls ist das Ziel einer „Allan-Pettersson-Gesellschaft“, die sich in Berlin mit Mitgliedern aus der Bundesrepublik, Schweden, Spanien und der Schweiz konstituiert hat. Pettersson ist vor allem als Sinfoniker hervorgetreten.

Frankreich plant ein Colette-Museum

dpa, Paris
Ein Museum für die französische Schriftstellerin Colette (1873-1954) soll in ihrem Geburtsort, im Schloß von Saint-Sauveur-en-Puisaye entstehen. Die Erinnerungsstätte in dem rund 10 Kilometer südlich von Paris gelegenen Ort wird 1988 eröffnet werden. Dem Museum hat die Tochter der Colette Möbel und das Inventar aus ihrer Wohnung im Palais Royal in Paris gestiftet.

„Memento 7-fach“ bei den „DDR“-Musiktagen

dpa, Berlin
Insgesamt 17 zeitgenössische Werke werden bei den diesjährigen „DDR“-Musiktagen vom 21. bis 26. Februar in Ost-Berlin uraufgeführt. Dazu gehört die Faust-Suite von Hanns Eisler. Als ein Novum der seit 1974 alljährlich stattfindenden Veranstaltung, die der Popularisierung des zeitgenössischen „DDR“-Musikschaffens dient, wird die Uraufführung eines unter dem Titel „Memento 7-fach“ stehenden Gemeinschaftswerks junger Komponisten aus der „DDR“ und der Sowjetunion angekündigt.

Bob Kaufman tot

AFF, San Francisco
Der Dichter und Schriftsteller Bob Kaufman, „der schwarze amerikanische Rimbaud“, ist im Alter von 60 Jahren gestorben. Kaufman, der auch als „The Original Bo-Pop Man“ bekannt war, soll dem kalifornischen Kommunisten Herb Caen als Modell gedient haben, als dieser Ende der 50er Jahre den Begriff „Beatnik“ schuf. Der Freund des Dichters Allen Ginsberg und des Schriftstellers Jack Kerouac, des bekanntesten Vertreters der „beat generation“, kam als Sohn einer schwarzen Mutter und eines weißen Vaters in New Orleans zur Welt. Er arbeitete lange Jahre in der Handelsmarine, bevor er nach San Francisco ging, wo er seit den 50er Jahren mehrere Bücher veröffentlichte, darunter „Solitudes Crowded with Loneliness“ (1965) und „The Ancient Rain“ (1981).



Mit dem neu eröffneten World-Trade-Center will Taiwan seine Rolle als führende Handelsmacht in Fernost unterstreichen, eine touristische Attraktion ist die Taroko-Schlucht mit ihrem Wasserfall

FOTOS: HHH

„Wir haben gemeinsame Ideale und sollten unsere Kontakte verbessern“

Yu Kuo-Hwa, der Premierminister der Republik China ist ein beinahe volkstümlicher Mann mit einem ausgeprägten Sinn für das politische und wirtschaftliche Miteinander. Er gilt als „Baumwurzler“ des taiwanesischen Wirtschaftswunders. Mit Yu Kuo-Hwa sprach H.-H. Holzner.

WELT: Die chinesischen Kommunisten behaupten, daß die Republik China nach ihrer Wiedervereinigung mit der Volksrepublik China ein ähnlicher autonomer Status zugesichert werde wie Hongkong. Betrachten Sie dies als Basis für Verhandlungen zwischen beiden Ländern? Haben Sie irgendwelche Gegenvorschläge gemacht oder dieses Angebot von Anfang an zurückgewiesen?

Yu Kuo-Hwa: Die Lage in China seit 1949 war der Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg sehr ähnlich. Es gibt heute auf chinesischem Boden zwei verschiedene politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme sowie zwei unterschiedliche Lebensstile. Und die Entwicklung in den vergangenen dreißig oder vierzig Jahren ist deutlich zugunsten unseres freiheitlich demokratischen Systems ausgefallen.

Genau wie der starke Kontrast zwischen West- und Ostdeutschland, Süd- und Nordkorea zeigt, hat die Republik China sehr viel mehr geleistet als das kommunistische China. Die Regierung und das Volk der Republik China haben sich immer für die Wiedervereinigung Chinas ausgesprochen. Aber eine Wiedervereinigung muß sich in Übereinstimmung mit den Wünschen des chinesischen Volkes vollziehen, das heißt unter einem freien und demokratischen System, das allgemeinen Wohlstand gewährleistet.

Die Politik des kommunistischen China gegenüber Hongkong ist, Nutzen aus seinem Freihafen-Status zu ziehen, an Devisen heranzukommen und diesen freien Stadtstaat allmählich dem totalitären kommunistischen System zu unterwerfen. Dies ist für uns unannehmbar. Wir glauben, daß die Voraussetzung für die Wiedervereinigung Chinas die Schaffung eines freien demokratischen Systems „vom Volk, durch das Volk und für das Volk“ sein muß.

WELT: Die Regierungen mancher westlicher Länder erklären, daß sie ihre Beziehungen zum kommunistischen China deswegen festigen, weil sich im dortigen System innere Wandlungen vollziehen. Glauben Sie, daß die Politik der Öffnung

gegenüber dem Westen ein Indiz für seinen inneren Wandel ist?

Yu Kuo-Hwa: Ich glaube, daß die Menschen in Ihrem Land die Bedeutung dieser Öffnung verstehen können. Ostdeutschland und andere osteuropäische Länder haben sich gelegentlich auch nach Westen geöffnet oder die Öffnung sogar noch begrenzt ausgedehnt. Allerdings wurde diese Maßnahme nie von einem inneren Wandel ihres Systems begleitet. Da bildet auch das kommunistische China keine Ausnahme. In der Tat zielt die Politik des kommunistischen China auf eine „Integration des Patriotismus und Internationalismus“ ab.

Eher wird ein Überleben durch Modernisierung und eine Stärkung des Systems durch ausländische Hilfe versucht. Dadurch will das kommunistische China eine Stellung als weltumspannende kommunistische Macht erreichen. Daher ist Deng Xiaopings Politik der offenen Tür nur eine rein befristete Erscheinung. Er hofft, hierdurch wirtschaftlichen Nutzen aus dem westlichen Kapitalismus zu ziehen, um die einheimische Wirtschaft zu verbessern.

Auf keinen Fall aber ist es seine Absicht, das politische System des kommunistischen China wirklich zu verändern. Dieses System ist nämlich innerlich keinem wesentlichen Wandel unterworfen worden. Es ist eine Tatsache, daß Pekings „vier Hauptprinzipien“ dies nur allzu deutlich bezeugen.

WELT: Im wirtschaftlichen Bereich hat die Republik China mehr vorzuweisen als Festland-China. Das demonstriert die außergewöhnliche Leistungsfähigkeit ihrer wirtschaftlichen Programme. Dennoch neigen viele Länder dazu, Geschäfte mit dem kommunistischen China zu machen...

Yu Kuo-Hwa: Im Zuge seiner Modernisierung verfolgt das kommunistische China seit Ende der siebziger Jahre eine begrenzte Politik der offenen Tür im wirtschaftlichen Bereich. Das hat zu Illusionen seitens einiger Länder in Bezug auf den Markt im kommunistischen China geführt. Aber wenn man einmal die Entwicklung hier während der vergangenen Jahre und das Bestehen des chinesisch-kommunistischen Regimes auf den „vier Hauptprinzipien“ seiner Ideologie in Betracht zieht, so zeigt sich, daß das kommunistische China auch weiterhin seine außenwirtschaftlichen Kontakte und Handelsbeziehungen in Grenzen halten wird.

Diese in einem kommunistischen Gesellschaftssystem unvermeidlichen Begrenzungen schließen folgen-

de Fakten ein: eine allgemeine soziale Rückständigkeit, ein unzulängliches Rechtssystem, unzureichende Grundinfrastruktur, eine tief verwurzelte Bürokratie, eine mangelnde Fortentwicklung verwandter Industrien sowie nicht vorhandene Erfahrungen im Management, schlechte Arbeitskräfte und Widersprüche zwischen Wirtschaftspolitik und politischem System sowie vieles mehr.

All dies macht es dem kommunistischen China unmöglich, ausländische Investitionen ins Land zu lok-

Land ist unser größter Handelspartner unter allen europäischen Ländern. Außerdem gibt es einen ständig wachsenden Austausch auf dem kulturellen, wissenschaftlichen, technologischen, sportlichen und touristischen Sektor zwischen beiden Ländern.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Republik China haben etwas gemeinsam, nämlich die Hoffnung auf Wiedervereinigung und den damit verbundenen Wunsch für das Volk, ein freies Leben in einem demokratischen System zu führen. Was allerdings Bonns Haltung gegenüber der Republik China anbelangt, so scheint die Bundesrepublik eine gewisse Befangenheit und Furcht zu haben. Wenn unsere beiden Länder in der Lage sind, unbegründete Hemmnisse abzubauen, so können die Beziehungen wesentlich verbessert werden.

WELT: Diese reservierte Haltung wird mit Rücksicht auf Peking eingenommen. Ist das Ihrer Meinung nach notwendig?

Yu Kuo-Hwa: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein unabhängiges, souveränes Land und eine Macht von Weltbedeutung. Die Regierung und das Volk Ihres Landes haben stets die Tradition einer unabhängigen Außenpolitik gewahrt. Wir glauben, daß die Republik China und die Bundesrepublik Deutschland, zwei vom Kommunismus bedröhten Länder, gemeinsame Ideale und Interessen haben. Die Verbesserung unserer Beziehungen wäre daher von gemeinsamen Nutzen und sollte nicht von einer dritten Partei untergraben werden.

WELT: Meinen Sie, daß die Regierung der Bundesrepublik eine opportunistische Haltung gegenüber Peking vertritt?

Yu Kuo-Hwa: Es wird immer Menschen geben, die sich Illusionen hingeben oder unrealistische Einschätzungen in ihrer Haltung gegenüber den chinesischen Kommunisten oder in der Art ihrer Beziehungen zu diesen an den Tag legen.

Wir laden die Menschen in Ihrem Land ein, die Länder zu beiden Seiten der Formosa-Straße zu besuchen, damit sie sich selbst von der Verschiedenartigkeit der Politik, der Systeme, der wirtschaftlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Voraussetzungen sowie der Lebensbedingungen überzeugen können. Das wird ihnen dazu verhelfen, das China-Problem besser zu verstehen.

WELT: Die Beziehungen zwischen Ihrem Land und den Vereinigten

● Fortsetzung Seite 11



Premier Yu Kuo-Hwa

FOTO: DIE WELT

ken, seinen Außenhandel zu entwickeln sowie das Kapital und die Technologien westlicher Länder durch eine begrenzte Politik der offenen Tür zu erlangen.

Kürzlich erst hat das kommunistische China sich bei der Durchführung einer Wirtschaftsreform mit den Problemen der Inflation, ungleicher Einkommensverteilung, korrupter Wirtschaftspraktiken sowie besorgniserregender Arbeitslosigkeit - Dingen also, die soziale Unruhen und Hemmnisse bei der wirtschaftlichen Entwicklung im Gefolge haben - beschäftigt. Der Westen verhält sich bestimmt unklug, wenn er etwas anderes vom Markt des kommunistischen China erwartet.

WELT: Die Regierungen sowohl der Bundesrepublik Deutschland als auch Taiwans verfolgen eine antikommunistische Politik. Jedoch lassen die Beziehungen zwischen beiden Ländern viel zu wünschen übrig. Wo liegt das Problem?

Yu Kuo-Hwa: Obgleich es zur Zeit keine diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern - der Bundesrepublik Deutschland und der Republik China - gibt, werden freundliche Wirtschaftsbeziehungen und Handelskontakte gepflegt. Ihr



Landreform legte Grundlage für die Industrialisierung

In jedem Jahr führt die britische Wirtschaftszeitung „Euromoney“ eine Untersuchung durch, wer auf welchem Platz einer wirtschaftlichen Hitliste steht. Werte wie industrielle Wachstumsraten, Inflation, Stabilität, Exportwachstum und Handelsbilanz bilden die Grundlage. Auf Platz zwei im Jahre 1984 stand die Republik China. Und immerhin waren unter den ersten Zehn in dieser Untersuchung über die ökonomischen Bedingungen von insgesamt 93 Ländern der Welt sieben aus dem asiatischen Raum.

Daß die Insel mit ihrer geringen Landfläche und ihrer Armut an Rohstoffen nach einer 50 Jahre währenden Zeit japanischer Besatzung bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges diesen Aufbau der Wirtschaft realisierte, wird als das taiwanesisches Wirtschaftswunder bezeichnet, und das nicht zu Unrecht.

Taiwan ist mit einer Fläche von 36 000 Quadratkilometern ungefähr so groß wie die Niederlande. Chinas kleinste Provinz wird vom Festland durch die etwa 200 Kilometer breite Taiwanstraße getrennt. Die Einwohnerzahl liegt bei 19 Millionen und ist der Grund, daß Taiwan eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt ist. Nur ein Fünftel seiner Landfläche muß diese Menschen ernähren, der Rest ist schroffes Gelände mit einer steilen Bergkette, die sich in der Mitte der Insel von Norden nach Süden zieht. Glücklicherweise erlauben ein subtropisches Klima und reichliche Niederschläge eine ganzjährige Bestellung des Landes und Mehrfacherten mit einer Reihe von angebauten Früchten wie Reis, Süßkartoffeln, Bananen, Zuckerrohr und verschiedenen Zitrusfrüchten und Gemüse.

Die Voraussetzung für den Erfolg war die Einführung einer freien Marktwirtschaft, wenn auch Elemente staatlicher Planung gegeben sind, und vor allem das 1953 begonnene ehrgeizige Landreformprogramm.

Immerhin mußten auf der Insel eine Million Soldaten der geschlagenen Armee General Chiang Kai-sheks sesshaft gemacht werden. Als Entschädigung für die einheimischen Bauern gab es Anteile an den vorhandenen, indes durchaus bescheidenen Industriefirmen, die von den Japanern auf der Insel zurückgelassen worden waren.

Die Landreform führte zu einem bedeutenden Anstieg der Erträge, mehr als 90 Prozent der Landwirte bewirtschaften heute ihr eigenes Land. Mit den Erträgen, darunter auch ausländische Devisen, konnte nicht nur die Bewirtschaftung der

Landflächen mechanisiert werden, es bildete sich ein Markt für Industrieprodukte aller Art, vor allem auch heimischer Produktion.

Ohne die erfolgreiche Landreform ist die ökonomische Entwicklung der Republik China nicht zu verstehen. Es hat sich die landwirtschaftliche Produktion in den letzten drei Jahrzehnten mehr als verdoppelt, und dies, obwohl eine Erweiterung der Anbaufläche nur in geringem Umfang möglich war und obwohl viele Landarbeiter in industrielle und urbane Berufe auswichen.

Die jährliche Wachstumsrate der landwirtschaftlichen Erträge stieg in den 60er Jahren auf durchschnittlich 4,5 Prozent, sank dann in den 70er Jahren auf 2,9 Prozent und in den 80er Jahren auf Werte noch darunter ab. Allerdings konnte in der letzten Zeit mit produktivitätsfördernden Maßnahmen wie einer beschleunigten Mechanisierung der Landwirtschaft, einer intensiveren Ausnutzung der landwirtschaftlichen Rohstoffe und der Integration von Produktion und Vermarktung dazu beigetragen werden, den negativen Trend zu stoppen.

So weisen die Erträge des Jahres 1984, die um 1,9 Prozent gesteigert werden konnten, wieder bessere Werte auf als 1983 mit 0,8 und 1982

mit 0,6 Prozent. Die Industrialisierung der Republik China führte dazu, daß sich die Produktionsstruktur nachhaltig änderte. Der Gesamtindex wuchs mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 13 Prozent während der 50er und 15,8 Prozent während der 60er Jahre. Und trotz der weltweiten Rezession der 70er Jahre stieg die Industrieproduktion um 15,5 Prozent jährlich an. Doch die Weltwirtschaftskrise der frühen 80er Jahre erreichte auch die immer stärker in internationalen Bezügen und Verflechtungen denkende taiwanische Industrie. Der ökonomische Aufschwung verflachte. Erst 1983 und 1984 konnte mit Hilfe fiskalischer und monetärer Maßnahmen neue, hohe Steigerungsraten der Industrieproduktion von mehr als 12,4 Prozent erreicht werden.

Hatte die Industrie im Jahre 1964 lediglich einen Anteil von 33,4 Prozent der Industrieproduktion, stieg dieser Anteil bis 1984 auf 50,6 Prozent, während der Anteil der Landwirtschaft von 24,6 Prozent auf 6,5 Prozent fiel. Der Prozentsatz des Dienstleistungssektors blieb ungefähr gleich.

Eine Betrachtung des Wirtschaftswachstums allgemein zeigt, daß das Bruttoinlandsprodukt in den 50er Jahren

■ Fortsetzung Seite 11

Anzeige

CHINA-RÄTSEL

auf Seite III

Cousin Lee

© 1985 Copyright Lüne mit freundlicher Genehmigung



Der buddhistische Poo-Chu-Tempel in Taichung. Mit der Kuomintang kamen 1949 über zwei Millionen Menschen vom Festland auf die Insel. Ihren Traditionen gemäß entstanden seither zahlreiche Tempel im traditionellen Stil.

FOTO: ARMAND BORLANT/STUDIO X

„Wir erwarten eine stärkere deutsche Investitionstätigkeit“

Fortsetzung von Seite 1

Staaten waren bisher verhältnismäßig gut. Meinen Sie aber nicht doch, daß die Vereinigten Staaten größeres Verständnis für die Sicherheitsbedürfnisse und Waffenlieferungsprobleme Ihres Landes haben sollten?

Yu Kuo-Hwa: Seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen sind unsere Beziehungen zwischen den USA und der Republik China stetig weiterentwickelt worden. Nehmen Sie den Waffenverkauf. Die Regierung der USA hat wiederholt erklärt, daß sie uns die notwendigen Waffen in Übereinstimmung mit dem in Taiwan Relations Act festgelegten Bedingungen liefern wird.

Wir glauben, daß die Vereinigten Staaten sich der Ausdehnung der militärischen Macht der chinesischen Kommunisten in den letzten Jahren bewußt sind. Die militärische Technologie, die Peking von den europäischen Ländern und Amerika übernommen hat sowie die Entwicklung modernster Kampfpläne werden die Spannungen im Westpazifik weiter erhöhen. Daraus ergibt sich eine objektive Einschätzung der künftigen militärischen Bedürfnisse unseres Landes, die darauf hinausgeht, uns hochentwickelte Verteidigungswaffen zu verkaufen, die zum Erhalt des Friedens in dieser Region notwendig sind.

WELT: Geographisch liegt die Republik China zwischen dem unter sowjetischer Verwaltung stehenden Sachalin und der Cam Ranh-Bucht. Ist es der Republik China angesichts ihrer wichtigen strategischen Position sowie der gespannten Lage, die sich aus Neu-Seelands veränderter Haltung im ANZUS-Bündnis ergibt, möglich, mit den USA über eine Beteiligung am kollektiven Sicherheitssystem im Pazifik zu verhandeln? Sind Sie

und Exportgüter herstellt, die bei den Verbrauchern und Handelsfirmen im Ausland gut ankommen, ist sie auch für ausländische Investoren attraktiv. Was direkte Wirtschafts- und Handelsbeziehungen anbelangt, so ist die Bundesrepublik Deutschland unser fünfgrößter Handelspartner.

1983 belief sich der Handel in beide Richtungen auf 1,54 Milliarden US-Dollar. Davon exportierte die Republik China im Werte von 850 Millionen US-Dollar und importierte für 690 Millionen Dollar. 1984 erreichte der Handel zwischen der Republik China und der Bundesrepublik Deutschland eine Höhe von 1,64 Milliarden US-Dollar; davon Exporte für 870 Millionen Dollar und Importe im Werte von 770 Millionen.

Nun zu den Investitionen: 1984 erreichten sechs westdeutsche Anlageprojekte eine Höhe von 269 Millionen Dollar. Um die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Republik China und der Bundesrepublik Deutschland noch weiter auszubauen, hat die Europäische Asian Bank in der Zwischenzeit eine Niederlassung in Taipeh eröffnet, und die Dresdner Bank hat jetzt ebenfalls ein Vertretungsbüro hier eingerichtet.

Zur Zeit besteht eines unserer größten wirtschaftlichen Anliegen darin, die technologische Kluft zwischen der Republik China und den entwickelten, industrialisierten Ländern zu schließen. Diese Regierung widmet sich unter Einbeziehung guter internationaler Wirtschaftsbeziehungen der weiteren Industrialisierung einheimischer Unternehmen. Wir ermutigen Firmen in unserem Land, in Fabriken und Forschungszentren in entwickelten Ländern zu investieren. Dadurch werden Kontakte zu ausländischen Investoren hergestellt und der Transfer von Technologie ermöglicht.

Die Republik China und Westdeutschland unterhalten gute Beziehungen zueinander. Und da Ihr Land

Die Unternehmen in der Republik China werden ermutigt, Produkte von höherer Qualität zu erzeugen, ihre eigenen Marken bekannt und beliebt zu machen sowie den Absatz ihrer Erzeugnisse durch Produktionsplanung, Qualitätskontrollen und Marktanalysen zu steigern. Wir hoffen sehr, daß diese Maßnahmen uns einen guten Platz in der Weltmarktlandschaft sichern werden.

WELT: Die Republik China wird die größte Ausstellungshalle ganz Ostasiens besitzen, wenn das neue Welthandelszentrum erst einmal fertiggestellt ist. Zu welchem Zweck wurde dieses Projekt in Angriff genommen?

Yu Kuo-Hwa: 1. Im Jahre 1984 belief sich das gesamte In- und Exportvolumen der Republik China auf 52,5 Milliarden US-Dollar. Sie nahm somit Platz 16 unter den Ländern der freien Welt ein. Die Exporte stiegen in Höhe von 30,4 Milliarden Dollar sicher zu unserem Land sogar den elften Platz. Angesichts unseres hohen Anteils am Weltmarkt benötigten wir ein Welthandelszentrum, eine „Grundstruktur“, also, die es uns erlaubt, entsprechende Einrichtungen und Dienstleistungen anzubieten.

2. Der internationale Handel ist nicht nur die Antriebsfeder der Weltwirtschaft, sondern fördert ebenfalls die internationale Kooperation. Hierzu gehören auch kulturelle und wirtschaftliche Belange sowie wissenschaftlicher und technologischer Austausch. All dies trägt nicht zuletzt auch zum Weltfrieden bei. Deshalb wird unser Welthandelszentrum nicht allein auf die Ausstellung unserer eigenen Erzeugnisse beschränkt sein. Nein, wir laden ausländische Firmen ein, Ausstellungen mit ihren Erzeugnissen zu veranstalten, Verkaufsförderung für ihre Produkte zu betreiben. Für den Zwischenhandel zu werben und Zweigniederlassungen oder Handelsstützpunkte bei uns zu errichten. Unser Zentrum stellt diesen Unternehmen sämtliche Dienstleistungen zur Verfügung, die zur Verwirklichung ihrer Projekte zur Verfügung stehen.

WELT: Welche Hersteller haben bislang Interesse an diesem Zentrum gezeigt?

Yu Kuo-Hwa: 1. Wir haben eine Reihe von flankierenden Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Welthandelszentrum ergriffen, wie die Erweiterung des internationalen Flughafens und der Seehäfen. Wir haben die Frachtverlade- und -entladeanlagen verbessert, zusätzliche Zollgebäude und Umschlagzentren gebaut und unseren (Inlands-)Containerterminal vergrößert. Das Projekt „Welthandelszentrum“ umfaßt den Bau von vier großen Einrichtungen – die Hauptausstellungshalle, die sich über 130 000 Quadratmeter Fläche erstreckt und die Ende 1985 eröffnet wird; ein internationales Hotel mit 824 Zimmern; einen Konferenzsaal für 2000 Teilnehmer (dieser soll im Oktober 1986 fertiggestellt sein); sowie ein internationales Tagungszentrum (Fertigstellung Ende 1988) mit 16 großen und kleinen Konferenzsälen, der größte für 3000 Menschen.

2. Berichten zufolge haben sowohl einheimische wie ausländische Hersteller großes Interesse an unserem Welthandelszentrum bekundet. So ist etwa die für den „Exportmarkt“-Bereich vorgesehene Ausstellungshalle bereits zu 94 Prozent vermietet. Und viele ausländische Fabrikanten haben schon ihr Interesse an Ausstellungsständen im „Importmarkt“. Bereich des Zentrums bekundet. Man kann davon ausgehen, daß das Handelszentrum ein großer Erfolg wird.

WELT: Der Tourismus ist nach und nach zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor in Ihrem Lande geworden. Wie sehen Ihre Pläne für die Zukunft aus, und worauf konzentrieren sich Ihre Bemühungen?

Yu Kuo-Hwa: Im modernen Wirtschaftssystem wird der Tourismus als ein vielseitiger neuer Industriezweig betrachtet, der in der ökonomischen Entwicklung eines Landes eine wichtige Rolle spielt. Wir widmen diesem Bereich große Aufmerksamkeit und werden auch in Zukunft Ausschau nach weiteren touristischen Attraktionen halten. Wir werden den Bau von Erholungs- und Freizeiteinrichtungen fördern und unsere Dienstleistungen für Touristen noch weiter verbessern.

In den nächsten sechs Jahren werden vier neue Nationalparks der Öffentlichkeit übergeben. Wir fördern unseren Fremdenverkehr im Ausland, um eine wachsende Zahl von Besuchern aus Übersee in unser Land zu locken. Hier sollen sie an Ort und Stelle die traditionelle chinesische Kultur kennenlernen und gleichzeitig ihren Aufenthalt in unserem landschaftlich so schönen Land genießen.

Seit einigen Jahren besucht eine immer größer werdende Zahl deutscher Touristen den Fernen Osten. Diese sind herzlich eingeladen, der Republik China einen Besuch abzustatten.

Informationstechnologie und Maschinenbau haben in den nächsten Jahren Vorrang

Fortsetzung von Seite 1

ren um 8,2 Prozent, in den 60ern um 9,1, in den 70ern um 10,1 Prozent, 1983 um 7,9 Prozent und 1984 um 10,9 Prozent auf 47,84 Milliarden US-Dollar stieg. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung erhöhte sich um 9,4 Prozent auf 3067 Dollar.

Hierzu trug insbesondere ein starker Exportaufschwung bei.

Mit der Überwindung der Inlandsnachfrage durch die industrielle Produktion und dem wachsenden Druck in den Export ging ein Wechsel von arbeitsintensiven zu kapital- und technologieintensiven Industrien einher. Dieser Wechsel folgte schon in der zweiten Hälfte der 60er Jahre, löste die Phase der Diversifikation der Agrarproduktion ab und leitete eine Politik der Rückintegration und schrittweisen Förderung der Schwerindustrie in den 70er Jahren ein. Bevorzugt wurden neue Industriezweige mit einem bereits sicheren Inlandsmarkt. Es ging darum, übermäßige Abhängigkeiten von importierten Halbfertigwaren zu verringern und Investitionsrisiken abzubauen. Gleichzeitig liefen Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Bewältigung des Arbeitskräftemangels im Agrarsektor.

Umstrukturierung und Modernisierung

In den 80er Jahren setzt die Regierung auf gleichmäßiges und solides Wachstum, auf kontinuierliche Umstrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft. Dabei haben zwei Bereiche Industriezweige, Informationstechnik und Maschinenbau, absoluten Vorrang. Sie gelten wegen ihres starken Verbindungseffektes, ihres hohen Technologie, ihres geringen Energiebedarfs, ihres hohen Wertschöpfungs, ihrer guten Marktaussichten und wegen der minimalen Umweltbelastung als Schlüsselindustrien.

Als entscheidend für das Gelingen dieses Vorhabens werden die Förderung der Forschung und das Angebot qualifizierter Arbeitskräfte für die technischen Talente des Landes angesehen. Denn die Abwanderung der wissenschaftlichen Elite nach Amerika gilt als größte Gefahr für eigenständige technische Innovationen. Man bemüht sich auch darum, in den USA tätige Chinesen zur Rückkehr in die Republik China zu bewegen und bietet ihnen besonders günstige Konditionen für die Verwertung amerikanischer Produktideen an.

Nicht möglich wäre diese Leistung ohne die Preisstabilität, die lange Jahre mit Priorität behandelt wurde. Zwischen 1980 und 1985 lag die jährliche Steigerungsrate der städtischen Verbraucherpreise bei durchschnittlich 4,8 Prozent und die der Großhandelspreise bei 3,1 Prozent. In den 70er Jahren mußten als Folge der Ölkrise

und der weltweiten Inflation höhere Raten registriert werden. Die weltweite Rezession 1981 und 1982 und die daraus folgende Schwächung der Ölpreise bewirkte, daß trotz der zweistelligen Wachstumsraten der Wirtschaft die Verbraucherpreise in den Städten im Jahre 1984 nur um 0,2 Prozent und die Großhandelspreise um 0,5 Prozent stiegen.

Die Spannkraft der Chinesen und besondere Anreize der Regierung haben neben der Preisstabilität dazu geführt, daß die Republik China eine der höchsten Sparraten der Welt verzeichnen kann: Es sind mehr als 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes beinahe jährlich seit 1974. Diese Rate, mit der der Verbrauch nicht Schritt halten konnte, führte zu einer eindrucksvollen Kapitalbildung bei einem Bruttokapitalverbrauch von durchschnittlich 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes während des letzten Jahrzehnts.

Das von der Regierung gepflegte Investitionsklima führte zu einem starken Anstieg privater Auslandsinvestitionen in den zurückliegenden Jahren. Seit den frühen 50er Jahren bis 1984 addierte sich die Summe von ausländischen und überseeischen Investitionen auf den Gesamtbetrag von etwa 4,5 Milliarden Dollar. Allein im vergangenen Jahr wurden 539 Millionen Dollar investiert. An diesen Investitionen hatten die USA den größten Anteil mit 31 Prozent beziehungsweise 1384 Millionen im Jahre 1984. Es folgt das überseeische Kapital mit 25 Prozent beziehungsweise 1333 Millionen. An dritter Stelle liegen die Japaner mit 22 Prozent beziehungsweise 985 Millionen. Der europäische Anteil lag bei 10 Prozent oder 433 Millionen Dollar.

Bevorzugt wurden von den ausländischen Investoren die Elektronik und die Elektroindustrie mit 31 Prozent der Gesamtsumme. Es folgen chemische Produkte, Dienstleistungen, Maschinen und Instrumenten-

bau, nichtmetallische Mineralien, Metallergzeugnisse, Textilien und Baugewerbe. Obwohl Firmen mit ausländischem Kapital nur mit einem geringen Prozentsatz an der nationalen Gesamtproduktion beteiligt sind, ist ihre Rolle für den Export erheblich.

Die Regierung unterscheidet bei ihren Förderungsmaßnahmen nicht zwischen in- und ausländischen Investoren. Auch hinsichtlich der Besitzrechte gibt es keine unterschiedliche Handhabung.

Die aktuelle Statistik des Jahres 1983 zeigt Taiwan an 17. Stelle nach den Außenhandelsbilanzen der Länder der freien Welt. Tatsächlich steigerte sich der Außenhandel in den letzten drei Jahrzehnten um jährlich etwa 20 Prozent. Betrug das Handelsaufkommen in den 50er Jahren nur ungefähr 0,3 Milliarden US-Dollar jährlich, ist es im Jahre 1984 auf 52,5 Milliarden Dollar angewachsen. Die Exporte stiegen auf 30,5 Milliarden und die Importe auf 22 Milliarden. Setzt man die Gesamtsumme von 260,5 Milliarden Dollar in Relation zur Summe des Bruttoinlandsproduktes von 57,84 Milliarden Dollar, erklärt sich der erhebliche Anteil der Außenwirtschaft.

Mit der Industrialisierung änderte sich auch die Zusammensetzung der Güterliste. Machten 1953 Reis und Zucker zusammen 74 Prozent des Gesamtexports aus, stellten 1984 elektrische und elektronische Produkte, Textilien, Metallergzeugnisse und Maschinen die Hauptexporte. Auf der Importseite waren 1953 Textilien, Agrarprodukte und Kunststoffe die Hauptposten. 1984 waren es Erdöl, elektronische Geräte, Maschinen, Werkzeuge und Basismetalle.

Etwa die Hälfte des Gesamtvolumens des Außenhandels macht der Handel mit Japan und den USA aus. Mit Ausnahme der Jahre 1974 und 1975 erzielte sich Taiwan konstanter Gewinne durch den Export. Allerdings sehen sich die Chinesen in den

letzten Jahren zu einem verstärkt mit protektionistischen Bestrebungen im Ausland konfrontiert. Zum anderen signalisiert der Exportüberschuß den einseitigen Abfluß wichtiger Rohstoffe. Die schnelle Akkumulation von ausländischen Devisen beeinflusst die inländische Geldmenge, gefährdet die Preisstabilität.

Um gegenzusteuern, fördert die Regierung die Importe. Die Kontrollen wurden erleichtert und Einkaufsaufträge in Milliardenhöhe aus Ausland vergeben. Dabei bemüht sich die Regierung, ihre Einkaufspolitik stärker zu diversifizieren. An die Unternehmer geht die offene Aufforderung, verstärkt in Westeuropa zu kaufen, wobei sich allerdings erst langsam die Erkenntnis durchsetzt, daß die höhere Qualität etwa deutscher Produkte den höheren Preis im Vergleich zu japanischen Produkten mehr als wettmacht.

Das Wirtschaftswachstum in Taiwan hat nicht wie in anderen Ländern zu einem Auseinanderdriften der Einkommensverteilung geführt. Im Jahre 1952 war das Einkommen der am besten Verdienenden 20 Prozent der Bevölkerung 15mal höher als das der 20 Prozent mit dem niedrigsten Einkommen. Seit dem Jahre 1970 änderte sich das Verhältnis zur heutigen Relation von 4,58:1. Diese geringe Einkommensspanne garantiert materiellen Wohlstand für alle und geringe soziale Spannungen.

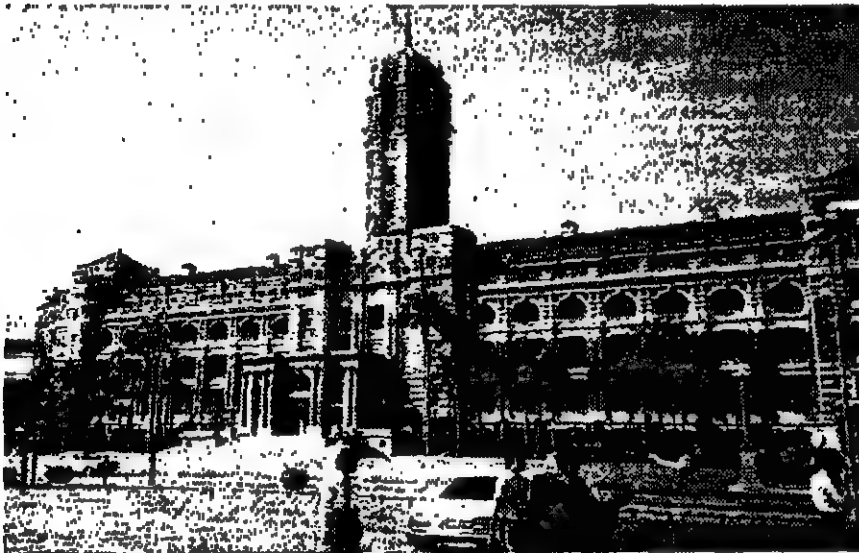
Nationale Projekte gegen internationale Flaute

Erreicht wurde dies durch die Landreform, eine arbeitsintensive Beschäftigung, verbesserte Möglichkeiten der Ausbildung und einen hohen Grad gesellschaftlicher Mobilität.

Im vergangenen Jahr konnten die 14 nationalen Entwicklungsprojekte die Flaute im Weltmarkt auffangen und für eine größere inländische Nachfrage sorgen. Angestrebt wird ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 4,5 Prozent. Man rechnet damit, daß der Handel auf 61 Milliarden US-Dollar ansteigt.

Mit dem Abschied vom Entwicklungsland verbindet sich ein ehrgeiziges Programm zur Internationalisierung, Liberalisierung und handels- und rechtspolitischen Systematisierung. Zu wichtigen und bisweilen schmerzhaften Schritten in diese Richtung zählen der Schutz eingetragener Markenzeichen, die Einführung von Patentgesetzen und generell der Schutz intellektuellen und industriellen Eigentums. Flächen und legalen Kopierern wurde der strafrechtliche Krieg erklärt. Weitere Schritte sind die Reduzierung der Importzölle, die Plazierung von 97 Prozent aller Importe auf einer Zulassungliste und eine größere Öffnung des Landes für ausländische Investoren.

HANS VON LANDL



Der Palast des Präsidenten in Taipeh

FOTO: MHH



Die Textilindustrie ist eine der Stützen des Exports

FOTO: DIE WELT

BILDUNGSSYSTEM / Probleme mit Brillen, Konkurrenzdenken und „Einbahnstraßenlernen“

Mehr als zehn Prozent der Bevölkerung sind Hochschulabsolventen, zum Ruhme der Familien

Aus den USA hat Taiwan sein Schulsystem übernommen: Sechs Jahre Grundschule, drei Jahre Mittelschule, drei Jahre Oberschule und vier Jahre Hochschulstudium.

Im Alter von sechs Jahren beginnt die Schulpflicht, und neun Jahre lang muß man die Schulbank drücken, allerdings ist dies kostenfrei. So gibt es in Taiwan nur noch sieben Prozent Analphabeten, und weitere zehn Prozent nennt man Halbanalphabeten. Dabei handelt es sich überwiegend um ältere Bürger, die während der japanischen Besatzungszeit von 1895 bis 1945 keine Gelegenheit hatten, eine Schule zu besuchen.

Für asiatische Verhältnisse ist der Prozentsatz der Schulabsolventen sehr hoch. Er liegt bei 87,5 Prozent, in Hongkong bei 83, Singapur 84 und in der Volksrepublik China (Stand 1980) bei 78,4 Prozent. Jährlich mehr als 300 000 Studenten verlassen die mehr als 100 Colleges und Universitäten des Landes. So sind im Landesdurchschnitt etwa zehn Prozent der Bevölkerung Hochschulabsolventen.

Die Lehrpläne der Grundschule sind Chinesisch, Mathematik, Gemeinschaftskunde, Naturwissenschaften und die Nebenfächer wie Kunst, Handwerk und Sport. Kernpunkt der Grundschulbildung ist die konfuzianische Lehre: Respekt vor Autorität und Konformität in Gruppennormen. So wird im Lehrprogramm großer Wert auf den Respekt vor Eltern, Lehrern und dem Staatspräsidenten gelegt. Wesentliche Elemente der Schulerziehung sind Gehorsam, Disziplin und Loyalität gegenüber dem Staat.

Schulsprache ist in Taiwan das Mandarin, und es ist verboten, an den Schulen irgendeinen Dialekt zu sprechen. Mit der strengen Einführung des Mandarin wollte man die Integration der 19 Millionen Einwohner fördern.

Die Schüler tragen Uniform, und die Mittel- und Oberschüler haben für eine kurze Haartracht zu sorgen. Für Schülerinnen gilt die Regel, daß die Haare nicht über den Kragen wach-

sen dürfen. Allerdings stehen die Haarlässe der Behörden unter dem Dauerbombardement liberaler gesonnener Akademiker und der Schüler selbst.

In der Mittelschule werden die Fächer der Grundschule weitergeführt. Neu auf dem Lehrplan steht Englisch. Im dritten Schuljahr, der Abschlussklasse der Mittelschule, werden die Schüler entsprechend ihrem Wunsch und ihren Noten in zwei Gruppen eingeteilt: der Gruppe für eine höhere Ausbildung und der Gruppe für das Ausscheiden in den Beruf. Diese Einteilung sieht sich in letzter Zeit wachsender Kritik ausgesetzt mit dem Argument, daß ein Schüler im Alter von 15 Jahren noch nicht instande sei, sich selbst die richtige Entscheidung zu treffen. Auch schaffe die Gruppe für das Berufsleben bei den Schülern schlechtere Noten, Minderwertigkeitskomplexe und schließlich sei eine allgemeine theoretische Ausbildung an Mittelschulen für alle Schüler und nicht nur für die der Gruppe für eine höhere Ausbildung erforderlich. Mit der verstärkten Einführung von Berufsschulen wird versucht, die Schärfe der Gruppenwahl zu mindern. Mit einem Angebot zur qualifizierten Arbeitsausbildung will man das Übergangsproblem an Akademikern verringern.

Nach der neunjährigen kostenlosen Schulpflicht kann der Schüler zwischen Oberschule und Berufsschule wählen. Dabei entscheiden sich nach wie vor die meisten für die Oberschule, denn alchimistischer Tradition zufolge steht ein Akademiker, wenn er gleichzeitig Staatsdiener ist, an der Spitze der sozialen Leiter, gefolgt von Bauern, Handwerkern und Kaufleuten. So ist die Konkurrenz bei den Aufnahmeprüfungen für einen Studienplatz der bekannteren Oberschule besonders in der Hauptstadt Taipeh stark. Ein Platz hier ist schon die Garantie für das Bestehen der späteren Aufnahmeprüfung an den Universitäten.

An der Oberschule gibt es ebenfalls drei Schuljahre. Schon vom zweiten

Jahrgang an werden die Schüler nach ihren Talenten, Anlagen und Berufsorientierungen in Gruppen, Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften geteilt, und die Schüler bereiten sich auf die Aufnahmeprüfung der Universitäten vor, die schon nach zwei Jahren abgehalten wird.

Der Andrang zu den Universitäten Taiwans ist enorm. Denn das Erlangen des Studienplatzes ist eine ruhmvolle Leistung des einzelnen und seiner Familie. Und das Abschlussszeugnis der Universität ist zur Zeit Voraussetzung, einen qualifizierten Job zu finden. So beträgt die Anzahl der Kandidaten jedes Jahr mehr als 100 000, allerdings bekommen nur 5000 von ihnen einen der begehrten Studienplätze.

Um ihre Chancen in der Prüfung zu steigern, besucht ein Großteil der Oberschüler nach der Schulzeit noch Abendkurse. Im ganzen Jahr vor der entscheidenden Prüfung bilden die jungen Taiwaner Tag und Nacht und schlafen nicht mehr als vier bis fünf Stunden. Dieses rigorose Vorbereitungssystem führt dazu, daß jeder dritte Schüler Brillenträger ist und viele Probleme mit ihrer Gesundheit haben. Doch trotz aller Kritik auf breiter Ebene ist es bislang nicht gelungen, einen Ersatz für das Prüfungssystem und für die Vorbereitungszeit zu finden. Einen Monat nach der Prüfung werden die Kandidaten informiert, welche Noten sie erhalten haben. Sie können dann auf der Grundlage der erzielten Ergebnisse die gewünschten Universitäten und Studienrichtungen in einem Formular angeben, die computermäßig ausgewertet werden. Die besten Universitäten und die Berufs wie Medizin, Informatik und solche, die mit Fremdsprachen zu tun haben, erfordern besonders hohe Noten.

Taiwans Studenten gelten als lernbegierig, fleißig und rezeptiv, aber auch als wortkarg, passiv und wenig kreativ. Diese Beurteilung hängt mit der Schulform zusammen. Der Akzent liegt eindeutig auf der traditionellen Einbahnlehre und dem

Auswendiglernen. Verlangt werden Reizitätsfähigkeiten und ein gutes Gedächtnis. Workshops, Experimente, Diskussionsrunden sind selten. Es gilt die Autorität des Lehrers und das Auswendiglernen des Stoffes. Beides ist die Grundlage dafür, gute Noten zu bekommen.

Die einseitige Ausrichtung auf das Ablegen der Eintrittsexamina zur Mittelschule und zur Universität werden von den Kritikern dafür verantwortlich gemacht, daß Taiwans Schüler keine Zeit für Dinge haben, die außerhalb der Schulbücher liegen. Es wird wenig Zeitung gelesen und das Verständnis für politische Fragen im In- und Ausland ist gering. Außerakademische Aktivitäten wie Malerei, Musik, Handwerk und Sport gelten nur als störend und als Beeinträchtigung der Konkurrenzfähigkeit. Das computermäßige Fragen führt nach Meinung der Kritiker dazu, daß das freie und selbständige Denken vernachlässigt wird.

Immerhin kam die amerikanische Zeitschrift „Psychology Today“ im Jahre 1983 in einem Vergleich zwischen Schülern aus Amerika und Japan, die nach dem gleichen Muster wie die Taiwaner erzogen werden, zu einem Ergebnis, das eine „bedeutende Überlegenheit“ der japanischen Kinder manifestierte. Unter den 100 besten Schülern zweier ausgesuchter Städte in Japan und in den USA waren 99 Japaner.

Traumziel für alle Universitätsabsolventen der Republik China ist ein Auslandsstudium im Ausland. Denn auf der Insel haben nur die wenigsten Hochschulabsolventen eine Chance, eine ausbildungsadäquate Anstellung zu bekommen. Außerdem ist die Grundlagenforschung in die Naturwissenschaften in Taiwan immer noch denjenigen im Ausland, vor allem in den USA, unterlegen. So begannen etwa im Jahre 1954 die Auswanderungsströme der Universitätsabsolventen in die USA. Nur weniger als 30 Prozent von ihnen kehrten nach Hause zurück.

MANFRED PENG

innenbau
ang

AUSSENPOLITIK

Von Resignation gibt es keine Spur

Nur mit 24 Staaten dieser Welt, in Europa alleine mit dem Vatikan, unterhält die Republik China volle diplomatische Beziehungen. Mit den übrigen pflegt man Kontakte auf anderen Ebenen, überwiegend wirtschaftlichen und kulturellen, aber auch mit Hilfe von Firmen und Verbindungsbüros. Und doch ist im Außenministerium in Taipeh von Resignation wenig zu spüren, wenn man auch unverhohlen zugibt, daß man über die Behandlungsweise insbesondere durch die Länder der freien Welt ziemlich enttäuscht ist.

„Wir nutzen“, sagt der stellvertretende Außenminister Ding in einem Gespräch mit der WELT, „alle bestehenden Kontakte auch unter der Ebene von Botschaftern, um die wirtschaftlichen, politischen und sozialen, kulturellen und sportlichen Beziehungen auszubauen. Ich würde aber nicht so weit gehen zu sagen, daß wir aufgrund dieser Bemühungen auf volle diplomatische Beziehungen verzichten können.“

Daß sich das internationale Ansehen der Republik China im Aufwind befindet, begründet Ding vor allem mit der wirtschaftlichen Stärke. „Wir sind insbesondere im Pazifischen Raum eine der führenden Wirtschaftsmächte. Unser Handelsvolumen wird nur von Japan übertroffen, unser wirtschaftliches Wachstum ist eines der höchsten in der Region.“

Daher ist es klar, daß wir mit Ausnahme zu den kommunistischen Ländern zu allen Staaten sehr gute und sehr pragmatische Beziehungen unterhalten.“ Auch zu den Ländern der Asean-Gruppe bestünden gute Kontakte, wenn man auch kein Mitglied sei, dies aber deswegen nicht, weil Taiwan nördlich der südostasiatischen Region liegt.

In der nördlichen Hemisphäre habe man mit Korea sehr enge diplomatische Beziehungen. Selbst mit Tokio, das nach der Aufnahme der Beziehung zu Peking den Botschafter aus Taipeh abgezogen hat, habe man gute Beziehungen und pflege einen intensiven Meinungsaustausch darüber, wie man die Wirtschaft beider Länder vorwärtsschreiten könne. Japanische Handelshäuser wickeln einen wichtigen Teil des taiwanesischen Außenhandels ab, auch in die Volksrepublik.

Dementsprechend betrachtet Ding sein Land auch als Brücke zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teil des Fernen Ostens. „Fliegen Sie von Taipeh aus eine Stunde in nordwestlicher Richtung, so sind Sie in Okinawa. Fliegen Sie eine Stunde nach Süden, erreichen Sie Manila.“ So kann Ding darauf verweisen, daß Taiwan die Lebenslinie Japans schütze. „Alle wissen, daß Japan vom Import und Export lebt. Und zwei Drittel aller Lieferungen nach oder von Japan laufen durch taiwanesisches Wasser.“

Wegen der strategisch eminenten Bedeutung Taiwans für Japan glaubt Ding auch nicht daran, daß Tokio – oder gar die USA – mit Rücksicht etwa auf Peking die Beziehungen zu Taipeh aufs Spiel setzen könnte. „Es gilt ja nicht nur Vorsorge gegen eine mögliche chinesische Expansion zu treffen, das gleiche gilt auch, und vielleicht auch stärker, für die Sowjetunion.“ Daher werde nach

Meinung des Ministers keiner das politische Spiel im Fernen Osten bis zu dem Punkt betreiben, die Freiheit der Insel und damit die eigene strategische Sicherheit aufs Spiel zu setzen.

Auch das Angebot, das Peking gemacht habe, zum Zusammenschluß der beiden Teile Chinas, werde daran nichts ändern, denn, so Ding, „es hat nur zum Ziel, die taiwanesischen Position zu schwächen, von einem fairen Angebot kann keine Rede sein.“

Es habe auch von seiten westlicher Staaten keinerlei Versuch gegeben, Taipeh unter Druck zu setzen, das Angebot der Volksrepublik China anzunehmen. „Die Antwort auf die Offerte vom Festland lautet: Nein“, sagt der Minister, „da gibt es nichts zu verhandeln.“

Wichtigster Partner seien nach wie vor die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen habe zu keiner wesentlichen Verschlechterung geführt.

Die wichtigsten Diplomaten sind in Taipeh auch auf ihrem Posten geblieben. Sie gelten nur nicht mehr als Angehörige des diplomatischen Dienstes. Nach Beendigung ihrer Mission werden aber die Jahre in Taiwan voll auf die Zeit im diplomatischen Dienst angerechnet, und auch in der Karriere bedeutet eine Zeit auf der Insel keinen Knick. Die USA profitieren mit dieser pragmatischen Verfahrensweise am meisten von allen Ländern

von der Isolation der Insel. Auf die Frage, ob seine Regierung denn bereit sei, sich am Projekt der USA zur strategischen Verteidigung des Weltraums zu beteiligen, antwortet Ding mit einem Lächeln. „Man hat uns noch nicht gefragt.“

Zu den Ländern der Europäischen Gemeinschaft sei es sehr schwer, bessere Beziehungen zu entwickeln. Man bemühe sich darum, jede Regierung einzeln anzusprechen, dabei sei die Frage der Visaverteilung nur eine unter vielen. Wichtiger seien die Wirtschaftsbeziehungen.

Hier seien vor allem eine diskriminierende Behandlung und die Quotenregelung zu kritisieren. „Wir haben nicht einmal direkte Kontakte mit den zuständigen Behörden, um darüber zu verhandeln. Wir würden es gerne sehen, wenn man wenigstens bei der Abwicklung der technischen Fragen Fortschritte erzielen könnte.“

Ding wünscht sich in den Beziehungen zur Bundesrepublik vor allem eine Erleichterung des Reiseverkehrs, insbesondere bei der Ausstellung von Visa. Ohne sich über die Art und Weise dieser Erleichterungen auszusprechen, ist es doch kein Geheimnis, daß damit die Ausstellung der Einreisegenehmigung in Taipeh gemeint ist, auch wenn diese einen anderen Ausgabestempel ausweisen mag.

Wenn die Bundesregierung noch weiter ginge und einseitig erkläre, Reisende aus der Republik China benötigten keinen Sichtvermerk mehr im Reisepaß, würde seine Regierung „selbstverständlich darauf reagieren“.

Es stellte aber schon eine große Erleichterung dar, wenn Bonn sich wenigstens zu den Praktiken der Regierung in Tokio bequemen könnte, die täglich auf einfache Weise 1500 Visa erteile.

H.-H. HOLZAMER

FLÄCHE: Rund 36 000 Quadratkilometer, damit 0,32 Prozent der Gesamtfläche Chinas.
BEVÖLKERUNG: 19 Millionen.
BEVÖLKERUNGSDICHTE: 511 Einwohner pro Quadratkilometer.

HAUPTSTADT: Taipeh.

MASSE UND GEWICHTE: Metrisches System, daneben chinesisches System.

STAATSFORM: Parlamentarische Republik; willensbildender Faktor ist allerdings die Regierungspartei Kuomintang (KMT).

REGIERUNG: Die Republik China wurde am 1. Januar 1912 in Nanking gegründet und befindet sich seit 1949 in Taipeh. Die im Jahre 1946 angenommene Verfassung sieht folgende Körperschaften vor: einen Staatspräsidenten, eine nationale Versammlung (Volksvertretung) und fünf Regierungsgewalten (Yuan = Höfe), die ihre Pflichten in der Verwaltung, in der Gesetzgebung, in der Rechtsprechung, in der Prüfung von Beamten und in der Überwachung der Beamten ausüben.

Der Volksvertretung obliegt die Wahl des Staatspräsidenten, des Vizepräsidenten und die Verfassungsänderungen. Der Staatspräsident ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte, vertritt das Land bei Auslandsbeziehungen und bei Staatsgeschäften. Mit der Zustimmung des Gesetzgebungs-Yuan ernennet er den Premierminister und den Generalrevisor des Überwachungshofs mit der Zustimmung des Überwachungshofs, den Präsidenten und Vizepräsidenten des Rechtsprechungshofs und die Großrichter. Er ernennt ferner den Präsidenten und Vizepräsidenten und die Mitglieder des Prüfungshofs.

Der Verwaltungshof (Kabinet) ist die höchste Verwaltungsbehörde des Landes und wird vom Premierminister geleitet. Er besteht aus dem Premierminister und einer Reihe von Ministern, Ausschüssen und aus einzelnen Ministern ohne Geschäftsbereich, die alle vom Premierminister vorgeschlagen und vom Staatspräsidenten ernannt werden.

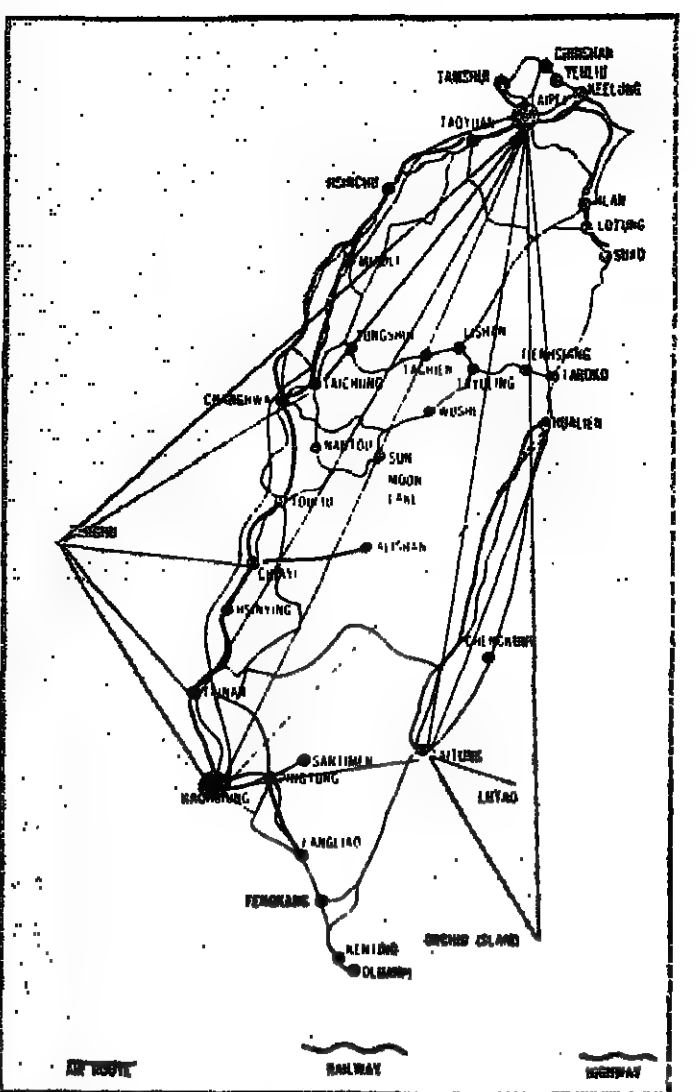
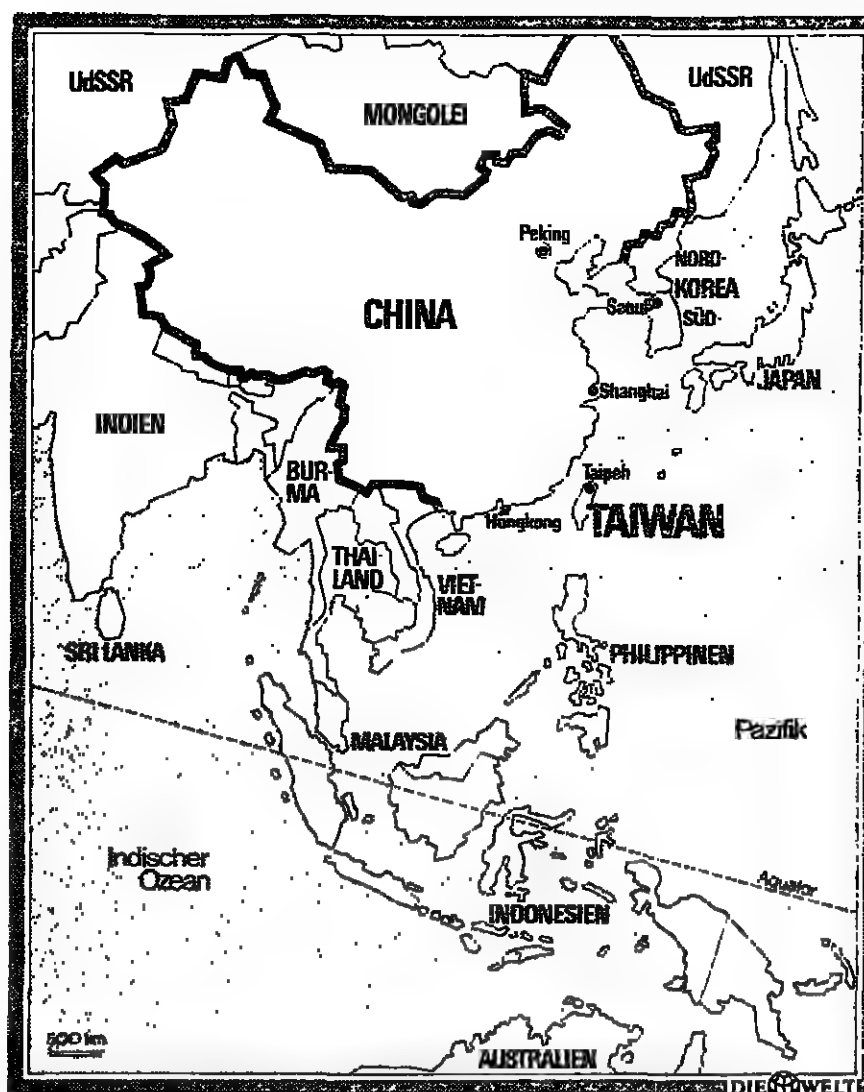
Der Gesetzgebungshof führt die üblichen parlamentarischen Funktionen der Gesetzgebung aus. Er beschließt den Haushalt und überprüft die Verwaltungspolitik.

Das Rechtswesen wird vom Rechtsprechungshof überwacht. Der Überwachungshof ist die höchste Kontrollbehörde der Nation. Er führt die Funktionen der Überprüfung der Regierungsausgaben, der Nachforschung und Anklage von Beamten aus, während der Prüfungshof Beamtenkandidaten prüft und auswählt sowie das Gehaltsystem, die Beamtenversicherung, Pensionierungs- und Rentenfragen regelt.

WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG: Taiwan hat bis heute ein Industrieresultat entwickelt, das in Südostasien nur von Südkorea und Japan übertroffen wird. Der Industrialisierungsprozeß wurde ohne nennenswerte Rohstoffvorkommen durch eine Wirtschaftspolitik in Gang gesetzt, die bei starker Beachtung marktwirtschaftlicher Prinzipien auch vor einem Dirigismus in der Steuer- und Zölpolitik nicht zurückschreckte.

Als die amerikanische Wirtschafts- und Kapitalhilfe 1965 gestrichen wurde, blieb der von Beobachtern vorausgesagte wirtschaftliche Rückschlag aus. Selbst in den 70er Jahren, als Taiwan durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Japan, den USA und anderen westlichen Staaten ins politische Abseits geriet, blieb das Land auf seinem steilen Wachstumspfad.

Nicht nur dieses Wachstum, sondern auch der damit verbundene Strukturwandel spiegelt den erfolgreichen Weg Taiwans ins Industriezeitalter wider. Taiwan ist heute das Welthandelsland Nummer 15. Sein Außenhandelsvolumen betrug 1985



80 Milliarden US-Dollar und war damit 125 mal so groß wie vor 30 Jahren. Bei der Erzeugung von Atomenergie steht es an zweiter Stelle in der Welt. DIE ZEHN PROJEKTE: In den 70er Jahren wurde ein 7-Milliarden-Dollar-Programm zum Aufbau einer Infrastruktur und einer Industrie in die Wege geleitet, die heute vollendet sind. Es handelt sich um:

- ein Kernkraftwerk;
- den Sun Yat-sen Memorial Express Way zwischen Keelung und Kaohsiung über Taipeh;
- ein Stahlwerk mit einer Jahreskapazität von 1,3 Millionen Tonnen;
- die Elektrifizierung der Eisenbahnlinie an der Westküste;
- einen petrochemischen Industriekomplex;
- den Tschiang Kai-shek International Airport für Taipeh;
- die Schiffwerft in Kaohsiung;
- die Eisenbahnstrecke von Suao nach Hualien zur Erschließung der Ostküste;
- den Hafen von Suao, um den Hafen von Keelung zu entlasten;
- den Hafen von Taichung an der Westküste zur Entlastung von Kaohsiung.

ZWÖLF PROJEKTE wurden im Jahr 1979 aufgelegt:

- Bau einer Eisenbahnlinie rund um die Insel;
- drei zusätzliche Autobahnen zur Inselüberquerung;
- die Ausdehnung des Sun Yat-sen Memorial Express Way von Kaohsiung nach Pingtung;
- zweiter Abschnitt des Stahlwerks in Kaohsiung mit einer Kapazität von mehr als drei Millionen Tonnen;
- der Bau zweier weiterer Kernkraftwerke mit einer Kapazität von fünf Millionen Kilowatt im Jahre 1985;
- Entwicklung neuer Städte und des sozialen Wohnungsbau;
- Bewässerungssysteme für die Landwirtschaft;
- Bau von Fluß- und Seedeichen;
- Ausbau der Pingtung-Ouani-Autobahn;
- Förderung der Mechanisierung der Landwirtschaft;
- Ausbau des Hafens von Taichung auf zwölf Millionen Tonnen Umschlagskapazität;
- Aufbau von Bürgerzentren in jeder Provinz und jeder größeren Stadt mit kultureller Zielsetzung.

ZEITUNTERSCHIED: GMT plus acht Stunden.

KLIMA: Das Klima ist im Süden tropisch, im nördlichen Bereich subtropisch und steht unter monsunähnlichem Einfluß. Die mittlere Jahrestemperatur liegt im Norden bei 21 Grad Celsius, im Süden bei 25 Grad Celsius. Niederschläge fallen zu jeder Jahreszeit.

EINREISE: Für die Einreise nach Taiwan sind Reisepaß und Visum erforderlich. Das Visum ist bei den diplomatischen und konsularischen Vertretungen erhältlich. Ansonsten wird es auch gegen Vorlage eines Empfehlungsschreibens des Taiwan Tourism Bureau oder der Fernost-Information in Bonn und Hamburg auf dem Flughafen von Taipeh erteilt.

VERKEHR: Taiwan hat ein gut ausgebautes Verkehrsnetz. Die wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen der Eisenbahn, die Strecke Taichung-Kaohsiung ist elektrifiziert.

Volldimensierte Expresszüge verkehren täglich. Die Nord-Süd-Autobahn verbindet die Hafenstädte Keelung und Kaohsiung. Abzweigungen führen zu den Flughäfen von Taoyang und Taichung. Der internationale Flughafen von Taoyang, genannt Tschiang Kai-shek Airport, gilt als einer der modernsten in Asien. Er liegt 40 Kilometer südwestlich von der Hauptstadt Taipeh.

GESETZLICHE FEIERTAGE: 1. Januar Neujahrstag - Gründungstag der Republik; 2. Januar Neujahrstag - Gründungstag der Republik; 25. Januar chinesischer Neujahrstag; 28. Januar chinesischer Neujahrstag; 29. März Tag der Jugend; 4. April Totengedenktage; 28. September Geburtstag des Konfuzius; 10. Oktober Nationalfeiertag; 26. Oktober Restitutionsstag; 31. Oktober Geburtstag Tschiang Kai-shek; 12. November Geburtstag Präsident Sun Yat-sen; 25. Dezember Tag der Verfassung/Gründungstag.

Bewegliche Feiertage sind: Chinesisches Neujahr, Frühlingsfest, Drachenbootfest, Mitte-Herbst-Fest.

WICHTIGE ANSCHRIFTEN IN TAIWAN: General Chamber of Commerce of the Republic of China, 7th Floor, Rose Mansion, 162 Hsin Yi Rd., Sec.3, Taipei.

Telefon: 8 86 27 08 03 50. Tele: 113 98.

FIRMAANSCHRIFTEN: Chinese National Fedn. of Industries, 3rd Floor, Rose Bldg. 162 Hsin Yi Rd., Sec. 3, Taipei.

Telefon: 8 86 23 51 21 61.

VERSAND/SPEDITIONEN: Taiwan Importers and Exporters Assn., 3rd Floor, Hsiao Hwa Bldg., 301 Sun Chiang Rd., Taipei.

Telefon: 8 86 23 31 79 04.

Importers and Exporters Assn. of Taipei, 3rd Floor, 85 Nanking E. Rd., Sec. 3.

Taipeh Telefon: 8 86 25 81 35 21. Statistisches Amt Govt. Information Office Chung Hsiao East Rd. Taipei.

Deutsche Lufthansa Taipei Generalagent World Express Inc. 46-3, 2 Chung Shan North Rd., Sect. 2, Taipei.

Telefon: 5 81 41 11/5 31 42 02; in Taichung: Generalagent World Express Inc. 33 Lu Chuan E. St., 7th Floor, Room 25.

Telefon: 24 98 00/27 55 48.

WICHTIGE ANSCHRIFTEN IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: Deutsch-Chinesische Gesellschaft e. V., Bonn; Vorsitzender: General a. D. Paul Jordan.

5300 Bonn 2, Burgstraße 31/168.

Telefon: 0228/35 60 97/99.

Fernost-Freundeskreis Bambrun-Kai-shek; Vorsitzender: Klaus Francke, MdB.

2000 Hamburg 67, Am Reisenbrook 40 a.

Telefon: 040/60 38 737.

Der Deutsche Club der Freunde des Freien China (Taiwan) e. V.; Vorsitzender: Karl W. Silberreis.

6242 Kronberg 2, Fichtenstraße 47.

Telefon: 06173/637 51.

Verein „Freunde der Republik China“; Vorsitzender: Dr. Karl-Heinz Schmitz.

1000 Berlin 12, Wilmersdorfer Straße 92/93.

Telefon: 030/88 35 007.

Deutsch-Chinesische Gesellschaft für Sozialökonomie e. V.; Vorsitzender: Professor Dr. W. Schug.

5300 Bonn 1, Nußallee 21.

Telefon: 0228/73 27 54.

Far East Trade Service Center; 6000 Frankfurt/M. 1, Westendstraße 8.

Telefon: 069/72 78 41.

Asia Trade Center; 6000 Frankfurt/M. 70, Dreieichstraße 59.

a) Tourismus: Telefon 069/61 07 43.

b) Einkauf: Telefon 069/61 07 41.

c) Investition: Telefon 069/61 07 42.

Taiwan Trade Center; 4000 Düsseldorf 1, Königsallee 22.

Telefon: 0211/6 48 11.

Anzeige



1. Welche Bezeichnung ist korrekt?

- Republik China (fr)
- Taiwan (ch)
- Formosa (vo)

2. Seit wann befindet sich die Regierung der Republik China in Taipeh?

- Seit der Entdeckung der Insel durch die Portugiesen im Jahr 1583 (in)
- Seit der Besetzung des Festlandes durch die Kommunisten 1949 (ei)
- Seit der diplomatischen Anerkennung Peking durch die USA 1979 (ik)

Acht Fragen über die Republik China

3. An welcher Stelle steht die Republik China im Welthandel?

- An 25. (al)
- An 7. (sr)
- An 15. (es)

4. Das Außenhandelsvolumen der Republik China wird 1985 60 Milliarden US-Dollar betragen und damit

- das 125fache von dem, was vor 30 Jahren zu verzeichnen war (c)
- das 150fache von dem, was vor 30 Jahren zu verzeichnen war (i)
- so groß sein wie vor 15 Jahren? (e)

5. Nach Angaben des amerikanischen Magazins für Atomforschung, Nucleonics Week, stand die Republik China im Jahre 1985, was die

- Atomenergieerzeugung anbetrifft, weltweit an erster Stelle (p)
- an zweiter Stelle (h)
- an zweiter Stelle? (s)

6. Über wie viele Exponate verfügt das National Palace Museum in Taipeh etwa

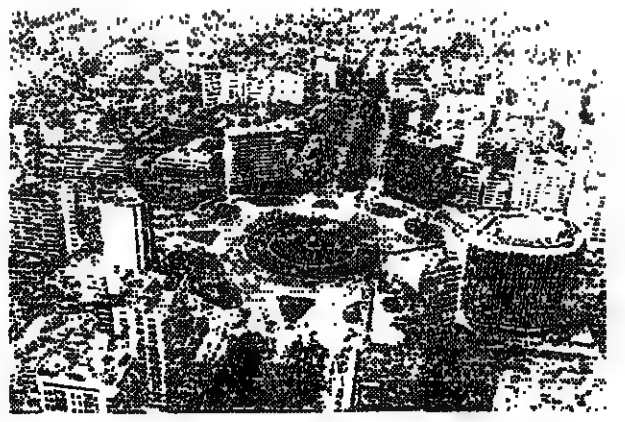
- 320 000 (u)
- 650 000 (i)
- 900 000? (a)

7. Wo liegt der weltberühmte Sun Moon Lake?

- In der Nähe von Taichung (n)
- In der Nähe von Taipeh (b)
- In der Nähe von Taifung (k)

8. Die Taroko-Schlucht liegt

- an der Ostküste in der Nähe von Hualien (a)
- an der Westküste bei Kaohsiung (t)
- im Norden bei Chinshan? (i)



Bei richtiger Beantwortung ergibt sich ein 11buchstabiges Lösungswort, das Sie bitte bis zum 15. Februar an folgende Anschrift schicken:

Deutsch-Chinesische Gesellschaft Bonn e. V.

z. Hd. Herrn Vorsitzenden Paul Jordan
Burgstraße 31, 4. Stock, App. 168, 5300 Bonn 2
Gehen mehrere richtige Antworten ein, entscheidet in Anwesenheit eines Rechtsanwalts indes unter Ausschuß des Rechtswegs das Los.

Und das sind die Preise:

- 1. Preis: 2 Flugscheine hin und zurück nach Taipeh
- 2.- 30.: Bildbände über Taiwan
- 31.- 70.: Kollektionen von Briefmarken
- 71.- 200.: Münzen, Medaillen, Anhänger

Eröffnung des WORLD TRADE CENTER

Informations-Technologie ist das Schlüsselwort

Von YU KUO-HWA

Bevor wir uns im Jahre 1980 anschickten, das Taipei World Trade Center zu bauen, haben wir sorgfältig die Erfahrung anderer Handelszentren der Welt studiert.

Als Ergebnis dieser Untersuchungen entschieden wir uns dafür, eine Ausstellungshalle, einen Büroturm, ein Hotel und eine Kongresshalle innerhalb eines einheitlichen Komplexes zu bauen. In der Zwischenzeit wurden die Dienstleistungen des Flughafens und des Frachthafens verbessert, und zusätzliche Containerhäfen für den Inlandverkehr gebaut, um den Anforderungen der Steigerungen im Handel gerecht zu werden und um das Zentrum in die Lage zu versetzen, mit höherer Leistung seine vielseitigen Funktionen zu erfüllen.

Die Einweihung der Ausstellungshalle, die von China External Trade Development Council verwaltet werden wird, aufgrund entsprechender Vereinbarung, ragt als ein neuer Meilenstein in unserer Entwicklung des internationalen Handels hervor. Ich hoffe, es wird das erfüllen, was zu erreichen seine Aufgabe ist: Die Förderung der internationalen Zusammenarbeit und unserer eigenen wirtschaftlichen Entwicklung und die Kräftigung unserer Position als Handelszentrum im asiatischen Bereich des Pazifiks.

Jetzt feiern wir den Beginn des „Informationsmonats 1986“. Als Ergebnis beständiger Entwicklung im Bereich der Hochtechnologie und des Einsatzes von Computern können wir nun sagen, daß wir das Informationszeitalter betreten.

Informationstechnologie leistet einen zunehmend wichtigen Beitrag zu unserer Arbeit und zu unserem Le-

ben: Sie macht durch Automatisierung unsere Arbeit im Büro effizienter, erhöht durch Automation bei der Herstellung die Produktivität und vermittelt uns durch den Einsatz von Automaten im Haushalt eine höhere Lebensqualität.

Wir haben die Entwicklung der Informationstechnologie seit Anfang dieses Jahrzehnts aktiv vorangetrieben. Wir haben die Erziehung und die Ausbildung unserer jungen Männer und Frauen in diesem Gebiet einerseits verstärkt und auf der anderen Seite ihre weitreichende Anwendung gefördert.

Um das Interesse der Öffentlichkeit zu wecken, haben wir jährliche Informationsveranstaltungen organisiert mit Themen wie „Willkommen im Zeitalter der Information“, „Information und Leben“, „Information und Industrie“, „Information und Management“ oder „Information und Produktivität“. Diese Ausstellungen hatten auch zum Ziel, der Öffentlichkeit zu einem besseren Verständnis der Bedeutung der Informationstechnologie zu helfen.

Das Thema der Ausstellung in diesem Jahr lautet: „Information und Automation“.

Wir hoffen, daß die Tätigkeiten während des Informationsmonats dazu beitragen, das Wissen in unseren Häusern, in unseren Schulen, in unseren Regierungsbehörden und unseren Unternehmen zu fördern. Unser Ziel letztendlich ist es, die Informationstechnologie dazu einzusetzen, die nationale Stärke zu erhöhen und den Lebensstandard unseres Volkes zu verbessern.

Yu Kuo-hwa ist Premierminister der Republik China.

Taiwan Gift, Jewelry & Stationery Spring Show	March 24-28 Local exhibitors only
Taiwan Machinery Show (Industrial Machines)	April 7-13 Local & International
Taipei International Sporting Goods Show	April 22-26 Local & International
Taiwan Automotive Parts, Accessories & Cycle Show	May 21-25 Local
Taiwan Building Materials & Hardware Show	May 21-25 Local
Computer Taipei '86	June 2-8 Local & International
Taipei International Toy Show	September 27-October 1 Local & International
Taiwan Electronics Show	October 7-13 Local & International
Taiwan Gift, Jewelry & Stationery Autumn Show	November 4-8 Local
Taiwan Furniture Show	November 16-22 Local
Taipei International Woodworking Machinery Show	November 16-22 Local & International

Handelszentrum soll Führungsrolle unterstreichen

Der 1. Januar 1986 war für die Außenwirtschaft Taiwans ein großer Tag. Im Osten der Hauptstadt, im Bezirk Hsinji, wurde zu Beginn dieses Jahres der erste Komplex des neuen Welt-Handelszentrums in Betrieb genommen. Mit 99 100 Quadratmetern ist es eines der größten der Welt. In 1009 Show-Räumen zeigen nationale wie internationale Import- und Exporteure an 365 Tagen im Jahr ihre Produkte. Alle sechs Monate ist ein Wechsel der Aussteller vorgesehen. Es ist Platz für 3000 Firmenvertreter im riesigen Komplex. Für die Importfirmen steht der ganze 7. Stock zur

Verfügung. Damit will die Regierung von Taiwan unterstreichen, wie sie ihre Öffnungspolitik gegenüber den westlichen Industrieländern versteht.

Die Unternehmen dürfen alles ausstellen, was sie in Taiwan anbieten möchten. Vom Rohstoff über Computer und High-Tech-Produkte bis hin zu Konsumartikeln aus dem westlichen Ausland ist alles zu sehen. 36 Fahrbahnen sorgen dafür, daß im 7stöckigen Aus-

stellungszentrum jeder Aussteller in Minutenschnelle zu erreichen ist. Und in Sekunden schaffen es die Computer, die zentral gesteuert von der Empfangshalle bis hin zum Kaufabschluß jederzeit zur Verfügung stehen. Verbindungen herzustellen. Telexverbindungen sorgen für die Verbindung nach Übersee zu den Muttergesellschaften. Das Ausstellungszentrum ist ein Komplex im neuen „Taipei Welt-

Handelszentrum“, das 1986 fertig sein wird.

Dann gehören neben dem Ausstellungskomplex ein 936-Betten-Hotel (Meridien), ein 34stöckiges Verwaltungsgebäude und ein 3300 Plätze umfassendes Kongresszentrum dazu. Mit dem Handelszentrum will Taiwan seine führende Rolle in Asien als Handelszentrum unterstreichen.

Zudem hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, mehr „intelligente“ Güter als bisher entwickeln und produzieren zu müssen. Dabei wird verstärkt die Elektronik und die Computertechnik gefördert.

1986
TAIPEI
TRADE SHOWS
calendar

VOLKSREPUBLIK und REPUBLIK CHINA / Versuch einer bewertenden Bestandsaufnahme ihrer unterschiedlichen „Wege“ und Systeme

China verstehen heißt die Empfindungen der Menschen begreifen

Von PAUL JORDAN

Um China und seinen Menschen näherzukommen, ist es oft ein verlässlicher, sich mit der altbewährten Kultur der vergangenen 2500 Jahre zu beschäftigen und die großen Philosophen und Lehren zu studieren. Diese großartige tausendjährige Kultur hat den chinesischen Menschen von heute – ihm bewußt oder unbewußt – unverwundbar geprägt, seine Lebenswerte und zu bewundernden Eigenschaften wie auch vieles, was wir Europäer schlecht begreifen können.

Der Einfluß des Erziehungsforschers Konfuzius ist heute noch spürbar: Selbstdisziplin, Einordnung in die Familie und die Arbeitswelt, Bescheidenheit und zimmermüder Fleiß sind für nicht wenige Chinesen auch heute noch Ideale und bilden für sie die Grundlage jedes vernünftigen Miteinanders der Menschen. China und seine Menschen in ihrem Lebensgefühl und ihrer Geistesart zu verstehen, ist also ein unverzichtbarer und zu beachtender Gesichtspunkt.

Von existentieller Bedeutung für alle Beziehungen – seien sie kulturell, politisch, wirtschaftlich – zu den Chinesen ist aber ihre Entwicklung und deren Ausstrahlung auf die Welt. Menschenwürdige Politik bedarf eines geistig-moralischen Fundamentes, um Engagement und Dynamik zu erzeugen. Aber nicht Philosophen und ihre Ideen bestimmen vornehmlich das Handeln der Menschen, sondern Notwendigkeiten und manifeste Interessen.

Das Grundmotiv aller chinesischen Entwicklungen der letzten 120 Jahre ist das Ringen um den jeweils besten Weg zur Modernisierung des „Reiches der Mitte“. Zwei seit Jahrzehnten im Bürgerkrieg befindliche Parteien stehen sich hierbei gegenüber: die Kommunistische Partei Chinas und die Nationale Volkspartei (Kuomintang). Sie ist die dominierende Partei in der Republik China in Taiwan. Vom „Vater der Revolution“ in China, Sun Yat-sen, gegründet, verkörpert dessen „Drei Grundregeln vom Volk“ die politische Philosophie und Entwicklungspolitikkonzepte der Republik China – bis heute. Am einfachsten entsprechen diese drei Grundregeln den Worten Abraham Lincolns: „Of the people, by the people, for the people“.

Taiwan verwirklichte Reformziele Peking

Nur der Republik China ist bis heute die Anpassung an die moderne Weltwirklichkeit gelungen. Die Volksrepublik auf dem Festland befindet sich erst auf einem langwierigen Wege dorthin.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Ostasien setzte sich für das chinesische Volk die Kette unendlicher Leiden fort. Die Weichen hierfür waren wie für Europa auch für Ostasien von Stalin, Roosevelt und Churchill auf ihrer Geheißkonferenz in Jalta hinter dem Rücken ihres Verbündeten China im Februar 1945 gestellt worden. Als Folge wurde China

am Tage der Kapitulation Japans und nach nur sechs Tagen sowjetischer Kriegsbeteiligung gezwungen, den letzten „ungleichen Vertrag“ seiner Geschichte zu unterschreiben.

Die Sowjets nahmen die Kapitulation der japanischen Streitkräfte in der Mandschurei entgegen und nutzten deren Besetzung zu Demontage und Abtransport der dortigen Industrie als „Kriegsbeute“ aus. Die riesigen Waffenbestände der Japaner übergaben sie den chinesischen Kommunisten – selbstverständlich unter Bruch kurz vorher gegebener vertraglicher Zusagen. Es war der Beginn von Chinas Eroberung durch die Kommunisten: die rechtmäßige Regierung mußte das Festland räumen. Mao Zedong rief am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik China aus.

Bis zum Tode Maos und dem Sturz der sogenannten Vierbande wurde nun China 27 Jahre lang einer Folge von Politikexperimenten unterzogen. Mit immer neuen Versprechungen für eine bessere Zukunft wurden gegebene Zusagen gebrochen; eine Kampagne löste die andere ab, gipfelnd in der künstlich erzeugten Rhetorik der Volksmassen zur Kulturrevolution – letztlich um Maos Vision willen, einen „Neuen Menschen“ schaffen zu können.

Seine politische Philosophie beruhte ja auf der Prämisse, daß Neues nur durch Vernichtung des Alten entstehen könne. Und so sind die Opfer, die China hierfür bringen mußte, all zu hoch.

Der Kurs der neuen Männer Chinas um Deng Xiaoping gibt dem Lande gewiß neue Hoffnung. Es ist der Beginn eines schwierigen Weges, um Anschluß an die Moderne zu gewinnen. Die spektakuläre Öffnung Chinas erscheint irreversibel, das Gespenst Kulturrevolution endgültig überwunden. Man spricht von einem Modernisierungs-„Rausch“, der allenthalben spürbar ist und offensichtlich auch viele unerfreuliche Erscheinungen zutage fördert. Die fernen Ziele der vielen für China bisher undenkbar neuen Maßnahmen aber sind nur in Taiwan verwirklicht worden: die Reformen auf dem Festland also insofern zum Erfolg verurteilt.

Deng aber hat viele Widersacher. Sie sitzen trotz Säuberungen noch unter Kadmern und den 42 Millionen Parteimitgliedern, vielleicht auch in den Streitkräften, und trauern um ihre einstige Macht.

Als Problem vor allem bleibt der Widerspruch zwischen den sogenannten „vier Prinzipien“ (absolute Führung durch die Partei, Festhalten am sozialistischen System, Anerkennung der Diktatur des Proletariats, Festhalten am Marxismus, Leninismus und den Mao-Ideen) und den Modernisierungskonzepten offenbar und wird permanente Schwierigkeiten mit sich bringen. Der neue Weg der Liberalisierung, der ja vornehmlich und zunächst eine geistige Wende sein muß, führt unter Beibehaltung der „vier Prinzipien“ kommunistischer Herrschaft mindestens zu schwerwiegenden Reibungsverlusten in der Praxis – mit allen Folgen.

Wird der neue Weg erfolgreich und kontinuierlich weitergeführt werden

können? Kein aufmerksamer Beobachter wagt das zu prognostizieren. China hat in seiner Geschichte allzu oft unerwartete Wendungen vollzogen.

Nach dem Zusammenbruch von 1949 und der Flucht vom Festland begann die Kuomintang-Regierung in Taiwan 1950 ihr Aufbauwerk unter sehr schweren Bedingungen. Zielsetzungen und Konzepte waren grundlegend anders als in der Volksrepublik. Heute steht die Republik China in der Provinz Taiwan als ein Leitbild für die Modernisierung Chinas und Vorbild für andere Entwicklungsländer, als stabiler und verlässlicher Partner der westlichen Welt vor aller Augen. Eine moderne Industriegesellschaft ist unter der Führung der Kuomintang entstanden.

Vom gesamtchinesischen Territorium kontrolliert sie lediglich 0,38 Prozent mit 1,8 Prozent der chinesischen Bevölkerung. Folgende Zahlen, die aus veröffentlichten Angaben sowohl des Festlandes wie Taiwans ermittelt wurden, repräsentieren Leistungen, die von Menschen aus allen Teilen Chinas auf einem kleinen Teil chinesischen Bodens gemeinsam unter einer chinesischen Regierung erbracht worden sind.

1984 wurden hier 11,16 Prozent des chinesischen Bruttoinlandsprodukts und 21,25 Prozent des chinesischen Nationalinkommens erarbeitet. 51,22 Prozent des chinesischen Außenhandels wurden in Taiwan abge-

wickelt. Die Republik China verfügte am 30. September 1985 über 62,79 Prozent der chinesischen Devisenreserven. Taiwan erzeugte 1984: 11,48 Prozent des chinesischen Stahls, 11,63 Prozent der chinesischen Elektrizität, 9,90 Prozent des Kunststoffs, 53,19 Prozent des Zuckers, 23,67 Prozent der chinesischen Nahrungsmittel, 92,77 Prozent der chinesischen Computer-Chips, 45,52 Prozent der chinesischen Motorfahrzeuge, 34,96 Prozent der in China gebauten Schiffstomaten. In Taiwan studierten 1984/85 21,94 Prozent aller chinesischen College-Studenten; in Taiwan erhielten auch 86,27 Prozent derer, die zwischen 1979 und 1984/85 in China promovierten, ihre Doktorgrade. Diese Zahlen zeigen, welche große nationalen Aufgaben auf dem Festland noch zu lösen sind, sie sind aber auch der erste und bisher einzige Beweis dafür, daß China aus eigener Kraft modern und wirklich fortschrittlich sein kann.

Die kommunistischen Führer Chinas vertreten gegenwärtig die Auffassung, daß ihr Taiwan-Problem nach dem Vorbild zu lösen sei, welches die Einigung Peking mit Großbritannien über Hongkong bietet. Demnach wäre der Insel, wie der britischen Kronkolonie, ab 1997 eine Schonzeit von 50 Jahren zu garantieren. In der Peking zwar schon die volle Souveränität über Gebiet und Bevölkerung nach außen hin zusteht, die innere Wirtschafts- und Gesellschaftsord-

Kontrollfunktion für Hongkongs Zukunft

Nur taiwanische Zurückhaltung gegenüber diesem „Modell“ ist geeignet, Peking in Bezug auf Hongkong zu kontrollieren. Wenn die Formel „eine Nation mit zwei Systemen“ in Taiwan überzeugen soll, dann muß sie erst in der Praxis überzeugend funktionieren.

Als ein kritischer Beobachter kann Taiwan also unmittelbar zur inneren Stabilität von Wirtschaft und Gesellschaft in Hongkong beitragen und auch damit mittelbar wieder auf die Kontinuität der gegenwärtigen Politik der Volksrepublik China hinwirken. Taiwans Führer vertreten die Auffassung, daß ihr eigener Entwicklungserfolg entweder in Peking politische Änderungen erzwingt und damit die Entwicklungschancen für ganz China begünstigt, oder aber von so geringer Ausstrahlungskraft bleibt, daß eine sogenannte Wieder-

vereinigung für die Insel Rückfall in das Armenhaus der Vergangenheit bedeute.

Das von der Volksrepublik China immer wieder mit hoher Priorität dargestellte Anliegen, Taiwan zurückzugewinnen und selbst Waffengewalt hierbei nicht auszuschließen, erscheint ungläubig und angesichts nicht nur der Größenordnungen einander, sondern gegenüber den dringenden Problemen im eigenen Land.

Für viele westliche Politiker, Diplomaten und Publizisten ist die Inselrepublik in den letzten 15 Jahren ein lästiges Problem geworden. Die Inseln gehören zu China, was so wenig in Taiwan selbst wie auf dem chinesischen Subkontinent bestritten wird. Regierung und die Führung der Kuomintang, die auch 36 Jahre nach Aufgabe des Festlandes sich als die einzige legale Regierung der gesamten chinesischen Bevölkerung verstehen, lehnen Gespräche mit Kommunisten strikt ab.

China-Euphoristen verstehen dies nicht. Nachweislich jedoch waren Prognosen über die Volksrepublik China aus Taipei in diesen 36 Jahren stets zutreffender als die mancher westlicher sogenannter China-Experten.

Aus langer leidvoller Erfahrung sieht die Republik China in der Formel „ein Land, zwei Systeme“ nur eine taktische Manipulation der alten, oft von den Kommunisten erfolgreich angewandten Strategien. Säbelschneidende Drohungen mit einer sogenannten „friedlichen Betreffung“ Taiwans sind zumindest für Beobachter, die die „Befreiung“ Vietnams und Kambodschas kennen, nicht harmlos.

Taiwans Führer sind in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht Realisten. Daß sie nicht auf ihren Alleinvertragsanspruch verzichteten, hat natürlich auch eine stabilisierende Wirkung auf das innerchinesische Verhältnis gehabt. Die überwältigende Mehrheit der Inselbevölkerung lehnt einen Anschluß an ein kommunistisch geführtes China ab. Die mit großer Behutsamkeit durchgeführte Liberalisierung hat den Bürgern ein Ausmaß an innerer Freiheit und Freizügigkeit gegeben, das – von Japan abgesehen – in nur wenigen weiteren Staaten der Region zu finden ist. Führung und Bürger des Landes, soweit diese politisch denken, sehen immer das ganze China; sie sind am Erfolg der Modernisierungen auf dem chinesischen Festland ebenso interessiert, wie ihre Landsleute dort.

Bei stabilen Verhältnissen, einer zuversichtlichen und verlässlichen Führung, die gerade durch ein sehr gutes Wahlergebnis das Vertrauen der Bürger erhalten hat, kann die Regierung der Republik China die wirtschaftliche, aber auch die politische Entwicklung auf dem Festland abwarten. Der Faktor Zeit scheint in China ohnehin nicht die Rolle zu spielen wie in anderen Teilen der Welt.

Zur Volksrepublik China unterhält die Bundesregierung wie die anderen europäischen Staaten und die Vereinigten Staaten von Amerika normale diplomatische und erfreuliche Wirtschaftsbeziehungen, letztere auch mit

COMPUTER

MSC staunt über eigenen Erfolg

Wir sind selbst über unseren Erfolg erstaunt“, so kommentiert Kai Diestel, Geschäftsführer der „CE-TEC Trading“ in Ahrensburg bei Hamburg den Siegeszug der Computer von Multi-Tech. Seit dem Unternehmen im April 1985 an der Elbe Fuß faßte, wurden 1400 Geräte im Wert von 2,5 Millionen Mark an deutsche Kunden verkauft.

Multitech zählt zu den bekanntesten Computerherstellern in Taiwan. Das Unternehmen setzte im vergangenen Jahr rund 300 Millionen Mark um. Multitech wurde 1976 von Stan C. J. Shih in Hsinchu gegründet. Es war das erste Unternehmen in Taiwan überhaupt, das sich auf die Konstruktion und die Produktion von Mikrocomputern spezialisierte. Dabei wurde vornehmlich ausländische Technologie als Basis genommen. Heute firmiert das Unternehmen unter dem Namen „MSC Gruppe“ und ist zu einem der größten Computerfirmen in Taiwan aufgestiegen. Stan Shih ist aufgrund seines Erfolges inzwischen Präsident des Verbandes der taiwanischen Computerhersteller geworden.

MSC/Multitech ist eine Gruppe von Firmen, die sich nur mit der Produktion und Entwicklung von Hochtechnologieprodukten befaßt (Multitech Industrial Corporation, Continental Systems Inc., Sertek International Group, Multitech Keyboard Factory).

MSC fertigt für große US-Hersteller ebenso wie für große deutsche Unternehmen verschiedene PC-Modelle, Graphik-Terminals, Multi-User-Stationen inclusive aller Add-On-Produkte wie Erweiterungskarten, Netzwerke, Terminal-Emulationen, Drucker sowie Lehrgeräte für Schulen und Industrie. US



Sun Yat-sen gründete nach dem Sturz der letzten Kaiserdynastie im Jahre 1911 die – damals ganz China umfassende – Republik China, starb jedoch kurz darauf. Sein Programm der demokratischen „Drei Prinzipien für das Volk“ aber blieb Gedankengut der Kuomintang, obgleich deren Geschichte nach dem Tode Suns unter dem Zwang der Ereignisse von Generälen bestimmt wurden – am längsten von Tschiang Kai-shek. Abgesehen von der Frage, wie weit letztlich die „Prinzipien“ Sun Yat-sens auf Taiwan, dem letzten der Kuomintang verbliebenen Herrschaftsgebiet, verwirklicht wurden, sind sie dennoch in China nicht vergessen: Auch die Ideale des Konfuzius entfalteten in zweitausend Jahren Geschichte trotz mannigfacher Anfechtungen erst in einem langsamen Prozeß ihre umfassende Wirkung. In der Republik China ist ihr Einfluß lebendig geblieben.



Verstärktes deutsches Engagement erwünscht

Und weiter: Von 216 deutschen Studenten in Taiwan erhalten ganze 6,48 Prozent Stipendien vom DAAD (Deutscher Akademischer Austausch-Dienst); in der Volksrepublik China jedoch von 128 Studenten 59, das sind 46,09 Prozent. Die deutschen Interessen werden in der Republik China offensichtlich vernachlässigt.

Deutschland hat noch aus der Weimarer Zeit herrührend zahlreiche treue Freunde in der Republik China, wir Deutsche treffen auf viel Zuneigung. Führende Kreise in Taiwan unterhalten gerne Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, die in dortigen Planungstäben als Partnerschaft in der politischen Substanz bezeichnet werden. Hierunter wird die beiderseitige Erkenntnis verstanden, daß praktische Zusammenarbeit auf kulturellem, wissenschaftlichem und nicht zuletzt wirtschaftlichem Gebiet langfristige Sicherheit und Stabilität in Ostasien fördern. Hierzu sind unter Verzicht auf formelle Repräsentanz die erforderlichen organisatorischen Strukturen für rein funktionale Zwecke zu schaffen.

Generalmajor a. D. Paul Jordan unter- nahm nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr mehrere Studienreisen nach Ostasien; fast ein Jahr verbrachte er in der Republik China. Jordan ist Vorsitzender der Deutsch-Chinesischen Gesellschaft e. V. in Bonn.

entliche
htung

ist

SWARZE

Betriebe
Unkreis
Hallen

EURO ASIA TRADE ORGANISATION

Deutliche Offerten in Richtung Gemeinschaft

Wir haben unseren Firmen", sagt der stellvertretende Generalsekretär der Euro Asia Trade Organisation, C. P. Chang, "die klare Anweisung gegeben, verstärkt in Westeuropa einzukaufen und nicht nur ausschließlich bei den Japanern."

Europäische, speziell deutsche Waren gehen in der Republik China zwar als ausgesprochen teuer, es mache sich aber, so Chang, langsam die Erkenntnis breit, daß der höhere Preis durch bessere Qualität im Vergleich zu japanischen Produkten mehr als wettgemacht werde. Hinzu komme, daß die Republik China gegenüber Japan im vergangenen Jahr ein Defizit im bilateralen Handel von 3,2 Milliarden US-Dollar aufwies und - so Chang - "wenn die Japaner ihre Märkte für uns nicht öffnen wollen, müssen wir eben auch woanders einkaufen".

Man habe die Regierung in Tokio offiziell zu einer liberaleren Importpolitik aufgefordert, aber sie haben dies einfach ignoriert. Natürlich gebe es Probleme, denn viele Firmen in Taiwan würden sagen, okay, ich bin bereit, in Deutschland zu kaufen, aber wer zahlt mir die Differenz zu dem Preis vergleichbarer japanischer Waren? Wichtig sei daher, mit den Europäern ins Gespräch zu kommen, aber es gebe keine offiziellen diplomatischen Kontakte, auch keine rechtliche, dem amerikanischen Taiwan-Act vergleichbare Grundlagen, die den Taiwanern Vertretern in den Vereinigten Staaten einen diplomatischen Status sichern.

"In Europa wissen wir nicht einmal in jedem Fall, welche Kanäle wir benutzen müssen, um mit bestimmten Leuten ins Gespräch zu kommen. Hier muß etwas geschehen", sagt Chang. Der Experte des europäischen Handels versteht nicht die Rücksichtnahme gegenüber der Volksrepublik, die darin zum Ausdruck kommt. "Deutschland beispielsweise ist ein starkes, ein wichtiges Land. Es sollte vor Peking keine Angst haben." Chang ist indes überzeugt, daß in Bonn wie auch in Brüssel Bewegung in der politischen Landschaft entstanden sei, denn "als 15. größtes Handelsland der Welt können wir nicht länger übersehen werden".

Wenn die Europäer Geschäfte wollen, müßten sie die Taiwanern zur Kenntnis nehmen. Es gebe bereits konkrete Anzeichen, über die er sich indes nicht weiter auslasse, um eine zukünftige Normalisierung in den taiwanesisch-europäischen Beziehungen nicht zu gefährden. "Aber", sagt er, "nehmen Sie nur die Tatsache, daß uns die Holländer zwei U-Boote verkauft haben. Das ist schon etwas sehr Positives".

In Zukunft werde die Republik China auch mit technologisch hochwertigen Produkten in Europa antreten. Denn der Ausbildungsstand der taiwanesischen Arbeiter sei hoch. Daher stehe für das gesamte Spektrum moderner Produkte eine qualifizierte Arbeitsmenschheit zur Verfügung, vielleicht mit Ausnahme des High-Tech-Bereiches. Aber mit wachsender Betätigung in diesem Gebiet werde das Exportangebot auch diese Produkte umfassen.

Derzeit noch eine wirkliche Schwäche sieht Chang in der oft ungenügenden Respektierung internationaler Gesetze und Normen; wenn auch - besonders im Kampf gegen Fälscher - Fortschritte zu verzeichnen seien. Jüngster Vorfall: Die Europäische Kommission hat beschlossen, eine Untersuchung über die EG-Importe von elektronischen Schreibmaschinen aus Taiwan einzuleiten. Die Initiative kommt vom europäischen Verband der Schreibmaschinenfabrikanten, die ihren fernöstlichen Konkurrenten vorwerfen, in Europa zu Dumpingpreisen zu verkaufen. Immerhin stiegen die Exporte aus Taiwan von 6000 Einheiten im Jahr 1982 auf rund 84 000 Einheiten nur zwei Jahre später.

Dennoch, meint Chang, sei die Situation, was die Respektierung internationaler Abmachungen und Gesetze angeht, in der Republik China besser als in vielen anderen Ländern der Dritten Welt. Denn aufgrund der starken Industrialisierung und Ausrichtung auf den internationalen Handel müßten die Chinesen doch jetzt stärker die bestehenden und international anerkannten Spielregeln respektieren. Chang: "Unsere Kinderjahre sind vorbei, wir können uns entsprechende Scherze heute nicht mehr leisten." M. P.

EUROPA / Von-Aerssen-Bericht brachte klimatische Besserung

Einigkeit im Europa-Parlament über „pragmatische Lösungen“

Die Europäische Gemeinschaft hat Taiwan nie anerkannt und daher auch nie offizielle Handelsbeziehungen oder Beziehungen über andere diplomatische Kanäle aufgenommen. Das Interesse an dem Markt des Festlandes war so groß, daß man nicht glaubte, eine liberalere Politik gegenüber der Insel wagen zu können.

Der Warenaustausch, den die Mitgliedsländer der Gemeinschaft mit der Republik China pflegen und der in den letzten Jahren kräftige Wachstumsraten erlebt - indes mit deutlichem Exportüberschuß zugunsten Taiwans - erfolgt ohne Vereinbarungen irgendwelcher Art. Was geregelt werden muß, insbesondere auf der Importseite der EG, wurde durch "autonome Maßnahmen", wie es heißt, festgelegt. Auf deutsch: Es wurde der Regierung in Taipei in oft genug diskriminierender Weise diktiert.

Einseitig und ohne vorherige Konsultationen wurden etwa von der EG die für Taiwans Landwirtschaft so wichtige Quote bei den Pilzkonserven von 28 000 Tonnen 1973 auf 13 000 Tonnen im Jahre 1978 und 1981 1000 Tonnen im Jahre 1980 (1981: 1300 Tonnen) herabgesetzt. Im Rahmen des Altfaserabkommens mußten sich die Chinesen 1978 und 1981 drastische Herabsetzungen ihrer Textilquoten gefallen lassen. Außerdem ist Taiwan bis heute nicht am Allgemeinen Präferenzsystem beteiligt.

Kommission nahm Kontakt zu Verbänden auf

Allerdings hat die Kommission der EG in der letzten Zeit den Mut zu einer flexibleren Haltung gefunden und pflegt nunmehr offiziellen Kontakt zu den einzelnen Industrieverbänden der Republik China. Nach wie vor werden handelspolitische Maßnahmen unilateral bestimmt, aber es gibt vorher Konsultationen.

Immerhin befähigte sich inzwischen auch das Europäische Parlament - unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Erfolge der R.O.C. - mit Taiwan

Am 14. Januar 1985 erteilte es dem Ausschuß für Außenwirtschaftsbeziehungen auf dessen Bitte hin den Auftrag, einen Bericht über das Thema der Wirtschaftsbeziehungen auszuarbeiten. Als Berichterstatter wurde der deutsche Politiker Jochen von Aerssen, CDU-Mitglied und für die Europäische Volkspartei im EP, mit der Berichterstattung beauftragt.

Dieser Bericht liegt inzwischen vor. Er bekräftigt, daß die EG die "Volksrepublik China als einzig rechtmäßige Vertretung Chinas betrachtet", ist aber gleichwohl der Meinung, "daß die Gemeinschaft die wirtschaftliche Bedeutung Taiwans nicht außer acht lassen kann und alle Möglichkeiten zur Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen nutzen sollte".

Weiter ging indes der deutsche EP-Politiker Axel Zarges, der den Bericht für den veränderten von Aerssen erläuterte. Er sprach sich für die volle diplomatische Anerkennung der Inselrepublik aus. Die vielfältigen Pressionen Rotchinas, sagte er im Plenum des Europäischen Parlamentes, dürften nicht dazu führen, Taiwan in seiner weitestgehenden Isolation zu belassen. Taiwan sei ein langjähriger Freund des Westens, ein Wall gegen den Kommunismus im pazifischen Raum.

Dieser Forderung erteilte EG-Kommissar Willy de Clercq eine Absage. Es sei nicht beabsichtigt, zu Taiwan formelle Beziehungen aufzunehmen. Daß "pragmatische Lösungen" die Beziehungen zur Volksrepublik China nicht stören müßten, betonten mehrere Redner in der Aussprache am 10. Juli 1985. Der SPD-Politiker Hans-Joachim Seiler wies darauf hin, daß auch die Volksrepublik danach trachte, die Spaltung Chinas zu überwinden.

Tatsächlich sind weder für die Republik China noch für die Volksrepublik die politischen Differenzen ein Hinderungsgrund, den Handel vorsichtig und doch kontinuierlich zu erweitern. Der Aerssen-Bericht spricht davon, daß 1981 Waren aus der Volksrepublik im Wert von 170 Millionen Mark über Hongkong ihren Weg nach Taiwan nahmen, vor allem chinesische Medikamente, Obst und

Gemüse. Das Festland bezog von der Insel - auch über Hongkong - in diesem Jahr Waren im Wert von circa 870 Millionen Mark, vor allem Kunststoffe, Gewebe, Kunststoffe, elektrische und elektronische Erzeugnisse und Spezialmaschinen.

Dieser Wert hat sich in den zurückliegenden Jahren deutlich erhöht, jedenfalls nicht weniger als die allgemeine Entwicklung im Außenhandel. Genaue Statistiken gibt es nicht, da die Waren der R. O. C. entweder über Hongkong oder Singapur laufen, oder von japanischen Handelshäusern exportiert werden.

Markt für Waren aus der „Provinz Taiwan“

Es gibt heute sogar schon zollfrei eingeführte - Taiwan ist ja eine Provinz - Produkte, etwa Haushaltsgeräte oder Fernseher der Firma Taiping, die in der Volksrepublik den Herkunftsnachweis "made in R.O.C." tragen und nicht mehr den Hinweis "assembled in Hong Kong". Offiziell jedoch ist der Export zum Festland nach wie vor untersagt, aber bestraft werden nur "kleine Sünder".

Auf der Grundlage dieser Erkenntnis, daß es auch Peking nicht so streng nimmt mit der Provinz, die der Kommunismus nicht erobern konnte, setzt sich der Ausschuß-Bericht "für eine faire Behandlung Taiwans beim Ausbau der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen" ein. "Taiwan sollte nicht anders behandelt werden als andere aufstrebende Partnerländer, vorausgesetzt, daß es neben den Rechten auch entsprechende Pflichten des internationalen Handels übernimmt." Die Behandlung sollte "unterhalb der Ebene diplomatischer Beziehungen in pragmatischer Weise" erfolgen.

Der Bericht erkennt ausdrücklich Taiwans "wichtige Rolle im pazifischen Raum im Rahmen der westlichen Zusammenarbeit" an und fordert die Kommission und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, "die Chancen zu nutzen und von ausgesprochenen Diskriminierungen dieses Landes Abstand zu nehmen". H. v. L.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

Abhängigkeit von USA schwächte Konjunktur

Von CH. VON DER DECKEN

Neben Hongkong, Singapur und Südkorea gehört Taiwan zu den dynamischen Schwellenländern Ostasiens. Im Zeitraum 1964 bis 1984 erzielte der Inselstaat ein jahresdurchschnittliches Wirtschaftswachstum von 9,2 Prozent. Dabei verdreifachte sich das Pro-Kopf-Einkommen der gut 19 Millionen Taiwan-Chinesen allein in der letzten Dekade auf über 3000 US-Dollar.

"Industrialisierung" und "Integration in die Weltwirtschaft" sind die Stichworte, die den wirtschaftlichen Aufschwung Taiwans charakterisieren. Der Anteil der industriellen Wertschöpfung am Sozialprodukt liegt mit fast 50 Prozent deutlich höher als in anderen Ländern. Im Gegensatz beispielsweise zu Südkorea bilden kleine und mittlere Betriebe das Rückgrat der taiwanesischen Industrie: 70 Prozent der Beschäftigten, 55 Prozent der Produktion und 65 Prozent der Exporte des verarbeitenden Gewerbes entfallen auf mittelständische Unternehmen.

Wenige Länder sind darüber hinaus so stark zum Ausland hin orientiert wie Taiwan. Die Exporte von Waren und Dienstleistungen entsprechen rund 58 Prozent des Sozialprodukts, gegenüber einer Exportquote von 34 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland und nur 17 Prozent in Japan. Dabei besteht die Güterausfuhr fast vollständig aus verarbeiteten Produkten.

Andere Indikatoren unterstreichen ebenfalls die günstige wirtschaftliche Entwicklung Taiwans: 1984/85 blieb das Preisniveau weitgehend konstant; die Überschüsse in der Leistungsbilanz kumulierten im Zeitraum 1980 bis 1985 auf rund 20 Milliarden US-Dollar; die Auslandsverschuldung hält sich mit knapp neun Milliarden US-Dollar per Ende 1985 (15 Prozent des Sozialprodukts) in relativ engen Grenzen; die Währungsreserven verzeichneten sich seit 1980 auf zuletzt 19,2 Milliarden US-Dollar.

Seit Herbst 1984 schwächte sich die wirtschaftliche Dynamik in Taiwan allerdings spürbar ab. Das reale Wirtschaftswachstum halbierte sich 1985 gegenüber dem Vorjahr auf rund fünf Prozent, die Exporte stagnierten und die Arbeitslosenquote näherte

sich erstmals seit zwanzig Jahren der Vier-Prozent-Marke. Hauptursache dafür war die Abkühlung des Konjunkturklimas in den USA.

Vor diesem Hintergrund traten ausgeprägter als in früheren Jahren strukturelle Schwächen der taiwanesischen Volkswirtschaft zutage, die sich in zwei Kernpunkten zusammenfassen lassen: Erstens besteht eine einseitige Abhängigkeit vom US-Markt, der rund die Hälfte der Exporte des Landes aufnimmt. Von Januar bis Oktober 1985 erzielte Taiwan im bilateralen Außenhandel mit den USA einen Überschuß in Höhe von 8,4 Milliarden US-Dollar, was den Inselstaat neben Japan und den anderen ostasiatischen Schwellenländern in die Spitzengruppe der Verfechter verstärkter protektionistischer Maßnahmen in den USA brachte.

Zum anderen steigen in der Industrie Taiwans die Reallohn seit Jahren schneller als die Arbeitsproduktivität, was zu einer spürbaren Verschlechterung der Wettbewerbsposition des Landes geführt hat. Dennoch behielten bisher viele Unternehmen ihre arbeitsintensive Produktionsweise bei, anstatt den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten in technisch höherstehende und kapitalintensivere Bereiche zu verlagern. Die Bruttoanlageinvestitionen des Privatssektors blieben seit Anfang der achtziger Jahre deutlich hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurück.

Die Probleme sind erkannt: Die Empfehlungen einer im Frühjahr 1985 von der Regierung eingesetzten Wirtschaftsreformkommission beinhalten neben einer Senkung der Importzölle und einer Verringerung der Steuerbelastung der Unternehmen den Vorschlag einer generellen Deregulation der Volkswirtschaft. Zwar dürften auch für Taiwan zu nächst die Zeiten zweistelliger Wachstumsraten vorüber sein. Auf den bereits erregenen Wirtschaftserfolgen aufbauend sollte dieses Schwellenland in Ostasien im Zuge der eingeleiteten Neuorientierung aber mittelfristig zu einer überdurchschnittlich starken Wachstumsdynamik zurückfinden.

Dr. Christoph von der Decken ist Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank AG.

KRABBen

Renner ist der „Schwarze Tiger“

Shrimps, Krabben und insbesondere schwarze Tigergarnelen sind neben Computern und Textilien ein Exportschlager Taiwans. Dank neuer Forschungen wurden speziell für die Krabbenzucht neue Techniken entwickelt, die den Aufbau einer eigenen Zuchtindustrie ermöglichten.

1984 wurden in Taiwan 102 213 Tonnen Krabben verschiedener Art verarbeitet, unter ihnen mit 12 057 Tonnen als größtem Posten die schwarze Tigergarnele. Weil der Seefang begrenzt ist, werden die meisten von Fischfarmen geliefert. Ziel der Planungen ist es, bis 1995 die Fläche der Zuchtfarmen auf 10 000 Hektar zu vergrößern und die Produktion auf jährlich 50 000 Tonnen zu steigern.

Ein großer Teil der Tiere wird gefroren, in Konservendosen oder als Krabbensauce geliefert. 1984 betrug der Anteil der Tiefkühl-Garnelen am Gesamtexport 97 Prozent. Das entsprach einem Wert von rund 400 Millionen Mark. Im Jahre 1984 bezog die Bundesrepublik Deutschland 59 Tonnen Garnelen im Wert von rund einer Million Mark.

MARMOR

1000 Betriebe im Umkreis von Hualien

Marmor gehört zu den kaum bekannten Exportgütern Taiwans. Im letzten Jahr exportierte die Inselrepublik für rund 300 Millionen Mark Marmor in alle Welt. Auf die Bundesrepublik entfiel ein Anteil von rund fünf Millionen.

Mit seinen reichhaltigen Natur-schätzen und erfahrenen Facharbeitern ist das Gebiet um Hualien an der Ostküste Taiwans für seine schönen farbdurchlässigen und ausgezeichnet bearbeiteten Marmorprodukte weltweit bekannt geworden.

Taiwans Marmorvorkommen verteilen sich hauptsächlich auf das 50 Kilometer lange und zehn Kilometer breite Berggebiet, das sich von Hualien bis Suao im Norden und Taichung im Süden erstreckt. Nach Schätzungen von Fachleuten belaufen sich die Vorkommen auf mindestens 300 Milliarden Tonnen. Gegenwärtig gibt es in Taiwan rund 1000 marmorverarbeitende Betriebe.

Hauptexportartikel sind bearbeitete Marmorplatten, Geschenkartikel, Kunsthandwerk und Küchenartikel (Schneidebretter, Käsebretter, Aschenbecher). (WR)

EATO

GETTING TO KNOW US IS THE FIRST STEP TO START A EURO-ROC BUSINESS RELATIONSHIP

The Euro-Asia Trade Organization, a non-profit entity, has been playing an active role in ROC's business and industrial cooperation with Europe.

HOW CAN WE HELP YOU?

- Free assistance to European businessmen in:
- ★ exploring business and industrial opportunities
 - ★ sponsoring trade missions and technical seminars
 - ★ promoting cooperation in science, technology and industry
 - ★ initiating business and other contacts between potential partners
 - ★ gathering trade and business information

WHO SUPPORTS US?

Industrial and business leaders in the fields of:

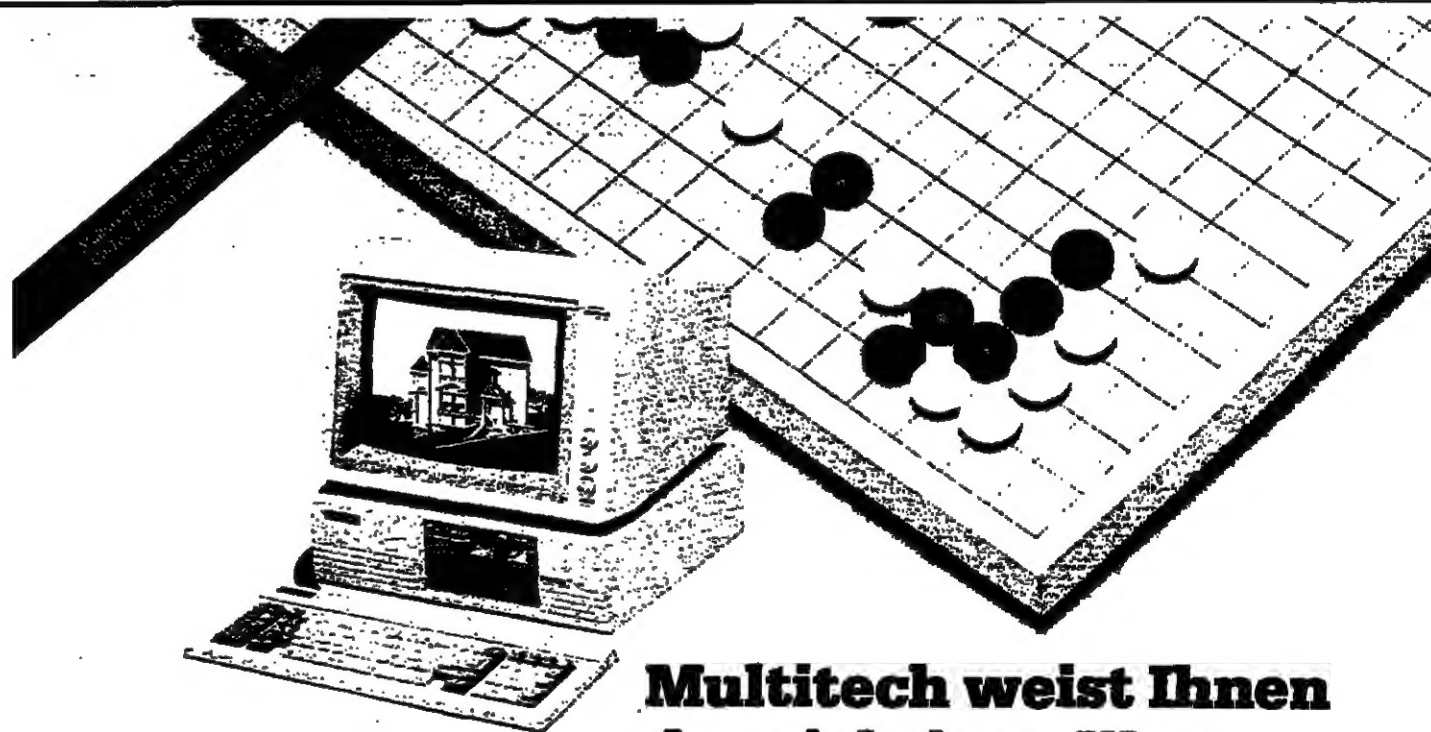
iron and steel, machinery
petrochemical, plastics
electronics, electrical appliances
textiles, foods
shipbuilding, civil engineering
shipping, banking
and many other realms of the economy

YOU WILL CERTAINLY FIND OUR RESOURCES VALUABLE TO YOU.



**EURO-ASIA
TRADE ORGANIZATION**

4th Floor, 1 Hsu Chow Road
Taipei, Taiwan, R.O.C.
Tel.: 393-2115, 393-1670
Telex: 25794 EATO



Multitech weist Ihnen den richtigen Weg in das Computerzeitalter

Multitech gilt schon seit langem als führend in der Computer-Industrie Asiens. So wie ein erfahrener Go-Spieler eine erfolgreiche Spielstrategie aus zeitgerecht eingesetzten taktischen Zügen kombiniert, hat Multitech ein solides Forschungs- und Entwicklungsprogramm mit einer kreativ geplanten Geschäftsstrategie integriert. Darauf basierend konnte Multitech eine beispiellose Palette von qualitativ erstklassigen Mikrocomputern und deren Zubehör mit Erfolg produzieren und weltweit auf den Markt bringen. Was Multitech noch über alle anderen hervorhebt, ist unser Ziel, die Vorteile der Hochtechnologie jedermann zugänglich zu machen.

Der Multitech Popular 500 ist die Verwirklichung dieses Zieles. Dieser „Volks-PC“ ist ein Personal Computer, der gerade zur richtigen Zeit gekommen ist. Der „Volks-PC“ ist ein komplett ausgestatteter Personal Computer, auf dem die Tausende kompatibler Software-Programme des IBM PC eingesetzt werden können. Dahin ist der Popular eine Schaltzentrale für Spiele, Lernen und für Arbeit, die man sich aus dem Büro mitgenommen hat. Im Büro hingegen stellt dieser Kompakt-Dynamo eine sparsame Methode zur Steigerung Ihrer Gewinne dar. Platzsparend, doch wirkungsvoll, ist der „Volks-PC“ das Ergebnis des Strebens nach Qualität und Effizienz. Qualität und Effizienz - das ist der Standard von Multitech - das ist Ihr Standard.

Seien Sie klüger als die anderen. Kommen Sie zu Multitech.

MULTITECH INDUSTRIAL CORP.
MULTITECH EUROPÄISCHES KONTAKTBÜRO -
Westdeutschland
CE-TEC Trading GmbH - Westdeutschland



Multitech INDUSTRIAL CORP.
97L, 288 SUNG CHANG ROAD, TAIPEI 10472, TAIWAN, R.O.C.
TEL: 02/2581-1101 TEL: 1912 MULTIC FAX: 02/2542-2805

MULTITECH EUROPEAN LIAISON OFFICE
LEUSENGSTR. 2, 4000 DUISBURG 1, WEST GERMANY
TEL: 0211-352941 TEL: 0211-352942 FAX: 0211-352946



CE-TEC Trading GmbH
Kornstraße 4, D-2070 Ahrensburg, W. Germany
Tel. 041 0248 01-0 Tel. 2108976

STADTPLANUNG / „Straßenbegleitgrün“ und „Frischlufschneise“: Begriffe aus dem Stadtplanungsamt Dortmund spielen auch in Taipeh ihre Rolle

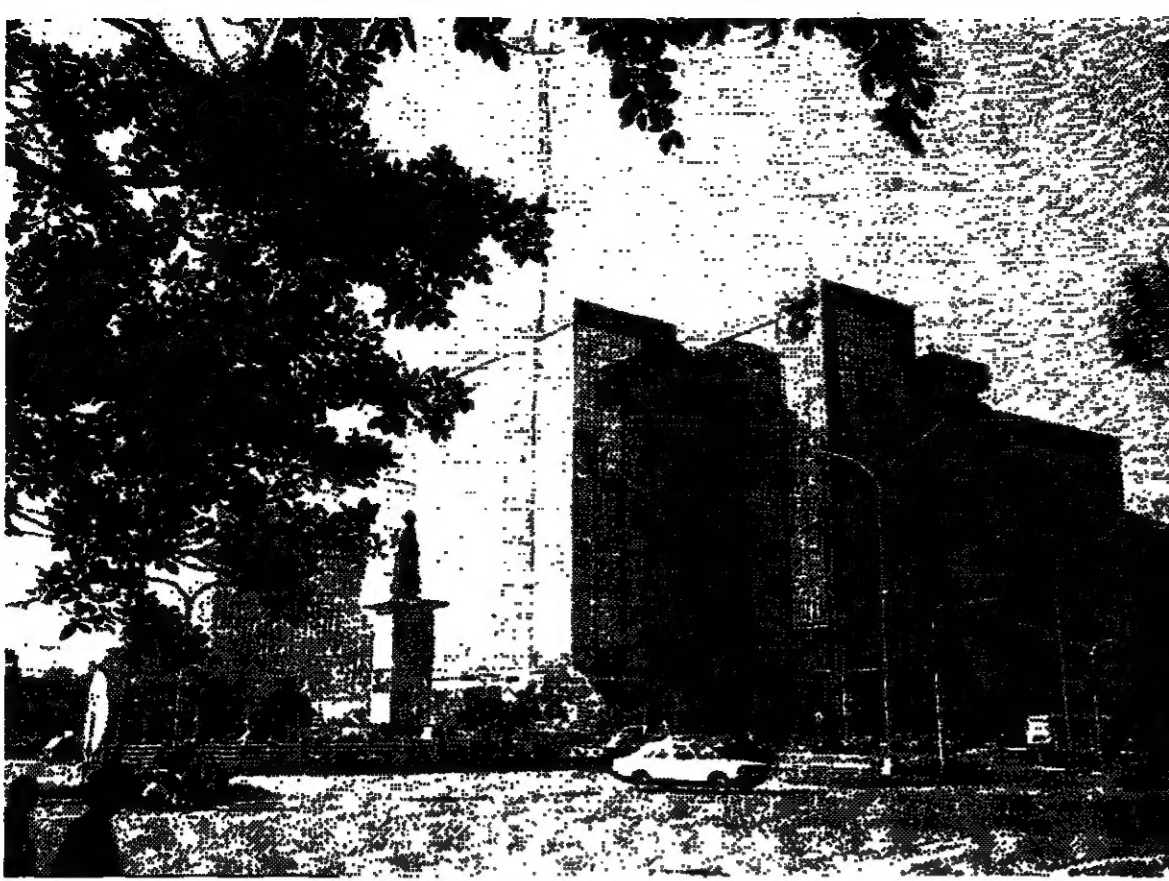
Taipeh ist eine Millionenstadt, die in ihrer pragmatischen Organisation zwar asiatisch, aber nicht mehr chinesisch wirkt. Wo sind die traditionellen Holzhäuser, wo die engen Basare, die bunten Straßenmärkte? Sie mußten einer nützlichen Stadtplanung weichen: Hochhäuser, Wohnkomplexe, Parkanlagen, gradlinige Boulevards im Quadratraster, Schnellstraßen, Stadtbahn. Eine U-Bahn befindet sich im Bau. Nicht nur auf den Reißbrettern der Stadtplaner hat die Zukunft Taipehs schon längst begonnen.

In Taipeh rangiert Entwicklung vor Tradition. Über 95 Prozent des heutigen Taipehs sind innerhalb der letzten drei Jahrzehnte förmlich aus dem Boden gestampft worden. Und in typisch asiatischer Weise „explodiert“ die Einwohnerzahl – in Taipeh in noch stärkerem Maße als im übrigen Taiwan: Innerhalb der letzten 20 Jahre verdoppelte sich die Bevölkerung der Hauptstadt, die heute in ihren Stadtgrenzen im engeren Sinne 2,5 Millionen Chinesen zählt, in Groß-Taipeh gar 4,5 Millionen Menschen. Die Bevölkerungsbildung hat ein dramatisches Ausmaß angenommen, seitdem über ein Viertel aller Taiwan-Chinesen allein auf Groß-Taipeh entfallen. Weil Taipeh aber auch eine wohlhabende Stadt mit vielen reichen Chinesen ist, müssen sich die Stadtplaner und -planer in Taipeh mit den mannigfachen Problemen und Forderungen einer anspruchsvollen Konsumgesellschaft plagen.

Einer von ihnen ist Chang Kuei-Lin, Leiter des Stadtplanungsamtes. Er ist ein dynamischer und ideenreicher Chef seiner Abteilung und besitzt eine fundierte westliche Ausbildung – wie übrigens viele der heute in verantwortlicher Position tätigen Taiwan-Chinesen in Wirtschaft und Handel, Verwaltung und Wissenschaft. Chang studierte in den USA, absolvierte kürzlich noch ein Aufbaustudium an der Universität Dortmund und ein Berufspraktikum im Stadtplanungsamt in Frankfurt.

Überzeugend handhabt Chang so sensible stadtplanerische Fachbegriffe wie „Straßenbegleitgrün“ oder „Frischlufschneise“, noch noch in fließendem Deutsch. Viele Aspekte fügen sich als Bausteine mosaikartig in das heutige Planungskonzept des modernen Taipeh ein. Die unübersehbaren Parallelen mit westlichen Planungsstrategien mögen überraschen – zumindest im fernen Taiwan –, sie dokumentieren aber einmal mehr die weltweite Öffnung der Chinesen.

Dadurch sind die Probleme, die das moderne Taipeh zu meistern hat, freilich nicht geringer. Die im letzten Jahr genau 100 Jahre alte Stadt ist über ihre ursprüngliche minimale Ausdehnung von ganzen vierhundert Quadratkilometer weit hinausgewachsen auf heute genau 272 Quadratkilometer, die sich auf zusammen 16 Stadtbezirke aufteilen. Der allergrößte Ausdehnungsschub vollzog sich erst 1967, als durch fünf Eingemeindungen nicht weniger als 75 Prozent der heutigen Stadtfläche hinzu gewonnen wurden.



Moderne Hochhäuser haben die traditionellen Viertel Taipehs verdrängt, im Schatten der Tempel überlebt die chinesische Kultur

Für die Hauptstadt Taipeh hat die Zukunft schon längst begonnen

Die Bevölkerung von Taipeh ist extrem ungleich verteilt. Die fünf ältesten, am Tamsui River gelegenen Distrikte sind zugleich auch die einwohnerreichsten und beherbergen fast die Hälfte aller Einwohner Taipehs. Diese Stadtbezirke weisen die allerhöchsten Einwohnerdichte-Werte Taipehs und Taiwans zugleich auf. Dieser demographische Superlativ (übrigens auch hinsichtlich der stadtplanerischen Herausforderungen) entspringt einer kaum bekannten Tatsache: Die Insel ist nach Bangladesch der am dichtesten besiedelte Flächenstaat der Erde überhaupt (525 Einwohner pro Quadratkilometer). Taipeh zählt im Schnitt gar 9000 Menschen pro Quadratkilometer, in den einwohnerreichsten Bezirken das Mehrfache davon.

Die Stadtplaner von Taipeh drückt der Schub an vielen Stellen. Das Verkehrswesen nennt Chang Kuei-Lin als besonders beängstigend. Zwar fehlen interessanterweise (und im Unterschied zum Festland) des Chinesen liebste Verkehrsmittel, das Fahrrad, aber dafür sind Motorrad und -roller in unvorstellbarer Menge vorhanden und in rasanten Zunahme begriffen. Schon jetzt gibt es, kaum vorstellbar, 540 000 motorisierte Zweiräder, somit in fast jedem Haushalt eines dieser wendigen Verkehrsmittel. Sie bevölkern die Straßen, stauen den Kreuzungsverkehr und verpacken die Bürgersteige. Die Zahl der Fußgänger ist geringer als andersorts in Asien.

Weder westlich noch asiatisch ist Taipehs Verkehrswesen auch hinsichtlich der privaten Limousinen, deren vergleichsweise geringe Anzahl (nur ein Auto pro jeweils drei Haushalte) nicht so recht in das Bild des modernen Taipeh und auch des häufigen Verkehrschaos passen will. Ein Auto gehört nicht zum Statussymbol eines rationalen, kühl denkenden Chinesen: Er weiß viel zu gut, daß jedes eingeführte Auto mit einer 120prozentigen Steuer belegt ist, daß ein Liter Benzin rund 1,70 Mark kostet, daß die Parkplatzzinsen in Taipeh erdrückend, daß die Straßen in den Verkehrsspitzen verstopft sind.

So ist ein privates Auto sowohl in der Anschaffung als auch Unterhaltung einfach zu teuer für den durchschnittlichen Chinesen, der rund 1700 Mark verdient, was zwar ein gutes Auskommen (und häufiges Ausgehen) in Taipeh bedeutet, aber das Auto zu einem Luxusartikel erhebt. Das ist und bleibt das öffentliche Taxi, selbst für häufige und regelmäßige Fahrten, immer noch billiger und erschwinglich. Auf Taxis sind viele Chinesen umgestiegen. Sie zählen in Taipeh zu den billigsten in Asien überhaupt und kosten nur sechs sogenannte New-Taiwan-Dollar beziehungsweise 0,40 Mark pro Kilometer. Die Taxispreise sind ehrlich, die Fahrstrecken die jeweils kürzesten.

Was aber letztlich den Straßenverkehr in Taipeh unerträglich werden läßt, ist die Verkehrsordnung, die keine ist. Stadtplaner Chang Kuei-Lin nennt das Chaos beim Namen: „Wir haben auf den Straßen keine Ordnung.“ Die Lösung des Problems ist freilich am Reißbrett nicht möglich.

Bürgerhaushalt und -freundlichkeit soll die Planung Taipehs in jedem Falle sein. Programmtischen Charakter haben die Forderungen der Planer, wonach Taipeh grüner, freundlicher und sauber werden soll. Dahinter freilich verborgen sich brennende aktuelle Probleme: Es gibt zu wenig öffentlichen Grün in Parkanlagen und Spielplätzen, die Verunreinigung der Luft und Gewässer ist gravierend, das Defizit an bequemem und guten Einkaufsmöglichkeiten groß.

Die Planer haben genaue Vorstellungen über ein bürgerfreundlicheres

Taipeh der Zukunft entwickelt; sie haben genaue Bedarfsquoten für die Pro-Kopf-Begrünung der Stadt, für die erforderlichen Verkehrseinrichtungen, für Parkplätze und Schulen vorgelegt und alle diese Vorstellungen durch energische Maßnahmen auch zu realisieren begonnen.

Der Erfolg des umfassenden Maßnahmenkatalogs liegt jedoch nicht in den Händen der Planer, sondern letztlich der Bürger des ganzen Taiwans. Die Landflucht ist erschreckend groß. Ohne den Zustrom vom Lande wäre Taipeh noch heute eine überschaubare kleine Millionenstadt. Wie unfähig groß die schon magische Anziehungskraft von Taipeh ist, beweist der für 1984 registrierte Zustrom von insgesamt 323 000 Chinesen vom Lande in die Hauptstadt.

Aber getäuscht von ihren eigenen Vorstellungen und enttäuscht von der Realität kehren wieder viele Chinesen Taipeh den Rücken: 1984 waren es 293 000. Das Zuwanderungsminus von stattdessen 30 000 Chinesen – für ein einziges Jahr – ergänzt um den natürlichen Bevölkerungszuwachs, führt zu einem jährlichen Bevölkerungsanstieg von Taipeh in der Größenordnung einer deutschen Mittelstadt. Mit Sorgenfalten mußten die Stadtplaner Taipehs für 1984 registrieren, daß die Bevölkerung von Groß-



Taipeh der Zukunft entwickelt; sie haben genaue Bedarfsquoten für die Pro-Kopf-Begrünung der Stadt, für die erforderlichen Verkehrseinrichtungen, für Parkplätze und Schulen vorgelegt und alle diese Vorstellungen durch energische Maßnahmen auch zu realisieren begonnen.

Das Wachstum von Taipeh wird, so befürchten die Planer, auch in Zukunft unvermindert anhalten. Im Jahre 2000 werden sechs Millionen Chinesen dicht zusammengedrängt in Taipeh leben müssen.

Die Situation haben die Stadtplaner Taipehs jedoch schon heute mit klaren Konzepten anvisiert, deren Devisen vielsagend formuliert ist: Quantität und Qualität. In den Schubladens und an den Reißbrettern der Planer befinden sich die konkreten Entwicklungsstrategien in eine Zukunft, die nach dem Willen der Planer Taipeh zu einer „colourful city“ machen wird – mit grünen Satellitenstädten, mit einem kreuzungsfreien Schnellstraßensystem, mit einem Tiefbahnhof Taipeh, ja selbst mit einer Eisenbahnlinie. Die zentrale gelegenen belebten Einkaufsstraßen Omei, Han-chung und Wu-chang werden zu Fußgängerzonen umgebaut. Und auch die chinesische Vergangenheit in Taipehs Stadtbild wird wiederentdeckt – durch Sanierung der schönen, typischen Stadthäuser, die es im alten Zentrum immer noch gibt und die es zu erhalten gilt.

MANFRED R. J. DOMRÖS

FÄLSCHUNGEN

Den Piraten wurde der Krieg erklärt

Tausende von Cartier-Uhren wurden im Sommer 1985 mit Bulldozern zu einer unförmigen Masse zerdrückt. Stückpreis der „teuren“ Uhren: rund 60 Mark. Gefälschte Fälscher hatten die „teuren“ Werke fälschend echt nachgemacht. Nach amerikanischen Schätzungen arbeiteten bis 1984 90 Prozent aller weltweit operierenden „Piraten“, so werden die Markenartikel-Fälscher genannt, in Taiwan. Für ein Entwicklungsland nichts Ungewöhnliches. Denn kommerzielle Fälschung ist ein unvermeidbares Phänomen in fast allen Ländern der Dritten Welt.

In Taiwan hat die Regierung allerdings erkannt, daß der Kampf gegen die Piraten notwendig ist. Denn, so ein hoher Regierungsbeamter, auf Dauer schaden Fälschungen der nationalen Volkswirtschaft. Sie untergraben das Vertrauen der Handelspartner. So wurden bereits 1982 entscheidende Schritte gegen das Fälscherunwesen beschlossen. Danach sind „Güter, die vom Antifälschungskomitee des Wirtschaftsministeriums als mit gefälschten Warenzeichen, Patenten oder Herkunftsangaben hergestellt befunden werden, vom Export ausgeschlossen“. Wer erwischt wird, muß mit einer Gefängnisstrafe rechnen. Höchstmaß: fünf Jahre!

Vincent C. Siew, Generaldirektor im Komitee für Außenhandel: „Wir sehen das Problem der Fälschungen“ als das größte Hindernis auf dem Wege unseres Landes in eine neue Ära der wirtschaftlichen Entwicklungen an. Vom technischen Standpunkt aus gesehen ist unser Land bereit, in eine neue Entwicklungsphase überzugehen, aber wir müssen die Menschen und die Industrie hier und in diesem unserem Lande überzeugen, über ihr Streben nach schnellerem Profit hinaus weiter in die Zukunft zu sehen und größere und dauerhaftere Gewinne ins Auge zu fassen.“

Kommerzielle Fälschungen sind aber nicht allein ein Problem Taiwans und anderer asiatischer Staaten. Der Handel mit gefälschten Waren erfordert die aktive Teilnahme und Unterstützung durch Partner in den Importländern wie in den Ursprungsstaaten. Off führt die Spur in das Land zurück, wo der Importeur sitzt. Er fordert nicht selten seine Übersee-Gesellschaft auf, gefälschte Ware herzustellen und zu liefern, so das Wirtschaftsministerium in Taipeh.

Vincent Siew: „Der Beweggrund für Piraterie ist der Profit. Wir sollten uns dafür einsetzen, daß wir in der Lage sein werden, in Lizenzbeziehungen oder in Joint-Ventures einzutreten. Wir müssen unsere Herstellungskapazitäten in sinnvoller Weise zusammen mit unseren Handelspartnern nutzen.“

CONTAINERSCHIFFE / Rund um die Welt

Kurs auf weltweite Spitzenposition

Evergreen-Containerschiffe aus Taiwan waren die ersten, die 1984 einen Rund-um-die-Welt-Service aufnahmen. Dabei wurden nur wenige Häfen in einem Termin von rund 80 Tagen angefahren. Hamburg zählt zu den ausgewählten Stützpunkten in diesem Service. Dies unterstreicht, welche Bedeutung die Schifffahrt für die fernöstliche Inselrepublik hat.

Mitte 1985 liefen unter der Flagge der nationalen Handelsmarine 222 Schiffe mit 6,6 Millionen Tonnen Tragfähigkeit. Davon entfielen auf die beiden staatlichen Reedereien, Yang Ming Marine Transportation Company und Taiwan Navigation Company, 84 Schiffe mit zusammen 2,6 Millionen Tonnen Tragfähigkeit. Bis 1990 soll die nationale Flotte insgesamt auf zehn Millionen Tonnen (tdw) ausgebaut werden.

1986 vor den USA und der Bundesrepublik?

In Taipeh geht man davon aus, daß bereits 1986 die eigene Containerflotte an erster Stelle in der Welt vor den USA und der Bundesrepublik stehen wird.

Aufgrund der wirtschaftlichen Struktur Taiwans sind die Exporte überwiegen für den Containertransport geeignet. Das schuf die Voraussetzungen für die Entwicklung der beiden großen Container-Reedereien Yangming und Evergreen, die sich besonders im Taiwan-Markt engagieren.

„Denn wer auf einer Insel lebt und derart vom Außenhandel abhängig ist wie Taiwan, ist auf eine moderne Flotte angewiesen. Schiffe sind der Lebensnerv.“ Auf diese Bedeutung wies unlängst Manfred G. Rieke, Schiffahrtsgeneral, Unimar-Geschäftsführer im Hamburger Hafen, in einem Vortrag über Taiwans Schifffahrtspolitik vor der „Bambusrunde“ in der Hansestadt hin.

1984 beförderten Schiffe unter der Nationalflagge Taiwans 36 Prozent der Import- und 20 Prozent der Exportgüter.

Das liegt weiter hinter dem ange-

strebten Ziel, 40 Prozent des Stückgutverkehrs und 70 Prozent der Massengüter-Erdöltransporte unter Taiwan-Flagge abzuwickeln.

Im Jahre 1984 wurden in den Überseehäfen Taiwans 44,21 Millionen Tonnen Importe (in der Hauptstadt) und 44,21 Millionen Tonnen Exporte (in der Hauptstadt) geladung. Davon entfielen auf die beiden staatlichen Reedereien, Yang Ming Marine Transportation Company und Taiwan Navigation Company, 84 Schiffe mit zusammen 2,6 Millionen Tonnen Tragfähigkeit. Bis 1990 soll die nationale Flotte insgesamt auf zehn Millionen Tonnen (tdw) ausgebaut werden.

Kein Wunder also, wenn neben dem Ausbau der Flotte die Modernisierung der Häfen Priorität genießt. Als Haupthäfen stehen jetzt Kaohsiung und Keelung zur Verfügung. Die Häfen Taichung und Suao sollen demnächst diese beiden Haupthäfen entlasten.

Neben dem Hafenausbau, der Flottenvergrößerung besteht auf gleicher Ebene das Werftenprogramm. Bereits 1977 wurde ein großangelegtes Schiffbauprogramm initiiert, das weitgehend auf eigenen Werften durchgeführt wird. Dies trotz weitestweites Schiffbaukrise. Anfang Februar 1985 gab die Regierung bekannt, daß die Neubaukapazität bis 1991 auf 4,78 Millionen tdw erhöht werde. Das Expansionsprogramm sieht eine Investition von rund 170 Millionen Mark vor.

Konstruktionsaufträge für Blohm + Voss

Dabei haben auch deutsche Werften Anteil. Im Juli 1984 erhielt Blohm + Voss in Hamburg von der staatlichen Reederei Yangming den Auftrag, für vier jeweils 270 Meter lange Containerschiffe die Konstruktionsunterlagen zu liefern – nach dem Motto: Wenn wir schon keine (billigen) Schiffe mehr bauen können, liefern wir wenigstens das (teure) Know-how.

QUEMOY / Anschauungsunterricht für die Disziplin im Land

Mit Granaten und Ballons tauschen die beiden China friedlich ihre Propaganda, Seife und Kinderspielzeug aus

Um die kommunistischen Intrigen aufzudecken, ihnen die Masken vom Gesicht zu reißen, führen vor 24 Stunden täglich Operationen der psychologischen Kriegführung durch. Mit blitzenden Augen, grünem, auf die Figur geschnittenem Kampfbild und schwarzen, hochhackigen Stiefeln erklärt Fräulein Ma Shan von der freiwilligen Zivilverteidigung die militärischen Aufgaben der Insel Quemoy, auch Kinmen genannt.

Eine Schautafel, an der sie im historischen Museum, der „Geistigen Festung“ in Kinmen, ihre Ausführungen über die Auseinandersetzungen mit Peking verdeutlicht, bestätigt: Die zu Taiwan gehörende Insel, 14,5 Kilometer breit und 18 Kilometer lang, gleicht dem Floh im Pelz des Bären. Über 100 nautische Meilen von Taiwan entfernt gibt es eigentlich überhaupt keine Möglichkeit, Kinmen gegen einen Angriff der Volksrepublik zu verteidigen.

Entsprechend abenteuerlich war schon die Anreise in den unmittelbaren Schatten des „Bambus-Vorhangs“. Nur in den frühen Morgenstunden, so hieß es, sei der Luftraum offen, der Verteidigungsminister Taiwans erteilte höchstpersönlich die schriftliche Genehmigung, und vor Betreten der klapprigen DC 3 mußte ein Revers unterschrieben werden, daß man „auf eigenes Risiko“ die Reise zum „Außenposten der freien Welt“ antrete. Dicht über dem Meer schwebte die Maschine auf den Landeplatz Shang Yi, ohne Anflug-Schleife, „um dem Beschuß durch die Kommunisten zu entgehen“.

Die rötlichen Strände, die sich in beide Richtungen sofort an den Flughafen anschließen, sind menschenleer. Hier wartet ein Paradies darauf, daß bei geänderten politischen Verhältnissen die Soldaten den Touristen Platz machen.

Auf Kinmen jedoch macht sich keiner solche Gedanken. Der Kommandeur der Streitkräfte bezeichnet stolz die Insel als „Griff um die Gurgel der Kommunisten“ und als „Sprungbrett für den Gegenangriff“. Wie viele Soldaten sich auf Kinmen eingegraben

haben, ist nicht in Erfahrung zu bringen, in Taipeh war die Zahl „mindestens 100 000“ zu hören.

Aber nicht nur der Flugplatz, die ganze Insel ist eine Festung. Die Straßen sind abgesperrt, so daß die Hohlwege gleichen. Kreuzungen sind durch Unterstände gesichert. Weiße Teile der Insel, vor allem der zentrale Tai-Wu-Berg, sind von unterirdischen Befestigungsanlagen durchzogen, die auch einem atomaren Angriff trotzen sollen. Ihr Prunkstück ist die „Atlas Hall“, ein riesiger in den Berg gesprengter Hohlraum, der heute als Kino für 1000 Besucher, im Kriegsfall als Lazarett genutzt wird.

Zur Zeit ist Friedenszeit, obwohl der Kommandeur betont, daß die DC 3, die uns auf die Insel brachte, zur Sicherheit von zwei Düsenjägern und einem Wasserflugzeug eskortiert wurde. Einmal in der Woche muß Kinmen Beschuß über sich ergehen lassen. Aber er bringt keine Granaten, sondern Propagandamaterial, das in einem Raum des Museums zur Schau gestellt wird. Schießen die Kommunisten am Dienstag, feuern die Verteidiger des freien China am Donnerstag zurück, merkt er lächelnd an.

Neben den Pamphleten, in denen

die Vorzüge des jeweiligen Systems angepriesen werden, tauschen die beiden China mit Granaten und Ballons ihre Produkte aus. Und diesen Vergleich gewinnt Taiwan um Längen. Was vom Festland beigesteuert wird – Seife, Wäsche, Kinderspielzeug –, würde in Taiwan nicht einmal auf dem Ramschmarkt Absatz finden.

Auf Kinmen rechnet keiner ernsthaft damit, daß die Insel militärisch angegriffen oder zum Sprungbrett für die Eroberung des Festlandes wird. Ihr martialisches Aussehen nährt sich von der Geschichte. Vor dem „Kunmingtong strong point“ liegt ein Küstengraben, den Peking Anfang der 50er Jahre als Landeplatz für seine Eroberungsgruppen ausgewählt hatte. Der Invasionsversuch scheiterte kläglich. Nachgeworfene Verstärkungen verfielen den ihnen zugewiesenen Küstenabschnitt und wurden aufgegeben.

Stolz zeigt man heute die militärischen Einrichtungen des Stützpunkts, darunter eine Kanone, die während des Angriffs das Festland reich beschossen habe, und 15-mm-Maschinengewehre, die die vermeintliche Küste abdecken, während im Hinter-

grund die Dschunken der Fischer vor der Silhouette des Festlandes im Wasser dümpeln.

Obwohl die Kanoniere ihre Griffe aus dem Effeff beherrschen und an ihrer Entschlossenheit, die Insel zu verteidigen, keinen Zweifel lassen, wirkt die Szenerie ebenso anachronistisch wie Ma-Shans Auftritt im Museum. Man darf davon ausgehen, daß die Verteidiger Kinmens nicht ihr bestes Material zur Schau stellen, aber es besteht kein Zweifel, daß auch das, was sie in den Kammern haben, nicht vom modernen Standard entspricht, wegen der Zurückhaltung der Amerikaner bei der Ausrüstung Taiwans.

Der Kommandeur weiß, daß das Gerät der Festlands-Chinesen noch älter ist. Und vor ihrer Masse hat er auch keine Angst. Ob es nicht das Vertrauen in die politischen Gegebenheiten ist, daß Peking aus vielen Gründen – der „Erzfindung Moskau“ ist davon nur einer – kein Interesse daran hat, sich den Floh Kinmen aus dem Pelz zu entfernen, diese Frage bleibt ohne Antwort.

Der Zuversicht in ein Fortbestehen des friedlichen Status quo wegen hat sich Kinmen neben dem kriegeri-

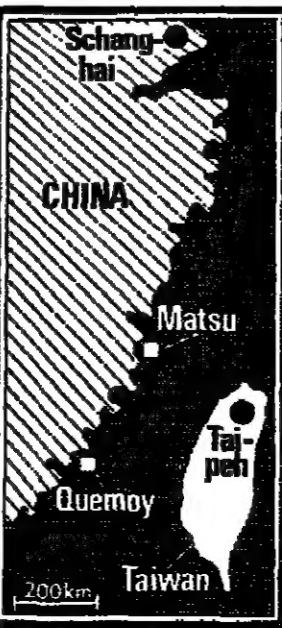
schen auch ein anderes Gesicht zugelegt, ein überaus schönes.

In Steinwurfweite der Stelle, wo der Invasionsversuch abgeblieben wurde, gleicht heute der Tai-See einer Idylle. Aus der Erde, die vor 30 Jahren von Granaten gepflügt wurde, ziehen die Bauern heute gewaltige Reihchen und dicke Salatköpfe, Gailiang-Schnaps und Keramik-Arbeiten werden ebenso nach Taiwan und andere Länder Südost-Asiens exportiert wie Fisch und landwirtschaftliche Produkte. Die kleine Stadt Kinchen verbringt zwischen ihren niedrigen, engen Häusern einen altchinesischen Charme, der in Taiwans aufstrebenden Industriestädten schon weitgehend verlorengegangen ist.

In den Tempeln auf dem Tai-Wu-Berg oder in der Wen-Tai-Pagode denkt keiner daran, daß sich unter seinen Füßen ein Befestigungssystem verbirgt. Das Mitglied der freiwilligen Selbstverteidigung Ma Shan hatte sich für ihren Vortrag präpariert. Ebenso wie der Kommandeur erwartete sie in Gärten aus der Bundesrepublik Deutschland Verbündete gegen den Kommunismus. Für sie ist Kinmen das West-Berlin Chinas. Eine Darstellung der Unterschiede stößt auf Verständnis. Entspannung – ein Trick der Kommunisten. Verträge – Mittel zum Betrug.

Aber auch in Taiwan stellt man sich die Frage, ob man nicht im Interesse der Menschen auf dem Festland Zugeständnisse machen müsse. Doch Premier Yu legt sich fest: „Hilfe zur Modernisierung erst, wenn die kommunistische Tyrannei abtrifft.“

In der Praxis ist gleichwohl einiges in Bewegung gekommen zwischen beiden China. So hat Kinmen heute schon mehr die Aufgabe, im wachsenden inneren Wohlstand die drei Prinzipien des Vaters der chinesischen Demokratie, Dr. Sun, zu bewahren, als ein Bollwerk gegen den äußeren Feind zu sein. Die Wehrpflichtigen Taiwans kommen nach Kinmen oder nach Matsu, einer anderen Insel in Sichtweite des Festlandes. Auf den Anschauungsunterricht, den sie hier erhalten, baut die Disziplin in Taiwan. H.-H. HOLZMÄR



Soldat in Quemoy in Pose, die Küste des Festlandes real

FOTO: DIE WELT

TOURISMUS / Auf der Suche nach einem eigenen Profil

Über manchen Umweg führt die Reise in ein Land voller Reize und Geheimnisse

Taiwan ist kein alltägliches Reiseziel, und in den meisten deutschen Veranstalterkatalogen fehlt sogar die Destination Taiwan. Seit dem vehementen Touristenboom in der Volksrepublik China ist der Inselstaat Taiwan auf der Suche nach einem überzeugenden touristischen Selbstprofil. Die Voraussetzungen dafür sind zwar günstig, ihre Realisierung ist aber schwer, denn Taiwan besitzt viele, zu viele touristische Reize, und die meisten von ihnen stehen noch in direkter Konkurrenz mit der Volksrepublik.

Taiwan kann mit seiner bisherigen touristischen Entwicklung gar nicht unzufrieden sein. Die genau geführte Besucherstatistik dokumentiert eindeutig eine von Erfolg verführte Bilanz, die allerdings seit vier bis fünf Jahren eher stagniert. Am sichtbarsten beweist dies die Gesamtzahl der Touristenankünfte, die sich auf rund 1,5 Millionen eingependelt hat. Konstant geblieben ist aber auch die mittlere Aufenthaltsdauer, die für Taiwan nur bei rund 6,5 Tagen liegt. Und gleichgeblieben sind auch seit einigen Jahren die Einnahmen aus dem Tourismus und damit die Ausgaben der Touristen.

Die große wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus für Taiwan ist dennoch unbestreitbar. Taiwan ist kein billiges Reiseland, was die Touristen selber unter Beweis stellen: Denn für jeden von ihnen beläuft sich die mittlere tägliche Ausgabe auf 111 US-Dollar. An den genau 1.516.138 Besuchern des Jahres 1984 hat Taiwan immerhin staatliche 1.066 Milliarden US-Dollar eingenommen, was für das sowieso schon wohlhabende Land nur oder immerhin einen Anteil von rund sechs Prozent seiner Exporteinnahmen ausmacht.

Die Statistik der hohen Besucherzahlen von Taiwan bedarf freilich verschiedener schwerwiegender Korrekturen. Zum einen macht der Anteil der echten Touristen nur Zweidrittel aller Besucher aus; der Rest sind überwiegend Geschäftsleute und Besucher von Verwandten in Taiwan. Andererseits verzerrt auch der enorme Anteil der sogenannten Auslandschinesen das tatsächliche Tourismusbild Taiwans: Als solche reisten 1984 immerhin fast 300 000 beziehungsweise rund 20 Prozent nach Taiwan ein. Schließlich wird die hohe Zahl der Touristenankünfte auch relativiert durch die vielen, oft gar nur Wochenendbesucher aus Japan, die zwar die Gesamtzahl der Besucher erheblich zu steigern vermögen, aber bei den Übernachtungsziffern nur gering zu Buche schlagen.

Nüchterner stellen sich die echten Touristenankünfte dar, die sich vor allem auf Fernreisende beziehen. Vergleichsweise gering sind die US-ame-

rikanischen Touristenankünfte, die sich 1984 auf insgesamt 174 000 (beziehungsweise elf Prozent) beliefen. Viel niedriger ist die Anzahl der Gäste aus Europa, mit nur 71 000 Ankünften beziehungsweise knapp fünf Prozent aller Gäste.

Im europäischen Tourismusmarkt ist Taiwan bislang noch unbedeutend, obwohl sich die Position in den letzten Jahren schrittweise verbessert hat. Die Deutschen rangieren an erster Stelle der Europäer, gefolgt von den Briten – beide jedoch mit minimalen Anteilen an gesamten Touristenvolumen (nur 1,1 beziehungsweise 0,9 Prozent).

Die Ursachen für das bisher schlechte Abschneiden Taiwans auf dem europäischen Tourismusmarkt liegen auf der Hand: Die Anreise ist weit, die Lebenshaltungs- und damit auch Touristenkosten in Taiwan liegen hoch, der Markt für Bildungsreisen (wie nach Taiwan) ist längst nicht so groß wie für Badereisen. Kurzum: Taiwan ist ein relativ teures Reiseland, die Nachfrage begrenzt.

Das Interesse der deutschen und europäischen Veranstalter an Taiwan ist auch nicht sonderlich groß oder muß zugunsten eines opportunistischen Taktierens und Liebhäufels mit der Volksrepublik China bewußt kleingehalten werden. So gibt es auch keinen Charterflug von Europa nach Taiwan, und auch nur eine einzige Linienfluggesellschaft (KLM) fliegt nach Taipei (dreimal wöchentlich); umgekehrt besitzt die China Airlines, die nationale Fluglinie Taiwans, nur Landrechte in Amsterdam. Wer nach Taiwan will, muß deshalb eine lange und umständliche Flugverbindung, oft auch mit Umsteigen (in Hongkong oder Tokio), in Kauf nehmen und den Linienflug auch noch teuer bezahlen.

Vom Pauschalismus noch nicht entdeckt

Pauschalisten haben deshalb Taiwan noch nicht entdeckt. Pauschalreisen nach Taiwan werden als Teil einer kombinierten Ost- oder Südostasienreise verkauft. Der Charakter Taiwans als Durchreiseland ist somit eindeutig, und die relativ kurze Aufenthaltsdauer von nur 6,4 Nächten pro Besucher ist ein ebenso klarer Beweis dafür.

Eine bloße Durchreise durch Taiwan oder gerade ein Zwischenstopp für ein paar Tage wird allerdings dem vielfältigen touristischen Angebot der Insel nicht gerecht. Denn Taiwan besitzt viele verlockende und auch außergewöhnliche touristische Reize und eine breite Palette von Sehens-

würdigkeiten – darunter in erster Linie kulturelle und historische, aber auch verlockende landschaftliche Sehenswürdigkeiten.

Kulturell-historische Hauptattraktion ist das Nationale Palastmuseum in Taipei mit seinen etwa 650 000 einmaligen Kostbarkeiten von unschätzbarem Wert. Aber auch unter den insgesamt 8000 Tempeln auf Taiwan sind viele von großem religionshistorischen Wert und Dokumente einer blühenden Vergangenheit. Zu den besonderen touristischen Reizen Taiwans zählen schließlich auch die Chinesen selber und ihre alltäglichen Lebensgewohnheiten: ihre unverwechselbare Folklore wie auch ihr kunsthandwerkliches Geschick. Allein die so variantenreiche chinesische Küche sorgt so manches Mal für eine nette Erinnerung an Taiwan. Die unnachahmliche chinesische Gastfreundschaft macht zudem eine Reise nach Taiwan unkompliziert.

Taiwan setzt auf diese touristischen Pluspunkte, wissend um die harte Konkurrenz mit seinen ostasiatischen Nachbarn. Yu Wei, der Generaldirektor des Tourism Bureau in Taipei, nennt als vorrangige touristische Reize seines Landes: „Menschlichkeit, Freundlichkeit, chinesische Küche.“ Diese Besonderheiten Taiwans rangieren auch im Urteil der Touristen ganz oben.

Taiwan lockt aber auch mit attraktiven landschaftlichen Schönheiten einer von der Natur reich verwöhnten subtropischen Insel. Die Insel macht ihrem ursprünglichen portugiesischen Namen „Formosa“ alle Ehre: Denn Taiwan ist wirklich eine „schöne Insel“. Das Zentralgebirge der Insel verbirgt zahlreiche geheimnisvolle Sehenswürdigkeiten: zu den größten zählen die Taroko-Schlucht bei Hualien und der Sonne-Mond-See bei Taichung. Aber auch die Küsten offerieren eindrucksvolle Naturwunder, so die von Sonne und Meer geheimnisvoll erodierten Küstenfelsenformationen bei Yehliu an der äußersten Nordküste. Doch auch mit seinen Badestränden im sonnenreichen, tropischen Süden Taiwans kann die Insel erfolgreich mit ihren Nachbarn konkurrieren.

Die touristische Infrastruktur Taiwans ist gut, dank der insgesamt kleinen Flächenausdehnung der Insel und ihrer effizienten Verkehrserschließung durch Auto, Bahn und Flugzeug, ergänzt durch ein ausreichendes Quartiergebot von exklusiver Luxusklasse bis zu einfachen Herbergen. Die insgesamt 129 Hotels mit zusammen 22 442 Zimmern entfallen jedoch allein zur Hälfte auf Taipei, wo die renommierten Fünf-Sterne-Hotels wie das Hilton, das Grand Hotel, das Asia World Plaza und das Lailai Sheraton mit Spitzen-

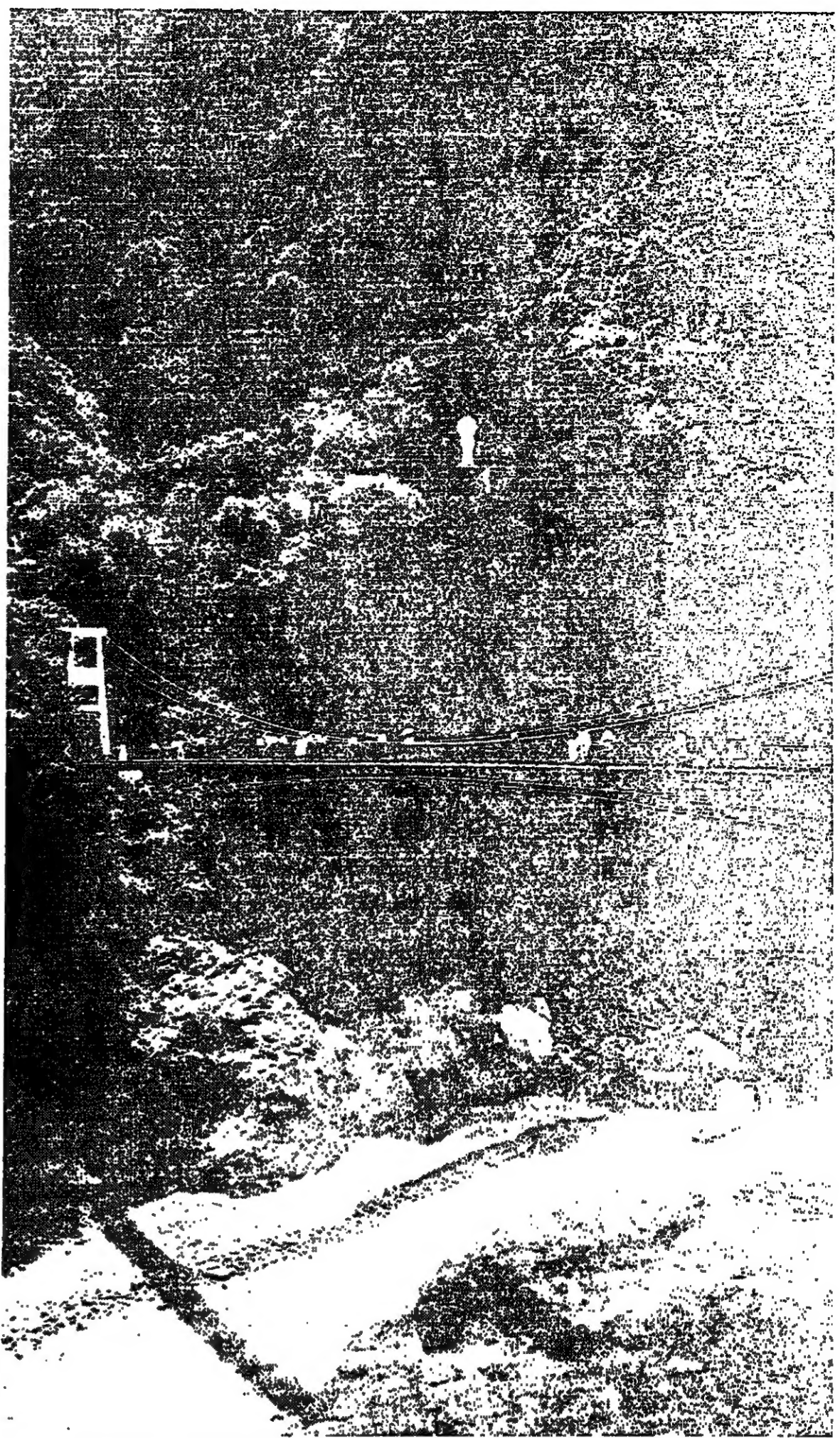
preisen von über 100 US-Dollar pro Nacht aufwarten. Das allergrößte Hotel Taiwans, das Asia World Plaza, ist eine touristische Welt der Superlative für sich: mit insgesamt 1333 Zimmern (tunzigh 124 im Bau befindlichen), mit 27 Restaurants für zusammen und gleichzeitig 33 000 Gedecke, mit einem Einkaufskomplex aus 500 Boutiquen. Das erst gut zwei Jahre alte Hotel ist schlichtweg nichts anderes als eine „Stadt in der Stadt“, wie Generaldirektor Matti „seinen“ Hotelgiganten umschreibt. Die bislang erzielte Belegungsrate des Asia World Plaza – mit 73 Prozent noch 13 Prozentpunkte über dem Landesmittel – dokumentiert ein glänzendes Ergebnis.

Einreiseprozeduren bleiben unbefriedigend

Taiwans Tourismuskurs steuert auf Expansion und Innovation. Dies jedenfalls beinhaltet der im vergangenen Jahr in Kraft getretene Fünf-Jahres-Plan 1985-1990. Nach dem Willen der Tourismusplaner sollen der Hotel- wie auch Transportsektor weiter vergrößert und verbessert werden; für die Einheimischen sollen durch Billigquartiere besondere Reiseanreize geschaffen werden; Taiwan will auch stärkere Impulse als internationales Tagungs- und Konferenzzentrum setzen; und schließlich sollen auch Marketing und Promotion im europäischen und amerikanischen Markt forciert werden (sofern dies bei einem bescheidenen Jahresetat von drei Millionen US-Dollar für das staatliche Tourism Bureau überhaupt möglich ist).

Nach wie vor unbefriedigend ist allerdings die aufwendige und komplizierte Visumsprozedur. Die Einreise nach Taiwan ist nur mit einem Visum möglich, das bei Ankunft unter Vorlage eines sogenannten Empfehlungsschreibens (ausgestellt von einer Auslandsvertretung Taiwans) erteilt wird.

Unbestreitbar ist das umsichtige Bemühen von Taiwans Touristikern, ein überzeugendes Marketing zu betreiben. Kaum ein Land verfügt über ein so gut recherchiertes, informatives und ehrliches Informationsmaterial, von vielen Einzelprospekten bis hin zu einem 346 Seiten starken „Official Guidebook Taiwan“, das kostenlos verteilt wird. Sogleich fünf Repräsentationsbüros in der Bundesrepublik, die alle unter dem irreführenden Namen „Asia Trade Center“ firmieren (in Frankfurt, München, Bonn, Hamburg und Berlin), sorgen auch für eine engagierte Tourismuswerbung. MANFRED DOMRÖS



Durch Marmorfels zieht sich die Taroko-Schlucht, hier eine Hängebrücke im oberen Teil

FOTO HHK

TAINAN

Koxinga, Sieger über Holland

Taiwan ist nicht nur die schon im 16. Jahrhundert von portugiesischen Seefahrern gepriesene „wunderschöne Insel“ (Iha Formosa), sondern auch ein geschichtsträchtiges und kulturell besonders reiches Land.

Die bewegte Geschichte ist in vielen Orten Taiwans in historischen Bauwerken dokumentiert, die auch an die europäischen Eroberer und Besetzer des 17. Jahrhunderts (Holländer und Spanier) beziehungsweise des 18. Jahrhunderts (Franzosen) ebenso wie auch an die lange japanische Besatzungszeit (von 1895 bis 1945) erinnern.

Die älteste Stadt und Hauptstadt Tainan ist dabei von herausragender geschichtlicher Bedeutung, denn sie ist nicht nur bekannt als „Stadt der 100 Tempel“ (in Wirklichkeit sind es sogar 209 Tempel) und wegen ihres auf Taiwan ältesten Konfuzius-Schreins, sondern auch als bedeutendster holländischer Stützpunkt; so war Tainan Sitz der holländischen Administration während der 37 Jahre, die ihre Besatzung währte (von 1624 bis 1661).

Selbst heute ist das Fort Providentia in einigen aus Ziegeln gebauten Wällen noch zu erkennen, die sorgfältig vor dem Verfall bewahrt werden.

Die Chinesen sind unbefangener mit diesem Teil ihres Erbes als etwa die Indonesier im Umgang mit den Resten Batavias, das als Vorstadt Jakartas dem Verfall entgegendämmert.

Die Einheimischen feiern Tainan zudem als Stätte ihres Nationalbewußtseins, weil hier ihr Nationalheld Koxinga die holländischen Besetzer besiegte. Der Chihkan-Turm im alten holländischen Fort wurde 1875 von den Chinesen als Gedächtnisstätte für Koxinga just dort errichtet, wo sich das Hauptquartier der niederländischen Besatzungstruppen befunden hatte.

Dieses war ein Jahr nach der Vertreibung der Holländer durch ein Erdbeben (1662) weitgehend zerstört worden. M. D.

INDUSTRIEPARK HSINCHU / Technologiezentrum für Asien

Bittere Klagen über ein erfolgreiches Büro in Kalifornien von dritter Seite

Das technologische Zentrum Asiens wird in absehbarer Zeit in Hsinchu in Taiwan liegen, jedenfalls wenn es nach dem Willen der Regierung der Republik China geht.

70 Kilometer südlich von Taipei und 90 Kilometer von Taichung wurde vor den Toren der Kreisstadt Hsinchu ein Industriepark angelegt, für den über 2500 Hektar reserviert sind. Heute sind schon 210 Hektar in Anspruch genommen für Laboratorien, Schulen, Verwaltungsgebäude, aber als bald werden auch zwei angrenzende Universitäten mit technischem und naturwissenschaftlichem Schwerpunkt, und zwar die Tsinghua- und die Chiaoting-Universitäten, in die Anlage einbezogen werden. Ebenfalls in Hsinchu liegt das Labor des Instituts für Industrielle Forschung ITRI, das sich mit Materialforschung, mit Chemie, Bergbau, Elektronik, Energie und Metallurgie befaßt.

Andere Wege als Bari oder Silicon Valley

So auffallend auch die Parallelen zu Silicon Valley in Kalifornien sein mögen oder zu Tecnopolis, dem italienischen Industriepark bei Bari, man sei doch, betont Generaldirektor Choh H. Li, der Generaldirektor des „Hsinchu Science Based Industrial Park“ und des „National Science Council“, eigene Wege gegangen.

Man wollte nicht Forschungseinrichtungen schaffen, die dann irgendwann industriell verwertbare Ergebnisse zeitigen, sondern man lade sofort Wissenschaftler und Ingenieure, die bereits eine verwertbare Idee haben, ein, sich im Industriepark anzusiedeln und zu produzieren. Daher liegt das Schwergewicht auch nicht etwa in Großrechnern und Datensystemen, sondern in modernsten Fabrihallen und dem dazugehörigen Rahmen an wirtschaftlichen Angeboten.

Nicht nur, daß eine zweisprachige Schule, nämlich englisch und chine-

sisch, eingerichtet wurde, gibt darüber hinaus, so Generaldirektor Choh H. Li, seine Kunden herkommen will: aus Amerika.

Dorthin wurden viele chinesische Universitätsabgänger und Wissenschaftler im Zuge des „Brain-Drain“, des intellektuellen Adresswechsels, gezogen, über den nicht nur Europas wissenschaftliche Einrichtungen klagen.

Investor kann alle Anteile erwerben

Immerhin, das attraktive Angebot hat schon einige zurück über den großen Teich geholt, denn immerhin können vom Staat, das heißt über den National Science Council und zwei weitere Finanzinstitutionen, bis zu 49 Prozent der Gesamtinvestitionen finanziert werden, und Patente werden mit weiteren 20 Prozent angerechnet.

Der Investor hat die Möglichkeit, diese 49 Prozent später zu erwerben. Denn die Republik China hat selbst kein Interesse, als Unternehmer aufzutreten. Sie übernimmt auch generell bei keinem Vorhaben die Mehrheit der Anteile. Nicht nur Chinesen, auch Ausländer sind eingeladen, wobei kapitalmäßig keine Beschränkung gegeben ist. Auch 100prozentig fremdkapitalisierte Unternehmungen sind zugelassen, wobei man natürlich in der Republik China und im Industriepark Joint Ventures besonders gerne sieht.

Der Erfolg von Hsinchu hatte schon eine Konsequenz, mit der zu nächst niemand rechnete. Dem Vernehmen nach soll sich die rotchinesische Botschaft in Washington bitter über die Tätigkeiten des kalifornischen Verbindungsbüros beklagen haben, denn besonders gerne traten Studenten und Graduierte aus der Republik China die Rückreise über den Pazifik an, aber eben nur bis nach Taiwan.

Bislang haben sich in Hsinchu 53 Lehranstalten, Produktionsstätten und Vertriebsgesellschaften, vor al-

lem aus den Bereichen Elektronik, Computer- und Präzisionsmaschinen angesiedelt. Ein wichtiges Produkt, das aus Hsinchu stammt, ist der Computer, der chinesische Schriftzeichen aufnimmt und verarbeitet. Die Software wurde von der taiwanesischen Computerfirma Multitech im Industriepark entwickelt.

„Das war ein Beispiel“, meint Generaldirektor Choh H. Li, „für einen Bereich, der dem Giganten IBM nicht wichtig genug erschien. Wir haben diese Nische sofort besetzt, und ich meine, wir können stolz darauf sein. Ebenso wie auf die integrierten Schaltkreise, die bei uns entstanden sind.“

Das entscheidende Problem ist seiner Meinung nach, daß auch für die taiwanesischen Produkte, die dem internationalen Qualitätsstandard genügen, noch kein Marketing entwickelt worden sei und daß es auch noch keine geschützten Warenzeichen gebe. „Wir liefern den großen bekannten Firmen in aller Welt, auch in Deutschland, zu, und die kleben auf das Endprodukt ihr Warenzeichen und kein Mensch weiß, daß es sich um taiwanesisches Produkt handelt.“

Zulieferung bleibt interessantes Geschäft

Dies zu ändern sei sehr schwer, denn auch für chinesische Firmen sei es interessanter als Zulieferer zu arbeiten, denn als eigenständige Firmen das volle Risiko der internationalen Märkte selbst zu tragen.

Immerhin aber sei man in Singapur mit Computern Made in Republic of China schon sehr gut vertreten, mit etwa 20 Prozent Marktanteil, und erfolgversprechend seien auch Absatzbemühungen in anderen Ländern der Asean-Staaten-Gemeinschaft insbesondere in Indonesien, sagt Choh H. Li. Auch aus der Bundesrepublik würden im Bereich von Lehr-Computern gute Absatzzahlen berichtet.

HORST STEIN

HANDELSRECHT

Privatrecht überspringt die Politik

Von P. JEN-HUOENG WANG

Bei internationalen Warenkaufverträgen gilt das UN-Übereinkommen „United Nations Convention and Contracts for the International Sale of Goods“ vom 11. April 1980. Doch diese Konvention kann auf Kaufverträge, bei denen eine Partei in der Republik China niedergelassen ist, keine Anwendung finden, denn sie ist nicht Signatarstaat.

Gleichwohl kann sie angewandt werden, wenn die Regeln des internationalen Privatrechts, hier insbesondere der Republik China, zur Anwendung des Vertragsstaatenrechts führen. Diese Möglichkeit ist in Art. 1 Abs. 1 b des Übereinkommens vorgesehen.

Da die Republik China keine politische Möglichkeit hat, dem Welt-Übereinkommen beizutreten, bestehen auch keine Aussichten, daß es in Taiwan als internationale Gesetzgebung behandelt wird. Nicht ausgeschlossen und geradezu empfehlenswert ist es aber, die Anwendung der Bestimmungen des Abkommens privatrechtlich zu vereinbaren, wenn etwa europäische Kaufleute in ihren Kaufverträgen mit Parteien in Taiwan die Anwendung der Bestimmungen herbeiführen wollen.

Da das chinesische Zivilrecht in Taiwan – wie auch das deutsche bürgerliche Recht und das Handelsrecht – in Bezug auf die Vertragsgestaltung nachgiebiges Recht ist, kann man auf der Basis der Parteiautonomie die sogenannte Unterwerfungsklausel in die Kaufverträge aufnehmen, indem man etwa zufügt: „Subject to UN-Convention and Contracts for the international Sale of Goods of April 11th, 1980“. Allerdings muß man beachten, daß in Taiwan nach Paragraph 1 des Zivilgesetzes in den Fällen, wo kein Gesetz vorhanden ist, das Gewohnheitsrecht und soweit dieses fehlt, die Rechtslehre maßgebend sind. Daher sind dem Einbezug des UN-Übereinkommens als internationales Gewohnheitsrecht (International Custom) in die Kaufverträge Grenzen gesetzt.

Professor Peter Jen-Huoen Wang lehrt an der Universität Taipei.

CHINA AIRLINES / Ungewissheiten

Die Deutsche Lufthansa ist der Wunschpartner

China Airlines, die nationale Fluglinie Taiwans, möchte sich im europäischen Markt stärker etablieren, doch stößt sie dabei auf keine Resonanz bei den gewünschten Partnern. Grund dafür sind die politische Isolierung Taiwans und die lukrativen Flugverbindungen der Europäer mit der Volksrepublik China.

Als Wunschpartner erträumt sich China Airlines freimütig die Deutsche Lufthansa (LH) und Frankfurt, wofür von Seiten Taiwans (so Public-Relations-Direktor Lerry Lin) zwei Gründe sprechen: die guten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Taiwan und der steigende Taiwan-Tourismus. Deshalb bestünde auch eine gesichert große Nachfrage nach einer direkten Verbindung zwischen Frankfurt und Taipei, so Lerry Lin. Unverhohlen winkt er zugleich mit einem weiteren Vorzug: Taipei biete sich als Fernost-Drehkreuz für Japan, Hongkong und Korea an. Schließlich registriert gerade Ostasien zur Zeit ein stark expandierendes Fluggastaufkommen.

Daß diese Gründe nicht zureichend genug sind, weiß China Airlines nur zu gut. Wichtiger ist die politische Außenseiterrolle Taiwans. Daß auch ohne diplomatische Beziehungen ein blühender Flugverkehr bestehen kann, beweisen die USA. China Airlines fliegt dort zu nicht weniger als sechs Destinationen: San Francisco, Los Angeles, Anchorage, Honolulu, New York und Dallas (letztere nur für Cargo). Umgekehrt sind unter den insgesamt 16 Fluglinien, die nach Taiwan fliegen, allein vier US-amerikanische.

Das frostige politische Klima zwischen der Volksrepublik China und Taiwan hat auch die unmittelbare Konkurrenz zwischen den beiden internationalen Fluglinien, der CAAC beziehungsweise China Airlines, geschürt. Gemeinsame Destinationen von beiden Gesellschaften, wie Tokio, Singapur und Bangkok, können allerdings auch Schule machen im Blick auf andere Länder – und China Airlines denkt dabei an europäische Erfolge und Enttäuschungen kennen.

Doch die Zukunft kann China Airlines nur mit einer behutsamen und abwartenden Geschäftspolitik meistern. „Wir bleiben offen und verhandlungsbereit“, wirbt Direktor Lerry Lin: „denn uns bleibt nur die Hoffnung.“ Womit er auf Verkehrsabkommen ohne Regierungsverbarung hofft. Mit dieser Ungewissheit hat China Airlines zu überlebigen gelernt. m. d.

REPUBLIK CHINA AUF TAIWAN
Redaktion: H.-H. Holzner, Bonn

Unternehmensberatung
Mittelstand d. langj. erf. pers.
wirtsch.-Fhr. - Kosteneinsparg, kern-
versch.-App. - Auch termin. Ver-
waltung b. Ausfall v. Führg.-Pos.
mögl.
Anfragen unter G 7911 an WELT-
Anzeigen-Rubrik